

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@parl.admin.ch

---

## 10.032 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

---





## Curia Vista - Geschäftsdatenbank

10.032 – Geschäft des Bundesrates

### 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

Einreichungsdatum	24.02.2010
Stand der Beratung	Erledigt

Botschaft vom 24. Februar 2010 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket) (BBI 2010 1817)

#### Dokumente

- [Botschaft des Bundesrates 24.02.10 \(BBI 2010 1817\)](#)
- [Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen](#)
- [Dossier](#)
- [Medienmitteilungen](#)
- [Anträge, Fahnen](#)
- [Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle](#)
- [Text des Erlasses \(AS 2011 5659\)](#)

#### Chronologie / Wortprotokolle

##### Entwurf 1

Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)

Datum	Rat	
15.06.2010	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
14.12.2010	NR	Beginn der Beratung
16.12.2010	NR	Abweichend.
01.03.2011	SR	Abweichend.
03.03.2011	NR	Zustimmung.
18.03.2011	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
18.03.2011	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt 2011 2723; Ablauf der Referendumsfrist: 7. Juli 2011

**Datum**

**Rat**

Amtliche Sammlung des Bundesrechts 2011 5659

---

**Behandelnde Kommissionen**

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR (SGK-SR)

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR (SGK-NR)

**Behandlungskategorie NR**

IIIa

**Erstbehandelnder Rat**

Ständerat

**Deskriptoren:** [Hilfe](#)

[sechste IV-Revision](#) [berufliche Wiedereingliederung](#) [Invalidenversicherung](#) [Sparmassnahme](#)  
[Finanzierungsart](#) [Subvention](#) [Medizinprodukt](#) [Preisrückgang](#) [IV-Rente](#)

**Ergänzende Erschliessung:**

28;Assistenzbeitrag;Revision 6a

**Zuständig**

[Departement des Innern \(EDI\)](#)

Sie sind hier: [Das Schweizer Parlament](#) > [Suche](#) > [Geschaeft](#)

10.032

## 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

### 6e révision de l'AI. Premier volet

*Erstrat – Premier Conseil*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBl 2010 1817)

Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Mit der Behandlung der Vorlage zur 6. IV-Revision steht eine weitere unter dem Aspekt der dringenden Sanierung dieses Sozialwerkes stehende Überarbeitung im Fokus der Debatte. Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn nochmals kurz die wesentlichen Ausgangs- und Eckwerte festhalte, um die Bedeutung dieser Vorlage zu unterstreichen: Die Verschuldung der IV beträgt per Ende 2009 rund 14 Milliarden Franken. Trotz einer markant gesunkenen Zahl von Neurenten ist die Verschuldung im vergangenen Betriebsjahr weiter, wenn auch verlangsamt, angestiegen, nämlich um 1,12 Milliarden Franken. Die 4. und 5. Revision zeigen also Wirkung und hinterlassen Spuren. Trotzdem sind wir von einer Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben noch weit entfernt; um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es weiterer Anstrengungen.

Am 27. September 2009 stimmte die Bevölkerung der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung mit 54,5 Prozent Ja-Stimmen gegenüber 45,5 Prozent Nein-Stimmen relativ deutlich zu. Knapp wurde es hingegen bei dem für die Erhöhung der Mehrwertsteuer erforderlichen Ständemehr: Lediglich ein Plus von einem einzigen Kanton verhinderte die Ablehnung der gesamten Vorlage. Dieses Resultat ist ein deutlicher Fingerzeig hinsichtlich dessen, was die Politik in der nahen Zukunft zu unternehmen hat. Die Befristung der Erhöhung bedeutet, dass die notwendigen Massnahmen zur Sanierung der IV bis zum Ablauf der Frist im Jahre 2018 getroffen und umgesetzt werden müssen. Geschähe dies nicht, wäre das Finden eines Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben bei diesem Sozialwerk kaum mehr möglich.

Unter diesem Aspekt und unter der zwingenden Forderung des Parlamentes im Rahmen des Parlamentsbeschlusses zur Zusatzfinanzierung hat der Bundesrat die 6. IV-Revision an die Hand genommen. Mit der Vorlage, die heute zur Diskussion steht, unterbreitet der Bundesrat dem Parlament ein erstes Paket mit vier Bereichen. Die Einsparungen durch diese vier Bereiche belaufen sich längerfristig auf rund 500 Millionen Franken. Das zweite Paket geht noch in diesem Sommer in die Vernehmlassung; es wird dem Parlament wohl bis Ende Jahr unterbreitet werden können.

Die heute in diesem Teil zu behandelnden Massnahmen sind kurzfristig realisierbar. Insgesamt werden vier Massnahmen vorgeschlagen, die erste, aber spürbare Entlastungen in der IV bringen werden, nämlich erstens die eingliederungsorientierte Rentenrevision, zweitens die Neuregelung des Finanzierungsmechanismus beim Bund und bei der Invalidenversicherung, drittens Preissenkungen im Hilfsmittelbereich und viertens die Einführung eines sogenannten Assistenzbeitrages.

1. **Eingliederungsorientierte Rentenrevision:** Bei der 4. und 5. IV-Revision stand der Aspekt einer Eingliederung vor der Entrichtung einer Rente im Zentrum der Bemühungen. Mit der eingliederungsorientierten Rentenrevision geht man nun einen Schritt weiter und versucht, heutige Bezüger einer Rentenleistung wieder in den Arbeitsprozess zurückzuführen und die Rentnerzahl bis 2018 um weitere 12 500 gewichtete Renten zu reduzieren. Um dieses Ziel erreichen zu können, werden insbesondere auf der Arbeitgeberseite verschiedene Durchführungsmassnahmen eingeführt und Re-

geln bei einer erneuten Verschlechterung der Situation nach erfolgreicher Reintegration definiert. Gleichzeitig erfolgt auch eine Koordination mit anderen Versicherungssparten wie dem BVG, dem UVG und der Arbeitslosenversicherung. Neu soll künftig auch bereits zum Zeitpunkt der Berentung ein Revisionszeitpunkt festgelegt werden. Damit wird klar, dass eine einmal gesprochene Rente nicht automatisch für immer und ewig ausbezahlt wird, im Gegenteil: Eine aktive Begleitung während der Rentenphase bedeutet auch eine Art Vorbereitung auf die Wiedereingliederung. Schliesslich wird in dieser Revisionsmassnahme auch die rechtliche Grundlage geschaffen, damit laufende Renten, die vor dem 1. Januar 2008 infolge somatoformer Schmerzstörungen und ähnlicher Sachverhalte gesprochen wurden, überprüft und allenfalls auch angepasst werden können.

2. **Finanzierungsmechanismus:** In dieser Vorlage wird der Finanzierungsmechanismus insofern geändert, als in Zukunft der Anteil des Bundes von den laufenden Ausgaben der IV entkoppelt wird und sich nur noch nach den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen ausrichtet. Das bedeutet, dass künftig die effektiven Einsparungen bei den Ausgaben zu 100 Prozent dem Sozialwerk IV zugute kommen werden. Nach heutigem Mechanismus gehen die erzielten Einsparungen lediglich zu 62 Prozent an die IV und zu 38 Prozent an die allgemeine Bundeskasse. Würde dieser Finanzierungsmechanismus nicht geändert, so würde der effektive einzusparende Betrag nicht 1,1 Milliarden Franken, sondern rund 1,7 Milliarden Franken betragen. Würde der bisherige Finanzierungsmechanismus weitergeführt, würde eine langfristige Sanierung und Stabilisierung des Sozialwerkes erheblich erschwert. Der neue Finanzierungsmechanismus führt in den Jahren 2012–2027 zu einer sehr bedeutenden Verbesserung für die IV im Umfang von durchschnittlich rund 227 Millionen Franken pro Jahr. Demgegenüber erfährt der Bund die entsprechende Mehrbelastung.

3. **Preissenkungen bei den Hilfsmitteln:** Der Wettbewerb auf dem Hilfsmittelmarkt soll gestärkt werden, denn die gegenwärtigen Kosten bei den Hilfsmitteln sind zu hoch. Dabei sei betont, dass es nicht nur um Hörgeräte, sondern um Hilfsmittel ganz allgemein geht. Im Zentrum steht primär die Stärkung der bereits heute zur Anwendung gelangenden Instrumente, aber auch die Einführung eines neuen Instrumentes, welches es der IV erlauben wird, für die Anwender und Benutzer von derartigen Hilfsmitteln günstigere Beschaffungsbedingungen auszuhandeln. Insgesamt sollte dadurch eine jährliche Einsparung von 35 bis 50 Millionen Franken erzielt werden können.

4. **Zu guter Letzt** soll mit dem Assistenzbeitrag eine neue Leistung eingeführt werden, die jedoch mit dem Umbau des Leistungssystems bei der Hilflosenentschädigung mittelfristig kostenneutral sein wird. Dabei geht es darum, dass die eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung für Menschen mit einer Behinderung gefördert werden soll. Ihnen soll es künftig ermöglicht werden, für die Hilfe bei der Alltagsbewältigung entsprechende Personen mit einem Arbeitsvertrag eigenverantwortlich anzustellen. Der maximale Stundenansatz beträgt dabei 30 Franken. Mit dieser Massnahme soll es zum Beispiel Bewohnern von Heimen ermöglicht werden, selbstständig und eigenverantwortlich ausserhalb eines Heims ein eigenes Leben führen zu können. Sollte mit dieser Massnahme auch der Eintritt in ein Heim verhindert werden können, so haben wir einen eigentlichen dualen Effekt, der mittel- und langfristig für die IV ebenfalls zu massiven Einsparungen führen wird. Mit dem Pilotversuch konnten wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, die nun in definitiver Form ins Gesetz aufgenommen werden können. Damit man einen Anspruch auf einen Assistenzbeitrag erhalten kann, wird vorausgesetzt, dass eine Hilflosenentschädigung der IV entrichtet wird, dass man zu Hause wohnt oder aus einem Heim austritt und dass die Handlungsfähigkeit gegeben ist.

Mit den Ihnen nun dargelegten Massnahmen der 6. IV-Revision, Teil A, verbessert sich die Jahresrechnung der IV im Durchschnitt der Jahre 2012–2027 um rund 350 Millionen Franken. Ab dem Jahr 2018, also nach dem Auslaufen der

Zusatzfinanzierung, verbessert sich die IV-Rechnung um rund 500 Millionen Franken pro Jahr. Es bleiben also noch weitere rund 700 Millionen Franken, um das Ziel einer Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. In der Tat, das anzustrebende Ziel ist in allen Belangen ehrgeizig. Das beginnt mit den rund 12 500 gewichteten Renten bzw. rund 16 000 Rentnerinnen und Rentnern, die es in den Arbeitsprozess zurückzuführen gilt. Dabei sind insbesondere auch die Arbeitgeber gefordert, im primären Arbeitsmarkt wieder Stellen für Menschen mit einer gesundheitlich verminderten Arbeitsfähigkeit zu schaffen. Einen jeden Arbeitgeber sollte es mit dem gleichem Stolz erfüllen, wie wenn er einen Lehrling ausbildet, wenn er einen leistungsbeeinträchtigten Menschen beschäftigt. Beides sind ehrenwerte Aufgaben zugunsten unserer Gesellschaft und des Arbeitsplatzes Schweiz.

Unsere Kommission hat an drei Sitzungstagen die 6. IV-Revision behandelt und am 22. April eine Anhörung durchgeführt: mit Vertretern einer Ausgleichstelle, der Arbeitsgemeinschaft Schweizer Sozialfirmen, der Pro Infirmis, des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes und der Fachstelle Assistenz Schweiz. Die SODK war erstaunlicherweise nicht präsent, sondern liess sich nur schriftlich vernehmen. Die Kommission hat dies mit Erstaunen zur Kenntnis genommen und dies der KdK auch in schriftlicher Form kundgetan.

Bei der Entscheidung über Eintreten lag der Kommission auch ein Ordnungsantrag zur Sistierung der Vorlage bzw. ein Nichteintretensantrag vor, mit der Begründung, dass man zuerst mehr Erfahrung mit der Wirkung der 5. Revision sammeln sollte und nicht überstürzt bereits kurz nach der Inkraftsetzung der 5. Revision eine weitere Revision vornehmen sollte.

Der Ordnungsantrag wurde mit 8 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen und der Eventualantrag auf Nichteintreten mit 12 zu 1 Stimmen abgelehnt.

Der erste Teil der 6. IV-Revision ist der Grundstein für die Sanierung der Invalidenversicherung. In den darin enthaltenen vier Teilbereichen werden erste wichtige konzeptionelle Schritte in Richtung einer ausgeglichenen Rechnung geregelt. Ich bitte Sie deshalb namens der Kommission unseres Rates, ebenfalls auf die Vorlage einzutreten und sie wenn möglich in kompakter Form zu behandeln und zu verabschieden. Ein Auseinanderreissen wäre der Sache wenig dienlich und würde die weiteren Schritte komplizieren.

**Stähelin Philipp (CEg, TG):** Die 6. IV-Revision soll – im Nachgang zum Sanierungsgesetz der IV mit der Zusatzfinanzierung ab 2011 – durch eine Senkung der Ausgaben eine Konsolidierung der Finanzen bringen. Die Revision erfolgt in zwei Schritten, wobei längerfristig zu realisierende Massnahmen im zweiten Paket kommen sollen. Die Konzentration auf die Ausgabenseite haben wir dem Bundesrat mit dem Sanierungsgesetz aufgetragen. Viele von uns haben im Abstimmungskampf auch immer wieder darauf hingewiesen.

Die nun zu beratende Vorlage wird dieser Vorgabe – ich sage einmal – gutenteils gerecht. Allerdings führt mehr der Schrittwechsel beim Finanzierungsmechanismus betreffend den Bundesanteil als die eigentlichen Entlastungsmassnahmen zum Konsolidierungserfolg. Das beschäftigt mich etwas. Der Finanzierungsanteil, den der Bund zur IV beiträgt, soll neu von den laufenden Ausgaben der IV entkoppelt werden und sich nur noch nach den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen richten. Als Indikator dafür werden die Mehrwertsteuereinnahmen – um Satzänderungen bereinigt – herangezogen. Dieser wird abdiskontiert mit dem Rentenmischindex.

Aus finanzpolitischer Sicht ist die Abkoppelung von der Kostenentwicklung der IV ein durchaus wichtiges und richtiges Element. Konzeptionell gilt – was sinnvoll ist –, dass der Bund nicht Kosten tragen soll, die er nicht unmittelbar steuern kann. Der Bund soll nur mehr die exogenen Kosten übernehmen, welche die IV nicht bestimmen kann. Die Versicherung trägt damit die Risiken von strukturellen Entscheidungen, die sie selber trifft. Damit wäre auch ein Fehlanreiz korrigiert, wird uns gesagt, weil bisher ein Teil der steigenden

Kosten immer zulasten der Bundeskasse ging. Ich sehe die Vorteile dieser neuen Lösung durchaus. Aus Sicht der Finanzpolitik kommt dazu, dass der Bundesanteil damit langfristig gut planbar wird – und umgekehrt diese Einnahmequelle der IV ebenso.

Es sind mit dem neuen Finanzierungsmechanismus aber auch Nachteile und Gefahren verbunden, auf welche ich, auch wenn ich der Vorlage zustimmen werde, im Rahmen des Eintretens hinweisen will. Dazu gehört zuallererst, dass der Schrittwechsel mit den Kostensenkungen bei der IV – nach Jahren einer Entwicklung laufender Mehrausgaben – nun im Grunde zu einem guten Teil zulasten der Bundeskasse geht. Der neue Mechanismus führt bei höheren IV-Ausgaben zwar nicht mehr zu einer direkten Mehrbelastung des Bundes, aber dafür partizipiert der Bund nun, just im heutigen Moment, nicht mehr an den Einsparungen der IV.

Natürlich kann man sagen, er gebe der IV damit die reelle Chance zu einer nachhaltigen Sanierung inklusive Schuldenabbau; wir haben das vorhin so gehört. Tatsache bleibt aber, dass der Bund nun nicht an den Einsparungen der IV von durchschnittlich 76 Millionen Franken partizipiert, dafür aber mit jährlich durchschnittlich 151 Millionen Franken zusätzlich belastet wird. Diese Zahlen entstammen einem Zusatzbericht des BSV an unsere Kommission und sind im Übrigen nur deshalb so relativ tief, weil die Jahre 2012 und 2013, in welchen der Mechanismus noch nicht zum Tragen kommt, ebenfalls einbezogen wurden. Sonst läge die Verschiebung zulasten des Bundes bei einer Grössenordnung von über 200 Millionen Franken jährlich. Die Zahlen differieren je nach Bemessungsgrundlage etwas. Wir können uns auch an die Aussage des Bundesrates in der Übersicht zur vorliegenden Botschaft halten: «Der neue Finanzierungsmechanismus führt in den Jahren 2012–2027 zu einer bedeutenden Verbesserung für die IV im Umfang von durchschnittlich 227 Millionen Franken pro Jahr und zu einer entsprechenden Mehrbelastung des Bundes.» Man könnte auch von entgangenen Einsparungen des Bundes sprechen.

Zwar erfolgt die Senkung der Ausgaben bei der IV tatsächlich. Beim Vergleich der Auswirkungen vorher und nachher müssen wir uns aber bewusst sein, dass vom Vollbetrag, der nun ins Schaufenster gestellt wird, die 227 Millionen Franken, die auf die Bundeskasse entfallen wären, wieder abgezogen werden müssten. Das muss man wissen und zur Kenntnis nehmen. Künftig wird dazu auch gehören, dass auf den Mechanismus nicht wieder zurückgekommen werden kann, wenn die Kostenentwicklung der IV sich wieder einmal umkehren sollte. Sollten deren Ausgaben wieder überdurchschnittlich wachsen, dann wird der Bundesanteil nicht mehr mitwachsen. Konsequenterweise trägt dann allein die IV mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen die Risiken der Entwicklung. Ich bitte, dies im Kopf zu behalten und da nicht etwa wieder zurückbuchstabieren zu wollen.

Meine weiteren Bedenken betreffen die AHV. Die Finanzierungssysteme von IV und AHV verlaufen bisher weitestgehend parallel. Auch der Bundesanteil wurde bisher nach dem grundsätzlich gleichen Mechanismus ausgerichtet. Die Vorteile einer Abkoppelung des Bundesanteils von der Kostenentwicklung der IV gelten für die AHV aber ebenso. Wir können konsequenterweise bei IV und AHV nicht unterschiedliche Systeme fahren. Wir hören deshalb zu Recht, dass Gleiches oder zumindest Ähnliches auch für die AHV angedacht werde und in die 12. AHV-Revision einfließen soll.

Die zu erwartende Entwicklung der AHV stellt sich hingegen völlig unterschiedlich dar. Hier ist wohl kaum mit sinkenden Ausgaben zu rechnen. Nur schon die demografische Entwicklung spricht dagegen. Ein analoger Finanzierungsmechanismus wie jener, den wir nun bei der IV beschliessen, würde dem Bund bei der AHV weit höhere Entlastungen bringen als die relative Mehrbelastung jetzt bei der IV, ebenso natürlich der AHV-Kasse einen kleineren Anteil an direkten Bundesmitteln.

Diese Situation dürfte sehr schwierig werden. Ich hätte es deshalb begrüsst, wenn der Bundesanteil bei der IV und bei der AHV sowie dessen Finanzierungsmechanismus gemein-

sam hätten diskutiert werden können. Dies ist nun nicht der Fall. Aber wir müssen im Kopf behalten, dass wir schon mit den heutigen Beschlüssen die AHV präjudizieren werden. Dies macht mir Bauchweh; dem Bundesrat offenbar weniger. Ich stelle mich aus einer Gesamtbetrachtung dieser Vorlage heraus nicht gegen das Eintreten. Diese Entwicklung ist meines Erachtens aber nicht voll und ganz transparent. Ich bin dankbar, wenn der Zweirat diese Konsequenzen noch weiter ausleuchtet.

**Fetz Anita (S, BS):** Die IV steht an einem Scheideweg, über den wir hier drin entscheiden werden. Zuerst einmal die positiven Punkte, die für die letzten Jahren auch zu berücksichtigen sind, obwohl wir immer die negativen in den Vordergrund gestellt haben. Immerhin muss man sagen, dass die Neurenten seit 2002 rückläufig sind. Die 5. IV-Revision scheint erfolgreich zu sein. Das zeigen mindestens die ersten Erfahrungen.

Es ist und bleibt allerdings ein Nachteil, dass wir jetzt bereits wieder legiferieren, bevor wir überhaupt gesicherte Evaluationen haben. Wir haben den AHV- und den IV-Fonds entflochten, wir haben eine Zusatzfinanzierung aufgegleist, die allerdings befristet ist. Wegen des sehr knappen Mehrwertsteuerprozentes ist leider davon auszugehen, dass nach der Befristung bereits wieder ein jährliches Defizit von über einer Milliarde Franken bleibt.

Die Ausgangslage ist also so, dass Nichtstun keine Option sein kann, weil sonst die Verschuldung der IV weitergeht. Allerdings meine ich, das Falsche zu tun geht eben auch nicht. Deshalb ist die Grundsatzfrage für mich bei dieser Revision: Tun wir das Richtige beim ersten Massnahmenpaket? Diese Frage möchte ich anhand der vier Hauptmassnahmen dieser Revision etwas beleuchten.

1. Zur eingliederungsorientierten Rentenüberprüfung: Bei der 5. IV-Revision haben wir ja die Strategie «Eingliederung vor Rente» verfolgt. Die 6. IV-Revision geht jetzt noch einen Schritt weiter und will die Wiedereingliederung von Rentenbezügerinnen in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist richtig, wichtig und begrüssenswert, weil beide Seiten etwas davon haben: einerseits diejenigen, die endlich wieder arbeiten können und auch wieder Teil unserer Gesellschaft mit der entsprechenden Akzeptanz sind, andererseits aber auch die IV selbst.

Wenn man dann allerdings die genauen Zahlen anschaut, geht es doch immerhin um 16 500 Personen, die zusammen rund 12 500 gewichtete Renten beziehen. Diese Personen innerhalb von sechs Jahren nachhaltig in Arbeit zu bringen ist schon eine sehr grosse Herausforderung. Denn das würde heissen, dass wir im Durchschnitt pro Jahr 2700 behinderte Personen in den ersten Arbeitsmarkt reintegrieren müssen und wollen. Das ist ein sehr sportliches Ziel. Viele sagen, es sei unrealistisch, dass man so viele Arbeitgeber finde, die Stellen für Teilleistungsfähige anbieten würden. Die Erfahrungen mit dem zurzeit laufenden Projekt «Job-Passarelle» sind auch nicht gerade ermutigend. Von den 3000 versprochenen neuen Stellen sind gerade mal 5 Prozent realisiert worden. Es gibt hier also einen grossen Bedarf an Überzeugungsarbeit gegenüber den Arbeitgebern, damit so viele teilleistungsfähige Leute wieder integriert werden.

Eindringlich warnen möchte ich vor der definitiven Aufhebung der Renten bei den somatoformen Schmerzstörungen. Ich habe mit vielen Praktikern gesprochen. Die meisten von ihnen sind der Meinung, dass es bei dieser Gruppe besonders schwierig sein könnte, sie wieder einzugliedern. Wenn uns das nicht gelingt und diese 4500 Personen die Rente einfach verlieren, dann haben wir menschlich fragwürdig gehandelt und auch finanziell fragwürdig gehandelt, denn die Kosten würden nämlich nur auf die Sozialhilfe bei den Kantonen und Gemeinden verlagert.

Ich bitte Sie, hierzu dem Antrag der Minderheit zuzustimmen. Für uns wird dies ein wichtiges Kriterium dafür sein, ob wir am Schluss dieser Vorlage zustimmen können.

Selbst der Bundesrat ist vom Erfolg der Wiedereingliederung von 5 Prozent der Rentenbezüger nicht restlos überzeugt,

schreibt er doch in der Botschaft auf Seite 1851: «Da eine Wiedereingliederung für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung darstellt und ein Erfolg vom Verlauf jedes einzelnen Eingliederungsprozesses abhängt, handelt es sich jedoch um eine Grobschätzung», ob das nun gelingt oder nicht.

Was ich aber betonen möchte – und das finde ich wirklich gut an dieser Vorlage –: Die vorgesehenen Unterstützungsmassnahmen für die Behinderten sind gut und differenziert, sie reichen von der persönlichen Beratung und Begleitung über eine dreijährige Rentengarantie bis zum Wiederaufleben der Rente bei gesundheitlichen Rückfällen. Ich möchte hier klar betonen: Das sind gute Brücken zur Wiedereingliederung. Auch die Unterstützung und die Anreize für die Arbeitgeber sind hervorragend. Es gibt einen Arbeitsversuch ohne finanzielle Risiken: Es gibt keine Belastung mit Versicherungsleistungen, sodass die berechtigten Ängste vieler KMU vor Prämien erhöhungen wegfallen. Vor Ort in den Betrieben wird gecoacht und unterstützt. Man muss sagen, dass dies eine wirklich extrem arbeitgeberfreundliche Vorlage ist. Mehr kann die Politik nicht mehr tun, um den Arbeitgebern Unterstützung zu bieten. Deshalb liegt der Ball jetzt auf deren Seite.

Das alles ist natürlich nicht gratis zu haben, es wird eine halbe Milliarde Franken investiert, bevor die Sanierungsmassnahmen wirken werden. Deshalb komme ich bei dieser Massnahme zu folgendem Fazit: Die Unterstützungsmassnahmen sind gut und richtig, aber das Ganze steht und fällt mit der Bereitschaft der Arbeitgeber, genügend Stellen für Teilleistungsfähige anzubieten. Gelingt das nicht, haben wir entweder das IV-Defizit nicht gesenkt oder schlicht eine halbe Milliarde Franken in die IV investiert und die Kosten lediglich verlagert, unter anderem auf die Kantone und Gemeinden. Wenn jetzt der Ball von den Arbeitgebern nicht aufgenommen wird, dann bleibt nur noch die Möglichkeit von Quoten oder von Beitragserhöhungen. Mehr kann man nicht zur Unterstützung von Arbeitgebern machen, damit sie Behinderte einstellen.

2. Zur Beurteilung der Einführung eines Assistenzbeitrages: Das ist sehr positiv, wenn auch noch sehr minimalistisch. Immerhin, Ihre Kommission schlägt Ihnen eine Öffnung vor, dergestalt, dass nicht nur Handlungsfähige, sondern auch geistig Behinderte solche Assistenzbeiträge bekommen können. Diese Massnahme geht bestimmt in die entsprechende Richtung. Schade ist einfach, dass sie kostenneutral sein muss.

3. Ebenso wichtig sind für mich die Preissenkungen bei den Hilfsmitteln. Hier sieht man grossen Handlungsbedarf, wenn man die Preise kennt. Ich werde hier nicht alle entsprechenden Ausführungen machen, einfach so viel: Dass ein Hörgerät beispielsweise bei uns neunmal teurer ist als z. B. in England, kann einfach nicht begründet werden. Damit muss Schluss sein. Auch wenn der Lobbyismus im Vorfeld dieser Debatte gewaltig war: Hier müssen wir einen Riegel schieben und diese Preise in den Griff bekommen. Auch diese Massnahme geht also für mich in die richtige Richtung.

4. Zum neuen Finanzierungsmechanismus: Da fällt meine Beurteilung zwiespältig aus. Ich halte die Entkoppelung des Bundesbeitrages von den IV-Ausgaben eigentlich für eine kluge Idee. Man muss aber einfach wissen, dass man damit das Risiko voll auf die IV verlagert. Der Kommissionssprecher hat es am Anfang gesagt: Die IV wird von dieser Entkoppelung profitieren, wenn die Sanierungsmassnahmen wirken – aber eben nur dann. Die Voraussetzung dafür wird aber auf jeden Fall sein, dass wir hier noch ein wenig nachbessern. Ich wollte darum zwei Minderheitsanträge einreichen; es sind nun Einzelanträge, weil ich zu jenem Zeitpunkt nicht an der Kommissionssitzung sein konnte.

Es geht darum, die Präzisierung des Diskontierungssatzes vorzunehmen. Vor allem aber – und das ist der entscheidende Punkt für mich – ist es nicht akzeptabel, dass die Neuregelung des Finanzierungsmechanismus erst 2014 in Kraft gesetzt wird, also zwei Jahre nach Inkrafttreten der Revision. Damit fällt nämlich ein grosser Teil der Einsparmassnahmen nicht zugunsten der IV-Rechnung aus, sondern zu-

gunsten der Bundesrechnung, und ich meine, die hochverschuldete IV ist nun wirklich nicht der Ort, um als Teil des Sparprogramms den Bundeshaushalt zu sanieren. Die Regelung dieser Frage wird für uns ein wichtiger Punkt sein, um zu entscheiden, ob wir der Vorlage als Ganzem zustimmen können.

Unter diesen Vorzeichen bin ich für Eintreten. Die Ausführung zu meinen Anträgen werde ich in der Detailberatung machen.

**Egerszegi-Obrist** Christine (RL, AG): Wir haben mit der Einführung der IV-eigenen Ärzte bei der 4. IV-Revision und mit der Hinführung zum Grundsatz «Eingliederung vor Rente» bei der 5. IV-Revision die IV in die richtige Bahn gelenkt. Wir haben mit dem Entscheid zur Zusatzfinanzierung die formalen Bedingungen dafür geschaffen, dass dieses Sozialwerk selbstständig geführt werden kann und Beiträge und Leistungen endlich in Übereinstimmung gebracht werden können. Deshalb ist diese 6. Revision eigentlich die logische Folge unserer früheren Beschlüsse.

Ich unterstütze die 6. Revision; wir haben hier den ersten Teil. Nach der erfolgreichen Senkung der IV-Quote bei den neuen IV-Fällen um 40 Prozent durch restriktivere Rentengutsprachen sind wir jetzt bei der Überprüfung bestehender Renten angelangt. Es wird in dieser Revision ganz grosses Gewicht auf die Wiedereingliederung von Rentnerinnen und Rentnern gelegt. Ich bin mir dessen bewusst, Frau Fetz: Das wird nicht leicht sein. Hier brauchen wir nicht nur schöne Worte, sondern Taten von Arbeitgeberseite. Diese haben uns das in den Hearings zugesagt, und ich glaube eigentlich auch an diese Chance; nicht zuletzt, weil die enorme Zahl von IV-Fällen die Prämien für Arbeitgeber für die berufliche Vorsorge sehr stark hinaufschellen liess. Das hat erst spürbar gemacht, wie sehr die Sozialversicherungen zusammenhängen und wie sie zur Belastung werden, wenn sie aus dem Gleichgewicht geraten.

Ich unterstütze die vorgeschlagenen Massnahmen wie auch die speziellen Begleitvorkehrungen, die einen Arbeitsversuch ermöglichen und ihn sozialversicherungstechnisch absichern. Es geht darum, 16 500 Personen wiederenzugliedern. Wir können das gut wagen; wenn der Versuch nicht gelingt, dann sind sie in jedem Fall abgesichert. Das hat Frau Fetz als sehr guten Punkt erwähnt. Das ist wirklich gut, da gebe ich ihr Recht, wir brauchen das aber auch.

Es ist auch richtig, dass man die Preise der Hilfsmittel auf ein vertretbares Mass zurücknimmt. Wir haben in der Kommission gesehen, dass diese Preise überrissen waren. Ein Gerät, dessen Herstellungskosten in China 50 Franken ausmachen, wird hier für über 2000 Franken verkauft. Da muss man Massnahmen ergreifen! Ich würde gerne darauf zählen, dass man mit der gleichen Konsequenz auch bei den technischen Hilfsmitteln im KVG-Bereich ansetzen könnte.

Es geht hier aber auch um die konkretere Verpflichtung der Betroffenen zur Beteiligung an Massnahmen bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben und zum Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes. Ein ganz wichtiger Punkt ist die Aufnahme des Assistenzbeitrages nach der Pilotphase ins ordentliche Recht. Mit der Möglichkeit zur selbstständigen Lebensführung kann die Lebensqualität für die Behinderten entscheidend verbessert werden, und gleichzeitig können die Kosten für stationäre Aufenthalte gesenkt werden. Es wurde auch hier ganz deutlich, dass das von vielen Behindertenkreisen als sehr wichtige, gute Massnahme geschätzt wird.

Das ist nun der erste Teil der 6. IV-Revision. Der zweite Teil muss kommen, er ist schon in der Warteschlange beim Bundesrat. Wahrscheinlich wird Bundesrat Burkhalter noch etwas Genaueres über den Zeitpunkt sagen können. Aber dieser Teil muss kommen, wir haben das versprochen. Wir haben den Abstimmungskampf um die Zusatzfinanzierung – Kommissionspräsident Kuprecht hat das deutlich gesagt – nur gewinnen können mit dem konkreten Versprechen, dass wir hier nächste Schritte folgen lassen.

Der zweite Teil wird kommen müssen, damit wir Sinn und Zweck der IV wieder voll erfüllen können. Über Jahre – Sie erinnern sich –, über Jahrzehnte, in denen sich langsam das

Defizit anhäufte, wurde uns immer gesagt, es gebe überhaupt kein Problem bei der IV, das richte sich schon wieder. Schliesslich hatten wir Defizite, Schuldenberge in zweistelliger Milliardenhöhe. Wir müssen die IV zurückführen, um zu erreichen, dass sie nicht Sozialhilfeersatz oder Arbeitslosenauffangnetz ist. Sie muss ein gesundes Sozialwerk werden, das einspringt, wenn die Erwerbsfähigkeit aufgrund physischer oder psychischer Probleme und Schwierigkeiten nicht mehr gegeben ist. Sie muss geeignete Massnahmen treffen können, um die Erwerbsfähigkeit möglichst wiederherzustellen.

Ich bin mir bewusst, dass es dazu Schritte von jeder Seite her braucht, von der Arbeitgeberseite her, von den Betroffenen selber, aber auch von politischer Seite her. Ich habe gewisse Mühe, wenn man jetzt schon das Referendum anspricht oder wenn man jetzt schon sagt: Allenfalls ist das oder jenes Bedingung zur Zustimmung. Hier, im ersten Teil der 6. Revision, haben wir wirklich ein sehr sorgfältig gemachtes Paket, das ganz spezifisch auch auf die Befindlichkeit der Betroffenen Rücksicht nimmt, bei dem man nicht nur einfach Fünfliber vor den Augen hat, sondern versucht, dieses Sozialwerk so gut wie möglich wieder seiner Bestimmung zu übergeben.

Ich werde gerne auf diese Vorlage eintreten, jeweils der Mehrheit folgen und ihren Anträgen zustimmen.

**Maury Pasquier** Liliane (S, GE): Pour ma part, n'ayant pas soutenu les décisions précédentes qui prévoyaient, lors de l'acceptation du financement additionnel accordé à l'AI, de procéder rapidement à une nouvelle révision de l'AI, je me sens donc tout à fait libre de prendre la parole aujourd'hui, sans doute de manière un peu plus critique que mes préopinants.

A mes yeux, la 6e révision de l'AI est en effet à la fois précipitée, irréaliste et pourtant décisive dans l'histoire de cette assurance, puisqu'elle aura des effets majeurs pour les personnes concernées et parce qu'elle vise à un vrai changement de paradigme. J'y reviendrai tout à l'heure.

Tout d'abord, en ce qui concerne le caractère précipité de cette révision, la sagesse populaire nous prévient: il ne faut pas confondre vitesse et précipitation. S'il est essentiel d'assainir rapidement l'assurance-invalidité, il l'est tout autant de prendre un minimum de temps pour le faire adéquatement car, comme le disait Hérodote: «La hâte est la mère de l'échec.» Pour éviter l'échec, nous devons attendre de disposer d'une première évaluation des forces et des faiblesses de la 5e révision de l'AI, entrée en vigueur il y a seulement deux ans. Il ne suffit pas de constater que les instruments de la 5e révision sont utilisés, encore faut-il démontrer que la détection et l'intervention précoces et les mesures de réinsertion préparant à la réadaptation professionnelle sont efficaces. Lors de la procédure de consultation, parmi d'autres, le canton de Genève a déploré le manque de recul qui découle de cet empressement. Quant à la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS), elle constate que «le rythme accéléré des révisions de la LAI crée des incertitudes juridiques».

Si besoin était, c'est l'administration elle-même qui nous fournit une preuve de la précipitation qui voit se succéder les révisions de la LAI, sans que l'on prenne le temps de voir où elles mènent. Ainsi, depuis la publication le 24 février 2010, il y a donc à peine quelques mois, du message sur le premier volet de la 6e révision de l'AI, l'administration s'est déjà rendu compte d'un problème dans la mise en oeuvre de la 5e révision et elle a dû faire une nouvelle proposition à l'article 18c LAI. Bien sûr, ce n'est pas un problème fondamental et la commission a d'ailleurs accepté la proposition à l'unanimité. Mais ce type d'erreur de jeunesse, tout à fait normal pour une loi récente, montre qu'il est prématuré de mettre sous toit une nouvelle révision, et ce d'autant plus que le financement additionnel nous offre un peu de temps et que le nombre de nouvelles rentes est en constante diminution depuis 2004 – en recul de 10 pour cent sur la seule année 2009.

Pour ces raisons, j'ai d'ailleurs déposé en commission une proposition de suspendre nos travaux sur la 6e révision, dans l'attente d'une évaluation des effets de la 5e révision. N'ayant pas été suivie et, au vu de la volonté très forte d'une nette majorité d'aller vite en besogne, je n'ai pas repris cette proposition pour la débattre en séance plénière, mais je n'en suis pas plus enthousiaste pour autant.

Ainsi, la majorité de la commission vous propose d'entrer en matière dès aujourd'hui sur ce projet et il n'y a pas de proposition contraire. Il faut dire que le principe d'une révision des rentes, axée sur la réadaptation, est tout à fait intéressant en théorie. Mais si l'on regarde son contenu, force est de constater qu'il n'est précisément qu'un principe et non un objectif réaliste. Sur le principe, je suis bien évidemment d'accord. Le travail participe à la satisfaction du besoin essentiel d'estime de soi de l'être humain et doit donc être encouragé. Mais où est le souci de l'être humain dans une logique arithmétique qui se fixe a priori pour objectif de supprimer 12 500 rentes pour 16 800 personnes d'ici 2018? Où trouver autant d'emplois pour des personnes atteintes dans leur santé, quand des travailleurs et travailleuses en pleine forme perdent déjà le leur? En quoi les mesures de suivi proposées tiennent-elles compte de la situation particulière des personnes atteintes dans leur santé psychique, qui sont particulièrement réactives à une situation instable? Et surtout, comment convaincre les employeurs du marché primaire du travail, marché qui reste l'objectif ultime d'insertion, d'embaucher des personnes éloignées du monde professionnel depuis plus de dix ans? Après six mois d'absence déjà, les chances d'un retour au travail sont fortement compromises. C'était d'ailleurs l'argument avancé pour introduire la détection et l'intervention précoces dans le cadre de la 5e révision: six mois et non dix ans.

Sans vraies mesures d'incitation des employeurs, telle qu'une obligation d'engager une personne au bénéfice d'une rente, ou à défaut le versement d'une contribution d'intégration, l'intégration tant vantée restera une coquille vide. Et en appliquant aux rentiers et rentières actuels le principe de la 5e révision – «la réinsertion plutôt que la rente» –, la 6e révision risque d'avoir comme conséquences: ni rente, ni réinsertion. Concrètement, cela signifierait un report de la charge de ces personnes sur l'aide sociale – c'est-à-dire pas d'économie globale – et cela témoignerait également d'un grave retour en arrière, il y a plus de cinquante ans, au temps de la charité et de la stigmatisation.

Avec ce projet, c'est toute la solidarité de la société envers les personnes dont la capacité de travail est réduite qui serait remise en cause. Je n'espère qu'une chose: m'apercevoir que je me trompe et constater que le pari de la réinsertion généralisée a été remporté. Toutefois, vous me permettez au moins d'en douter.

Il y a une autre partie du projet à laquelle je m'oppose sur le principe. Je veux parler de la suppression des rentes octroyées avant le 1er janvier 2008 pour troubles somatoformes douloureux. Laissons de côté le fond, à savoir que la fibromyalgie est reconnue comme maladie à part entière par l'OMS depuis janvier 2007, que la recherche tend à prouver ses causes physiques et que celles et ceux qui en souffrent en souffrent justement énormément. Ce sont là des questions qui concernent les spécialistes, à savoir les membres des professions médicales chargés d'évaluer l'incapacité de travail et son niveau.

Or c'est justement là que le bât blesse. En effet, pour la première fois dans l'histoire de l'assurance-invalidité, celle-ci se substitue aux évaluations médicales de spécialistes. Comme l'a écrit la CDAS dans sa prise de position, il est «problématique que l'assurance-invalidité commence à exclure des tableaux cliniques de son obligation de prise en charge; le diagnostic et l'évaluation des troubles de la santé incombent aux spécialistes en la matière». Et comme l'a souligné le canton de Genève, cette mesure «conduit à une réduction ou à une suppression de la rente, que l'état de santé de la personne se soit amélioré ou non».

Je crains moi aussi que ce pas, si nous l'acceptons, marque le début d'un engrenage. Quelles maladies, demain, donne-

ront ou ne donneront plus droit à des prestations de l'assurance-invalidité? Qui seront les vrais invalides et qui seront les faux? Cette assurance à deux vitesses basée sur des critères bureaucratiques et des impératifs économiques plutôt que sur des évaluations médicales n'aurait plus grand-chose à voir avec l'engagement de la Confédération inscrit à l'article 41 alinéa 2 de notre Constitution fédérale: «La Confédération et les cantons s'engagent à ce que toute personne soit assurée contre les conséquences économiques ... de l'invalidité ...»

En raison de son caractère rétroactif, ce décret sur la suppression des rentes pour troubles somatoformes entraînerait un autre changement. En effet, ce serait aussi la première fois que l'on toucherait aux droits acquis pour supprimer 4500 rentes. Pourtant, le 26 mars 2009, le Tribunal fédéral a annulé un jugement du canton de Zurich qui voulait révoquer une rente accordée avant 2004, au motif que les intéressés avaient bénéficié à bon droit d'une rente et qu'il leur était difficile de se réintégrer dans le processus du travail.

La révocation de rentes accordées de plein droit à des personnes qui ont construit toute leur vie sur cette base menace la sécurité du droit et la protection de la confiance des citoyennes et des citoyens dans les autorités.

Pour toutes ces raisons, j'appuierai évidemment les deux propositions de minorité de la commission qui vous demandent de supprimer ce décret, ou tout au moins de l'assouplir. Précipité dans son timing, irréaliste dans son objectif de réinsertion sans vraies mesures d'incitation des employeurs, ce premier volet de la 6e révision signe donc un double changement de paradigme. Il tend à substituer l'assurance-invalidité aux spécialistes médicaux et il fragilise la sécurité juridique des rentières et des rentiers.

Pour ma part, j'appelle de mes voeux un autre changement de paradigme, une nouvelle perspective, qui consisterait à prendre le mal par la racine, à s'attaquer aux causes de l'augmentation du nombre de personnes en incapacité de travail, notamment pour raisons psychiques. Ces causes sont à chercher entre autres du côté d'un système économique de plus en plus concurrentiel et d'un monde du travail de plus en plus dur. Parce que les employeurs ont une responsabilité directe dans la santé de leurs employés, et par ricochet dans celle de l'AI, ils devraient contribuer à l'intégration des personnes concernées dans des entreprises sociales, comme sur le marché primaire du travail. Je reprends les propos d'Angie Hagmann, présidente d'AGILE Entraide Suisse Handicap, tirés de son article paru dans «Le Courrier» du 8 juin 2010: «Ce dont nous avons besoin, c'est d'entreprises aux yeux desquelles une 'action sociale' n'est pas spéciale, mais tout simplement normale.»

J'aimerais encore profiter de saluer ici l'introduction d'une contribution d'assistance en espérant que notre conseil acceptera de l'élargir, selon la proposition de la commission, aux personnes dont la capacité d'exercer des droits civils est restreinte, mais également, selon la proposition David, aux mineurs, bien évidemment sous conditions. Des revendications aussi légitimes et importantes que cette contribution d'assistance ou que l'intégration professionnelle ne doivent toutefois pas servir de «susucre» pour faire passer la pilule amère: une révision unilatérale qui ne met la pression que sur les bénéficiaires de l'AI.

C'est donc plus par abstention que par conviction, vous l'aurez compris, que j'entrerai en matière sur ce projet. Et c'est à la lumière de tous ces éléments que j'évaluerai les résultats de nos débats pour savoir si, au bout du compte, j'estime pouvoir encore lui donner une chance.

**Schwaller Urs** (CEg, FR): Am 1. Januar 2008 trat die 5. IV-Revision in Kraft, letztes Jahr haben wir uns intensiv mit der befristeten Mehrwertsteuererhöhung befasst, heute steht nun das erste Massnahmenpaket der 6. IV-Revision auf dem Programm, und auf Ende Jahr steht ohne Zweifel dann das schwierigere zweite Paket dieser 6. IV-Revision zur Diskussion. Der Revisionsrhythmus ist extrem hoch, aber notwendig. Die IV ist überschuldet und gefährdet, wenn wir nicht handeln. Nur wenn es uns gelingt, mit der vorliegenden, ein-

gliederungsorientierten Rentenrevision und dann mit dem zweiten Paket in spätestens sieben Jahren Ein- und Ausgaben der IV ins Lot zu bringen, haben wir die Hausaufgaben gemacht.

Ich unterstütze den vorliegenden Revisionsentwurf. Das gilt insbesondere auch für den Assistenzbeitrag und für den Grundsatz des neuen Finanzierungsmechanismus der IV. Ich präzisiere hier aber Folgendes: Die Koppelung des Beitrags des Bundes an die Ausgaben der IV war in den Jahren des stetigen Ausgabenwachstums ein grosser Vorteil, hatte aber wahrscheinlich auch zur Folge, dass kein grösserer Spardruck entstand. Mit der Abkoppelung des Bundesbeitrags von der Entwicklung der IV-Ausgaben wird neu garantiert, dass die Sparbemühungen voll und ganz der IV zukommen und nicht zu einem Drittel an den Bund weitergegeben werden müssen. Das ist in der Sache richtig und leuchtet auch ein. In der Tat: Ohne den neuen Finanzierungsmechanismus müssten wegen der heutigen Regelung rund 1,7 Milliarden Franken eingespart werden, um die für die IV notwendigen 1,1 Milliarden Franken einsparen zu können.

So weit, so gut. Nicht zu übersehen ist aber, dass bei einem erneuten starken Anwachsen der Zahl der IV-Rentner mit dem neuen Finanzierungsmechanismus ein zusätzlicher grosser Spardruck auf die IV und auf die Leistungen zukommt. Das wird keine einfache Situation sein. Wir müssen uns da nichts vormachen, und ich schliesse nicht aus, dass dann sehr schnell wieder der Ruf nach einem Wechsel des Finanzierungsmechanismus ertönt. Meines Erachtens – und darum sage ich es – muss deshalb im Nationalrat zumindest der Abdiskontierungssatz noch einmal genau unter die Lupe genommen werden.

Wir haben in der Kommission auch die Frage des Inkrafttretens des neuen Finanzierungsmechanismus erst ab 2014 angesprochen. Als Begründung dafür wurde mir einzig angegeben – so ist es mir zumindest im Gedächtnis haften geblieben –, dass der Bundeshaushalt während der Dauer des Konsolidierungsprogramms nicht zusätzlich belastet werden solle. Das Interesse an einer schnellen Sanierung der IV steht damit offenbar nicht mehr allein im Vordergrund. Mit einem Inkrafttreten erst ab 2014 kann oder wird aber die IV bis zu diesem Zeitpunkt auch nur jeweils zu zwei Dritteln von den Einsparungen profitieren. Ich finde das eigentlich nicht zweckmässig, nachdem wir uns letztes Jahr laut, deutlich und klar immer beklagt haben, die IV sei überschuldet. Ich befürchte auch, dass damit etwas Druck weggenommen wird, um bereits bis 2014 möglichst viele oder alle Einsparungsmöglichkeiten dann auch zu konkretisieren.

Auch hier glaube ich, dass sich der Zweitrat die Frage noch einmal stellen muss. Wir haben das in der Kommission diskutiert, haben uns dann aber am Schluss entschieden, in diese Richtung zu gehen, weil wir die Vorlage vor allem auch jetzt ins Parlament bringen wollten, was in der Sache richtig ist. Aber ich glaube, dass die Frage des Inkrafttretens im Zweitrat noch einmal angeschaut werden muss.

Auch wenn alles unternommen werden soll, um die heute Morgen diskutierte Vorlage im Schnellzugstempo nun vor der Diskussion des zweiten Teils der 6. IV-Revision zu behandeln und abzuschliessen, ist es unabdingbar, dass wir am Ziel einer möglichst raschen Sanierung der IV in den nächsten sieben Jahren festhalten und daher, so meine ich, auch den Finanzierungsmechanismus und ebenfalls das Inkrafttreten anschauen und damit die entsprechenden Voraussetzungen schaffen sollen.

**Freitag Pankraz (RL, GL):** Ihre Finanzkommission hat sich – auch anhand des vorliegenden Zusatzberichtes vom 22. April 2010 – mit der haushaltpolitischen Sicht dieser Vorlage beschäftigt. Dieser Zusatzbericht zeigt unter anderem auf, dass der Bundeshaushalt mit der neuen Finanzierungsart im Durchschnitt mit über 200 Millionen Franken an Mehrausgaben belastet wird. Das ist aus meiner Sicht das Gegenteil einer Schonung; das gibt – wenn man es über fünfzehn Jahre zusammenzählt – immerhin eine zusätzliche Belastung von 3,4 Milliarden Franken für den Bundeshaushalt. Ein wesentlicher Vorteil des neuen Finanzierungsmechanis-

mus ist die Abkoppelung von der Kostenentwicklung bei der IV. Damit wird für diese der Anreiz verstärkt, strukturelle Probleme selber zu lösen.

Für den Bundeshaushalt ist es jetzt ein schlechter Moment, den Finanzierungsmechanismus zu wechseln. Der Bundeshaushalt wurde durch das hohe Kostenwachstum der letzten Jahre belastet, und mit der neuen Finanzierungsweise kommen ihm Kosteneinsparungen in Zukunft nicht mehr zugute. Es ist wichtig, dass das Paket – ich nenne das jetzt so – als Ganzes, gemäss der Botschaft, angenommen wird. Dabei haben vermeintliche Details eine grosse Wirkung. Der Abdiskontierungsfaktor ist wesentlich, weil sonst die Belastung des Bundeshaushaltes noch stärker steigen würde. Und weil schon der Zeitpunkt für den Wechsel bei der Finanzierung schlecht ist, ist es unter Berücksichtigung des Konsolidierungsprogramms unabdingbar, dass der Finanzierungsmechanismus erst 2014 in Kraft tritt. Entsprechendes gilt auch für die Basis der Berechnung, welche auf dem Durchschnitt der Jahre 2010 und 2011 basiert.

Noch ein Hinweis: Die Verwaltung ist offenbar auch daran, einen Mechanismus – ähnlich der Schuldenbremse – zu erarbeiten, der dann in den Gesetzen der Sozialversicherungen verankert werden soll. Das, denke ich, ist noch wichtig. Die Finanzkommission ist zum Schluss gekommen, dass es sich, über alles gesehen, um eine ausgewogene Lösung handelt, die einerseits eine Mehrbelastung für den Bundeshaushalt bringt, andererseits, wie gehört, zu einer Abkoppelung von der Kostenentwicklung bei der IV führt, was dann finanzpolitisch eine sauberere Lösung ist.

In diesem Sinne unterstützt Ihre Finanzkommission die Vorlage – allerdings, was den Finanzierungsteil betrifft, nur als unverändertes Gesamtpaket. Ich beantrage Eintreten.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Je vous remercie de ce débat, critique sur certains points, mais globalement très digne, peut-être à une exception près, l'histoire du «susucre». J'aimerais d'emblée le dire ici, parce que je ressens cela vraiment comme étant une faute. Le projet de contribution d'assistance n'est pas du tout un «susucre». Vous pouvez le prendre comme vous voulez, mais c'est une mesure qui entre dans l'objectif principal d'augmentation de l'autonomie, de la responsabilité. Si c'est une mesure qui est globalement neutre du point de vue des coûts, eh bien tant mieux. Mais ce n'est pas pour autant un «susucre». Il y a une grande cohérence, que cela soit bien clair, dans l'ensemble des mesures et il n'y a pas un élément pour faire passer les autres. D'ailleurs, de manière générale, sur cette révision 6a et 6b, si l'on veut atteindre les objectifs, on n'a pas trop le choix. L'ensemble des mesures sont nécessaires, y compris celles qui, sans forcément faire des économies – la contribution d'assistance permettra de faire des économies – vont dans le sens d'une augmentation de l'autonomie.

Vous avez aussi cité Hérodote, Madame Maury Pasquier. J'ai noté: «La hâte est la mère de l'échec», si j'ai bien compris. Je ne sais pas si Monsieur Hérodote a raison, mais ce que je sais, c'est que s'il a raison, alors on ne devrait avoir que des victoires. En effet, dans le domaine social et de la santé, on n'a pas une très grande vitesse en termes de débats parlementaires. Je pense que de ce côté, il ne faut pas se faire trop de soucis! Nous n'agissons pas dans la précipitation, mais nous poursuivons les réformes, oui, pour passer d'une assurance de rente à une assurance de réintégration. Je rappelle ici aussi que c'était le but premier et qu'il n'y a rien de très nouveau. Cela va d'une assurance qui est lourdement endettée, très lourdement endettée, à une assurance qui s'assainit, ce qui est de notre devoir. Je sais que ce n'est pas forcément facile parce que la situation de base est particulièrement délicate, mais c'est notre devoir. Pourquoi? Pas tellement pour avoir des chiffres noirs, mais parce que si les assurances sociales sont fortement déficitaires, elles ne peuvent plus rendre les services pour lesquels elles sont prévues, et on se retrouve dans une situation qui est connue dans un certain nombre de pays. De plus en plus, nous allons avoir une situation sociale et économique très différente

d'un pays à l'autre en fonction de l'assainissement et de la situation solide, durable des assurances sociales.

L'assainissement de cette assurance passe par trois étapes. La première étape est franchie: c'étaient les 4e et 5e révisions de l'AI pour stabiliser le déficit. Vous en avez parlé et avez vu par vous-mêmes que les objectifs de l'époque ont été largement dépassés, ce qui est bien la preuve qu'on n'a pas forcément automatiquement affaire à des objectifs trop élevés dans une révision – il faut voir de cas en cas. En l'occurrence, les 4e et 5e révisions de l'AI ont permis de réduire de 45 pour cent le nombre de nouvelles rentes. Donc, la situation s'est améliorée de ce côté-là.

La deuxième étape, c'est le crédit relais, qui permettra de ne plus puiser dans les fonds AVS et AI. C'était le sujet de la fameuse votation populaire du 27 septembre 2009, comme l'a rappelé le rapporteur: le relèvement temporaire des taux de la TVA de 2011 à 2017; c'est une somme d'environ 1,1 milliard de francs qui entre dans les caisses de l'AI pendant quelques années et qui permet d'éliminer, seulement sur cette période-là – mais cela ne l'élimine pas fondamentalement puisque le déficit réapparaîtra en 2018 –, le déficit structurel. Un fonds AI distinct est créé dès 2011, avec le versement unique de 5 milliards de francs provenant du fonds AVS ainsi que la prise en charge – j'aimerais le rappeler aussi à Monsieur Schwaller – par la Confédération des intérêts de la dette pendant toute cette période, soit 340 millions de francs par année. C'est aussi une des raisons qui ont amené le Conseil fédéral à dire: «La situation, dans laquelle nous avons dû à la fois assainir l'AI et amortir le choc de 2008 dans les comptes de la Confédération, était difficile.»

Je ne devrais peut-être pas trop le dire ici, mais l'alternative aurait consisté à pratiquer un assainissement de 100 à 150 millions de francs de plus dans des domaines comme la formation, en tout cas dans des domaines touchant mon département. Je trouve que le programme de consolidation des finances fédérales ne devrait pas avoir comme effet fondamental de réintroduire le fameux «stop and go» à fond dans le domaine de la formation. Cela aurait été le cas si l'on avait suivi votre demande. Cela dit, je réponds déjà à votre demande. Ce qui nous importe, c'est qu'on ait ce mécanisme de financement. Qu'on l'ait dans une année, dans deux ou dans trois ans, ce n'est pas fondamentalement grave; en effet, la situation doit être assainie sur la durée. Donc, la demande visant une entrée en vigueur simultanée ne me plaît pas trop, compte tenu de l'ensemble des éléments; l'autre amendement ne me pose pas de problème. Voilà pour la deuxième étape, la TVA et la séparation des fonds.

La troisième étape, c'est la 6e révision. Je voulais vous expliquer tout cela, mais je crois que cela ne sert à rien, parce que vous l'avez déjà fait vous-mêmes. J'aimerais simplement répondre à quelques questions.

En ce qui concerne le premier point de la révision 6a – la révision des rentes axée sur la réinsertion –, je remercie en particulier Madame Fetz, mais également Madame Egerszegi, d'avoir clairement dit que les mesures qui tournent autour de cette demande de révision des rentes – aussi pour les rentes actuelles –, mesures qui touchent en particulier les employeurs, mais évidemment aussi les assurés, sont bonnes.

En effet, nous sommes convaincus que nous avons utilisé vraiment l'essentiel, c'est-à-dire presque tout l'arsenal que nous pouvions raisonnablement mettre à disposition pour la réadaptation des bénéficiaires de rente.

Si je résume de manière très simple, je peux le dire en trois mots: test, suivi et protection. D'abord, il y a vraiment la possibilité de tester pendant quelques mois si le travail convient, sans aucun engagement: si ça ne va pas, ça ne va pas, on repart de zéro, ça n'occasionne de problème pour personne. Ensuite, il y a un suivi tout le long et des conseils; c'est vraiment totalement ouvert aux conseils, que ce soit pour l'assuré ou pour l'employeur. Enfin, il y a la protection. Il se peut que ça ne marche pas, et si ça ne marche pas, il y a un filet de protection qui récupère la personne. Sur le plan humain,

c'est évidemment difficile parfois, c'est clair, mais c'est aussi l'ouverture d'une perspective. Il ne s'agit pas de demander une réadaptation lorsque ce n'est pas raisonnable, j'aimerais le répéter afin que cela soit compris dans cette enceinte. On n'exige pas de quelqu'un des efforts disproportionnés de réadaptation, mais lorsque ça nous paraît bénéfique. Nous mettons tout à disposition pour que ça marche, et si ça ne marche pas, il y a encore un filet de protection. Cela va donc assez loin. En ce sens, je crois qu'on peut vous rassurer.

En ce qui concerne l'objectif de réduire de 12 500 le nombre de rentes pondérées, combien de fois ces derniers temps n'ai-je pas entendu qu'il était irréaliste! Cela a de nouveau été dit aujourd'hui. Cet objectif n'est pas irréaliste, parce qu'à l'heure actuelle déjà, 2300 rentes pondérées – soit 1 pour cent du total – sont révisées, et cela en appliquant le droit en vigueur. Calculé sur une durée de six ans, cela représente plus de 12 500 rentes. De fait, une révision des rentes a déjà lieu et elle se déroule dans un cadre beaucoup moins accablant que ce ne sera le cas avec la révision 6a. Déjà rien que sur ce point, ce n'est pas irréaliste. Admettons même qu'on n'atteigne l'objectif qu'à 75 pour cent: l'impact sera, selon la période, de l'ordre de 40 à 60 millions de francs d'économies qui ne se feront pas. Ce n'est pas souhaitable vu la nécessité d'assainir l'AI. Il ne serait de toute façon pas dramatique de ne pas atteindre exactement l'objectif de 12 500 rentes pondérées de moins.

Je répète que nous sommes convaincus qu'il est possible d'atteindre l'objectif précité. Arrêtez, Madame Maury Pasquier – je vous le dis franchement –, d'imaginer ce pays comme étant incapable de réadapter les bénéficiaires de rente parce que des emplois seraient supprimés partout. La Suisse est, comme d'autres pays, dans une situation difficile suite à la crise de l'automne 2008. Elle l'a surmontée de manière assez brillante – il n'y a que les Suisses qui ne s'en rendent pas compte, mais c'est la réalité! De plus, de nouveaux emplois sont créés tous les jours dans notre pays; nous manquons même de personnel dans bien des domaines. Bien sûr qu'il y a des différences, bien sûr que vous pouvez voir le verre toujours à moitié vide, mais voyez une fois aussi le verre à moitié plein! Donc il serait peut-être aussi bon que vous voyiez les choses de manière plus positive.

De plus, si – au lieu de dire qu'ils ne le feront jamais – vous donniez, du point de vue du politique, un peu d'enthousiasme aux employeurs pour qu'ils soient favorables à la réintégration, vous nous aideriez aussi. Dans tous les contacts que nous avons avec les employeurs, systématiquement, nous parlons de ça, alors que ce n'est pas à l'ordre du jour, en somme. Dans tous les cas, nous voyons qu'il y a une prise en considération du problème, et dans de nombreux cas, il y a déjà des systèmes de gestion par cas dans les entreprises. De plus en plus, les employeurs sont sensibles à cette richesse, à ce potentiel qui existe chez les personnes handicapées.

Donc croyez à cet objectif. Si, au bout du compte, il n'est pas entièrement atteint, nous sommes quand même convaincus qu'il n'est pas irréaliste. Ce n'est pas parce que nous nous exprimons prudemment dans le message que cela veut dire que nous avons des doutes. Pour ma part, je n'ai pas de doutes. Je vous dis franchement que je suis convaincu que la réintégration est possible. La seule chose à obtenir, c'est qu'il faut des moyens pour que cela marche. Les moyens, nous les mettons à disposition, ensuite il faut aussi que les employeurs répondent, c'est clair. Il faut aussi qu'il y ait dans le pays un climat général favorable à une action de ce type. Il ne faut pas toujours imaginer qu'on est en train de sombrer dans la déprime.

Le deuxième point de la révision 6a est le nouveau mécanisme de financement. Je ne vous l'explique pas, parce que vous l'avez bien compris. J'aimerais là aussi essayer de rassurer, en particulier Monsieur Stähelin. Il faudrait que les nouvelles rentes augmentent de plus de 20 pour cent pour que la part de la Confédération passe sous le seuil de 37,7 pour cent. Franchement, nous ne sommes pas en train de partir dans ce sens; cela va dans le sens inverse. Ce sur

quoi vous avez raison, c'est lorsque vous dites qu'il faudra en reparler de toute façon. En effet, dans la révision 6b, nous nous poserons la question de la règle de durabilité. Comme vous, nous nous posons la question du financement durable au sujet de toutes les assurances sociales. Une discussion aura lieu de toute façon sur le financement en général, durable, à long terme. Je crois vraiment, aussi en relation avec ce que j'ai dit tout à l'heure à propos de la prise en charge par la Confédération des intérêts de la dette pendant cette période, que vous pourriez accepter les intentions du Conseil fédéral sur ce sujet.

Pour ce qui est du parallélisme avec l'AVS, je comprends la remarque, je la comprends tout à fait. Il faut quand même reconnaître que jusqu'ici l'évolution n'a pas été vraiment parallèle, du moins elle est décalée dans le temps. Par conséquent, on ne peut pas non plus comparer deux assurances sociales dont l'évolution n'est pas parallèle et qui, à un même moment, est différente. L'AVS pour le moment est dans une situation stable, pourrait-on dire, avec le grand danger de constater dans dix ans une baisse inquiétante de son financement liée essentiellement aux charges et à la démographie. Pour ce qui est de l'assainissement de l'AI, la problématique est connue depuis des années. Elle remonte surtout aux années 1990, et maintenant on doit remédier aux conséquences, pour parler de manière simple.

Le troisième point concerne le domaine des moyens auxiliaires. Je serai là aussi très bref, compte tenu de tout ce que vous avez dit. Je vous remercie d'entrer en matière. Le Conseil fédéral pense tout simplement que cette volonté d'avoir en Suisse non seulement la qualité, mais aussi des prix acceptables est tout simplement indispensable – je partage le point de vue que ce n'est pas le seul domaine dans lequel cette volonté est indispensable – pour la crédibilité de cette révision.

Vous ne pouvez pas aller dans un sens aussi fort que le prévoient les révisions 6a et 6b si vous n'êtes pas capables – mais je sais que vous l'êtes ici, et je vous en remercie – de prendre les mesures qui se justifient absolument là où les prix sont trop élevés. C'est le seul domaine dans lequel ce ne sont pas des efforts qui sont demandés aux assurés en général, mais ce domaine touche en particulier l'économie qui fournit ces moyens auxiliaires, et l'économie ne peut pas ne pas comprendre qu'il est nécessaire que les prix soient corrects. Il ne s'agit pas de descendre en dessous des prix corrects, mais d'avoir des prix justifiés et justifiables, et non pas des prix trop élevés. Pour cela, il nous faut avoir l'éventail des instruments à disposition, de manière à ce que les choses se régularisent, et si elles se régularisent d'elles-mêmes, tant mieux.

Le quatrième point concerne la contribution d'assistance. Vous avez beaucoup discuté de ce projet en commission. Vous avez trouvé des solutions un peu plus ouvertes, et nous vous comprenons. Le Conseil fédéral est très favorable à ce projet. Dans un premier temps, il souhaitait être relativement prudent et ne pas être trop généreux pour des raisons financières, strictement et uniquement financières, parce que le projet est financé grâce aux économies faites sur l'allocation pour impotent. Vous le savez, c'est un peu compliqué. Cela touche en fait la cascade Confédération/cantons, mais toujours est-il que si l'on est trop généreux, il faudra bien savoir que ce projet pourrait également s'avérer plus coûteux et, par conséquent, plus difficile à justifier dans une période où l'on doit absolument assainir l'ensemble de l'assurance.

Concernant la suite des opérations, cela a été demandé par l'un ou l'autre d'entre vous, en particulier par Madame Egerszegi-Obrist je crois, la deuxième partie de la 6e révision est terminée pour ce qui est du traitement au niveau départemental. Le Conseil fédéral va en discuter et décider de la suite à lui donner. Il est probable que ce projet sera mis en consultation, peut-être même avant l'été déjà. Après, il sera revu vers la fin de l'année. Le Parlement a clairement dit, et c'est dans la loi, qu'il voulait avoir cette 6e révision d'ici la fin 2010. Donc, tous les travaux seront achevés, mais peut-être que le message sur la révision 6b vous sera remis au mois

de janvier ou de février 2011. Mais enfin, tous les travaux sont effectués et correspondent à la volonté claire, du moins dans l'esprit, de ce Parlement dans son entier, et non seulement du Conseil des Etats.

Le programme de cette révision 6b, qui doit encore être accepté définitivement par le Conseil fédéral, est basé sur huit points.

1. L'instauration d'un système de rente linéaire. Il s'agit de favoriser la réadaptation des assurés et d'éviter qu'ils ne soient financièrement pénalisés lorsqu'ils améliorent leur capacité de gain résiduelle. C'est donc un système de rente linéaire; il n'y a plus d'échelons.

2. Un nouveau renforcement des mesures de réadaptation pour les employés et les employeurs. On trouvera donc encore des éléments pour rendre la chose potentiellement mieux réalisable.

3. L'adaptation du montant de la rente pour enfants de personnes handicapées aux frais effectifs qui sont engendrés.

4. La couverture des frais de voyage dus au handicap et nécessaires aux mesures de réadaptation, mais de ceux-là seulement.

5. Le renforcement des bases légales pour lutter contre les abus dans toutes les assurances sociales.

6. Les mesures visant à renforcer la réinsertion professionnelle des élèves sortant d'écoles spécialisées. Il faut vraiment que les choses s'améliorent en la matière. On ne doit pas fabriquer quelque part une situation où l'on n'arrive plus à sortir du handicap.

7. Un mécanisme de désendettement de l'assurance.

8. Un mécanisme d'intervention en cas de déficit.

Ces deux derniers points sont des éléments de financement qui nous permettront aussi de reprendre des discussions sur ce sujet, mais pour le très long terme. En fait, ces mesures visent à améliorer les comptes de l'assurance de 600 millions de francs supplémentaires par rapport à la révision 6a en 2018 et de 800 millions de francs par an pour la période 2019–2028.

Cela signifie que l'on pourrait, selon toutes ces hypothèses, parvenir à un désendettement de l'assurance. On éliminerait le déficit structurel et on opérerait encore un désendettement de quelque 13 ou 14 milliards de francs qui sont le boulet à tirer jusqu'à l'horizon 2028. Cela semble réaliste, mais il faut évidemment que toutes les mesures soient acceptées.

J'aimerais dire ici à quel point cette situation est difficile, car on n'a pas vraiment le choix: on n'a pas un catalogue dans lequel vous pouvez prendre les mesures qui vous arrangent. Toutes ces mesures sont nécessaires si vous voulez atteindre l'objectif.

Le Conseil fédéral a la ferme intention, pour sa part, d'atteindre ces objectifs d'équilibre financier et de réorientation vers la réadaptation. Pour cela, il faudra un très large engagement, privé et public. Privé, parce que cela dépend beaucoup des employeurs, on l'a dit, mais aussi un engagement de toutes les personnes qui seront concernées par ces mesures, les organisations qui sont en charge de la problématique des handicapés et des autorités, vous et moi notamment. Le Parlement, qui a fixé les grands objectifs et aussi les délais, doit maintenant faire preuve de cohérence et de volonté et nous vous demandons de bien vouloir, et je crois que cela sera le cas, entrer en matière et soutenir le projet du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, sans modification.

**Maury Pasquier** (Liliane, S, GE): J'ajoute deux mots à ce que j'ai dit tout à l'heure pour être sûre de n'avoir pas été mal comprise, suite à l'intervention de Monsieur le conseiller fédéral Burkhalter. Si j'ai parlé de «susucre» à propos de la contribution d'assistance, ce n'est bien évidemment pas parce que j'estime que c'est insignifiant et que je n'appelle pas cela de mes vœux. Au contraire, et je l'ai dit, je soutiens pleinement cette proposition. C'était simplement pour montrer que – et cela apparaît d'ailleurs en détail dans le message du Conseil fédéral, réalisant ainsi le mandat que le Parlement avait donné au Conseil fédéral – le premier volet

de la 6e révision de l'AI «comprend des mesures qui contribuent de manière importante à la consolidation financière de l'assurance». C'est son but principal. Il aurait donc été tout à fait possible de présenter une révision partielle, portant seulement sur le budget d'assistance.

Je conclurai en disant que si pour Hérodote «la hâte est la mère de l'échec», ça ne signifie pas a contrario que la lenteur soit la mère de la réussite! Sinon, comme cela a été dit, nous aurions un grand nombre de réussites à notre actif! Il s'agit juste de trouver le bon tempo.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

### **Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)**

#### **Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)**

*Detailberatung – Discussion par article*

#### **Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung; Ersatz eines Ausdrucks; Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule; ch. I introduction; remplacement d'un terme; préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Gestatten Sie mir, noch zwei, drei Vorbemerkungen zur Detailberatung zu machen: Die Detailberatung zu diesem Geschäft wurde durch die Kommission am Mittwoch, dem 19. Mai, und am Donnerstag, dem 20. Mai 2010 im Beisein von Herrn Bundesrat Burkhalter durchgeführt. Insgesamt lagen der Kommission 31 Anträge zur Behandlung vor, wovon dann im Rahmen der Beratung deren 24 zurückgezogen worden sind. In der heutigen Fahne sind lediglich bei drei Bestimmungen, nämlich bei Artikel 21quater auf Seite 12 sowie unter Ziffer II, Schlussbestimmung, auf den Seiten 29 und 30 Minderheitsanträge zu verzeichnen. Zudem hat die Kommission lediglich bei fünf Artikeln Änderungen gegenüber dem Entwurf des Bundesrates vorgenommen. Das zeigt auch auf, dass es der Kommission wichtig war, die Kompaktheit der Vorlage weitestmöglich zu belassen. Dort, wo aus Sicht der Kommission im Rahmen des Zweitrates noch vertiefte Abklärungen gemacht werden sollten, werde ich entsprechend darauf hinweisen.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 7 Abs. 2 Bst. e**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 7 al. 2 let. e**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Es geht hier um die Pflicht zur Mitwirkung in Bezug auf die Eingliederung. Dieser Artikel gewann insbesondere bei der 5. Revision, also beim Grundsatz der Integration vor Rente, eine zentrale Bedeutung und soll nun auch in Bezug auf die Reintegration von Rentnerinnen und Rentnern nach dem Rentenbezug seine Gültigkeit haben.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 7b Abs. 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 7b al. 3**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Bei diesem Artikel geht es um die Sanktionsmöglichkeiten, wenn die versicherte Person ihren Pflichten nicht nachkommt. Gemäss einem Bundesgerichtsurteil ist nicht primär die wirtschaftliche Lage massgebend. Vielmehr muss auf die Höhe des Verschuldens abgestellt werden. Dieser Artikel trägt diesem Urteil gesetzgeberisch Rechnung.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 8a**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Es handelt sich hier um den eigentlichen Wiedereingliederungsartikel. Grundsätzlich soll im Rahmen eines Revisionsverfahrens auch untersucht werden können, ob eine Verbesserung der Erwerbsfähigkeit mit Unterstützung durch geeignete Massnahmen erreicht werden kann.

Absatz 1 umschreibt den Anspruch auf Wiedereingliederungsmassnahmen, Absatz 2 umschreibt die Art der Massnahmen, Absatz 3 zeigt die zeitliche Dauer von Massnahmen auf, und in Absatz 4 wird klar festgehalten, dass die versicherte Person wie auch ihr Arbeitgeber noch während längstens drei Jahren einen Anspruch auf Begleitung und Beratung haben. Das ist ein nicht unwesentlicher Artikel, der insbesondere auch das Vertrauen aller Beteiligten stärken kann.

Im Rahmen der Detailberatung stand jedoch die Frage im Raum, ob es sich denn hier nicht um eine eigentliche Schadenminderungspflicht gemäss Versicherungsrecht handle. Der Versicherte, der ja schon Leistungen bezieht, ist in der Pflicht mitzumachen. Die Frage also, ob er ein Wiedereingliederungsrecht oder eben eine Schadenminderungspflicht hat, stand hier im Zentrum der Diskussion und könnte insbesondere, wenn Renten möglicherweise gekürzt werden, noch zu prozessualen Problemen führen.

Die Kommission war deshalb der Meinung, dass diese Frage im Zweirat nochmals vertieft geprüft und allenfalls etwas korrigiert werden sollte. Dabei wäre es wünschenswert und effizient, wenn das Departement respektive das Bundesamt für Sozialversicherungen zuhanden der nationalrätlichen Kommission die Ergebnisse der nochmaligen Prüfung dieser nicht unwichtigen Frage in einem entsprechenden Zusatzbericht klären könnte.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 10 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 10 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Diese Anpassung steht im Zusammenhang mit der Wiedereingliederung von Rentnerinnen und Rentnern, einem zentralen und neuen Element dieser Revision.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 16 Abs. 2 Bst. c***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 16 al. 2 let. c***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Artikel 73 ist mit der Einführung des NFA weggefallen. Aus Versehen wurde damals Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c nicht angepasst. Das wird im Rahmen dieser Revision nachgeholt respektive korrigiert.

*Angenommen – Adopté***Art. 18 Abs. 3, 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 18 al. 3, 4***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Die beiden Absätze werden aufgrund der neuen Gesetzessystematik und der Einführung der Regelung des Arbeitsversuchs angepasst und hier bei Artikel 18, Titel «Arbeitsvermittlung», aufgehoben. Die Regelung bezüglich Entschädigung für Beitragserhöhungen beim BVG und bei der Krankentaggeldversicherung finden Sie dann im neuen Artikel 18c wieder.

*Angenommen – Adopté***Art. 18a***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Dieser Artikel ist neu. In der 5. Revision wurde die sogenannte Anlernzeit gestrichen und durch den Einarbeitungszuschuss ersetzt. Die Erfahrungen haben aber nun gezeigt, dass ein neues Instrument für eine erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt notwendig ist, um die Leistungsfähigkeit zu erproben. Ähnliche Massnahmen werden heute durch die IV-Stellen unter dem Begriff «Umschulung» bereits eingesetzt. Hier wird nun eine rechtliche Klärung vorgenommen. Die Regelung gilt für alle versicherten Personen und nicht nur für die Wiedereingliederung von Rentenbezüglerinnen und -bezügern.

In Absatz 1 geht es im Wesentlichen darum, die effektive Leistungsfähigkeit während sechs Monaten zu testen. In den Absätzen 2 und 3 geht es um die rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses bei der Eingliederung sowie um den entsprechenden Entschädigungsanspruch für die versicherte Person. In Absatz 4 ist eine Kompetenzdelegation an den Bundesrat in Bezug auf einen vorzeitigen Abbruch des Arbeitsversuches. Die Detailregelung wird dann auf Verordnungsstufe festgehalten.

*Angenommen – Adopté***Art. 18b***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Die praktische Erfahrung in Bezug auf den Einarbeitungszuschuss hat gezeigt, dass dieser von den IV-Stellen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, als Eingliederungsinstrument genutzt wurde. Die Kostenabwicklung war fehleranfällig, sie brachte Sachzwänge und einen administrativen Mehraufwand mit sich.

Der Einarbeitungszuschuss hat sich nicht bewährt. Damit er ein praktikables Anreizinstrument für den Arbeitgeber wird, muss er in diese neue Form überführt werden. Die Neuformulierung im Gesetzentwurf zielt nun auf eine Vereinfachung und Verbesserung der Praktikabilität ab. Das bisherige Taggeldsystem wird herausgelöst, und es wird eine direkte Auszahlung an den Arbeitgeber über die zentrale Ausgleichsstelle in Genf erfolgen.

*Angenommen – Adopté***Art. 18c***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Die Versicherung richtet eine Entschädigung für Beitragserhöhungen der obligatorischen beruflichen Vorsorge und der Krankentaggeldversicherung aus, wenn:

- a. die versicherte Person nach erfolgter Arbeitsvermittlung innert drei Jahren aus gesundheitlichen Gründen erneut arbeitsunfähig wird; und
- b. das Arbeitsverhältnis im Zeitpunkt der erneuten Arbeitsunfähigkeit länger als drei Monate gedauert hat.
- c. Streichen

*Abs. 2*

Der Bundesrat legt die Höhe der Entschädigung fest und kann weitere Voraussetzungen für deren Ausrichtung bezeichnen.

**Art. 18c***Proposition de la commission**Al. 1*

L'assurance octroie une indemnité ...

- a. l'assuré est à nouveau en incapacité de travail pour des raisons de santé dans les trois ans suivant le placement; et
- b. Adhérer au projet du Conseil fédéral  
(la modification ne concerne que le texte allemand)
- c. Biffer

*Al. 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

(la modification ne concerne que le texte allemand)

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Hiermit werden die bisherigen Absätze 3 und 4 von Artikel 18 in den neuen Artikel 18c überführt und ersetzt. Die bisherige Kann-Formulierung wurde in eine zwingende Formulierung unter bestimmten Voraussetzungen umgewandelt. Es geht dabei um die Situation, dass eine versicherte Person nach erfolgter Arbeitsvermittlung erneut krank wird. Zudem beantragt Ihnen Ihre Kommission bei Absatz 1 Buchstabe a, die Zeitspanne der erfolgten Arbeitsvermittlung von zwei auf drei Jahre hinaufzusetzen. Die Bestimmung von Absatz 1 Buchstabe c beantragen wir zu streichen.

*Angenommen – Adopté***Art. 18d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 21 Abs. 3, 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 21 al. 3, 4***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Diese beiden Absätze sind im Zusammenhang mit Artikel 21quater zu betrachten. Die Regelung zur pauschalen Vergütungsform bei Hilfsmitteln wurde zu Buchstabe a in diesem neuen Artikel

verschoben. Ich werde später noch speziell darauf zurückkommen.

Der zweite Satz in Absatz 3 des geltenden Rechtes, der verschiedentlich als Rechtsgrundlage für die Austauschbefugnis interpretiert wurde, wird ebenfalls gestrichen, da dieser Austausch neu in Artikel 21ter unter dem Begriff «Ersatzleistungen» abgewickelt werden kann.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 21bis**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Germann*

*Abs. 3*

Streichen

**Art. 21bis**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Germann*

*Al. 3*

Biffer

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Es handelt sich hier um einen allgemeinen Rechtsgrundsatz und die Verankerung eines in der Sozialversicherung und durch das Bundesgericht häufig angewandten Begriffes. Die Bestimmungen in Bezug auf die Ersatzleistungen sind im neuen Artikel 21ter zu finden.

**Germann Hannes (V, SH)**: Sie wissen, dass ich grundsätzlich Mühe habe mit der Idee, dass der Staat in diesem Bereich ein Beschaffungsverfahren durchführen soll. Die vorberatende Kommission hat sich eingehend mit dem Thema beschäftigt und ist mit grosser Mehrheit dem Bundesrat gefolgt. Das habe ich zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren.

Etwas beruhigt haben mich die öffentlichen Erklärungen des BSV-Direktors, keine Ausschreibungen zu machen und diese Kompetenz nur als Notnagel im Gesetz verankern zu wollen. Wenn ich mir trotzdem einen Einzelantrag vorzulegen erlaube, dann nicht zum Thema Beschaffung als solches, sondern zur sogenannten Austauschbefugnis, wie sie neu in Artikel 21bis des IV-Gesetzes verankert werden soll. Weil diese in der vorberatenden Kommission nur am Rande ein Thema war, scheint es mir wichtig, dass sie im Plenum zur Sprache kommt.

Worum geht es? Lassen Sie mich vorerst möglichst anschaulich aufzeigen, was die Austauschbefugnis ist. Dieses Prinzip ermöglicht es dem Versicherten, eine ihm zustehende Versicherungsleistung, also Geld, für dasjenige Hilfsmittel einzusetzen, das für seine Bedürfnisse das richtige ist, solange es dem gleichen Zweck dient. Konkret: Wenn ein Betroffener ein Hilfsmittel zugute hat, auf der Liste der Hörgeräte oder Rollstühle das für ihn beste Hilfsmittel aber nicht findet, darf er den ihm zustehenden Betrag für sein Wunschhilfsmittel einsetzen. Eine allfällige Differenz bezahlt er selber. Er darf sich den Betrag der IV an den Kauf dieses persönlich ausgewählten, meist natürlich teureren Hilfsmittels anrechnen lassen. Das gilt heute und ermöglicht dem Versicherten, das Hilfsmittel auszuwählen, das seinen Bedürfnissen am besten entspricht.

Gemäss der Rechtsprechung des Bundesgerichtes leitet sich diese Austauschbefugnis direkt aus dem Verhältnismässigkeitsgebot der Bundesverfassung ab. Positiv rechtlich formuliert ist es bislang nur in Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung über die Abgabe von Hilfsmitteln verankert. Im zweiten Satz von Artikel 21 Absatz 3 des geltenden IVG war es ebenfalls angetönt; diesen Satz haben wir aber soeben gestrichen. Es ist darum wichtig, dass in dieser IV-Revision die Austauschbefugnis in den Absätzen 1 und 2 von Arti-

kel 21bis explizit und ausführlich auf Gesetzesstufe verankert wird.

Es ist meines Erachtens zumindest problematisch, dass diese Austauschbefugnis gemäss Absatz 3 im Falle eines staatlichen Vergabeverfahrens von Hilfsmitteln eingeschränkt werden soll – ich verstehe das nicht. Was würde das nämlich konkret bedeuten? Im Falle eines Vergabeverfahrens wäre es den Versicherten nicht mehr erlaubt, sich für ein Hilfsmittel ausserhalb des staatlich beschafften Sortiments zu entscheiden, ausser sie würden vollständig auf den Betrag verzichten, der ihnen zusteht. Es würde also künftig zwei Klassen von Hörbehinderten und von Menschen im Rollstuhl geben: Zur ersten Klasse würden jene gehören, die ein staatlich ausgeschriebenes Gerät tragen – um auf die Hörgeräte zurückzukommen – und dafür von der IV einen Geldbetrag bekommen; zur zweiten Klasse würden jene gehören, die ein Gerät kaufen, das nicht auf der Liste ist, und die gar kein Geld bekommen. Es darf doch nicht sein, dass zwar alle IV-Beiträge bezahlen müssen, aber man von der IV in diesem Fall eben nur unterstützt wird, wenn man ein Gerät kauft, das sich auf einer staatlichen Liste befindet. Wollen wir wirklich eine Zweiklassengesellschaft, nur damit wir diese Drohgebärde für den alleräussersten Notfall im Gesetz haben? Lohnt sich das wirklich? Da sich das Beschaffungsverfahren nicht nur auf Hilfsmittel erstreckt, die von der IV voll bezahlt werden, sondern auch auf Hilfsmittel, die überwiegend von den Versicherten finanziert werden, führt die Einschränkung der Austauschbefugnis in der Praxis dazu, dass der Bund den Versicherten vorschreibt, wie sie ihr privates Geld ausgeben dürfen, nämlich im staatlich beschafften Sortiment und nicht anderswo.

Gemäss dem Sprichwort «Wer zahlt, befiehlt» mögen Sie es für richtig halten, dass die IV ein Vergabeverfahren bei Hilfsmitteln durchführt. Über die Einschränkung der Austauschbefugnis in diesem Absatz 3 verankern Sie aber, dass der Staat plötzlich bei Hilfsmitteln befiehlt, die er überwiegend nicht bezahlt, sondern die über Versicherungsbeträge von den Betroffenen finanziert werden. Sie schaffen damit eine Rechtsungleichheit zwischen Versicherten, welche mit einem Gerät aus dem Staatssortiment zufrieden sind, und jenen, die ein Gerät ausserhalb dieses Angebots benötigen.

Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, ändern Sie nichts am Prinzip, dass der Bund in Zukunft ein Vergabeverfahren durchführen kann. Wer im Vergabeverfahren ein sinnvolles Instrument für die IV sieht, kann diesem Antrag problemlos zustimmen. Sie schmälern damit auch den möglichen Spareffekt in keiner Art und Weise. Sie sorgen aber für mehr Wettbewerb, weil die Austauschbefugnis dem Versicherten eine freie Auswahl unter allen erhältlichen Geräten ermöglicht. Und Sie respektieren den möglichen Entscheid der Versicherten für ein anderes Gerät, das ihnen mehr entspricht als das vom Bund über eine Ausschreibung beschaffte. Es könnte ja sein, dass jemand, der gelähmt ist, ein Paraplegiker, einen Rollstuhl für seine Bedürfnisse findet – vielleicht nicht in unserem Land. Warum soll man ihm nicht auch für diesen entschädigen? Das wäre wirklich nicht im Sinne einer Versicherung. Oder muss ich das so deuten, dass ich am Schluss nur noch für jene Brillen etwas bezahlt bekomme, die auf einer staatlichen Liste sind? Die Leute sind wirklich mündig genug, jenes Hilfsmittel auszuwählen, das ihrem Bedürfnis am besten entspricht.

Die Versicherten können, wenn meinem Antrag zugestimmt wird, weiterhin den Betrag der Versicherung für das Gerät einsetzen, das ihren Bedürfnissen entspricht. Das scheint mir das Entscheidende zu sein, und das entspricht auch dem Wettbewerbsgedanken. Ursprünglich sind wir ja bei diesem Thema für den Wettbewerb eingetreten. Sie haben meine diesbezügliche Motion 09.3156 vor Jahresfrist in diesem Rat ganz klar angenommen. Auch der Nationalrat ist oppositionslos gefolgt – für mehr Wettbewerb. Aber das hat diesen Passus hier natürlich nicht beinhaltet.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen und damit auch dem Zweirat die Möglichkeit zu geben, diese Frage noch einmal vertieft anzugehen.

**Frick Bruno** (CEg, SZ): Der Antrag Germann will die Wahlfreiheit der Versicherten sicherstellen. Auch dort, wo der Bund das Vergabeverfahren durchgeführt hat, sollen die Versicherten die Möglichkeit haben, den Betrag, den sie von der IV erhalten, für ein selber ausgewähltes Hilfsmittel zu benutzen. Der Bundesrat will aber die Möglichkeit vorsehen, dass der Versicherte nur aus der Bundesliste auswählen darf und kein anderes Gerät, kein anderes Hilfsmittel anschaffen darf, andernfalls verliert er den Bundesbeitrag.

Ich meine, dass die Austauschbefugnis, also das freie Wahlrecht, ein staatspolitisch wichtiges Prinzip ist. Es leitet sich aus dem Verhältnismässigkeitsgebot ab. Wenn dieses eingeschränkt werden muss, deutet es auch auf die Unverhältnismässigkeit eines Vorhabens hin. Kollege Germann hat soeben aufgezeigt, wie die konkreten Folgen von Absatz 3 aussehen. Ein Betroffener, der sich für ein Hilfsmittel ausserhalb der staatlichen Beschaffungsliste entscheidet, verliert die Leistung der Versicherung, in die er ordentlich Prämien bezahlt hat. Ich habe Verständnis für die Notwendigkeit des Ausschreibungsverfahrens. Aber bei allem Verständnis für die Notwendigkeit des Druckmittels des Bundes gegenüber der Hilfsmittelindustrie gilt es doch etwas zu beachten: Wollen wir wirklich so weit gehen, wollen wir wirklich die Wahlfreiheit der Versicherten derart beschränken können? Das ist nicht nötig. Die Bestimmung schießt über das Ziel hinaus. Es scheint mir richtig, wenn wir dem Streichungsantrag Germann zustimmen, dem Nationalrat diesen Fingerzeig geben und ihn damit bitten, die Frage nochmals sehr genau anzuschauen.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, dem Antrag Germann zuzustimmen.

**David Eugen** (CEg, SG): Ich glaube, hier geht es nicht um die Versicherten und ihre Wahlfreiheit. Es geht darum, ob wir einen Preiswettbewerb haben oder nicht. Wenn man ein Ausschreibungsverfahren hat – das wissen alle, die irgendwann einmal ein solches Verfahren durchgeführt haben –, wird die Beschaffung ausgeschrieben, dann können die Anbieter Eingaben machen, hier für Geräte, und müssen sagen, zu welchem Preis sie sie offerieren. Nachher kommt der Besteller – das ist hier mit Recht die IV – und gibt den Zuschlag. Wir wissen ja, wie die Zuschlagsregeln sind: Der Besteller muss die beiden Elemente Qualität und Preis berücksichtigen. Der Besteller wählt in diesem Fall z. B. 270 bis 300 Geräte aus und gibt dann den Zuschlag. Damit hat der Versicherte eine Auswahl von 270 bis 300 Geräten.

Nachher kommt derjenige, der im Zuschlagsverfahren unterlegen ist, weil er einen viel zu hohen Preis eingegeben hat, und darf trotzdem für die Sozialversicherung anbieten. Vielleicht geht er dann mit den Preisen etwas runter, aber er darf anbieten. Das ist das, was Herr Germann will. Das kann es doch nicht sein! Da bin ich vollkommen dagegen. Dann streichen wir dieses Verfahren lieber und hören damit auf.

Seien wir doch ehrlich: Man sagt zwar, man wolle ein solches Ausschreibungsverfahren, man wolle Wettbewerb haben, aber nachher zieht man demjenigen, der eigentlich den Zuschlag erhalten hat, praktisch den Boden unter den Füssen weg. Man kann sich vorstellen, wie es wäre, wenn das bei anderen Ausschreibungen der Fall wäre: wenn derjenige, der zu hohe Preise eingegeben hat, nachher trotzdem den Zuschlag erhält. Das kann es ja nicht sein; der muss aus dem Angebot herausfallen; da steht die Konsequenz dafür, dass er zu hohe Preise eingegeben hat.

Wichtig ist aber – das möchte ich unterstreichen, das hat in der Kommission auch der Bundesrat einige Male unterstrichen –, dass den Versicherten ein sehr grosses Angebot unterbreitet wird.

Die Sozialversicherung ist kein Selbstbedienungsladen! Man darf Grenzen setzen. Man darf auch gegenüber den Versicherten gewisse Grenzen setzen. Wenn man 200 bis 300 Geräte anbietet, dann ist das für eine Sozialversicherung ein grosses Angebot, das zur Verfügung steht. Da kann man doch nicht davon reden, dass hier die Wahlfreiheit eingeschränkt werde. Die Wahlfreiheit der Versicherten ist begrenzt auf jene Geräte, die den Zuschlag erhalten haben –

das ist auch in Ordnung so –, und der Bundesrat wird für ein breites Angebot sorgen.

Ich bitte Sie, jetzt diesen Schritt zu machen. Wie wir wissen, haben wir am Schweizer Markt massiv überhöhte Preise zu lasten der IV. Die IV-Beiträge müssen alle bezahlen. Wir nehmen das den Arbeitgebern und Arbeitnehmern weg. Den Arbeitnehmern ziehen wir das am Lohn ab, damit hier hohe Preise bezahlt werden. Das geht doch nicht! Damit müssen wir aufhören. Wenn wir nicht in der Lage sind, diesen Schritt zu machen, dann können wir auch nicht vors Volk treten und sagen, wir hätten alles unternommen, um diese 11-Milliarden-Schuld, die jetzt hier besteht, zu reduzieren.

Ich stehe dazu, dass wir auch gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern relativ harte Massnahmen ergreifen müssen. Wir haben ja auch den Neuzutritt zur IV stark eingeschränkt. Aber hier, bei der Hilfsmittelindustrie, sagt man plötzlich Nein und lässt die alten fett angefüllten Töpfe offen, aus denen man sich bedienen kann. Ich muss Ihnen sagen, dass mich diese Selbstbedienungsmentalität in der Sozialversicherung massiv stört. Damit müssen wir aufhören, und dafür tragen wir hier in diesem Saal die Verantwortung.

**Frick Bruno** (CEg, SZ): Herr Eugen David spricht nicht zum Antrag Germann, absolut nicht.

Das Vergabeverfahren hat zwei Schritte: Der Bund schreibt aus, worauf die Hilfsmittelindustrie Angebote machen kann. Der Bund handelt den Preis aus. Die Zahl der Hilfsmittel wird sodann auf eine Liste genommen, auf welcher verzeichnet ist, welche kostengünstig sind. Das ist richtig; das wollen wir alle. Damit werden die Preise für die Versicherten und auch für die Sozialversicherung und die Invalidenversicherung gedrückt; heute sind sie zu hoch.

Nun kommt aber der einzelne Versicherte, der ein solches Gerät braucht, ins Spiel. Gemäss Artikel 21bis hat er das Recht, ein Gerät auszuwählen, das auf dieser Liste ist, oder ein anderes. Beispielsweise kann er sagen, dass er ein spezielles Gerät möchte, weil er sich ein bisschen Luxus leisten will. Hierfür bekommt er den Beitrag der IV, legt etwas dazu und kauft das besondere Gerät.

Nun, was will dieser Absatz 3? Er will dieses Wahlrecht beseitigen, sodass der Versicherte nur ein Gerät auf der Bundesliste wählen kann und nicht auch ein anderes. Lassen Sie doch dem Versicherten die Freiheit! Er soll doch die Möglichkeit haben, Geräte zu einem günstigen Preis oder, wenn er Lust und Geld hat, ein besonderes, teureres Gerät zu kaufen. Er hat ja durch das Ausschreibungsverfahren die Möglichkeit erhalten, mit dem Bundesbeitrag ein günstiges Gerät zu beziehen, er soll aber auch die Freiheit haben, ein teureres kaufen zu können.

Würde man das Beispiel auf die Automobilindustrie übertragen, so ergäbe sich folgendes Bild: Der Bund gibt einen Beitrag, um einen VW Polo zu einem bestimmten Preis zu kaufen, den der Bund offeriert erhalten hat. Der Versicherte hat aber den Wunsch, sich einen Mercedes-Benz zu leisten, weil er das so möchte und sich diesen Komfort wünscht. Das kann auch bei einem Hörgerät oder bei einem Rollstuhl so sein. Warum soll der Versicherte nicht dieses Modell kaufen können, wenn er bereit ist, die Differenz selber zu bezahlen? Darum geht es. Diese Wahlfreiheit, diese Eigenverantwortung müssen wir an dieser Stelle beileibe nicht streichen.

**Germann Hannes** (V, SH): Ich bin Kollege Frick dankbar, dass er das klargestellt hat. Das Votum von Eugen David zeigt ja gerade, wie dringend notwendig es wäre, dass der Zweirat sich mit diesem Bereich noch einmal vertieft befasst. Wir scheinen hier wirklich aneinander vorbeizureden. Es geht darum: Erhalte ich eine Leistung von der Versicherung, oder erhalte ich sie nicht?

Ich muss schon sagen, Herr David: Harte Massnahmen ja, aber hier hat man es mit Hörbehinderten oder allenfalls mit Paraplegikern zu tun. Die wählen sich ihre Behinderung nicht selber aus; das kann ich Ihnen sagen. Das sind schwerwiegende Sachen; Hörbehinderung ist etwas Schlimmes. Hier hat der Versicherte einen Beitrag zugut – es ist ja egal, wie hoch der Preis ist: Wenn der Versicherte sich ein

teures Luxusgerät leisten will, dann darf er sich doch dafür entscheiden; er muss es ja selber bezahlen. Die Versicherung kann doch nicht sagen: Wenn du eines nimmst, das nicht auf der Staatsliste ist, dann bekommst du nichts und damit fertig. Das soll nicht sein, und darum ist es nötig, in der Kommission und im Plenum des Zweitrates noch einmal über dieses Thema zu gehen.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Wir befinden uns jetzt bei der Austauschbefugnis. Aber diese kann nicht losgelöst und ohne Bezug zur Beschaffung betrachtet werden. Absatz 3 hält fest, dass der Bundesrat die Austauschbefugnis auf die Hilfsmittel beschränken «kann» – es ist also eine Kann-Regelung und keine zwingende Regelung –, die von Anbietern oder Anbieterinnen angeboten werden.

Worum geht es? Es geht darum, dass wir im Bereich der Hilfsmittel etwa 35 bis 50 Millionen Franken einsparen sollten. Das ist praktisch der einzige Ort, wo es die Industrie direkt trifft, weil eben eine Ausschreibung stattfinden kann. Aber gehen Sie jetzt zu Artikel 21quater. Der gehört eben dazu. Und bereits bei Artikel 21quater sehen Sie eine Kaskade an Massnahmen, wie das BSV in Bezug auf die entsprechende Beschaffung oder Vergütung von Hilfsmitteln vorgehen wird. Das öffentliche Ausschreibungsverfahren – ich komme später noch einmal darauf zurück – ist in dieser Kaskade auf vierter Stufe angesiedelt. Und es wird, so, wie wir in der Kommission erfahren haben, im Prinzip als Ultima Ratio angewandt, wenn es nicht anders geht und die Preise nicht fallen. In der Logik der Sache werden die Preise aller Anbieter, wenn man so weit ist, wahrscheinlich tauchen – tauchen müssen! Sonst laufen sie Gefahr, dass sie nicht mehr vergütet werden.

Es geht jetzt darum, dass wir in Kongruenz zu Artikel 21quater dasselbe bei Artikel 21bis bestimmen, für den Fall, dass man sich ein solches Hilfsmittel beschafft hat und es allenfalls austauschen muss. Sonst ist das Gesetz inkonsistent. Das ist die Problematik.

Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Gestatten Sie mir noch zwei, drei Bemerkungen zum Wettbewerb. Ich wiederhole mich: Es geht nicht nur um Hörgeräte, Herr Germann. Es geht um Rollstühle, es geht um den Umbau von Fahrzeugen. Es geht um Prothesen, es geht um Schuhe, es geht um Perücken usw. Der Hilfsmittelteil beträgt etwa 280 Millionen Franken im Jahr 2008 – in etwa! Es ist klar, dass die Hörgeräte natürlich den grössten Teil davon ausmachen. Bei 61 000 Bezügerinnen und Bezüger machen dies etwa 81 Millionen Franken aus. Aber es geht nicht nur um die Hörgeräteindustrie und um die Hörmittel.

Wir müssen das gesamtheitlich anschauen. Ich glaube, der Wettbewerb hat insbesondere bei den Hörmitteln in der Vergangenheit einfach nicht gespielt. Das ist die Problematik. Wenn das gleiche Hörmittel in Norwegen um die Hälfte billiger verkauft wird als in der Schweiz, dann frage ich mich: Was ist es denn, was das gleiche Hörmittel in der Schweiz so viel teurer macht?

Es ist nicht die Absicht des Bundesrates, wie wir erfahren haben, eine schmale Palette mit zwölf verschiedenen Hörgeräten aufrechtzuerhalten, wie dies beispielsweise in England der Fall ist, sondern man möchte eine möglichst breite Palette mit etwa 300 Hörgerädetypen ins Angebot aufnehmen. Das sind etwa 90 bis 95 Prozent von dem, was jeweils gebraucht wird. Aber die Pauschalen haben die Priorität. Dann kommen allenfalls entsprechende Tarifverträge mit den Leistungserbringern. Es gibt die Möglichkeit der Festsetzung von Höchstbeträgen für die Kostenübernahme, und erst am Schluss, wenn alle Stricke reissen, kommt das Ausschreibungsverfahren zur Anwendung.

Herr David hat gesagt, wir sollten – nein, wir müssten Grenzen setzen! Ja, wir müssen Grenzen setzen! Sonst werden wir das langfristige Ziel der Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht erreichen. Ich glaube, es ist verantwortbar, wenn hier auch die Hilfsmittelindustrie ihren Beitrag dazu leistet. Wenn jedes Mal, bei jeder Gesetzesrevision – beim nächsten Teil wahrscheinlich noch viel mehr – immer ein Mosaiksteinchen hinausfällt, wird es sehr schwierig.

Ich glaube, wir sollten kongruent auf der Linie bleiben und den Antrag Germann ablehnen.

**Sommaruga Simonetta (S, BE)**: Entschuldigung, wenn ich noch nach dem Kommissionssprecher spreche. Ich wollte nur noch etwas aus meiner Sicht richtigstellen. Herr Kollege Germann und auch Herr Kollege Frick haben jetzt gesagt, der Antrag Germann habe mit dem Ausschreibungsverfahren nichts zu tun, sondern es gehe hier lediglich darum, dass die Versicherten die Wahlfreiheit hätten, um am Schluss doch das Gerät oder das Hilfsmittel beziehen zu können, das ihnen am besten entspricht. Vielleicht sei ihnen ein Mercedes lieber als ein VW Golf.

Ich möchte Ihnen nur kurz sagen, weshalb dieser Antrag eben sehr wohl etwas mit dem Ausschreibungsverfahren zu tun hat. Ein Ausschreibungsverfahren besteht ja darin, dass Sie sagen: Wir machen jetzt eine Ausschreibung, Sie können bieten, und am Schluss sind Sie auf der Liste oder eben nicht. Damit machen Sie Druck, weil Sie am Schluss als Herstellerin oder als Hersteller wissen: Entweder mache ich ein Angebot, mit dem ich drin bin, oder ich bin eben nachher nicht drin. Jetzt sagen Sie mir: Warum soll jemand überhaupt mitbieten, wenn am Schluss die Liste gemacht wird und trotzdem weiterhin alle anbieten können und weiterhin bei allen die Hilfsmittel bezogen werden können? Das ist das Ende des Ausschreibungsverfahrens, es führt zur Aufhebung des Ausschreibungsverfahrens. Niemand wird mehr mitbieten, weil er weiss: Auch wenn ich draussen bin, wenn ich nicht auf der Liste bin, werde ich weiterhin liefern können. Ich werde meine Kundinnen und Kunden schon überzeugen können, weshalb sie diesen kleinen Aufpreis jetzt noch selber bezahlen sollen, weil das Gerät ohnehin besser ist.

Herr Kollege David hat es gesagt: Gerade bei den Hörgeräten geht es um 200 bis 300 Modelle. Ich bin ja wirklich auch für die Wahlfreiheit. Aber hier zu sagen, die Versicherten hätten keine Wahlfreiheit mehr, das finde ich mittlerweile doch ziemlich absurd. Ich finde, wir sind hier in einem Sozialversicherungsbereich und haben die Aufgabe und die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Leute wirklich ein Angebot haben, das ihren Bedürfnissen entspricht. Wir haben aber auch dafür zu sorgen, dass das Geld, das wir dafür ausgeben, korrekt eingesetzt wird.

Das Ausschreibungsverfahren ist das einzige Mittel, das wirklich Druck ausüben wird. Deshalb brauchen wir das Ausschreibungsverfahren. Wenn Sie jetzt dem Antrag Germann zustimmen, dann hebeln Sie den Grundmechanismus dieses Ausschreibungsverfahrens aus.

Wenn ich schon am Reden bin – ich werde nachher nicht mehr reden –, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es beim Antrag der Minderheit Brändli zu Artikel 21quater Buchstabe d um genau das Gleiche geht, nämlich wieder darum, diese Ausschreibungsverfahren einzuschränken. Herr Bundesrat, Sie sagen ja immer, das Ausschreibungsverfahren sei eine Ultima Ratio, Sie würden es wirklich nur einsetzen, wenn es nötig ist. Ich bitte Sie, in der Zeit, die jetzt noch zur Verfügung steht, Ihre Möglichkeiten bei der Pauschale auszunützen – da liegt auch noch etwas drin – und die Pauschale nicht massiv zu senken, damit die Leute mehr selbst bezahlen müssten. Sie können bereits hier etwas tun. Ich bitte Sie, die Möglichkeiten, die in Ihrer Kompetenz liegen, doch auch auszuschöpfen. Es geht auch hier um übersetzte Preise. Wir haben das Geld nicht, um überhöhte Preise zu bezahlen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral**: Monsieur Germann, vous avez dit tout à l'heure qu'au fond vous souhaitez que les personnes handicapées puissent disposer d'un moyen auxiliaire adapté à leur handicap et que vous craigniez, avec nos intentions, que cela ne soit plus le cas. Je peux vous rassurer: ce n'est vraiment pas la problématique. Si vraiment c'est cela votre souci, vous pouvez tout de suite l'oublier. Ce que veut le Conseil fédéral est très clair, et je dis d'emblée qu'on peut tout envoyer au deuxième conseil, dans le même état d'esprit que celui qui a présidé à l'adoption de la loi sur les professions de la psychologie tout à l'heure. Mais ici,

c'est parfaitement clair. La décision qu'on prend sera défendue exactement de la même manière au deuxième conseil. La décision, c'est quoi? Vous nous avez demandé à plusieurs reprises d'être réalistes, car parfois les objectifs que nous fixons sont irréalistes. Nous sommes réalistes, pour autant que nous ayons les moyens de réaliser les objectifs. Comme l'a dit le président de la commission, la situation est relativement simple. Nous avons un marché des moyens auxiliaires de l'ordre de 300 millions de francs – 280 millions plus précisément –, avec une douzaine de groupes de moyens auxiliaires. Les deux plus grands, qui représentent à peu près la moitié du marché, sont les appareils acoustiques et les chaises roulantes. Il n'y a pas que cela, il y a un peu de tout. Le Conseil fédéral veut la qualité et le prix. Il n'est aucunement question que l'on se retrouve, et là aussi je réponds à Monsieur Germann et à Monsieur Frick, dans une situation où le choix serait tellement limité que l'on puisse comparer notre situation à celle qui existe en Angleterre. Ce n'est absolument pas l'objectif. Sauf erreur, en Angleterre, la limitation est telle que les prix ont pu être réduits d'un facteur 9. Le but n'est pas d'en arriver là, le but est de faire des économies et d'arriver à un prix correct, en ayant des appareils de qualité et le choix également, ce qui est nécessaire.

Pour les appareils acoustiques, sur les 900 appareils qui existent aujourd'hui sur le marché, les audioprothésistes n'en servent que 150 à 350 provenant de un à quatre fournisseurs, et ces 150 suffisent à approvisionner le 90 pour cent du marché. La situation montre donc qu'il est possible d'aller dans ce sens si cela est nécessaire.

Le Conseil fédéral veut donc la qualité et le prix. En ce qui concerne la qualité, on laisse le choix. Jamais en Suisse – et ce n'est en tout cas absolument pas notre intention – on aura une situation dans laquelle il n'y a plus le choix, mais il est évident que ce choix peut être une sélection à disposition faite sur la base d'une procédure d'adjudication.

En ce qui concerne les prix et la manière d'atteindre les meilleurs prix, cela passe par la concurrence. J'ai une formation d'économiste, mais les bras m'en tombent quand j'entends affirmer que la procédure d'adjudication va nuire à la concurrence! La procédure d'adjudication est un élément qui permet la concurrence. C'est évidemment un élément qui renforce fortement la concurrence sur les prix, c'est vrai, et c'est pourquoi il faut, quand on emploie une procédure d'adjudication, faire une soumission qui permette réellement de mesurer aussi la qualité, et cela sans commencer à comparer des pommes et des poires. Mais si l'on peut vraiment mesurer la qualité, fixer un standard, et faire ensuite une procédure d'adjudication, avant d'adjuger à l'un des soumissionnaires, sur la base d'un bon cahier des charges, c'est en effet une saine concurrence qui s'exerce sur les prix.

Le Conseil fédéral souhaite donc que vous adoptiez l'article 21bis tel quel. Il ne faut surtout pas «enlever les dents», en quelque sorte, à l'opération. L'alinéa 3 notamment permet cela – c'est une possibilité et non une obligation; il permet de limiter le droit à la substitution de la prestation en cas de procédure d'adjudication avec l'adjudication à un soumissionnaire qui a une large palette de produits.

L'article 21quater doit également être adopté tel quel, car il est totalement lié à la présente discussion, et il nous permet d'avoir l'autorité, l'ensemble des outils de la boîte à outils nécessaires pour faire pression sur les prix, pour arriver à un prix aussi correct que possible.

Il est donc nécessaire d'avoir ces éléments. Nous avons aussi, comme l'ont rappelé Madame Sommaruga et d'autres, le système du montant forfaitaire, que l'on peut utiliser et qui est d'ailleurs utilisé dans un certain nombre de cas. Personnellement, mes résistances face au montant forfaitaire se situent par rapport aux cas où nous ne faisons que déplacer une partie de la charge des coûts sur les assurés. Je souhaite qu'on n'ait pas simplement une situation dans laquelle les prix restent les mêmes et où l'assurance économise un peu, mais où c'est l'assuré qui doit essentiellement mettre la différence. Ce n'est pas le but. Le but, c'est d'avoir réellement une pression sur les prix quand ceux-ci sont trop élevés en Suisse. Sinon, de toute façon, le montant forfaitaire

peut toujours être utilisé. Mais si l'on peut démontrer que cela ne marche pas, que les prix ne baissent pas réellement – et pas seulement pour ce qui concerne la partie payée par l'assurance –, il faut pouvoir aller plus loin.

C'est dans ce sens que l'on peut penser que la procédure d'adjudication est en quelque sorte une «ultima ratio», parce qu'elle est complexe, parce qu'elle n'est pas forcément souhaitable si nous arrivons à l'objectif sans devoir passer par là.

C'est pourquoi je vous demande, à l'article 21bis alinéa 3, d'en rester à la version du Conseil fédéral et de donner au Conseil fédéral la compétence qui lui permettra d'atteindre l'objectif que vous-mêmes souhaitez atteindre. Même si c'est de la responsabilité du Conseil fédéral de faire des propositions dans ce domaine, cela correspond au mandat légal donné dans le cadre de la volonté d'assainir l'assurance-invalidité. Ces quelques dizaines de millions de francs économisés sur les prix des moyens auxiliaires sont indispensables à la crédibilité de l'ensemble de l'opération.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission ... 31 Stimmen

Für den Antrag Germann ... 6 Stimmen

#### **Art. 21ter**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Dieser Artikel entspricht dem bisherigen Artikel 21bis. Er erhält eine neue Nummer, da im neuen Artikel 21bis die Austauschbefugnis geregelt wird und dieser aus Systemgründen dem vorliegenden Artikel vorangestellt werden muss.

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 21quater**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Brändli, Frick)

*Bst. d*

d. ... Beschaffungswesen. Das Vergabeverfahren kommt nur zur Anwendung, wenn die Preise wesentlich von den Preisen in vergleichbaren Ländern abweichen.

#### **Art. 21quater**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Brändli, Frick)

*Let. d*

d. ... les marchés publics. La procédure d'adjudication n'est employée que si les prix diffèrent considérablement de ceux pratiqués dans des pays comparables.

**Brändli** Christoffel (V, GR): Ich kann mich sehr kurz fassen. Wir haben hier vier Instrumente aufgezählt, die es dem Bundesrat ermöglichen, seiner Pflicht zur Versorgung mit einfachen und zweckmässigen Hilfsmitteln nachzukommen. Es ist wichtig, dass wir hier diese Instrumente schaffen, weil es schlussendlich eben nicht nur um Hörgeräte und Rollstühle geht, sondern insgesamt um rund vierzig Kategorien verschiedenster Arten von Hilfsmitteln.

Nun ist die staatliche Beschaffung ein relativ starker Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Es gibt Rechtsgutachten, die besagen, dass auch die Verfassungsmässigkeit angezweifelt werden muss. Es gibt aber auch Gutachten, die das Gegenteil sagen. Die Botschaft sagt dazu nichts. Ich habe das deshalb erwähnt, tat das aber nicht als Begründung für meinen Minderheitsantrag.

Worum geht es? In der Botschaft wird unter diesen vier Instrumenten keine Priorisierung vorgenommen. Es sind vier gleichwertige Massnahmen. Herr Kuprecht und Frau Sommaruga haben bereits gesagt, dass Litera d die Ultima Ratio ist. Der Bundesrat hat sich in der Kommission sinngemäss auch so geäussert, aber das steht weder in der Botschaft noch im Gesetz. Wir vertreten als Minderheit die Auffassung, dass dieses Ausschreibungsverfahren als Ultima Ratio dann Platz greifen soll, wenn die Preise wesentlich von jenen in vergleichbaren Ländern abweichen. Wir sind der Meinung, dass man diese Priorisierung im Gesetz festhalten und sich hier nicht einfach auf Äusserungen des hochangesehenen Kommissionspräsidenten und des Bundesrates verlassen soll.

Ich bitte Sie, den Akzent zu setzen, dass Litera d eben effektiv nur als Ultima Ratio angewendet wird. Der Zweitrat wird sich mit dieser Frage auseinandersetzen und darüber diskutieren müssen, ob die Formulierung zu hundert Prozent richtig ist oder nicht. Aber das gehört ins Gesetz.

**Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission:** Für die Kommission war es zentral, dass auch bei einer öffentlichen Ausschreibung keine Lagerhaltung durch den Bund gemacht wird, keine Engpässe bei der Vergabe vorkommen und bei den einzelnen Hilfsmitteln ein breites Sortiment zur Verfügung stehen muss – das als Vorbemerkung. Gerade der letzte Punkt wurde uns durch das BSV insbesondere bezüglich der Hörgeräte insofern bestätigt, als eine breite Palette von rund 300 Geräten angestrebt wird.

Die Minderheit verlangt nun unter Litera d, dass diese Form des Beschaffungswesens nur dann zur Anwendung gelangt, wenn die Preise im Rahmen eines Vergleichs mit vergleichbaren Ländern wesentliche Abweichungen aufweisen. Eine ähnliche Betrachtungsweise haben wir bei der Preisfestsetzung beispielsweise bei den Medikamenten, wo wir einen Länderkorb haben. Auch dort wird eine solche Betrachtung vorgenommen. Die Frage, was unter «wesentlich» zu verstehen ist, ist offen und auch mehrdeutig. Sollten Sie dem Minderheitsantrag zustimmen, so müsste im Nationalrat bzw. in dessen Kommission diese Frage bzw. die Definition, was man jetzt unter «wesentlich» versteht, unbedingt nochmals vertieft geprüft werden.

Die Kommission hat diesen Antrag mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Ich empfehle Ihnen, auch hier die stringente Linie weiterzuverfolgen, diesen Antrag abzulehnen und der Mehrheit zuzustimmen.

Zu Ihrer Information halte ich noch fest, dass die Kommission grundsätzlich mit 9 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen bei der Beschaffungsfrage – also bei den Artikeln 21, 21bis, 21ter und 21quater – am Konzept des Bundesrates festgehalten hat.

**Gutzwiller Felix (RL, ZH):** Es wurde beim vorherigen Artikel schon einiges zum Thema Beschaffungswesen gesagt, deshalb kann ich mich kurzfassen. Worum geht es? Wir geben für Hilfsmittel – und das sind nicht nur Akkustikgeräte – ungefähr 280 Millionen Franken pro Jahr aus. Sie müssen also legitimerweise ebenfalls Zielsetzung von Sparbemühungen sein. Gleichzeitig will man die Wahlfreiheit nicht über Gebühr einschränken. Nun, was will Artikel 21quater?

1. Man darf nicht nur Buchstabe d sehen, man muss das Ganze sehen. Das Ganze ist ja eigentlich ein Arsenal von Instrumenten, die es der IV erlauben, entsprechende Sparbemühungen umzusetzen. Da braucht es verschiedene Instrumente – das hat mich in der Kommission überzeugt. Für Autoanpassungen beispielsweise sind das direkte Fallfinanzierungen, für Perücken sind es Höchstbeiträge. Aber es ist aus meiner Sicht klar, dass es auch die Vergabeverfahren braucht, die beispielsweise bei Hörgeräten Anwendung finden können. Es ist also ein Instrumentarium im Arsenal dessen, was die IV – zu Recht – zur Verfügung hat.

2. Es ist klar, dass die ursprüngliche Konzeption, dass der Bund hier gleichzeitig Logistiker würde, eine falsche ist. Das hat man auch in der Kommission klar und deutlich gesagt. Der Logistiker bleibt der Akkustiker. Es ist also falsch, von ei-

nem Aufbau eines Logistikzentrums durch den Bund zu sprechen; es bleibt im privaten Netz der Versorgung, sprich: bei den Akkustikern.

3. Die Wahlfreiheit kombiniert sich hier mit dem Sparwillen. In der Ausschreibung sollen um die 300 Geräte eingeschlossen werden. Man weiss, dass sich heute über 90 Prozent der Leute, die solche Geräte haben, auf ungefähr 150 Geräte verteilen. Das sind deutlich weniger Geräte, als für die Ausschreibung vorgesehen sind.

Ich glaube, das spricht klar dafür, Buchstabe d beizubehalten und dem Bundesrat und der IV diese Möglichkeit zu geben. Ich glaube, mit diesem Arsenal an Instrumenten gelingt es wirklich, sowohl den Spardruck, den Druck auf die Margen, zu erhöhen, als gleichzeitig durchaus auch eine gewisse Wahlfreiheit zu wahren. Deshalb ist das Konzept mit Buchstabe d vernünftig und sollte nicht verwässert oder relativiert werden, wie das die Minderheit Brändli tun möchte.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**Frick Bruno (CEg, SZ):** In aller Kürze: Das Beschaffungswesen, das System der Ausschreibungen ist gut; dafür sind wir. Es fragt sich aber – da nehmen wir den Bundesrat beim Wort –, ob dies das erste oder das letzte Mittel sein soll. Der Bundesrat hat immer gesagt, die Ausschreibung sei das letzte Mittel, das er einsetzen wolle. Wir von der Minderheit nehmen ihn beim Wort und sagen, es sei die Ausnahme. Nach der Fassung des Bundesrates sind die Buchstaben a bis d völlig gleichwertig – der Bundesrat hat in Bezug auf die Mittel Wahlfreiheit –, währenddem das mündliche Bekenntnis dahin ging, dass die Ausschreibung nach Vergabeverfahren die Ausnahme sei.

Diese Ausnahme im Gesetz festzuschreiben ist aus zwei Gründen gerechtfertigt. Zum Ersten kennen wir die Preise bei den Hörgeräten. Nun hat die Eidgenössische Finanzkontrolle aber festgestellt, dass Kostentreiber bei den Hörgeräten nicht in erster Linie die Hersteller seien, sondern es sei die steigende Anzahl der Fälle. Ein Vergabeverfahren wirkt aber nur auf der Preisseite und hat nichts mit der Grundproblematik zu tun, wenn die Menge ständig steigt. Das Zweite ist die Frage der Verfassungsmässigkeit. Es gibt Gutachten wie jenes von Herrn Professor Richli, welche das Vergabeverfahren hier als nicht rechtmässig erklären. Nun gehen juristische Meinungen oft auseinander. Ich weiss, dass andere Juristen nach Abwägung zum Schluss kommen, es sei noch verfassungsmässig. Andere wie Professor Richli kommen wie gesagt zu einem anderen Schluss. Die Beurteilung, dass das Ganze mindestens in der Nähe der Grenzwertigkeit liegt, rechtfertigt es aber, dieses Verfahren nur als Ausnahme vorzusehen.

Ich habe darum den Minderheitsantrag Brändli mitunterzeichnet. Darüber, ob die Formulierung nun die endgültige für das Gesetz ist, können wir diskutieren.

Die Preise müssen wesentlich von jenen im Ausland abweichen. Dass die Preise in der Schweiz etwas höher sind als im Ausland, hat seine guten Gründe. Wir haben teure Lohkosten, wir haben hohe Personalkosten, und wir haben eine teure Logistik. Diese Gründe lassen die Preise in der Schweiz, sei es im Detailhandel, sei es bei der Versorgung mit Geräten, immer etwas höher sein als im Ausland. Aber dort, wo sie wesentlich höher sind – die Grenze wird der Bund ziehen müssen –, soll er das Ausschreibungsverfahren durchführen; dort ist es richtig.

**Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG):** Ich habe Ihnen beim Eintreten gesagt, dass die Herstellung des meistvertriebenen Hörgerätes in China umgerechnet 50 Franken kostet; in der Schweiz kostet das Gerät 2050 Franken. Jetzt will die Minderheit Brändli, dass man das Vergabeverfahren durchführen muss, wenn die Preise in vergleichbaren Ländern nachweislich tiefer sind. Ich kann Ihnen sagen: Dasselbe Hörgerät kostet in Grossbritannien umgerechnet 225 Franken, in Norwegen 540 Franken. Man müsste also die Ausschreibung sofort machen. Wir sagen aber, es sei erst die Ultima Ratio, das zu tun. Man kann das Ausschreibeverfah-

ren auch nicht jedes Jahr machen. Man macht das einmal, dann hat man einen Anhaltspunkt für die Festsetzung der Pauschale, und dann reicht das für ein paar Jahre.

Aber ich muss Ihnen sagen: Es gab grossen Widerstand, und es wurden viele Argumente ins Feld geführt. Wir haben das Gutachten Richli, wir haben ein Gutachten von Ökonometrieprofessoren erhalten, wir haben Einladungen erhalten, wir haben Briefe von Hörmittelzentralen erhalten. Aber wir sollten jetzt festbleiben. Die vorgeschlagene Ausschreibung muss ein grosses Sparpotenzial haben, sonst wären wir nicht auf diese vielfältige Art bearbeitet worden, mit all den Versuchen, doch noch irgendetwas herauszuholen. Bleiben wir jetzt fest!

Ich bitte Sie darum, dem Bundesrat und seinem Konzept zu folgen, das von der grossen Mehrheit der Kommission unterstützt wird.

**David Eugen (CEg, SG):** Ich möchte noch einen Punkt zum Begriff «Ultima Ratio» anfügen. Ich verstehe nicht recht, wieso dieser Begriff hier verwendet wird, was ja eine gewisse Willkür in sich birgt. Im Prinzip geht es darum, dass wir einen Wettbewerbspreis haben möchten. Das ist der Punkt. Wenn ein Wettbewerbspreis erreicht wird, braucht man keine Ausschreibung mehr, dann kann man die Preise tarifieren oder pauschalisieren. Aber solange man auf dem Schweizer Markt keinen Wettbewerbspreis hat, steht das Mittel der Ausschreibung zur Verfügung. Das ist meiner Meinung nach die sogenannte Ultima Ratio.

Zur Ausnahme, die Kollege Frick und Kollege Brändli befürworten: Ich glaube nicht, dass es richtig ist, wenn wir sagen, der Wettbewerbspreis in der Schweiz solle vom Ausland abhängen. Das kann es doch nicht sein. Das könnten Sie bei allen Ausschreibungen sagen; von den Strassen bis zu den Schulhäusern könnten Sie überall damit kommen und sagen: Wir wollen in unserem Markt in der Schweiz einen Wettbewerbspreis herbeiführen. Wir können es doch nicht davon abhängig machen, wie die Preise im Ausland sind. Ich finde, diese Konditionierung ist nicht sachgerecht für Ausschreibungsverfahren. Ich würde darauf verzichten.

Entscheidend ist für diese ganze Bestimmung, dass die Sozialversicherung einen Wettbewerbspreis zur Verfügung hat, den sie bezahlen muss und den nachher die Beitragszahler mitfinanzieren müssen. Das ist für mich das Entscheidende. Die bundesrätliche Lösung lässt das zu.

**Germann Hannes (V, SH):** Mir war ja diese optimale Versorgung der Hörgeschädigten oder auch von anderen Behinderten ein Anliegen – das ist es auch Ihnen, das attestiere ich Ihnen. Ich anerkenne auch die Sporbemühungen und dass etwas geschehen muss.

Nun haben Sie entschieden, es ist so. Es ist jetzt aber sehr oft gesagt worden, das Vergabeverfahren über das öffentliche Beschaffungswesen sei die Ultima Ratio, das letzte Mittel, die absolute Ausnahme. Wenn Ihnen nun aber die optimale Versorgung beispielsweise der Hörgeschädigten so am Herzen liegt: Wie oft soll denn dieses Vergabeverfahren durchgeführt werden? Frau Egerszegi hat vorhin nämlich gesagt, dass man das nicht alle Jahre machen könne. Das verstehe ich. Man will 300 Geräte haben. Man überlege sich einmal, dasselbe sollte auf dem Computermarkt gemacht werden oder irgendwo, wo die Technik, die Elektronik eine Rolle spielt. Man bedenke die Dynamik des Marktes. Bei den Hörgeräten kann die Elektronik sehr stark ausschlaggebend sein. Wenn man das also alle zwei oder vier Jahre macht, hat man unter Umständen doch vier Jahre lang eine völlig veraltete Liste.

Man hat nun immerhin darauf hingewiesen, dass die Mittel nicht ins Zeughaus kämen und dass man dort nicht irgendein «Geschwür» erhalte, das nichts nütze. Sie haben die Sache also gut in einem System aufgegleist. Meines Erachtens ist aber schon noch entscheidend, ob das Vergabeverfahren laufend aktualisiert wird und ob technische Entwicklungen auch berücksichtigt werden. Ich habe nämlich festgestellt, dass man im Computermarkt bei der nachfolgenden Generation in der Regel für weniger Geld mehr erhält. Warum

sollte oder könnte das bei den Hörgeräten nicht auch der Fall sein?

Wie oft, Herr Bundesrat, möchten Sie dieses Vergabeverfahren durchführen? Was ist denn die Ultima Ratio? Kriterien hierzu habe ich noch keine gehört.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Il suffit très simplement de consulter le dépliant. A vous écouter, pratiquement plus personne – peut-être encore Monsieur Germann, mais ce n'était pas très clair pour moi – ne s'oppose au fait que le Conseil fédéral a raison de demander d'avoir tous les outils à disposition pour atteindre l'objectif. Je crois que maintenant c'est admis. La seule proposition qui est faite, c'est d'ajouter quelque chose – j'y reviendrai – pour montrer qu'on ne va pas, par plaisir ou sans qu'il y ait forcément nécessité, passer tout de suite à une procédure d'adjudication là où cela ne s'avère pas nécessaire.

J'aimerais vous demander de rester raisonnables mais volontaires. Nous constatons que la situation en Suisse est la suivante: les prix sont trop élevés. S'ils baissent, et si la situation s'améliore sur ce marché, il ne sera pas nécessaire de recourir à la procédure d'adjudication. C'est dans ce sens-là qu'on peut parler d'«ultima ratio». Si les autres moyens, qui sont plus faciles à mettre en oeuvre, plus rapides, à la limite, donnent les résultats que nous souhaitons – ce qui n'a pas été le cas jusqu'ici, il faut bien le reconnaître –, si tout à coup on a une situation où les prix commencent à évoluer d'une manière plus favorable, eh bien tant mieux!

J'aimerais quand même poser la question suivante: les prix, en Suisse, doivent-ils forcément être plus élevés qu'ailleurs? Oui et non. Si l'on prend l'exemple des médicaments, on constate maintenant que, dans beaucoup de cas, on n'est pas dans une fourchette de prix plus élevés qu'ailleurs. En ce qui concerne les moyens auxiliaires, on a une situation qui n'est pas défendable. Encore une fois, le Conseil fédéral a renoncé à créer un centre logistique national avant même que la commission s'occupe du dossier. C'était entre la consultation et le projet. L'objectif n'est donc pas que l'Etat s'occupe de tout, absolument pas. Mais il faut que, dans les différentes étapes – y compris les étapes de logistique –, on fasse également les efforts nécessaires pour que les prix soient acceptables. Et pour cela, il faut un peu de concurrence.

J'aimerais quand même préciser un point, Monsieur Germann: il ne faudrait en tout cas pas une procédure d'adjudication qui empêche l'innovation, comme vous l'avez dit. Si un jour on fait une procédure d'adjudication, on le fera pour un segment de prix et, pendant la période en question, les éléments d'innovation pourront y être intégrés. Il n'est pas question que, pendant cette période, on se coupe en quelque sorte du marché et de l'innovation. Il n'en est absolument pas question. Ce serait à ce moment-là, du point de vue de la qualité, la preuve qu'on aurait fait un mauvais compromis. Ce n'est pas notre objectif.

Je vous demande en revanche de ne pas soutenir la proposition de la minorité Brändli, même si je comprends le but qu'elle vise. D'ailleurs, encore une fois, c'est aussi notre volonté: si les prix pratiqués en Suisse sont considérablement plus élevés qu'ailleurs, il est normal qu'on essaie de faire en sorte qu'ils ne le soient plus. Mais la proposition a un gros défaut. Monsieur Frick, vous avez dit tout à l'heure que vous me preniez au mot – Herr Frick, Sie haben gesagt, Sie nähmen den Bundesrat beim Wort –, les mots de la proposition que vous soutenez ne sont pas favorables. En effet, «considérablement» et «comparables» sont des termes tellement vagues que nous allons nous engager dans des procédures très coûteuses devant les tribunaux pendant des années, pour savoir ce que cela implique.

Encore une fois, faites confiance au Conseil fédéral qui vous propose simplement le message politique suivant: les moyens sont à disposition, on n'utilisera des moyens plus importants que si c'est nécessaire, et si le marché a réagi auparavant, il n'y a pas de problème. Mais c'est un fait que, jusqu'à présent, le marché n'a malheureusement pas réagi.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 9 Stimmen

**Art. 22 Abs. 5bis, 5ter, 6; Art. 23 Abs. 1bis, 3; Gliederungstitel vor Art. 26; Art. 27 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 22 al. 5bis, 5ter, 6; art. 23 al. 1bis, 3; titre précédant l'art. 26; art. 27 al. 1***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 31 Abs. 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 31 al. 2***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Dieser Absatz läuft dem übergeordneten Ziel einer eingliederungsorientierten Rentenrevision eigentlich zuwider und ist in dieser Form kaum umsetzbar.

*Angenommen – Adopté***Art. 32***Antrag der Kommission**Abs. 1*

... Übergangsleistung, wenn:

...

*Abs. 2, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 32***Proposition de la commission**Al. 1*

... prestation transitoire:

...

*Al. 2, 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 33***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 34***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Dieser Artikel setzt die Gewährung einer Übergangsleistung gemäss Artikel 32 voraus. Wird eine solche gewährt, leitet die IV-Stelle die Überprüfung des Invaliditätsgrades ein und orientiert allenfalls die zuständige Vorsorgeeinrichtung über ihren Entscheid. Als gesetzliche Grundlage dazu dient Artikel 49 Absatz 4 ATSG.

*Angenommen – Adopté***Art. 42 Abs. 6***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 42 al. 6***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 42bis Abs. 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 42bis al. 4***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Es handelt sich hier um die Korrektur eines Fehlers beim Inkrafttreten des NFA.

*Angenommen – Adopté***Art. 42ter Abs. 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 42ter al. 2***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Es gilt hier die gleiche Begründung wie vorher.

*Angenommen – Adopté***Art. 42quater***Antrag der Kommission**Abs. 1*

...

c. die volljährig sind.

*Abs. 2*

Der Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, unter denen Personen mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit keinen Anspruch auf einen Assistenzbeitrag haben.

*Antrag David**Abs. 3*

Der Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, unter denen Minderjährige ausnahmsweise einen Anspruch auf Assistenzbeitrag haben.

**Art. 42quater***Proposition de la commission**Al. 1*

...

c. s'il est majeur.

*Al. 2*

Le Conseil fédéral fixe les conditions auxquelles les personnes dont la capacité d'exercice des droits civils est restreinte n'ont droit à aucune contribution d'assistance.

*Proposition David**Al. 3*

Le Conseil fédéral fixe les conditions auxquelles les personnes mineures ont exceptionnellement droit à une contribution d'assistance.

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Zu diesem Artikel hat die Kommission eine sehr ausführliche Diskussion geführt, handelt es sich doch um die definitive Einführung einer neuen Leistung. Das Ziel dieser neuen Leistung besteht im Prinzip darin, die Heimkosten zu verringern. In Absatz 1 wird festgelegt, welche Personen einen Assistenzbeitrag geltend

machen können. Die Voraussetzungen sind kumulativ zu erfüllen. Ein Beitrag wird ausschliesslich an Bezügerinnen und Bezüger einer Hilflosenentschädigung der IV ausgerichtet. Buchstabe b hält als zentralen Bestandteil eigentlich fest, dass ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Wohnen in einer Privatwohnung eine Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensführung ist.

Buchstabe c setzt gemäss Botschaft des Bundesrates eine Handlungsfähigkeit gemäss ZGB voraus, damit überhaupt rechtsgültige Verträge mit Assistenzhilfen abgeschlossen werden können. Diese nun vorgesehene Leistungsentrichtung kann Menschen mit einer fehlenden Urteilsfähigkeit, die aber unter Beizug eines Beistandes noch handlungsfähig sind, diskriminieren. Ihre Kommission war deshalb der Ansicht, dass nicht die rechtliche Handlungsfähigkeit, sondern die Volljährigkeit als primäres Kriterium vorausgesetzt werden sollte.

In der Fassung des Bundesrates werden in Absatz 2 die Voraussetzungen festgelegt, unter denen Minderjährige oder Personen mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit einen Anspruch auf eine Assistenzleistung geltend machen können. Es war nie, zu keiner Zeit, die Absicht der Kommission, Minderjährige bzw. deren Eltern von diesen Leistungen auszuschliessen. Bei der Fassung der Kommission, die über Mittag von der Verwaltung formuliert worden war, ging die Frage der Minderjährigen leider vergessen. Der von Herrn David mit Absatz 3 wiederaufgenommene Text entspricht der eigentlichen Meinung der Kommission und des Bundesrates. Nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Kommission beantrage ich Ihnen, dem Antrag David zuzustimmen.

**David Eugen (CEg, SG):** Herr Kuprecht, unser Kommissionsprecher, nimmt eigentlich das auf, was der Bundesrat in Absatz 2 als Ausnahmelösung vorgesehen hatte. Diese ist dann in einem Verfahren weggefallen, das zum Buchstaben c führte, aber es entsprach eigentlich nicht der Debatte in der Kommission.

Ich möchte noch auf einen Fall aufmerksam machen. Ich habe mit dem Direktor des BSV noch darüber diskutiert, und er hat mir auch ganz klar entsprechende Fälle genannt. Zum Beispiel hat er den Fall eines jungen Mannes zwischen 15 und 18 Jahren erwähnt, der in die Lehre oder in eine Schule geht und der keine Beine oder verkürzte Beine hat. So eine Person braucht z. B., ganz einfach um die Toilette aufsuchen zu können, eine Hilfe. Das ist eine dieser Hilfen, die hier geleistet werden müssen. Wenn die Eltern arbeiten, wird die Lösung nur sein, dass diese Person in ein Heim oder in eine Werkstätte muss, wo diese Möglichkeiten der Hilfe von der Struktur her zur Verfügung gestellt werden. Es sind aber relativ kleine Hilfeleistungen. Die Möglichkeit, dass jemand für solche Hilfeleistungen eben dann doch diesen Beitrag dann beanspruchen kann, dass jemand also auch am Arbeitsplatz oder in der Schule eine Hilfeleistung beanspruchen kann, die nicht unbedingt von den Eltern erbracht wird, das ist hier der Kernpunkt. Man soll solchen Jugendlichen, die eigentlich in den Arbeitsprozess hineinkommen könnten, diesen Weg möglichst öffnen, anstatt ihnen eine Zukunft nur im Bereich einer geschützten Einrichtung zu ermöglichen – wobei ich diese Einrichtungen sehr schätze, das möchte ich unterstreichen; das ist nicht gegen diese Einrichtungen gesprochen –, aber man sollte ihnen die Chance geben, eine eigenständige Lebensführung aufnehmen zu können. Das kann an kleinen Dingen scheitern, wie ich mit meinem Beispiel gezeigt habe.

Daher bitte ich Sie, auch für diesen Bereich diese Ausnahme zuzulassen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Sur la contribution d'assistance, je crois pouvoir dire qu'on est tous très positifs. Le Conseil fédéral est très positif, parce que c'est véritablement quelque chose de bien, qui va nous aider à encourager l'autonomie des personnes handicapées.

La seule petite différence entre la version du Conseil fédéral et celle de la commission tient dans la formulation: celle-ci est en effet potestative dans la version du Conseil fédéral –

«le Conseil fédéral peut fixer les conditions» auxquelles les personnes mineures notamment peuvent avoir droit à une contribution d'assistance. Et pourquoi cela? Tout simplement pour des raisons financières, je vous le dis clairement. L'idée était de commencer avec l'alinéa 1 et d'élargir la disposition, dans la mesure du possible, à mesure que les conséquences deviennent clairement visibles. Les projets pilotes permettent de se faire une idée assez bonne. Mais si l'on veut s'en tenir à une logique dans laquelle les contributions d'assistance sont financées par les économies que l'on fait au niveau des allocations pour impotent, si l'on veut que les cantons s'y retrouvent également – c'est parfois un peu compliqué, puisque c'est lié aux non-entrées dans les homes ou aux sorties des homes –, on doit mettre en place un monitoring et avancer par étapes. C'est là notre intention.

Avec la formulation proposée par la commission, le sens correspond exactement à la volonté du Conseil fédéral. Toutefois, la formulation est plus «rapide», puisqu'on dit d'emblée que «le Conseil fédéral fixe les conditions». On est donc tout de suite dans une situation où l'on va devoir ouvrir cette disposition. Mais je le dis clairement: on va devoir ouvrir cette disposition, mais gentiment. Gentiment, et il faudra aussi comprendre cela. Je sais que cette contribution d'assistance suscite un grand espoir, et cet espoir est justifié. D'ailleurs, c'est pour concrétiser de tels espoirs qu'on doit faire en sorte d'assainir financièrement l'assurance-invalidité, afin qu'à terme on puisse vraiment entretenir ce genre d'espoirs.

Nous ne sommes donc pas du tout opposés à la version de la commission, étant donné que celle-ci va dans le même sens que le projet du Conseil fédéral. Cependant vous devez être conscients de la petite différence que vous introduisez ainsi.

*Angenommen gemäss Antrag David  
Adopté selon la proposition David*

*Übrige Bestimmungen angenommen  
Les autres dispositions sont adoptées*

#### **Art. 42quinquies**

*Antrag der Kommission*

...

a. ... versicherten Person oder ihrer gesetzlichen Vertretung im Rahmen ...

...

#### **Art. 42quinquies**

*Proposition de la commission*

...

a. ... l'assuré ou par son représentant légal sur ...

...

**Kuprecht Alex (V, SZ),** für die Kommission: Auch hier fand in der Kommission eine ausgiebige Diskussion statt. Insbesondere ging es dabei um die Frage, ob wirklich nur natürliche Personen und nicht auch juristische Personen für die Entrichtung von Hilfeleistungen infrage kommen dürfen. Ausserdem stellte man sich auch die Frage, ob in gewissen Fällen nicht auch der verheiratete oder in eingetragener Partnerschaft lebende Partner die Assistenzperson sein könnte. Die Kommission liess sich jedoch davon überzeugen, dass diese Ausdehnung des Assistenzbeitrags zugunsten juristischer Personen zu massiven Mehrkosten führen würde und das eigentliche Ziel der Kostenneutralität im Assistenzbereich verfehlt würde.

Dabei weise ich darauf hin, dass es sich hier um eine zusätzliche und wie bereits gesagt neue Leistung handelt. Die Hilflosenentschädigung wird dabei nach wie vor entrichtet, und bestimmte Abgeltungen wie zum Beispiel Taxifahrten zum Arzt können über diesen Entschädigungskanal abgerechnet werden. Juristische Personen als Leistungserbringer sind also nicht gänzlich ausgeschlossen, sondern müssen aus diesem Leistungstopf vergütet werden.

In Bezug auf Litera a hingegen besteht eine logische Konsequenz zum vorhergehenden Artikel. Wenn schon unter bestimmten Umständen bei einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit ein Assistenzvertrag abgeschlossen werden kann, so gilt das natürlich für die gesetzliche Vertretung einer versicherten Person ebenfalls.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 42sexies-42octies; 47 Abs. 1, 1bis, 1ter; 48; 53 Abs. 2; 57 Abs. 1 Bst. f**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 42sexies-42octies; 47 al. 1, 1bis, 1ter; 48; 53 al. 2; 57 al. 1 let. f**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 68quinquies**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 2, 4, 5*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

... Schaden schuldhaft verursacht hat.

**Art. 68quinquies**

*Proposition de la commission*

*Al. 1, 2, 4, 5*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 3*

... agi de manière coupable.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Zur Frage der Haftung im Rahmen eines Arbeitsversuchs: Juristisch gesehen ist die IV während dieser Testarbeitsphase der Arbeitgeber, faktisch arbeitet eine Person bei einer privatrechtlichen Firma. Diese von der Kommission getroffene Regelung in Absatz 3 sieht nun vor, dass auf die versicherte Person dann ein Rückgriffsrecht besteht, wenn sie einen Schaden schuldhaft verursacht hat. Es versteht sich von selbst, dass man bei einem vorsätzlich oder grobfahrlässig verursachten Schaden auch immer schuldhaft handelt.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 77 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 77 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 78**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Fetz*

*Abs. 3*

Der Diskontierungsfaktor entspricht der Entwicklung des Quotienten aus dem jährlich zu ermittelnden Index nach Artikel 33ter Absatz 2 AHVG und dem vom Bundesamt für Statistik ermittelten Lohnindex ab 2011.

**Art. 78**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Fetz*

*Al. 3*

Le facteur d'escompte correspond à l'évolution du quotient de l'indice visé à l'article 33ter alinéa 2 LAVS, à calculer chaque année, par l'indice des salaires calculé par l'Office fédéral de la statistique à partir de 2011.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Bei der Festsetzung des künftigen Bundesbeitrags fand in der Kommission eine sehr intensive Diskussion statt. Die Kommission liess sich zudem von den Kommissionsmitgliedern, die auch der Finanzkommission angehören, mündlich über die Haltung der Finanzkommission informieren. Diese stimmt der neuen Regelung grossmehrheitlich zu. Es handelt sich in der Tat um einen recht komplizierten Mechanismus. Wichtig ist dabei, dass künftig die gesamten Sparmassnahmen der IV auch dieser selbst zugutekommen. Heute beträgt die effektive Einsparung zugunsten der IV lediglich rund 63 Prozent; der Rest ist zugunsten der Bundeskasse. Neu ist auch, dass der Bundesbeitrag nicht mehr an die Höhe der IV-Ausgaben, sondern an die Höhe der Mehrwertsteuer geknüpft wird. Dabei wird die Inkraftsetzung dieses Revisionsteils im Hinblick auf das Konsolidierungsprogramm des Bundes mit einer Verschiebung von zwei Jahren vorgenommen.

Für die Berechnung der Höhe wird ein Abdiskontierungsfaktor aus der Steigerung der Mehrwertsteuerträge vorgenommen. Der im Gesetz neu vorgesehene Ausgangswert ist ein Mittelwert über zwei Jahre, weil die Rentenanpassungen jeweils im Zweijahresrhythmus vorgenommen werden. Die Wertberechnung basiert gemäss der Vorlage auf den Ausgaben bzw. auf dem Bundesbeitrag der Jahre 2010 und 2011. Die Situation vor dem Inkrafttreten soll die gleiche sein. Ab diesem Zeitpunkt soll die Wirkung unmittelbar eintreten. Das Jahr 2011 hätte eigentlich bereits einen anderen Beitrag; das ist jedoch theoretisch, weil es vom Sparprogramm des Bundes überlagert wird, welches die Änderung erst ab dem Jahr 2014 vorsieht.

Die Anpassung des Bundesbeitrages verläuft gemäss der Dynamik der Mehrwertsteuer, welche ein gutes Abbild der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Der Vorteil besteht darin, dass dieser Wert am Ende eines Rechnungsjahres sehr rasch bekannt ist und dass somit keine anderen Schätzungen benötigt werden.

Der Diskontierungsfaktor ist direkt aus der Ausgabendynamik der Versicherung hergeleitet. Dabei ist festzuhalten, dass der grosse Teil der Ausgaben gemäss der Rentenentwicklung bzw. der Anpassung der Renten nach dem Mischindex entsteht. Wenn sich die IV, bei gleichbleibendem Risiko von Neurenten, gemäss der demografischen Entwicklung verhält, ist die Finanzierung auch in Zukunft stabil. Weil es sich hier um wiederkehrende Beiträge des Bundes handelt, sind zudem die Anforderungen der Ausgabenbremse zu erfüllen.

**Fetz Anita (S, BS)**: Mit meinem Antrag möchte ich den Abdiskontierungsfaktor präzisieren, der beim neuen Finanzierungsmechanismus wirkt – ein Aspekt übrigens, der in der Kommission nicht diskutiert worden ist.

Es besteht beim neuen Finanzierungsmechanismus Einigkeit über die Bestimmung des Ausgangswerts in Absatz 1. Es besteht auch Einigkeit über die Bereinigung der zugrundeliegenden Mehrwertsteuereinnahmen in Absatz 2. Ich will Ihnen allerdings nicht verschweigen, dass die AHV/IV-Kommission diese Abdiskontierung rundweg abgelehnt hat. Der Bundesrat ist ihr aber nicht gefolgt, denn die entsprechenden Auswirkungen lägen in der Höhe von etwa 120 Millionen Franken pro Jahr zugunsten der IV. Entscheidend ist jetzt aber, von welchem Abdiskontierungsfaktor wir sprechen. Der Bundesrat spricht von einer Abdiskontierung nach dem Verhältnis zwischen Rentenindex und Lohnindex. Ich bin der Meinung, wir sollten nach dem Verhältnis zwischen Mischindex und Lohnindex abdiskontieren. Nun werden Sie sagen: Das ist doch dasselbe. Eben nicht! Ich versuche Ihnen den Unterschied zu erklären.

Natürlich wird der Rentenindex nach Artikel 33ter Absatz 2 AHVG berechnet, aber Sie müssen einfach wissen: Der Rentenindex ist das, was der Bundesrat aufgrund dieser Berechnungsmethode und nach Antrag der AHV/IV-Kommission festsetzt. Das ist ein Unterschied, der millionschwer zuungunsten der IV ausfallen kann. In einem Jahr ohne Rentenerhöhung setzt der Bundesrat nämlich überhaupt nichts fest. Es gibt in einem solchen Jahr faktisch keinen neuen Rentenindex – einen neuen Lohnindex aber schon, dieser wird nämlich jährlich ermittelt. Jetzt schauen Sie die Formulierung des Bundesrates ganz genau an: «Der Diskontierungsfaktor entspricht der Entwicklung des Quotienten aus dem Rentenindex ... und dem vom Bundesamt für Statistik ermittelten Lohnindex ab 2011.»

Das heisst konkret Folgendes: Wenn man auf den tatsächlich vom Bundesrat festgesetzten Rentenindex abstellen würde, würde der Diskontierungsfaktor in einem solchen Jahr tiefer ausfallen, obwohl der Mischindex, also der Zähler dieser Formel, an sich ebenfalls gestiegen wäre. Die Differenz wäre überproportional, weil der Lohnindex – und in dieser Formel ist der Lohnindex der Nenner – aktualisiert wäre, nicht aber der Rentenindex, also der Zähler.

Ich weiss, das tönt kompliziert. Ich versuche daher, das einfach so zu formulieren: Es ist immer noch so, dass ein Zweitel mehr wert ist als ein Drittel und ein Drittel mehr wert ist als ein Viertel. Und genau um diesen Mechanismus geht es, wenn man den Rentenindex nimmt. Dieser wird nicht jährlich angeglichen. Ich möchte aber in aller Klarheit sagen, dass die jährliche Berechnung keine Rückwirkung auf die AHV- oder IV-Renten haben soll und darf, und darum habe ich im Antrag bewusst auf die Bezeichnung «Rentenindex» verzichtet und eben nur «Index» genommen. Das heisst, dass sämtliche Faktoren der Abdiskontierung jährlich nach den gleichen Massstäben berechnet werden, sonst riskieren wir, dass der Beitrag so langsam, aber sicher jährlich schleichend immer grösser wird, und das auf Kosten der IV.

Ich hoffe, das ist einigermaßen transparent. Es ist schwierig, aber es wird in der Berechnung einiges ausmachen.

**Kuprecht** Alex (V, SZ), für die Kommission: Der Antrag lag so in der Kommission noch nicht vor. Erkundigungen beim Departement haben aber ergeben, dass dem Antrag Fetz eigentlich zugestimmt werden könnte. Im Unterschied zur Vorlage des Bundesrates wird mit dem Antrag Fetz auf Gesetzesstufe explizit festgehalten, dass der Index nach Artikel 33ter Absatz 2 des AHV-Gesetzes, wo der Rentenindex bestimmt ist, jährlich zu ermitteln ist. Da dies sowieso gemacht wird, kann diesem Formulierungsvorschlag eigentlich zugestimmt werden. Das ist nichts Neues; das wird bereits heute so gemacht.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Je ne sais pas si vous avez compris ce que Madame Fetz a dit. Ce qui est sûr, c'est que c'est une amélioration sémantique de la loi, et nous vous félicitons pour cette proposition. Puis, nous constatons qu'en fait, semble-t-il, cela ne change rien au fond. C'est ce que l'on voulait faire, mais vous le dites de manière plus juste. Nous sommes donc d'accord avec la proposition Fetz.

*Angenommen gemäss Antrag Fetz  
Adopté selon la proposition Fetz*

*Übrige Bestimmungen angenommen  
Les autres dispositions sont adoptées*

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

*Abstimmung – Vote*  
Für Annahme der Ausgabe ... 34 Stimmen  
(Einstimmigkeit)  
(0 Enthaltungen)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht  
La majorité qualifiée est acquise*

## **Ziff. II**

### *Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### *Antrag der Minderheit*

(Berberat, Sommaruga Simonetta)

#### *Bst. a*

Streichen

### *Eventualantrag der Minderheit*

(Berberat, Sommaruga Simonetta)

#### *Bst. a Abs. 4*

... dieser Änderung das 50. Altersjahr zurückgelegt ... seit mehr als zehn Jahren eine Rente ...

### *Antrag Fetz*

#### *Bst. c Titel*

Neuer Finanzierungsmechanismus

#### *Bst. c Text*

Die Finanzierung des Bundesbeitrages gemäss Artikel 78 tritt gleichzeitig mit dem ersten Massnahmenpaket der 6. IV-Revision in Kraft.

#### *Bst. d Titel*

Evaluation

#### *Bst. d Abs. 1*

Der Bund evaluiert nach Artikel 68 die Auswirkungen dieser Revision laufend während sechs Jahren nach Inkrafttreten (Monitoring). Er informiert die kantonalen IV-Stellen sowie die Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit regelmässig über die Ergebnisse.

#### *Bst. d Abs. 2*

Der Bund evaluiert fünf Jahre nach Inkrafttreten gemeinsam mit den Kantonen die finanziellen Auswirkungen dieser Revision auf die Kantone und Gemeinden. Die Evaluation schenkt den Auswirkungen von Artikel 42ter Absatz 2, der Artikel 42quater bis 42octies (Gliederungstitel Ebis. Der Assistenzbeitrag) sowie der Schlussbestimmung, Buchstabe a, besondere Beachtung. Ergibt sich aus dieser Evaluation eine Mehr- oder Minderbelastung der Kantone durch diese Revision, legt der Bundesrat innert Jahresfrist eine Botschaft zum Ausgleich dieser Belastung vor.

## **Ch. II**

### *Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

### *Proposition de la minorité*

(Berberat, Sommaruga Simonetta)

#### *Let. a*

Biffer

### *Proposition subsidiaire de la minorité*

(Berberat, Sommaruga Simonetta)

#### *Let. a. al. 4*

... aux personnes qui ont 50 ans et plus ... depuis plus de dix ans au moment ...

### *Proposition Fetz*

#### *Let. c titre*

Nouveau mécanisme de financement

#### *Let. c texte*

Le financement de la contribution de la Confédération au sens de l'article 78 entre en vigueur en même temps que le premier volet de la 6e révision de l'Al.

#### *Let. d titre*

Evaluation

#### *Let. d al. 1*

La Confédération évalue, conformément à l'article 68, les répercussions de la présente révision, et ce de façon continue pendant les six années suivant son entrée en vigueur (monitorage). Elle informe régulièrement les offices AI cantonaux ainsi que les Commissions de la sécurité sociale et de la santé publique du résultat de ces évaluations.

*Let. d al. 2*

Cinq ans après l'entrée en vigueur de la présente révision, la Confédération en évalue, conjointement avec les cantons, les répercussions financières pour les cantons et les communes. Cette évaluation doit tenir compte, en particulier, des répercussions des articles 42ter alinéa 2, 42quater à 42octies (titre Ebis. Contribution d'assistance) ainsi que des dispositions finales, lettre a. S'il en ressort que ladite révision entraîne une augmentation ou une diminution de la charge des cantons, le Conseil fédéral présente, dans le délai d'une année, un message visant à compenser ce déséquilibre.

**Präsidentin** (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit zu Buchstabe a Absatz 4 ist auf der Fahne als Eventualantrag aufgeführt. Das Büro hat jedoch einmal entschieden, dass keine Eventualanträge mehr zugelassen werden, welche die Abstimmung beeinflussen können. Daher handelt es sich hier einfach um einen weiteren Minderheitsantrag.

*Bst. a – Let. a*

**Berberat** Didier (S, NE): J'ai déposé deux propositions de minorité: la première prévoit de biffer la lettre a du chiffre II des dispositions finales; la deuxième a été qualifiée, semble-t-il à tort, de proposition subsidiaire. Celle-ci a pour but de modifier le chiffre II lettre a alinéa 4. Je considère donc qu'il y a deux propositions de minorité différentes et je les développe ensemble.

Je souhaite tout d'abord biffer cette nouvelle disposition à la lettre a du chiffre II, parce qu'elle prévoit de réexaminer dans un délai de trois ans les rentes qui ont été octroyées avant le 1er janvier 2008 «sur la base d'un diagnostic de troubles douloureux ne s'expliquant pas par des causes organiques, tels que troubles somatoformes douloureux persistants, fibromyalgie ou pathologies similaires». Vous le savez, cela a été souvent signalé, 4500 personnes environ sont concernées par ces troubles. Je rappelle également – c'est important de le dire – que ce genre de rente n'est plus octroyée depuis fin 2007. On parle donc des personnes qui ont actuellement une rente, en sachant bien que ces rentes ne sont plus octroyées depuis plus de deux ans.

On nous dit qu'il s'agit d'un trouble et non d'une pathologie, mais je peux vous le dire: ces personnes souffrent, qu'on le veuille ou non, même s'il est vrai que l'on ne peut pas expliquer cela par des causes organiques. Je connais personnellement, et je pense que vous aussi, des personnes qui souffrent de ce genre de maladies. Or il s'agit bien de maladies puisque la fibromyalgie a été reconnue par l'OMS. Je peux vous dire que, dans la très grande majorité des cas, ces personnes ne simulent pas, elles souffrent vraiment. Il est vrai que l'on n'arrive pas à déterminer l'origine des troubles, je l'ai dit, mais ces personnes ont de gros problèmes. Elles souffrent parfois à un tel point qu'elles ne peuvent plus travailler ou alors elles ne peuvent que travailler à temps très partiel à cause de leurs douleurs.

Cette disposition, si elle était adoptée selon la formulation du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, serait sans précédent dans la systématique de l'assurance-invalidité, puisque ce serait la loi elle-même et non un médecin qui déciderait du handicap d'une personne. Ensuite, il est à mes yeux très problématique et discriminatoire de proposer une telle disposition qui soit uniquement applicable à certaines maladies, puisque l'on reconnaît que ces troubles sont effectivement des maladies.

Le fait de priver, le cas échéant, de rente l'assuré souffrant de troubles somatoformes douloureux ou de fibromyalgie pose encore d'autres problèmes. Ce n'est pas si simple, parce qu'une rente n'est pas octroyée sur la base d'un diagnostic déterminé, mais sur les conséquences d'une affection sur la capacité de gain de l'assuré. Premièrement, il faut réaliser un tableau diagnostique complet pour ce genre d'affection qui est rarement clair. Deuxièmement, il faut évaluer l'incapacité de gain, laquelle dépend de plusieurs facteurs.

Malgré le changement de jurisprudence, il est rare aujourd'hui de pouvoir affirmer que seules ces maladies sont en cause et que la rente peut être refusée en invoquant l'article 7 alinéa 2 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales. Ensuite, on doit s'attendre, en cas d'adoption de cette disposition, à des frais considérables d'instruction et d'audition par les offices AI et surtout à de nombreuses procédures judiciaires, à l'instar de ce qui s'est passé lorsque l'on a introduit la procédure d'opposition, qui a d'ailleurs été abandonnée en 2006.

De plus, cette disposition contrevient à un certain nombre de principes auxquels nous sommes tous très attachés, à savoir la symétrie des sacrifices, le principe de proportionnalité, la sécurité du droit, le maintien des prestations minimales et le fait d'éviter un report de charges sur les cantons et les communes. J'ai une sensibilité particulière sur ce sujet. On sait bien, en effet, que lorsqu'une assurance sociale fédérale réduit ses prestations, il faut bien continuer à s'occuper des personnes qui ne peuvent plus bénéficier des prestations sociales; on ne peut pas les laisser vivre sous un pont. Qui va s'en occuper? Dans ce cas de figure, pour les personnes qui ne peuvent pas bénéficier de la solidarité familiale, c'est l'aide sociale, et vous savez fort bien que celle-ci relève de la compétence du canton, voire des communes. Dans mon canton, elle est par exemple de la compétence des cantons et des communes. J'ai été durant dix ans responsable politique des affaires sociales de la Ville de La Chaux-de-Fonds et j'ai pu constater les dégâts que de tels transferts de charges pouvaient occasionner. Je pense que Monsieur le conseiller fédéral Burkhalter, qui a aussi occupé pendant longtemps un poste dans l'exécutif d'une grande ville neuchâteloise, a aussi vu les dégâts que cela pouvait constituer.

Et si le législateur fédéral a, encore une fois, estimé que les personnes souffrant de ces troubles pouvaient prétendre à une rente, il n'est à mes yeux pas défendable de leur faire subir aujourd'hui les conséquences d'un redressement des finances de l'AI, sans que leur état de santé s'améliore d'une quelconque façon.

Cette modification législative, si elle était acceptée, risquerait aussi de mettre à mal la confiance que la population a envers ses institutions. C'est la raison pour laquelle je vous invite à soutenir ma proposition de minorité, qui vise à biffer le chiffre II lettre a.

Ma seconde proposition de minorité, qui a été qualifiée à tort de «proposition subsidiaire», prévoit de modifier les droits acquis. L'alinéa 4 garantit partiellement les droits acquis et amoindrit un peu la portée de l'alinéa 1, qui pourrait avoir comme conséquence de supprimer tout ou partie de ces rentes pour ces maladies douloureuses. La version du Conseil fédéral prévoit donc une garantie minimale – ou en tout cas partielle – des droits acquis pour les personnes assurées «qui ont 55 ans et plus au moment de l'entrée en vigueur de la présente modification, ou qui touchent une rente de l'assurance-invalidité depuis plus de quinze ans au moment de l'ouverture de la procédure de réexamen».

Ma seconde proposition de minorité, donc, au cas où notre conseil ne soutiendrait pas la proposition de biffer la disposition prévue au chiffre II lettre a, vise en quelque sorte à renforcer cette garantie en abaissant l'âge minimal de 55 à 50 ans, et la durée durant laquelle la rente a été versée de quinze à dix ans. On augmente ainsi le nombre de personnes concernées, ce qui permet de mieux garantir les droits acquis et d'éviter un certain nombre de problèmes. Qu'on le veuille ou non, ces personnes sont toujours atteintes dans leur santé, et à mes yeux cela rend leur éventuel retour sur le marché du travail très difficile, voire quasiment impossible. En effet, si, en plus du handicap dont elles souffrent – et qu'on ne veut pas forcément reconnaître –, ces personnes doivent encore subir un handicap lié à l'âge, cela signifie qu'elles n'auront quasiment aucune chance de trouver du travail ou une occupation rémunérée.

C'est la raison pour laquelle je vous invite à soutenir aussi ma seconde proposition de minorité.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Wir befinden uns hier in einem sehr zentralen Teil der Revisionsvorlage, denn wir schaffen hier die rechtliche Grundlage für die mögliche Anpassung von laufenden Renten, die vor dem 1. Januar 2008 wegen somatoformer Schmerzstörungen, Fibromyalgien und ähnlicher Sachverhalte zugesprochen wurden. In diesem Bereich besteht eine grosse Unsicherheit bezüglich der Notwendigkeit bzw. des Missbrauchs einer Leistung, weil die Überprüfbarkeit der Beeinträchtigung sehr schwierig ist. Das Subjektive ist bei dieser Rentensprechung sehr oft grösser als das objektiv Feststellbare. Ergibt eine Überprüfung durch die IV-Stelle, dass eines der genannten Symptome oder ein ähnlicher Sachverhalt mit einer zumutbaren Willensanstrengung überwindbar ist, so ist die Rente entsprechend anzupassen. Dabei kann von Artikel 17 Absatz 1 ATSG abgewichen werden, wenn weder eine wesentliche Änderung des Gesundheitszustands noch eine solche der erwerblichen Verhältnisse vorliegt. Eine Herabsetzung oder gar eine Aufhebung einer Rente erfolgt natürlich nur nach einer Prüfung des Sachverhalts. Für die Beurteilung der Zumutbarkeit sind jedoch in jedem Fall die im Bundesgerichtsentscheid formulierten Kriterien zu prüfen. Zudem ist in jedem einzelnen Fall eine Güterabwägung vorzunehmen. Auf dieser Basis ist zu entscheiden, ob eine Anpassung im konkreten Fall verhältnismässig erscheint.

Wir befinden uns bekanntlich auf dem Sanierungspfad eines wichtigen, hochverschuldeten Sozialwerks. Das Einsparungspotenzial ist sehr schwer zu beurteilen, es dürfte aber im Bereich eines hohen zweistelligen oder gar eines dreistelligen Millionenbetrags einzuordnen sein.

Die Kommission hat den Streichungsantrag an ihrer Sitzung mit 8 zu 2 Stimmen abgelehnt. Ich bitte Sie, ihn heute ebenfalls abzulehnen, die Mehrheit zu unterstützen und somit auf der Linie des Bundesrates zu bleiben.

Ich verzichte auf weitere detaillierte Erläuterungen, ich habe sie vorhin schon abgegeben.

Es ist auch nicht erkennbar, warum bei der Überprüfung eine Altersgrenze von 50 Jahren bzw. eine Bezugsdauer von mindestens 10 Jahren massgebend sein soll. Auch der Eventualantrag wurde seinerzeit mit 8 zu 2 Stimmen klar abgelehnt.

**Sommaruga Simonetta (S, BE)**: Ich spreche zu beiden Minderheitsanträgen gleichzeitig. Ich habe mich heute beim Eintreten nicht zu Wort gemeldet, ich kann das aber in einem Satz nachholen. Ich unterstütze diese Revision. Ich finde die Stossrichtung Wiedereingliederung von Rentnerinnen und Rentnern richtig, und ich bin auch bereit, die verschiedenen Massnahmen mitzutragen, auch wenn sie zum Teil hart und vielleicht etwas unangenehm sind.

Ich möchte aber auch, dass wir mit dieser Revision realistisch bleiben. Es geht hier um 4500 Rentnerinnen und Rentner, die aufgrund von somatoformen, das heisst nichtorganischen Schmerzstörungen irgendwann vor Jahren oder Jahrzehnten eine IV-Rente bekommen haben. Es ist nicht unwichtig zu wissen, dass solche somatoformen Schmerzstörungen bei etwa 80 Prozent der Bevölkerung vorkommen. Ich gehe davon aus, dass einige von uns das auch schon erlebt haben. Allerdings gehen diese Schmerzstörungen in der Regel wieder vorbei. Bei gewissen Menschen aber werden sie chronisch, und sie haben denn auch zu einer IV-Rente geführt. Heute und gestützt auf das Urteil des Bundesgerichtes geht man mit der Berentung von diesen Personen vorsichtiger um. Ich unterstütze das; es ist richtig. Es ist auch im Sinne dieser Menschen, dass man ihnen nicht zu schnell eine Rente gibt, sondern versucht, vorher andere Massnahmen zu ergreifen.

Die Personen, über die wir jetzt sprechen, haben aber seit Jahren oder Jahrzehnten eben eine Rente erhalten. Ihnen hat ein Arzt oder eine Ärztin gesagt, dass sie krank seien und aufgrund dessen ein Anrecht auf eine Rente hätten. Diese Personen wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen halte ich für illusorisch. Es ist nicht so, dass ich das nicht möchte. Im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass für viele von diesen Menschen, die daheim sind und Schmerzen haben,

die nicht definierbar sind, eine Arbeit, eine Ablenkung, ein Lebenssinn oft besser und nützlicher wären, als dass sie mit einer IV-Rente aus der Gesellschaft und aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Aber gerade weil diese Symptome sehr schwer definierbar und fassbar sind, ist eine Chronifizierung aus meiner Sicht hier besonders schwer zu durchbrechen.

Eine Frage – mir scheint, dass wir das in der Kommission zu wenig besprochen haben – muss auch auf den Tisch kommen: Ich habe mit verschiedenen Hausärztinnen und -ärzten darüber gesprochen, und sie haben mir immer wieder bestätigt, dass diese somatoformen Schmerzstörungen auch eine soziale Frage sind. Es ist eben nicht so, dass irgendwer diese Schmerzstörungen über Jahre hat. Vielmehr sind in erster Linie Menschen betroffen, die eine schlechte oder keine Ausbildung und ein tiefes Einkommen haben. Das heisst, die sozial Schwächeren sind von dieser Form von Schmerzstörungen ganz besonders und besonders häufig betroffen. Wir wissen: Ihre Eingliederung ist ohnehin besonders schwierig. Das heisst, diese Rentnerinnen und Rentner haben gleich mehrere Handicaps zu überwinden: Sie haben eben nicht die erforderliche Ausbildung, sie sind bereits in der Situation von sozial Schwächeren, und sie haben seit Jahren diese Schmerzstörungen.

Darauf geht die Botschaft des Bundesrates aus meiner Sicht zu wenig ein. Wir wissen: Das Sparziel, das wir mit dieser Massnahme erreichen wollen, ist natürlich bedeutend. Man geht davon aus, dass man damit 160 Millionen Franken einsparen kann. Ich halte das für illusorisch. Aus meiner Sicht sind die Befürchtungen der Städte und Kantone, die ja Angst haben, dass wir einfach eine Verlagerung von der IV zur Sozialhilfe beschliessen, in diesem Punkt wirklich berechtigt. Ich glaube, dass erstens eine spezielle Behandlung dieser Patientengruppe nicht haltbar ist und dass es zweitens vor allem einfach eine Illusion ist, hier ein Sparziel in diesem Ausmass erreichen zu können.

Ich hoffe, dass sich der Zweitrat noch einmal intensiv mit dieser Frage auseinandersetzt. Ich möchte nur noch so viel dazu sagen: Wir haben in der Kommission über zwei Stunden über Hörgeräte und über die Hörgerätebranche gesprochen; zu diesem Thema hier, bei dem es um Menschen geht, um 4500 Rentnerinnen und Rentner, haben wir etwa zwanzig Minuten «verloren». Heute sind die zeitlichen Dimensionen in unserem Rat wahrscheinlich etwa analog. Ich bitte Sie wirklich, diesen Punkt im Rahmen einer guten Revision, einer guten Vorlage nochmals zu klären.

Wenn Ihnen die Streichung von Ziffer II Buchstabe a als Ganzem zu weit geht, stimmen Sie bitte wenigstens der Änderung von Absatz 4 zu. Hier hat man versucht, wenigstens ein bisschen einzuschränken. Leute, die über zehn Jahre eine Rente erhalten haben und ohnehin zu den sozial Schwächeren gehören, mit harten Massnahmen wieder einzugliedern halte ich für nicht gerechtfertigt. Ich bitte Sie, wenigstens in diesem Punkt der Minderheit zu folgen.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: A tous les endroits de cette révision, il s'agit de questions qui touchent les êtres humains, même lorsqu'on examinait les moyens auxiliaires et, même si dans ce dernier cas cela touchait aussi d'autres intérêts, cela touche toujours les êtres humains. L'objectif supérieur fixé par le Conseil fédéral dans ce dossier est clairement de faire en sorte que l'assurance-invalidité soit de nouveau une assurance capable de concentrer ses moyens là où ils sont indispensables. C'était ça, l'assurance-invalidité! Mais ça ne l'est plus à cause, je le dis clairement, des erreurs qui ont été faites par le passé. C'est la réalité. Nous sommes maintenant dans cette situation, alors évidemment cela va être présenté – ça l'est maintenant malheureusement, même ici! – comme étant totalement injuste.

Dans les faits, que se passe-t-il? Il y a quelque temps, le Tribunal fédéral a dit que, pour ce genre de troubles, il n'y avait pas de rente possible. Il n'a pas dit qu'il ne fallait pas soigner, aider d'une manière ou d'une autre, mais qu'il n'y avait pas de rente de l'assurance-invalidité. Pourquoi? Parce qu'on ne peut pas donner une rente de l'assurance-invalidité

pour quelque chose qui n'est pas véritablement une maladie physique ou psychique. La décision du Tribunal fédéral n'est pas étonnante, car, si on laisse aller, voilà ce qui arrive: une situation dans laquelle les assurances sociales, en particulier l'assurance-invalidité, ne seront bientôt plus en état de prendre en charge ceux qui doivent l'être et de remplir ce pour quoi elles sont prévues.

Il s'agit ici de quelque chose de désagréable, mais il ne s'agit pas de quelque chose d'injuste. Il s'agit de faire en sorte qu'à partir de 2008 il n'y ait plus de rentes pour ce genre de pathologie. En ce qui concerne les rentes versées avant le 1er janvier 2008, il n'y a pas de raison qu'elles soient maintenues. En effet, ce n'est pas parce que la date de l'octroi d'une rente est différente que tout à coup la situation est totalement différente.

En revanche, bien évidemment, il est vrai, Monsieur Berberat, que la situation sera difficile, qu'il y aura des procédures. Cela, on le sait. Cela ne nous étonne pas. Vous espérez que le deuxième conseil s'en occupera, Monsieur Berberat; je peux aussi vous rassurer: je suis convaincu qu'il s'en occupera.

Toujours est-il que la réalité est ce qu'elle est: nous avons une situation dans laquelle le traitement du dossier est différent selon que la rente a été octroyée avant ou après le 1er janvier 2008. Il n'y a pas vraiment de raison qu'il en soit ainsi. La question qui doit se poser pour les responsables politiques, et même s'il est dur de la formuler en ces termes, c'est de savoir s'il est juste de donner des rentes à vie pour des pathologies de ce genre. Madame Sommaruga, vous estimez – et je respecte votre point de vue – que c'est peut-être juste. Pour ma part, j'estime que c'est injuste, parce que si l'assurance se trouve dans une telle situation, c'est à cause de ce genre de décisions. On voit maintenant à quel point il est difficile de remonter la pente jusqu'en 2028; et je ne suis pas sûr d'être encore là en 2028 pour réussir à mener l'opération jusqu'au bout.

Simplement, nous en sommes maintenant où nous en sommes et nous devons tenir compte de la situation présente. Chaque décision qui touche les êtres humains est difficile, mais soyez certains que, malgré tout, nous traitons en tout temps les dossiers et les situations avec pondération; nous devons le faire et nous le faisons. Nous devons agir de manière pondérée et être conscients des difficultés. Vous avez vu que dans ces cas-là, pour éviter les situations socialement difficiles, qui vont bien au-delà de La Chaux-de-Fonds et de Neuchâtel et qui toucheront évidemment toutes les villes ainsi que beaucoup de gens – nous en sommes, encore une fois, parfaitement conscients –, il est prévu d'octroyer un droit à de nouvelles mesures de réadaptation pour une durée maximale de deux ans. Le Conseil fédéral prévoit d'adopter une garantie des droits acquis, vous l'avez vu – vous estimez qu'elle est insuffisante, c'est votre droit. Nous sommes dans une situation dans laquelle nous ne pouvons pas nous permettre à chaque question qui se pose de rendre les choses un peu plus agréables parce qu'elles sont difficiles. La situation de l'assurance-invalidité n'est pas agréable et si vous voulez qu'elle redevienne saine un jour, il faut prendre des décisions aujourd'hui et pas les repousser à plus tard.

Nous vous demandons de soutenir le Conseil fédéral et nous vous assurons que nous aurons une discussion pleine et entière avec le deuxième conseil à ce sujet. En revanche, une fois de plus, nous vous assurons que nous tiendrons la ligne du Conseil fédéral parce que, sur ce dossier, nous ne pouvons pas faire autrement que de tenir une ligne ferme si nous voulons atteindre les objectifs fixés.

**Recordon Luc (G, VD):** Cette fois-ci, je ne peux pas laisser passer l'intervention de Monsieur le conseiller fédéral Burkhalter sans réagir. Je crois vraiment que dans ce cas – même si dans tous les cas, dans tous les dossiers que nous traitons, sans aucune exception, il s'agit d'affaires humaines –, la décision demandée par le Conseil fédéral est particulièrement inique.

#### *Erste Abstimmung – Premier vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 21 Stimmen

Für den Eventualantrag der Minderheit ... 9 Stimmen

#### *Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 23 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 10 Stimmen

#### *Bst. b – Let. b*

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

#### *Bst. c – Let. c*

**Fetz Anita (S, BS):** Hier möchte ich, dass die Revision und der neue Finanzierungsmechanismus gleichzeitig in Kraft treten. Mir scheint das wichtig. Wir haben jetzt die Risiken, aber auch die Chancen der Finanzierung auf die IV verlagert, und ich finde es nicht sachgerecht, das jetzt bereits im Rahmen von Sparprogrammen eigentlich wieder aufzuheben. Es wäre sehr viel sachgerechter, beides gemeinsam in Kraft treten zu lassen.

**Kuprecht Alex (V, SZ),** für die Kommission: Dieser Antrag lag in der Kommission nicht vor. Ich bin aber der Meinung, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen sollten, weil der Bundesrat ja grundsätzlich das Inkrafttreten festlegt.

**Burkhalter Didier,** conseiller fédéral: Nous maintenons notre position. C'est donc en effet le Conseil fédéral qui décide la date de l'entrée en vigueur. L'intention serait en principe de tenir compte du programme de consolidation, mais tout dépend maintenant de l'évolution du dossier lui-même. Donc le Conseil fédéral a l'intention d'éviter la période de consolidation des finances pour mettre en vigueur cette partie-là de la révision. Maintenant les arguments qui ont été développés sont connus et vous pouvez décider en connaissance de cause.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Fetz ... 11 Stimmen

Dagegen ... 21 Stimmen

#### *Bst. d – Let. d*

**Fetz Anita (S, BS):** Angesichts der vorgerückten Stunde und der knurrenden Mägen werde ich diesen Antrag zurückziehen und ihn meinen Kolleginnen und Kollegen im Nationalrat mitgeben.

**Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin):** Der Antrag zu Buchstabe d ist zurückgezogen worden.

#### **Ziff. III, IV**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Ch. III, IV**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Kuprecht Alex (V, SZ),** für die Kommission: Ich habe zu dieser Vorlage keine weiteren Bemerkungen mehr zu machen. Ich teile Ihnen aber an dieser Stelle mit, dass die Kommission dieser Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt hat. Dem Ziel der Sanierung des Sozialwerks und somit der Findung der Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben werden wir mit dieser Vorlage einen Schritt näher kommen. Ich bitte Sie deshalb schon jetzt, in der Gesamtabstimmung dieser Vorlage zuzustimmen.

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*  
Für Annahme des Entwurfes ... 24 Stimmen  
Dagegen ... 3 Stimmen  
(4 Enthaltungen)

*Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*  
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte  
*Proposition du Conseil fédéral*  
Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

**Präsidentin** (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Ich bedanke mich bei Herrn Bundesrat Burkhalter und bei Ihnen für das Ausharren. Ob die Geschäfte, die wir jetzt nicht mehr behandeln konnten, noch in dieser Session behandelt werden können, wird das Büro noch abklären.

*Schluss der Sitzung um 13.40 Uhr*  
*La séance est levée à 13 h 40*

10.032

## 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket 6e révision de l'AI. Premier volet

### Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBl 2010 1817)

Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

### Antrag der Mehrheit Eintreten

### Antrag der Minderheit

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Goll, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)  
Nichteintreten

### Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Weber-Gobet)  
Rückweisung an den Bundesrat

mit folgenden Aufträgen:

1. Die Vorlage soll Verpflichtungen für Arbeitgeber zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen enthalten.
2. In der Vorlage ist davon abzusehen, bereits zugesprochene Renten ohne Revisionsgründe zu kürzen oder zu streichen.
3. In der Vorlage ist davon abzusehen, einzelne Krankheitsbilder von IV-Leistungen, insbesondere IV-Renten, auszunehmen.

### Proposition de la majorité

Entrer en matière

### Proposition de la minorité

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Goll, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)  
Ne pas entrer en matière

### Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Weber-Gobet)  
Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de remanier le projet comme suit:

1. prévoir des dispositions visant à astreindre les employeurs à employer des personnes handicapées;

2. biffer les dispositions visant à réduire ou à supprimer, sans qu'il y ait de raisons de révision des rentes déjà allouées;

3. biffer les dispositions visant à ce que les personnes atteintes de certaines pathologies ne puissent plus bénéficier des prestations de l'AI, en particulier de rentes.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: La loi sur l'assurance-invalidité est entrée en vigueur le 1er janvier 1960. Un pilier social populaire était finalement né, après des décennies de débat politique. Les démocrates-chrétiens et les radicaux avaient déjà exigé une première fois, en 1892, un élargissement de la sécurité sociale visant la protection de la santé des travailleurs et l'assurance contre les pertes de gain dues à la maladie ou à l'invalidité. La loi fédérale sur les fabriques de 1877 et la loi sur la responsabilité civile des fabricants de 1881 avaient amélioré la situation, mais de manière incomplète.

Une première proposition de base constitutionnelle pour une assurance-invalidité vieillesse et survivants fut élaborée par le Conseil fédéral en 1919, mais les temps n'étaient pas encore mûrs. Il fallait sacrifier l'AI en 1925 pour permettre la naissance politique de l'AVS en 1948. Mais le destin de ces deux piliers sociaux est resté lié jusqu'à nos jours. La prise en charge des conséquences du handicap et de l'incapacité de travail fut d'abord surtout le fait des communes et des cantons, mais aussi des oeuvres de bienfaisance privées, qui bénéficiaient du modeste crédit fédéral en faveur de l'anormalité. Vous ne le savez peut-être pas, mais Glaris fut le seul canton à introduire, en 1918, une assurance-invalidité. Les autres cantons ne le suivirent que bien plus tard, dans les années 1950. C'est peut-être pour cette raison qu'au début des années 1950 l'assurance-invalidité ne constituait pas une priorité, ni pour le Conseil fédéral, ni pour l'OFAS.

Mais le Conseil fédéral fut mis sous pression politique par le Parlement et par deux initiatives populaires qui exigeaient de la Confédération qu'elle crée une assurance-invalidité. Les travaux préliminaires commencèrent début 1955, sous la responsabilité du conseiller fédéral Philipp Etter. Le 24 octobre 1958, le Conseil fédéral adopta le message à l'intention du Parlement, qui s'en occupa très rapidement et le vota le 19 juin 1959. Six mois plus tard, la loi entra en vigueur.

Dès la naissance de cette loi, les mesures de réadaptation ont eu la priorité sur les rentes. Ces dernières ne devaient être octroyées que lorsque la réadaptation était impossible ou seulement partielle. La primauté de la réadaptation sur les rentes a toutefois progressivement perdu de l'importance au cours des années. A partir du milieu des années 1980, c'est la rente qui a joué le rôle principal et le nombre de rentes a par conséquent rapidement augmenté. Dans les années 1990, le nombre de rentes pour maladies psychiques a explosé.

Jusqu'en 1972, l'AI a présenté des comptes équilibrés. De 1973 à 1987, elle a toujours été déficitaire. Les soldes positifs enregistrés en 1988 et 1992 ont été suivis par des déficits constants depuis 1993. En 1998 et en 2003, l'AI a bénéficié à deux reprises d'un transfert de capitaux – 2,2 milliards et 1,5 milliard de francs – pris dans le fonds APG. L'AI a vu sa situation financière continuer à se dégrader ces dernières années. Fin 2009, elle avait 14 milliards de francs de dettes devant être supportés par l'AVS. Sans des mesures rapides, le volume des dettes croît de 1,4 milliard de francs par an.

Au cours de ses cinq décennies d'existence, l'AI a subi cinq révisions. Après la 1re révision en 1968, la 2e en 1987/88 et la 3e en 1992, qui ont développé les instruments de l'assurance et amélioré la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, la grave situation financière de l'assurance a obligé le lancement d'un plan d'assainissement équilibré en trois temps. Premièrement, les 4e et 5e révisions, entrées en vigueur respectivement en 2004 et 2008, ont stabilisé l'accroissement du déficit annuel. Le nombre de nouvelles rentes a été réduit de 40 pour cent, entraînant une baisse du nombre de rentes en cours. Deuxièmement, en janvier 2011 démarrera le financement additionnel sur une

durée de sept ans, fondé sur le relèvement de la TVA, comme cela a été décidé par le peuple et les cantons le 27 septembre 2009. Parallèlement, un fonds AI propre a été créé, de manière à sauver l'AVS des dettes de l'AI. L'AVS y versera 5 milliards de francs comme capital de départ et la Confédération prendra en charge l'intégralité des intérêts de la dette jusqu'en 2017.

Ces deux mesures permettent de mettre fin aux déficits et à l'accroissement de la dette, mais elles ne sont pas à même d'équilibrer l'AI de manière durable. Sans le troisième paquet de mesures, c'est-à-dire le premier volet de la 6e révision de l'AI que nous discutons aujourd'hui, l'AI connaîtrait dès 2018 des déficits annuels de 1,1 milliard de francs. Pour cette raison et pour garantir aux prochaines générations l'existence de cet important pilier des assurances sociales, nous devons rapidement mener à bien et mettre en oeuvre cette 6e révision.

Ce premier volet de la 6e révision de l'AI comprend quatre points. Les deux premiers – la révision des rentes axée sur la réadaptation et la baisse des prix dans le domaine des moyens auxiliaires – permettront de réaliser des économies significatives. Le troisième point – le nouveau mécanisme de financement – est essentiellement une économie pour l'AI grâce à des dépenses supplémentaires de la Confédération. Le quatrième point – la contribution d'assistance – vise à aider les personnes avec un handicap à mener une vie autonome et responsable chez elles. Il s'agit donc d'une nouvelle prestation de l'AI.

L'esprit de cette révision reste le même que celui des 4e et 5e révisions: il tourne autour du concept «la réadaptation prime la rente». Il s'agit de revenir à l'origine de la loi, à la primauté de la réadaptation sur la rente. Le dicton «rente un jour, rente toujours» ne doit plus avoir cours. A elle seule, cette révision 6a permet d'économiser 500 millions de francs à partir de 2018, donc la moitié du déficit annuel de l'AI. Le reste sera couvert par la révision 6b, en préparation. Si le volet 6a est retardé, la facture du volet 6b augmentera en proportion. Pour une année de retard, il manquera 450 millions de francs en 2018. Donc, plus nous irons vite avec la présente révision 6a, moins la révision 6b aura besoin de faire mal.

C'est pour ces raisons que votre commission vous invite, par 17 voix contre 9, à entrer en matière et à examiner rapidement ce projet.

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: Die Verfassung einzuhalten beziehungsweise für deren Einhaltung zu sorgen ist eine der ersten, vornehmsten Aufgaben des Parlamentes in einem Staat, der auf Bundesebene nur eine eingeschränkte Verfassungsgerichtsbarkeit kennt. Zu beachten ist dabei mithin Artikel 41 der Bundesverfassung, wonach sich Bund und Kantone dafür einsetzen, dass jede Person an der sozialen Sicherheit teilhat. Wenn allein pekuniär beurteilt wird, so muss dieses Ziel als erfüllt gelten. Bei einem jährlichen Bruttoinlandprodukt unseres Landes von rund 450 Milliarden Franken wendet der Sozialstaat Schweiz rund 127 Milliarden Franken pro Jahr für sich auf.

Dem allgemeinen Sozialziel eingeschrieben ist die Versicherung jeder Person gegen die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität. Die verfassungsmässige Konkretisierung erfolgt in Artikel 112 der Bundesverfassung betreffend die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie in Artikel 112b der Bundesverfassung über die Förderung der Eingliederung Invalider. Ebendies – die Eingliederung Invalider – ist das vorrangige Ziel des ersten Massnahmenpaketes zur 6. IV-Revision. Dass dabei nicht von «Eingliederung vor Rente», sondern von «Eingliederung statt Rente» gesprochen werden soll, ist mehr als eine rhetorische Stilübung, denn damit wird deutlich, dass die Eingliederung die Alternative, das gegenüber der Rente andere und nicht einfach eine der Rente vorgelagerte Phase beschreibt.

Damit sind wir beim Kern der Sache: Schon seit 1960, also seit Inkrafttreten des IVG, gilt der Grundsatz der Wiedereingliederung. Er hatte allerdings zu wenig Durchsetzungskraft, und man ist sich heute einig, dass die IV erst mit der 5. IV-

Revision, vielleicht präziser erst im Zusammenwirken von 4. und 5. IV-Revision den Status einer eigentlichen Integrationsversicherung erreicht hat.

Die Bemühungen der 5. IV-Revision waren schwergewichtig auf Früherkennung und Frühintervention, also vorab auf den Verbleib im Arbeitsprozess bzw. das Unnötigmachen neuer Berentungen gerichtet. Auch wenn uns zur Erfolgsbeurteilung dieser am 1. Januar 2008 in Kraft getretenen Revision noch keine langen Zahlenreihen zur Verfügung stehen und das erneuerte System der IV noch nicht konsolidiert ist, lässt sich der grundlegende Erfolg der gesetzgeberischen und operativen Bemühungen nicht bestreiten. Die Zahl der Neuerentungen ist seit dem Referenzjahr 2003 um über 40 Prozent gesunken, und in Ergänzung dazu hat sich ein Mentalitätswechsel in der Öffentlichkeit sowie bei Betroffenen und Anwendern entwickelt. Die IV wird nicht mehr als Schalter verstanden, an dem Rentenbillette abgegeben werden, sondern als eine nun komplexer, individueller, schneller funktionierende Einheit, welche die soziale Vereinzelung, die mit einem Verlust der Arbeitsmarktteilnahme verbunden ist, verhindern kann.

Die 4. und die 5. IV-Revision waren nötig und erfolgreich, weil sie durch die finanzielle Lage der IV ebenso möglich wie geboten waren. Es gab kein Hin- und es gab kein Zusehen mehr angesichts jährlich steigender Aufwandüberschüsse und eines kumulierten Defizits, das ein Abtragen durch jene Generation, die es verursacht hat, als aussichtslos erscheinen liess. Mit den bisherigen Revisionen kann längerfristig eine Reduktion der IV-Ausgaben um jährlich 500 Millionen Franken erreicht werden. Nun, knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten der 5., wird bereits die 6. IV-Revision behandelt. Das ist vielleicht ambitiös, sicher aber rechtlich geboten, weil wir es selber so verlangt haben. Im Bundesgesetz über die Sanierung der IV ist der Bundesrat explizit verpflichtet worden, die Botschaft zur 6. IV-Revision bis Ende des laufenden Jahres vorzulegen. Diese Vorgabe, bei Gelegenheit ihrer Beratung in der Kommission vom Bundesrat und von der Verwaltung für unumsetzbar erklärt, wurde im arithmetischen Mittel der Revisionen 6a und 6b sogar leicht übererfüllt. Wir danken der Landesregierung und den Verantwortlichen der Bundesverwaltung für ihre grosse, engagierte Arbeit.

Dass überhaupt revidiert wird, liegt in der Natur der schweizerischen Sozialversicherungen. Sie sind alle nicht auf Ewigkeit ihrer Einzelnormen angelegt, sondern nehmen gesellschaftliches Wollen und technische Notwendigkeit laufend in ihre Systeme auf. Unsere Sozialversicherungen erzeugen in Permanenz kleine Wunder, indem sie der Idee nach gleichzeitig stabil und doch der laufenden Adaptation fähig sind. Dieses Realwunder funktioniert gut – jedenfalls im internationalen Vergleich.

Was wird denn im Rahmen der IV-Vorlage 6a revidiert? Es sind vier Hauptbereiche zu bezeichnen:

1. Die eingliederungsorientierte Rentenrevision: Sie stellt die wesentliche Ergänzung zur 5. IV-Revision dar. Galt dort das Augenmerk primär der Vermeidung unnötiger neuer Renten, so soll nunmehr die Zahl bestehender Renten verringert werden. Mittel dazu sind persönliche Beratung, Begleitung und weitere spezifische Instrumente; dies alles unter dem Schirm flankierender Massnahmen. Jede Reintegration trägt die Unterschrift eines Arbeitgebers. Macht die Wirtschaft, machen vor allem die Grossunternehmen hier nicht mit, ist das vorgegebene Ziel, 16 000 Rentnerinnen und Rentner zurück in die Arbeit zu führen, nicht erreichbar. Kein Weg führt daran vorbei, dass auch die Grossunternehmen hier mitmachen, sonst ist das erklärte Ziel dieser Revision, die finanzielle Gesundung der IV, eine Unmöglichkeit.

2. Die Neuregelung des Finanzierungsmechanismus: Derzeit sind die Bundesbeiträge an die IV in Prozent der laufenden Ausgaben festgelegt. Gibt die IV 100 Franken aus, so steuert der Bund Fr. 37.50 bei. Das heisst umgekehrt: Senkt die IV ihre Ausgaben, was wir ja wollen, so vermindert sich der Finanzierungsbeitrag des Bundes im erwähnten Umfang. In einem Satz: Spart die IV 100 Franken, so wird sie bloss um Fr. 62.50 entlastet. Und in globo: Will die IV ihr

jährliches Defizit von rund 1,1 Milliarden Franken beseitigen, muss sie ihre Ausgaben um 1,7 Milliarden Franken senken. Das ist nach allem, was bereits erzielt worden ist, im Rahmen der Revision 6a und der noch folgenden Revision 6b ein Ding der Unmöglichkeit. Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der IV soll deshalb von den laufenden Ausgaben der IV entkoppelt werden. Damit soll erreicht werden, dass die IV ihre Rechnung um den gleichen Frankenbetrag, den sie weniger ausgibt, verbessert.

3. Preissenkungen im Hilfsmittelbereich, durch die wir uns jährliche Minderaufwendungen der IV von 30 bis 50 Millionen Franken erhoffen: Das Stichwort dazu lautet «Mehr Wettbewerb». Wie genau dieser stattfinden soll, wird einer der in der Detailberatung zu diskutierenden Punkte sein.

4. Der sogenannte Assistenzbeitrag als ein neues Instrument: Damit sollen Menschen mit einer Behinderung, welche für die Hilfe zur Alltagsbewältigung Drittpersonen anstellen, eine finanzielle Unterstützung erhalten.

Die Botschaft verheisst für die IV-Rechnung Kostenneutralität. Ob diese erreicht wird, ob sie überhaupt erreichbar und ob sie wünschbar ist, wird, zusammen mit einer Ergänzung der Subventionierungsleistungen auch für Familienangehörige, die Diskussion bestimmen.

Mit all dem werden zwei Hauptziele anvisiert: die Komplettierung der IV als Integrationsversicherung sowie eine Verbesserung ihrer Jahresrechnung um rund 350 Millionen Franken. Nach Meinung der Kommissionsmehrheit müssten wir das erreichen, damit die IV auf ihrem Gesundheitsspfad vorankommen kann – einem Pfad übrigens, dessen Ende noch nicht sichtbar ist. Die Revision 6b und die Bewältigung des Schuldenbergs auf mittlere Sicht stehen uns bekanntlich unmittelbar bevor. Die substantielle Verbesserung der IV-Rechnung ist nicht nur vernünftig, sie ist auch politisch geboten. Mit dem Ja von Volk und Ständen zur IV-Finanzierung hat dieses für die Sozialinfrastruktur unseres Landes unabdingbare Sozialwerk neuen Sauerstoff erhalten, aber mit einer Befristung von nur sieben Jahren. Bis dahin haben wir die Pflicht und die Aufgabe, die IV auf neue, gute Geleise zu bringen. Dazu gehört namentlich ihre finanzielle Gesundung. Die IV wurde während Jahren wahlweise zum Sorgenkind gemacht oder als Sündenbock mit all dem beladen, was sie politisch gerade noch zu tragen imstande war, und das unverdientermassen, wie man wieder einmal festzuhalten hat. Denn die IV ist das einzige grosse Sozialwerk, bei dem wir in den letzten Jahren substantielle Fortschritte und Verbesserungen erzielt haben. Das war nicht so bei der Militärversicherung, nicht so bei der AHV, höchstens teilweise im Krankenversicherungsgesetz, und die Ergänzungsleistungen warten draussen vor der Tür.

Sorgen wir nun also für eine zügige, erfolgreiche Beratung und Umsetzung des ersten Massnahmenpaketes der 6. IV-Revision, das die Kommissionsmehrheit Ihnen mit 17 zu 9 Stimmen zur Beratung empfiehlt.

**Prelicz-Huber Katharina (G, ZH):** Die IV wurde als Sozialversicherung konzipiert, das heisst, es gibt ein Recht der Betroffenen auf die verschiedenartigen Leistungen, die die IV anbietet. Es handelt sich also nicht um eine Almosenabgabe. Sie ist da zur individuellen Unterstützung von Menschen mit Behinderung, egal welche Behinderung sie haben. Sie setzt sich das Ziel der Integration und der gleichberechtigten Partizipation der Menschen mit Behinderung.

Die Vorlage, die wir jetzt beraten, stellt eine Verabschiedung von der Grundidee der IV dar, und zwar durch den Ausschluss ganzer Gruppen von behinderten Menschen, durch einen massiv erschwerten Zugang zu den Leistungen und, einmal mehr, durch ein deftiges Sparziel. Die Haltung hat sich in der letzten Zeit drastisch verändert. Wir sind nun bei einem Diskurs rund um das Sparen und vor allem rund um den Missbrauch. Die Vorlage ist jetzt sowohl ethisch wie medizinisch, aber auch finanzpolitisch nicht vertretbar. Es wurde in den letzten Jahren – wir haben das vorhin gehört – schon viel gekürzt, und gegenüber 2003 haben wir einen Rückgang der Neurenten um 44 Prozent. Dann kam die

5. IV-Revision, sie war einmal mehr eine happige Sparübung, und jetzt, ohne eine Evaluation der 5. IV-Revision, sind wir bereits bei der 6. Revision. Mit der Revision 6a werden wir noch einmal 500 Millionen Franken sparen, mit der Revision 6b etwa 800 Millionen Franken. Die Frage drängt sich da auf: Für wen ist die IV überhaupt noch bestimmt?

Natürlich, wir haben ein Defizit, und es braucht Lösungen. Aber statt immer nur die Frage zu stellen, wo abgebaut werden kann, sollte die Frage sein: Wie soll die IV finanziert werden, damit die Leistungen für die Betroffenen nach wie vor gewährleistet sind? Beim gerade gehaltenen Bankencrash beispielsweise war sofort klar: Das Loch wird gestopft – mit Milliarden von Franken. Warum dieser Gedanke nicht bei der IV?

Es ist kein Zufall, dass gerade bei der IV derart gespart werden kann. Invalidität ist nach wie vor ein Tabuthema, und nur Minderheiten sind davon betroffen. Ein spezielles Tabu, und die Betroffenen schämen sich oft dafür, sind die unklaren Krankheitsbilder: Schmerzen, Schleudertraumata, psychische Krankheiten. Es ist kein Zufall, dass gerade diese Gruppen von Betroffenen von der Rente ausgeschlossen werden sollen: Sie sind auf den ersten Blick nicht krank, sie sind sogenannt normal, und sie werden von der Gesellschaft stigmatisiert als Simulantinnen und Simulanten, als Scheininvaliden. Davon zeugt auch die neue Haltung der IV, die da lautet: Die Leute sind vorübergehend krank und wieder integrierbar, sie müssen nur wollen; deshalb gibt es keine Renten.

Betroffen von der Überprüfung und Streichung sind langjährige Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger, etwa 18 000 Menschen, und der grosse Teil hat keine Chance auf Reintegration in die Arbeitswelt. Es wird eine Überwälzung auf die Sozialhilfe sein, was für die Betroffenen noch weniger Leistungen bedeutet, entwürdigend ist und für die Gemeinden und Städte Zusatzkosten bedeutet. Das ist keine Kosteneinsparung, sondern eine Kostenverlagerung.

Natürlich ist die Reintegration in den Arbeitsmarkt sinnvoll. Aber es ist eigentlich eine Frechheit, das jetzt so zu formulieren, als ob es eine neue Idee wäre. Schon seit Beginn der IV ist das erste Ziel die Reintegration und nicht die Berentung. Schon in der 5. IV-Revision war das der grosse Slogan, und trotz enormem Aufwand ist der Erfolg bis jetzt sehr mässig. Die Realität ist, dass die Handicaperten ausgegrenzt wurden, obwohl ihr Wille zur Arbeit da wäre, weil die Arbeitgeber nicht wollen, weil es zu wenig Jobs hat. Ich hatte als langjährige Betriebssozialarbeiterin selbst immer wieder Gesuche auf dem Tisch, die Leute seien doch bitte bei der IV anzumelden, weil der Arbeitgeber sie nicht mehr beschäftigen wollte. Heute sind wir eine extreme Leistungsgesellschaft. Das fordert hundertprozentige Leistungsfähigkeit, topqualifizierte Leute, und das lässt für Behinderung keinen Platz. Es braucht deshalb klare Quoten, eine verbindliche Verpflichtung der Arbeitgeber, statt dass der Druck auf die Behindernten übertragen wird.

Die Minderheit der SGK sagt deshalb klar Nein zum Eintreten. Wir wollen eine neue Vorlage, wenn die 5. IV-Revision evaluiert ist. Wir wollen eine Vorlage mit einem Sanierungsplan auf der Basis einer IV für alle – für alle Leiden, ob medizinisch erkannt oder nicht, ob psychisch oder physisch –, zur Unterstützung einer grösstmöglichen Partizipation an der Gesellschaft.

Ich bitte Sie im Namen der Minderheit, nicht auf diese Vorlage einzutreten.

**Schenker Silvia (S, BS):** Als ich den Rückweisungsantrag formulierte, ahnte ich nicht, dass es noch schlimmer kommen würde. Schon die Vorlage, die uns zu Beginn der Beratungen in der SGK unterbreitet wurde, war aus meiner Sicht nicht akzeptabel. Sie wies gravierende Mängel auf. 17 000 Personen sollen aus der Invalidenversicherung in den ersten Arbeitsmarkt geführt werden. Dafür gibt es einige Massnahmen, die im Grundsatz prüfungswert sind. Zu begrüssen ist insbesondere, dass versucht wird, den Betroffenen ein gewisses Mass an Sicherheit zu geben, damit sie ihre Rente nicht sofort verlieren, wenn sie einen Wiedereinstieg ins Ar-

beitsleben anpacken. Was aber auch in dieser Vorlage zu Beginn der Beratungen komplett gefehlt hat – wie übrigens auch schon bei der 5. IV-Revision –, sind Verpflichtungen für die Arbeitgeber. Stattdessen hat der Bundesrat auch in diesem ersten Massnahmenpaket der 6. IV-Revision wieder Vorschläge gemacht, wie die Hürden für Arbeitgeber, die Menschen mit Leistungseinschränkungen beschäftigen sollen, noch stärker abgebaut werden.

Ich wünschte mir, die Versicherten würden ähnlich pfleglich behandelt, wie dies bei den Arbeitgebern der Fall ist. Das ist aber mitnichten so. Wir werden in der Detailberatung noch einiges dazu hören.

Absolut stossend ist jedoch die Schlussbestimmung. Das gilt sowohl für die Formulierung des Ständerates als auch für diejenige, die in der SGK des Nationalrates eingefügt wurde. Für die SP ist es grundsätzlich nicht akzeptabel, dass Menschen mit einem bestimmten Krankheitsbild von der Invalidenversicherung anders behandelt werden sollen als alle anderen. Genau dazu führt jedoch die Schlussbestimmung der Vorlage. Nicht die Diagnose entscheidet darüber, ob jemand aus Krankheitsgründen nicht mehr in der Lage ist, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Genau von dieser Annahme geht jedoch die Schlussbestimmung, wie sie von Bundesrat und Ständerat verabschiedet wurde, aus. Die Mehrheit der SGK meint, sich dem Vorwurf entziehen zu können, bestimmte Krankheitsbilder von der IV auszuschliessen, indem sie eine andere Formulierung verwendet. Diese ist aber noch schlimmer. Noch mehr Menschen sind von ihr betroffen; sie ist noch unklarer, und noch schwammiger ist die Abgrenzung.

Ich ersuche Sie darum im Namen der Minderheit, diese Vorlage an den Absender zurückzuschicken. Die einseitige Härte gegenüber den Invaliden ist nicht akzeptabel und eines Landes wie der Schweiz nicht würdig. Der Bundesrat soll die Vorlage ausgewogener gestalten, indem er auch die Arbeitgeber und nicht nur die Versicherten in die Pflicht nimmt. Der Bundesrat soll davon Abstand nehmen, die Renten einer grossen Gruppe von Betroffenen ohne Revisionsgründe zu kürzen oder zu streichen. Psychische Krankheiten sind eine tragische Realität, auch wenn sie tabuisiert und gerne verdrängt werden. Kein Problem wird gelöst, kein Rappen wird gespart, wenn wir hier mit einem Federstrich psychische Krankheitsbilder zu nicht IV-würdigen Phantomen erklären.

**Humbel Ruth (CEg, AG):** Die IV ist eines unserer grossen und wichtigen Sozialwerke, und die Sanierung der hochverschuldeten IV ist eine bedeutende politische Herausforderung. Drei Etappen sind geschafft. Anlässlich von zwei Referenden hat das Volk für die IV gestimmt, bei der 5. IV-Revision gegen den Widerstand der Linken und bei der Zusatzfinanzierung gegen die Opposition der Rechten.

Die 5. IV-Revision zeigt Erfolg. Die Neuberentung ist um rund 44 Prozent zurückgegangen, ohne dass die vielbeschworene Abwanderung in die Sozialhilfe stattgefunden hätte. Die befristete Zusatzfinanzierung gibt Luft, die IV mit der 6. Revision wieder zu dem zu machen, was sie bei der Einführung war: eine eingliederungsorientierte Versicherung, welche denjenigen Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, die Existenz sichert. Nach Jahren der Defizitwirtschaft muss die IV konsolidiert und das Vertrauen wiederhergestellt werden – das Vertrauen der Bevölkerung in ein zuverlässiges, gerechtes Sozialwerk, das Menschen fordert und fördert, ihnen aber auch ein Einkommen ersetzt, wenn aus gesundheitlichen Gründen keine Erwerbstätigkeit möglich ist. Die IV muss aber auch wieder Vertrauen und Rechtssicherheit schaffen für Menschen mit einer Behinderung, für Menschen, die zu Recht eine IV-Rente beziehen. Sie dürfen nicht weiter stigmatisiert werden und latent unter dem Verdacht des Missbrauches stehen.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion tritt auf diese Revision ein, unterstützt die vier Hauptbereiche der Vorlage und wird im Wesentlichen den Anträgen der Mehrheit folgen.

Das Herzstück ist die eingliederungsorientierte Rentenüberprüfung. In der 5. IV-Revision haben wir die Strategie «Eingliederung vor Rente» verfolgt. Die 6. IV-Revision geht jetzt noch einen Schritt weiter und will Rentenbezüger und -bezügerinnen wieder in den ersten Arbeitsmarkt eingliedern. Das ist richtig und wichtig sowohl für die betroffenen Menschen, die endlich wieder arbeiten können, wie auch für die finanzielle Entlastung der IV. Das Ziel, 16 500 Menschen, die zusammen rund 12 500 gewichtete Renten betreffen, innerhalb von sechs Jahren nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, ist ein ambitioniertes Ziel und eine grosse Herausforderung.

Die vorgesehenen Unterstützungsmassnahmen für die Behinderten sind gut und differenziert. Sie reichen von der persönlichen Beratung und Begleitung über eine dreijährige Rentengarantie bis zum Wiederaufleben der Rente bei gesundheitlichen Rückfällen. Auch die Anreize für die Arbeitgeber sind hervorragend: Arbeitsversuche bergen keine finanziellen Risiken in sich; Arbeitgeber und Versicherte werden vor Ort gecoacht, unterstützt, und es gibt für die Betriebe keine Belastung durch Versicherungszahlungen. Insofern ist es eine arbeitgeberfreundliche Vorlage.

Die Unterstützungsmassnahmen sind gut und richtig, aber das Ganze steht und fällt mit der Bereitschaft der Arbeitgeber, genügend Stellen für Teilleistungsfähige anzubieten. Zweifel, dass Anreize alleine nicht genügen, sind berechtigt und wurden in einer Umfrage bestätigt, wie in der «NZZ am Sonntag» zu lesen war. Die grossen Firmen und auch ihre Pensionskassen scheinen kein Interesse daran zu haben, Behinderte zu integrieren, und Betriebe zeigen kaum Bereitschaft, mehr Behinderte zu beschäftigen. Die CVP/EVP/glp-Fraktion ist daher mehrheitlich für eine auf 10 Jahre befristete Verpflichtung der Grossunternehmen ab 250 Beschäftigten, mindestens 1 Prozent der Arbeitsplätze für eingliederungsfähige bisherige IV-Rentner und -Rentnerinnen zur Verfügung zu stellen.

Wir unterstützen auch die weiteren Revisionspunkte der Vorlage:

1. Mit der Neuregelung des Finanzierungsmechanismus wird der Bundesanteil von den IV-Ausgaben richtigerweise entkoppelt.
2. Preissenkungen im Hilfsmittelbereich sind überfällig. Seit Jahren beklagen wir in diesem Bereich die überhöhten Preise.
3. Die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt auch den Assistenzbeitrag zur Förderung einer eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Lebensführung. Wir haben aber auch gewisse Bedenken: Zum einen beurteilen wir das Arbeitgebermodell als problematisch, zum andern sind wir dagegen, dass der Assistenzbeitrag zulasten der Heimbewohner, der Ärmsten, geht. Ehrlicherweise müssen wir dazu stehen, dass der Assistenzbeitrag insgesamt nicht zu Einsparungen, sondern zu Mehrausgaben führen wird. Gemäss Botschaft, Seite 1836, haben die Pilotversuche nämlich nicht zu den erwarteten Heimaustritten, sondern zu Mehrkosten geführt.
4. Die Schlussbestimmung will eine rechtsgleiche Behandlung der Versicherten und die Anwendung gleicher Massstäbe bei Beschwerdebildern von altrechtlichen Renten, wie sie seit der Einführung der 5. IV-Revision am 1. Januar 2008 gelten, was von der CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt wird. Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und sowohl den Nichteintretensantrag wie auch den Rückweisantrag ablehnen. Rückweisung wäre reine Verzögerungstaktik und Nichteintreten Betrug am Volk. Im Vorfeld der Abstimmung über die Zusatzfinanzierung haben wir versprochen, die IV ausgabenseitig zu sanieren. Dieses Versprechen gilt es nun einzulösen.

**Weibel Thomas (CEg, ZH):** Die CVP/EVP/glp-Fraktion ist sich bewusst, dass bei der IV sehr grosser Handlungsbedarf besteht. Die Kommissionssprecher haben die entsprechenden Finanzzahlen genannt. Bei der Abstimmung über die Finanzierungsunterstützung der IV durch die auf sieben Jahre befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer haben wir wiederholt darauf hingewiesen, dass wir auch auf der Leistungsseite

die Hausaufgaben machen müssen. Dazu liegt nun ein erster Teilvorschlag vor. Wir von der CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützen das Resultat dieser Kommissionsarbeit. Eingliederung statt Rente ist der richtige Ansatz, um die IV wieder ins Lot zu bringen. Es ist eine Tatsache, dass das heutige System verschiedentlich falsche Anreize setzt.

Bisher wurden auf Hoffnungen basierende Erwartungen nicht erfüllt. So wurde bereits bei der 5. IV-Revision darauf gesetzt, dass die Firmen Arbeitsplätze mit Behinderten besetzen oder für sie welche schaffen. Sicher, es gibt auch positive Beispiele von Firmen, die aktiv geworden sind. Im Gesamten wurde aber viel zu wenig erreicht. Die «NZZ am Sonntag» berichtete, dass insbesondere Grossfirmen keinen Handlungsbedarf anerkennen. Deshalb sind wir Grünliberalen und mit uns die Mehrheit der CVP/EVP/glp-Fraktion überzeugt, dass diesbezüglich eine Quotenregelung unumgänglich ist. Wir bedauern dies, ich halte aber klar fest, dass die Wirtschaft die Chance auf freiwilliger Basis gehabt hat, diese aber leider nicht genutzt hat.

Aus der Fahne ersehen Sie, dass über dreissig Minderheitsanträge zu beraten sind. Das ist fast die Hälfte der in der Kommission eingereichten Anträge. Dies veranlasst mich, einige grundsätzliche Gedanken zu äussern. Das schweizerische Staatssystem baut auf Konsens auf. Konsens erfordert aber zuerst einen Kompromiss. Ohne Kompromiss ist es ein Diktat der einen oder der anderen Seite. Bei einem Kompromiss müssen alle sich in der Mehrheit zusammenfinden, müssen Gruppierungen von ihren Vorstellungen einer maximalen oder optimalen Lösung abrücken. Das gilt für alle Partner, auch für uns. Wir Mittepolitiker wurden in der Kommission, aber auch schon hier im Nationalratssaal von beiden Seiten aufgefordert, uns zu entscheiden, mit welchem Pol wir zusammenarbeiten wollten. Da frage ich mich, ob die Polparteien überhaupt kompromissfähig bzw. kompromisswillig sind oder ob sie lediglich Mehrheiten für ihre Positionen schaffen wollen. Ich sehe die reale Gefahr, dass am Ende beide Pole die Vorlage ablehnen werden, dies mit der Begründung, das Ergebnis sei nicht mehr ihre Vorlage. Damit würden wir einmal mehr ernsthafte Probleme stundenlang diskutieren, aber nicht lösen. Sie haben es in der Hand; nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr. Noch vertraue ich auf einen positiven Ausgang der Debatte.

Treten Sie wie die CVP/EVP/glp-Fraktion auf die Vorlage ein.

**Hassler Hansjörg (BD, GR):** Die IV-Revision 6a ist ein weiterer Schritt hin zum Ziel der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen ins Berufs- und Gesellschaftsleben; wir haben dies bereits mit der 4. und der 5. IV-Revision eingeleitet. Diese Schritte sind grundsätzlich richtig und auch nötig.

Die allermeisten Personen mit Behinderungen wollen arbeiten, wenn sie dies können. Da müssen wir aber auch die Voraussetzungen schaffen, damit dies möglich ist. Eine verstärkte Eingliederung ist aber auch aus finanziellen Gründen unausweichlich. Die in den letzten Jahrzehnten ausgesprochenen Renten sind kaum mehr finanzierbar. Darum ist es richtig, mit der 6. IV-Revision eine eingliederungsorientierte Rentenrevision vorzunehmen. Damit wird ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Bisher hiess es: «einmal Rente, immer Rente». Neu gehen wir über zu einer Rente als Brücke zur Eingliederung. Wir dürfen uns aber auch nichts vormachen: Es ist ein anspruchsvoller Prozess. Man muss diesen Prozess behutsam angehen und mit Augenmass handeln. Es gilt immer zu bedenken, dass Menschen betroffen sind, die mit einem Handicap leben müssen und zu den schwachen Gliedern unserer Gesellschaft gehören. Schwierig wird die Beurteilung einer möglichen Eingliederung vor allem bei Personen mit unklaren Krankheitsbildern, wo eine klare organische Grundlage für die Krankheit fehlt. Dazu zählen z. B. schwere Persönlichkeitsstörungen oder Schizophrenien, deren Ursachen bis heute unbekannt sind.

Eine entscheidende Frage wird sein, ob die vorgesehene Eingliederung der 16 800 heutigen Rentenbezüger auf freiwilliger Basis möglich ist oder ob es dazu eine Quotenregelung braucht. In diesem Punkt möchte die BDP-Fraktion noch die Diskussion mit den Pro- und Kontra-Argumenten

abwarten. Wichtig wird auf alle Fälle sein, dass Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger mit Eingliederungspotenzial durch persönliche Beratung und Begleitung auf eine Wiedereingliederung vorbereitet werden. Aber diese Überlegungen ändern nichts an der Tatsache, dass wir an diesem Weg grundsätzlich nicht vorbeikommen.

Einen weiteren Punkt der Revision bilden die Preissenkungen im Hilfsmittelbereich. Gegenwärtig sind die Kosten bei den Hilfsmitteln eindeutig zu hoch. In diesem Bereich muss mehr Wettbewerb zugelassen und gefördert werden. Die vorgesehenen Massnahmen in diesem Bereich sind ausdrücklich zu begrüssen. Die IV muss die Möglichkeit erhalten, günstigere Einkaufskonditionen für Hilfsmittel auszuhandeln. Das Sparpotenzial ist doch als recht hoch einzustufen.

Der neu vorgesehene Assistenzbeitrag ist ebenfalls sehr zu begrüssen. Der Assistenzbeitrag führt zu mehr Eigenverantwortung der behinderten Menschen. Mit der Einführung eines Assistenzbeitrages können viele behinderte Menschen zu Hause bleiben und sich unterstützen und pflegen lassen, statt in ein Heim eintreten zu müssen. Auch können sie ihr Leben selbstbestimmter gestalten und sich besser in die Gesellschaft und ins Berufsleben integrieren. Ein mehr als willkommenes Nebeneffekt dieses Assistenzbeitrages sind die grossen Einsparungen, die damit in der IV-Rechnung erzielt werden; dieser Assistenzbeitrag hätte unserer Meinung nach eigentlich bereits viel früher eingeführt werden sollen.

Ebenfalls ein wichtiger Punkt der ganzen Vorlage ist die finanzielle Sanierung der IV. Es müssen jährlich rund 1,7 Milliarden Franken eingespart werden, damit die IV nachhaltig und langfristig wieder eine ausgeglichene Rechnung ausweisen kann. In diesem Zusammenhang scheint es uns wichtig, dass der Anteil des Bundes nicht ganz von den laufenden Ausgaben der Versicherung entkoppelt wird, sondern dass ein minimaler Anteil des Bundes sichergestellt wird, wie dies die Kommission vorsieht.

Insgesamt betrachtet die BDP-Fraktion die vorliegende Revision als gut und notwendig; sie muss aber mit der nötigen Sorgfalt und mit Augenmass umgesetzt werden. Die Massnahmen dieser Revision treffen Mitmenschen mit Behinderungen, die nicht zu den Bevorteilten unserer Gesellschaft gehören; das dürfen wir bei der Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen nicht vergessen.

Die BDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und auch den Rückweisungsantrag ablehnen. Wir bitten Sie, dasselbe zu tun.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Zur Sanierung der Invalidenversicherung hat der Bundesrat einen Sanierungsplan in drei Etappen beschlossen. Die erste Etappe war die 5. IV-Revision; sie ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft. Eine qualifizierte Auswertung steht noch aus. Die Erfahrungswerte beziehen sich auf einen zu kurzen Zeitraum. Die zweite Etappe ist die IV-Zusatzfinanzierung. Mit der Beratung der dritten Etappe, der 6. IV-Revision, beginnt unser Rat heute – übrigens genau 50 Jahre nachdem das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung in Kraft getreten ist. Das Ziel der 6. IV-Revision, die zwei Massnahmenpakete umfasst und uns in zwei getrennten Gesetzentwürfen vorgelegt wird, ist die Beseitigung des jährlichen IV-Defizits und die Rückzahlung der in den letzten zwanzig Jahren entstandenen Schulden. Ab 2018 sollen bis 2027 im Rahmen der finanziellen Konsolidierung der IV im Durchschnitt jährlich 1,3 Milliarden Franken eingespart werden, dies notabene vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Anteil der Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit in der Schweiz am Bruttoinlandprodukt seit 2006 zurückgeht und unser Land 2010 zum sechsten Mal hintereinander eine positive Rechnung präsentieren wird; für 2010 wird ein Gewinn in der Höhe von 1,4 Milliarden Franken erwartet.

In dieser Session entscheiden wir über das erste Massnahmenpaket, die IV-Revision 6a, die 2012 in Kraft treten soll. Sie umfasst kurzfristig zu realisierende Massnahmen und soll ab Ende der Zusatzfinanzierung die IV um 500 Millionen Franken jährlich entlasten. Das, was wir entscheiden, betrifft

460 000 Menschen, 260 000 Männer und 200 000 Frauen, die in irgendeiner Form Leistungen der IV beziehen, und zusätzlich rund 100 000 Kinder von Bezügerinnen und Bezüger einer IV-Rente. Es betrifft aber auch Tausende von potenziell Betroffenen.

Von den 284 000 IV-Rentenbezüger sind schon heute viele nicht auf Rosen gebettet. Im vergangenen Jahr haben 37,2 Prozent Ergänzungsleistungen beansprucht. Zum Vergleich: Bei den Altersrentenbezüger waren es 11,7 Prozent. Jetzt heisst es, den Gürtel noch enger zu schnallen. Wird das erste Massnahmenpaket in der Form umgesetzt, wie es heute vorliegt, werden die Betroffenen mit zahlreichen Massnahmen konfrontiert sein, die mit Leistungskürzungen verbunden sind. Besonders stossend sind die Schlussbestimmungen, mit welchen rechtskräftig zugesprochene IV- und BVG-Renten auch ohne Verbesserung des Gesundheitszustands aufgehoben oder reduziert werden können.

Pour le groupe des Verts, il est inacceptable que des rentes acquises soient supprimées, ou de nouvelles rentes refusées, parce que les dispositions finales du projet de loi prévoient d'exclure les maladies psychiques comme les troubles de la personnalité, les douleurs chroniques, les syndromes post-traumatiques ou les séquelles d'accidents comme le coup du lapin. Les personnes qui présentent ces symptômes se trouvent discriminées, sans aucune considération pour le degré de gravité de leur état. Ce qui en résultera, c'est un transfert des coûts vers l'aide sociale, et donc vers le budget des cantons et des communes.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine stigmatisierende Abwärtsvorlage auf dem Rücken der Betroffenen. Sie will zu rechtbiegen, was in den Neunzigerjahren, in der Hochkonjunkturphase, von der IV als Institution und von den Arbeitgebern sträflich vernachlässigt wurde, nämlich die Umsetzung des Grundsatzes «Eingliederung vor Rente». Als Folge stiegen die IV-Defizite, und es begann eine markante Verschuldung des AHV/IV-Fonds.

Diese Misswirtschaft sollen die IV-Leistungsbezügerinnen jetzt quasi alleine ausbaden. So sollen etwa rund 17 000 Rentenbezüger nach dem Motto «Eingliederung aus Rente» wieder im ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden: auf den ersten Blick ein unterstützenswertes Vorhaben, aber wenn es nicht gelingt, bei den Betroffenen die Überzeugung zu wecken, dass sie an der Sache gewinnen, dass sie effektiv eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, dann wird das Vorhaben und damit die finanzielle Konsolidierung der IV scheitern. Dann werden wir bald nicht mehr einen Kampf um Arbeitsplätze, sondern einen Kampf in den Gerichten und in den Rekurskommissionen führen. Die Folgen sind Kostenverlagerungen im Sinne von steigenden Sozialhilfeausgaben und häufigere Arztkonsultationen.

Was läuft schief in unserem Land, dass wir mit solchen Revisionen das Wohl der Schwachen gefährden, obwohl doch in der Präambel unserer Bundesverfassung steht, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst?

Die grüne Fraktion kann Eintreten auf die vorliegende Sparvorlage nicht unterstützen, obwohl die Vorlage mit der Einführung des Assistenzbeitrages zur Förderung einer eigenverantwortlichen Lebensführung von Menschen mit Behinderung beiträgt und mit der Eingliederungsorientierung dem Recht aller Menschen auf Arbeit Achtung verschafft werden soll – zu gross ist der Preis, den Betroffene für diese Pluspunkte bezahlen müssen, und zu gross die Unsicherheit darüber, ob der Return on Investment wirklich so positiv sein wird, wie in der Botschaft verkündet. Falls doch auf die Vorlage eingetreten wird, plädieren wir gemäss Minderheit Schenker Silvia auf Rückweisung des Geschäftes an den Bundesrat. Falls die Rückweisung keine Mehrheit findet, wird die grüne Fraktion Anträge bringen oder unterstützen, welche positive Auswirkungen auf die Betroffenen erwarten lassen. Die IV soll gemäss Bundesverfassung bei einer dauernden gesundheitlich bedingten Einschränkung den Existenzbedarf sichern. Von diesem verfassungsmässigen Ziel entfernen wir uns immer mehr.

Ces considérations conduisent le groupe des Verts à rejeter le premier volet de la 6e révision de l'AI si celui-ci ressort des délibérations sans quotas pour réglementer les obligations des employeurs et sans certaines autres dispositions favorables aux personnes handicapées. Notre groupe soutient notamment l'introduction définitive de la contribution d'assistance pour toutes les personnes handicapées qui en font la demande. En cas de rejet de la révision 6a, les parlementaires du groupe des Verts militent pour que la contribution d'assistance soit traitée séparément et mise en oeuvre le plus rapidement possible.

**Triponez Pierre (RL, BE):** Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und sowohl den Nichteintretens- als auch den Rückweisungsantrag der linken Ratsseite abzulehnen. Die IV-Revision 6a ist die Einlösung einer Verpflichtung, die wir den Stimmbürgern gegenüber, welche ab Januar 2011 eine befristete, markante Mehrwertsteuererhöhung zu verkraften haben werden, im Vorfeld der Abstimmung über die Zusatzfinanzierung der IV während sieben Jahren eingegangen sind. Diese Verpflichtung haben damals, ich wiederhole das hier gerne, auch jene mitgetragen, welche die Revision heute nun plötzlich verweigern wollen, obwohl die Eckpfeiler dieser Revision 6a vom Bundesrat schon beim Beschluss über die Zusatzfinanzierung offengelegt worden sind. Es ist denn auch folgerichtig, dass der Ständerat als Erstrat diese Vorlage zügig behandelt hat, den Anträgen des Bundesrates weitgehend gefolgt ist und dieser Vorlage in der Sondersession mit 24 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen überdeutlich zugestimmt hat.

Alle wesentlichen Elemente der Revision 6a, also die verstärkte aktive Wiedereingliederung von Rentenbezüger mit dem Ziel, möglichst viele Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzuführen – eine gute Sache –, die Neuregelung des Finanzierungsmechanismus, die Preissenkungsanstrengungen im Hilfsmittelbereich und die Einführung eines Assistenzbeitrages, sind exakt jene Verbesserungsvorschläge, welche, wie erwähnt, schon im Vorfeld der Abstimmung vom 27. September 2009 vom Bundesrat angekündigt und versprochen worden sind. Es wäre schlicht und einfach unredlich, sie jetzt nicht umzusetzen. Insbesondere die Anstrengungen zur Wiedereingliederung müssten doch eigentlich auch die Damen Weber-Gobet, Prelicz-Huber und Schenker Silvia als ein positives zentrales Element dieser Vorlage in gute Stimmung versetzen.

Was kann es Besseres geben, als dass wir nun endlich aktiv versuchen, möglichst viele Menschen, auch wenn sie heute Bezüger von Renten sind, wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen? Ich kann nicht sehen, was daran schlecht oder sogar verwerflich sein soll, ganz im Gegenteil: Das müsste doch eigentlich die Zielsetzung von uns allen sein. Es ist denn wie erwähnt auch nicht verwunderlich, dass der Ständerat, wie Sie der Fahne entnehmen können, fast nirgends vom bundesrätlichen Entwurf abgewichen ist und dass auch unsere vorberatende Kommission grossmehrheitlich auf dieser Linie geblieben ist, abgesehen von einigen Abweichungen, die in der Detailberatung sicher noch zu einigen Diskussionen Anlass geben werden. Ich werde mich dazu aber erst zum gegebenen Zeitpunkt äussern.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen namens der FDP-Liberalen Fraktion nachdrücklich, auf diese gute Vorlage einzutreten und die Detailberatung zügig in Angriff zu nehmen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Der Bundesrat hat mit dieser Vorlage den Auftrag, den ihm das Parlament gegeben hatte, scheinbar erfüllt, indem er die Vorschläge für strukturelle Korrekturen bei der IV mindestens zu einem Teil vorlegt; ich komme noch darauf zurück.

Wir hätten für die Sanierung der IV ein grundsätzlich anderes Vorgehen gewünscht. Sie haben sich damals als Mittlinks-Mehrheit anders entschieden: Sie haben zuerst Geld gesprochen, welches ab dem kommenden Jahr durch die Mehrwertsteuererhöhung fliessen wird; Sie haben dafür in der Volksabstimmung eine Mehrheit gefunden. Ob sich die-

ses Konzept nun weiter durchsetzen wird, lässt sich erst dann feststellen, wenn diese Vorlage einmal verabschiedet sein wird und dann auch der zweite Teil der Revision zur Diskussion stehen wird. Einer Ihrer Partner, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der Mitteparteien, hat ja bei diesem zweiten Schritt das Konzept bereits verlassen und beantragt Nichteintreten bzw. eine fadenscheinige Rückweisung. Die Mitteparteien müssen das nächste Mal vielleicht etwas genauer hinschauen, mit wem sie in der Sozialpolitik Partnerschaften eingehen wollen – aber das wäre ja ein Thema, das schon bei der 11. AHV-Revision zu diskutieren gewesen wäre.

Das ändert für uns vorläufig nichts. Wir werden den zweiten Schritt selbstverständlich unterstützen, auch wenn er ungenügend ist und durch eine Zerteilung das verfehlt Konzept der IV-Sanierung noch schwieriger zu erreichen sein wird. Vorbehalten bleibt für uns, und das möchte ich hier klar zum Ausdruck bringen: Wenn die wirtschaftsfeindliche Kommissionsmehrheit den Entscheid betreffend Einbezug und Verpflichtung der Unternehmen und Ausbau der Assistenz durchsetzt, werden wir diese Vorlage ablehnen – damit hier bereits Klarheit herrscht. Eine zögerliche Revision, dazu noch einen Ausbau und für den Wirtschaftsstandort feindliche Beschlüsse tragen wir nicht mehr mit. Ich hoffe, das war deutlich genug.

Warum nun nennen wir das eine zögerliche Revision? Mit der Zerteilung der Vorlage wird der Auftrag, den das Parlament dem Bundesrat gegeben hat, selbstverständlich verwässert. Man kann das akzeptieren, um schnell vorwärtszukommen, aber das Problem dabei ist, dass mit einem zweiten Teil grössere Schwierigkeiten im Raum stehen werden.

Man hat versprochen, innert sieben Jahren, solange die Mehrwertsteuererhöhung läuft, die Invalidenversicherung zu sanieren. In dieser Vorlage 6a wird gemäss Botschaft mit einer Verbesserung der IV-Rechnung von rund 350 Millionen Franken gerechnet. Das hört sich an sich recht gut an, obwohl insgesamt natürlich eine Verbesserung von 1 Milliarde Franken gesucht wird. Dieser Ansatz einer Verbesserung um 350 Millionen Franken ist, wie man sieht, wenn man etwas genauer hinschaut, allerdings zu relativieren. Denn von diesen 350 Millionen sind etwa 150 Millionen auf den neuen Finanzierungsmechanismus zurückzuführen. Faktisch werden damit also Mehreinnahmen erzielt. Wenn Sie nun den Mehrheitsentscheid der Kommission noch einbeziehen, dann reduziert sich die Einsparung nochmals um rund 70 Millionen Franken; das betrifft diese Ausdehnung der Assistenzbeiträge, den Verzicht auf Kürzung der Hilflosenentschädigung; wir werden ja dann im Detail noch auf diese beiden Elemente zurückkommen. Das wird aber einen Verzicht auf rund 70 Millionen Franken von diesen insgesamt 350 Millionen ausmachen. Dann kommen Sie noch auf rund 130 Millionen Franken an effektiven Einsparungen durch diese Vorlage. Das heisst, dass es sich um rund 1,5 Prozent der gesamten Ausgaben der Invalidenversicherung handelt. Dafür haben wir aber natürlich noch etwa 200 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen, also eine Ausdehnung der Stellenanzahl in der Invalidenversicherung vorgenommen.

Also, Sie sehen: Das Ergebnis dieser Vorlage ist äusserst bescheiden. Zudem ist nicht einmal ganz klar, ob dieses Restsparpotenzial von 130 Millionen Franken, das dann noch bleibt, tatsächlich auch erzielt werden kann. Denn hier geht es natürlich um die schwierige Aufgabe, Rentenbezüglerinnen und Rentenbezügler, die bereits seit einiger Zeit von der IV abhängig sind, wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern; das ist keine einfache Aufgabe. Die gleichgültige und verfehlt Sozialpolitik der vergangenen zwanzig Jahre lässt sich nicht so leicht korrigieren – umso weniger, wenn man versucht, die Sache mit verfehlten Konzepten anzugehen.

Der Bundesrat schlägt mit dieser Vorlage die richtige Richtung ein. Das ist zuzugestehen. Weil die Bemühungen um eine Verbesserung der Situation erkennbar sind, sind wir für Eintreten. Wir lehnen also den Nichteintretensantrag und den Rückweisungsantrag der Linken ab.

**Schenker Silvia (S, BS):** Keine Sozialversicherung wird in dem Tempo revidiert, wie dies bei der Invalidenversicherung der Fall ist. Keine Sozialversicherung hat es so schwer, den Abbauplänen der bürgerlichen Mehrheit im Bundesrat und im Parlament nicht zum Opfer zu fallen, wie die Invalidenversicherung. Keine Sozialversicherung ist so oft Zielscheibe und erhält so oft negative Schlagzeilen in den Medien wie die Invalidenversicherung. Darum ist keine Sozialversicherung so sehr unter Dauerbeschuss wie die Invalidenversicherung.

Was uns von Bundesrat, Ständerat und Mehrheit Ihrer SGK vorgelegt wird, ist aus Sicht der SP-Fraktion inakzeptabel. Diese Kröte schlucken wir nicht, auch wenn sie mit einem Zuckerguss überzogen ist. Ich nehme die aus meiner Sicht schlimmste Kröte vorweg: Die Schlussbestimmung, wie sie von der Mehrheit der SGK beschlossen wurde, ist verheerend. Sie stigmatisiert die Betroffenen, sie führt zu einer Ungleichbehandlung einer Gruppe von Menschen, sie grenzt Menschen mit psychischen Krankheiten aus und giesst Wasser auf die Mühlen derjenigen, die seit längerer Zeit versuchen, psychisch Kranke zu diffamieren und pauschal als Scheininvalid darzustellen.

Die zweite Kröte: 17 000 Menschen, die zurzeit eine Rente der Invalidenversicherung beziehen, sollen wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Wer wie ich dieses Ziel als nicht erreichbar bezeichnet, muss sich schon mal gefallen lassen, als Miesmacherin bezeichnet zu werden, auch wenn die Realität und Berichte in der Presse, wie wir sie auch am Sonntag lesen konnten, mir und allen anderen Skeptikerinnen und Skeptikern Recht geben. Das Bundesamt für Sozialversicherungen träumt weiter davon, dass es den IV-Stellen gelingen könnte, mit etwas Goodwill 17 000 – 17 000! – Arbeitsplätze für psychisch und körperlich beeinträchtigte Menschen zu schaffen oder zu finden. Wir würden ja gerne mitträumen, aber wer nur ein Quäntchen Ahnung von der Realität auf dem Arbeitsmarkt hat, muss sich eingestehen, dass hier den Betroffenen absolut unrealistische Hoffnungen gemacht werden.

Der Bundesrat ist zudem überzeugt, dass es für Arbeitgeber nur genügend Anreize brauche, damit es klappen werde. Von Verpflichtungen will der Bundesrat nichts wissen, und wie wir eben gehört haben, wird die SVP-Fraktion die Vorlage ablehnen, wenn die moderate Quote in das Gesetz Eingang findet. Es ist in der SGK gelungen, diese moderate Quote mehrheitsfähig zu machen. Das grenzt an ein kleines Wunder. Ob am Ende der Beratung noch etwas von dieser Quote übrig bleibt, werden wir sehen.

Mit dieser Vorlage soll der Assistenzbeitrag eingeführt werden. Dies entspricht einem langen und intensiven Wunsch einer beträchtlichen Anzahl von Menschen mit Behinderung. Sie wünschen sich, so autonom und selbstständig wie möglich zu leben, auch wenn sie auf Unterstützung durch andere angewiesen sind. Mithilfe des Assistenzbeitrags können die Betroffenen wenigstens einen Teil dieser individuellen Unterstützungsleistungen finanzieren. Sie entscheiden selber, von wem sie die Unterstützung erhalten. Die Ausgestaltung des Assistenzbeitrags gab und gibt noch zu diskutieren. Darauf kommen wir in der Detailberatung zurück.

In der Gesamtbilanz kommt die SP-Fraktion zur Einschätzung, dass die Vorlage für die Betroffenen zu viele Verschlechterungen bringt. Die SP-Fraktion wird den Nichteintretensantrag und den Rückweisungsantrag unterstützen. Das BSV und der Bundesrat müssen noch einmal über die Bücher. Eine Sanierung der Invalidenversicherung, die einseitig auf dem Buckel der Versicherten ausgetragen wird, ist, wie ich eingangs gesagt habe, eine Kröte, die wir nicht schlucken können, Zuckerguss hin oder her.

**Rossini Stéphane (S, VS):** Comment se réjouir de la révision d'une assurance sociale universelle, obligatoire, qui instituera délibérément dans quelques heures un vaste programme d'exclusion économique et sociale? Quasiment jamais dans l'histoire sociale de ce pays le Parlement n'aura procédé à un pareil recul, fermant l'accès aux prestations d'une assurance sociale à des milliers de personnes, faisant

ainsi de l'assistance publique la seule perspective de survie économique. Cette révision 6a, sans même connaître les conséquences et les effets de la 5e révision, nous conduit dans une voie dangereuse. De par son contenu, elle reconsidère le principe d'assurance et celui de l'universalité de la couverture du régime d'assurance-invalidité. Elle inscrit le principe de discrimination pour les personnes victimes d'un syndrome sans pathogénèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique.

Après avoir fait sien le discours parfaitement faux des abus, la majorité se met à discriminer et à exclure. Dans un processus à la limite de l'arbitraire, nous allons imposer à des milliers de personnes le sort de l'humiliante assistance publique qui nous renvoie à 1880. Un tel affaiblissement de la solidarité, alors que notre pays n'a jamais connu autant de richesses, est inacceptable. Une fois de plus, nous frappons les plus faibles; cela semble être une habitude de la maison. S'agissant de ce retour à l'assistance publique, l'Union des villes suisses rappelle clairement que ce n'est pas un slogan, mais une réalité; une réalité déjà vécue après les 3e et 4e révisions de l'assurance-chômage et après les 4e et 5e révisions de l'assurance-invalidité. Nos économies n'en sont finalement point; elles sont des transferts financiers sur les régimes sociaux cantonaux et communaux, mais aussi sur des familles souvent en difficulté. Ce sont surtout des transferts de prise en charge sur des niveaux institutionnels mal équipés pour offrir de véritables perspectives d'intégration sociale et professionnelle aux personnes concernées. Souvent, ce sera donc pour ces personnes une voie sans issue, un échec social et socioéconomique.

S'agissant de la disposition finale à l'origine de cette exclusion, la manière de modifier la définition conduisant au réexamen voire à la suppression des rentes interpelle sur le fond et sur la forme. Sur le fond, nous allons stigmatiser les personnes souffrant de certaines pathologies, comme si elles avaient elles-mêmes choisi ces pathologies et ces maladies. Qu'en est-il de cette disposition au regard de l'égalité de traitement des citoyens? Quelle brèche ouvre cette disposition? Quelles seront les prochaines victimes exclues des assurances sociales?

Dans la prise en charge du chômage, de la maladie, des accidents, voire dans la politique de la vieillesse ou de la famille, le point d'interrogation a tout son sens. Nous jouons avec les injustices et l'arbitraire. Nous naviguons à vue, oubliant que ces dispositions concernent d'abord des femmes et des hommes vivant avec de douloureuses souffrances. Lorsqu'il s'agit d'être humains, la pensée comptable ne suffit pas. On ne peut larguer de pareille manière des gens sur le bord du chemin.

Je vous invite par conséquent, au nom du groupe socialiste, à suivre les deux minorités (Prelicz-Huber et Schenker Silvia), mais aussi à revoir, lors de la discussion par article, les dispositions finales proposées dans cette révision.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Tout d'abord, quel est l'essentiel dans cette révision de l'AI et que veut-on obtenir avec elle? Elle s'inscrit dans la volonté politique de réorienter l'assurance-invalidité vers sa tâche première, la réintégration, et de la réorienter vers l'équilibre financier. C'est la volonté politique du Conseil fédéral, et nous nous y tiendrons tout au long de ce débat. C'est aussi la volonté de votre Parlement, ne l'oubliez pas. Elle a été clairement affirmée dans une loi qui oblige le Conseil fédéral à présenter de telles mesures. C'est aussi et encore la volonté du peuple, car, lors de la campagne précédant la votation sur le financement additionnel par le biais de la TVA en faveur de l'assurance-invalidité, cette révision avait été clairement annoncée.

Ce n'est justement pas un projet qui prévoit des coupes linéaires, un projet injuste, qui serait inacceptable, une voie dangereuse, comme cela a été dit. Ce n'est précisément pas le cas. Ceux qui refusent d'entrer en matière ou rejettent cette révision refuseraient par exemple une refonte du mécanisme de financement qui assure 200 millions de francs de recettes supplémentaires à l'assurance-invalidité – c'est-

à-dire en fait une réduction des dépenses de 200 millions de francs – par année. Ceux qui la rejettent refuseraient encore la consolidation de la contribution d'assistance. Si le projet était rejeté, cela reviendrait à refuser les mesures supplémentaires de réadaptation qui touchent l'évaluation, le conseil, le suivi, la protection dans tous les domaines permettant la réadaptation. Si vous refusiez d'entrer en matière, vous refuseriez des prix plus justes et en particulier des rabais octroyés directement ou indirectement aux assurés dans le cadre des moyens auxiliaires.

Donc, Madame Schenker, il n'est pas juste de parler de petit sucre pour faire passer la pilule difficile à avaler. Ce n'est pas juste, car cette révision ne prévoit pas de coupes linéaires. Elle a toute une série d'éléments qui vont dans la bonne direction concernant la réadaptation et l'équilibre financier. C'est cet équilibre financier qui, en définitive, permettra à l'assurance-invalidité de fonctionner sur le long terme; ce n'est en tout cas pas en maintenant l'assurance-invalidité dans le déséquilibre financier et l'endettement où elle se trouve qu'elle pourra fonctionner sur le long terme.

Concernant le rééquilibrage des finances, la tâche est énorme. Si l'on commence déjà maintenant à avoir peur de la prendre à bras-le-corps, on n'y arrivera jamais. Cette 6e révision de l'AI est une étape indispensable en vue de rééquilibrer les comptes de l'assurance-invalidité. Il est vrai que le volet 6a permettra à partir de 2018 des économies de l'ordre de 500 millions de francs – ou d'un demi-milliard, pour le dire autrement. C'est beaucoup d'argent, et nous sommes très conscients de tout ce que cela représente du point de vue humain.

Mais nous savons également que cela ne représente qu'une partie du travail pour permettre la remise à flot absolument indispensable de cette assurance, qui est dans une situation très difficile. Nous remercions les rapporteurs et la commission d'avoir pris ce travail très au sérieux. Nous ne sommes pas d'accord sur tout; nous ne sommes en particulier pas du tout d'accord sur l'article relatif aux quotas, mais nous sommes heureux de voir que la majorité a accepté cette réforme comme étant une réforme indispensable. Le deuxième volet viendra plus tard et il devra faire en sorte que nous arrivions à éliminer le déficit structurel et à avoir donc une situation forte alors qu'elle est faible actuellement dans l'assurance-invalidité.

La situation actuelle de l'assurance-invalidité, c'est quoi? C'est un déficit structurel stabilisé autour de 1,1 milliard de francs – c'était en 2009 –, vraisemblablement à nouveau autour du milliard en 2010. Cette stabilisation du déficit structurel, c'est le résultat des 4e et 5e révisions dont on connaît les effets. Ils ont été largement supérieurs à ce qui avait été prévu. On connaît ces effets: c'est environ 45 pour cent de moins de nouvelles rentes, ce qui a permis de stabiliser le déficit.

La situation actuelle va s'améliorer pendant quelques années grâce au crédit relais, donc grâce au financement par la taxe sur la valeur ajoutée qui amènera à peu près 1 milliard de francs par année de recettes supplémentaires entre 2011 et 2017. Cela veut dire que durant cette période, grâce à cet effort fait par les citoyens dans le cadre fiscal de la TVA, nous aurons la possibilité d'éliminer provisoirement le déficit structurel. Pendant cette période aussi, déjà à partir du 1er janvier 2011, nous avons la création d'un fonds de compensation de l'AI autonome auquel l'AVS versera 5 milliards de francs. Et nous avons aussi les intérêts de la dette de l'AI, soit des centaines de millions de francs chaque année, qui sont pris en charge par la Confédération, cela aussi jusqu'en 2017. C'est donc maintenant qu'il y a une fenêtre d'intervention, une possibilité d'assainir. A partir de fin 2017, nous retombons, si nous ne faisons rien, exactement dans la situation difficile et dans le déficit structurel d'aujourd'hui.

Le mandat du Parlement est clair à ce sujet; le Parlement a dit que la réforme devait se faire essentiellement du côté des dépenses. Seulement sur les dépenses? Eh bien non! Ce n'est pas seulement sur les dépenses, comme on l'entend souvent. Les précédentes étapes ont apporté un supplément de financement important pour l'assurance-invalidité.

Entre 2011 et 2017, il y aura 14 milliards de francs de recettes dans le cadre de l'assurance-invalidité. D'abord, il y a la TVA qui apporte chaque année environ 1,1 milliard de francs, soit presque 8 milliards sur ces sept ans.

Il y a le capital de dotation à fonds perdu par l'AVS de 5 milliards de francs et encore les intérêts payés par la Confédération. Le tout apporte pratiquement 14 milliards de francs de recettes. On ne peut donc pas dire non plus qu'aucun effort n'est fait du côté des recettes. A cela s'ajoute ce qui se fait au niveau du nouveau mécanisme de financement. Là non plus, on ne peut pas prétendre que l'on assainit uniquement du côté des dépenses.

Les quatre mesures de la 6e révision de l'AI ont été présentées et déjà jugées par la plupart des intervenants. Je les reprends rapidement.

Tout d'abord, la révision des rentes est axée sur la réadaptation, qui s'inscrit dans le prolongement de la 5e révision, et c'est aussi pour cette raison qu'il ne faut pas changer les règles du jeu maintenant. Les 4e et 5e révisions ont permis de relancer le mécanisme de réadaptation plutôt que celui de rente, et nous devons maintenant, avec la 6e révision, poursuivre dans cette opération, sans changer les règles du jeu, sans passer par un autre message à l'égard de l'économie et du marché du travail.

Le premier volet de la 6e révision accentue la réadaptation, y compris dans le cadre des assurés qui bénéficient déjà d'une rente, mais il y a toute une série de mesures. On peut dire en une phrase que tout est fait pour faciliter la réintégration en termes de tentative pour approcher le monde du travail, en termes de suivi pour augmenter les chances de succès de la réintégration et en termes de protection pour aider les personnes si cela ne fonctionne pas.

Votre commission a approuvé toutes ces dispositions, tout en proposant d'obliger les grandes entreprises à embaucher les personnes réadaptées dans le cadre du premier volet de la 6e révision. Le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et votre commission poursuivent le même objectif de base, qui est que les personnes dont la rente est réduite ou supprimée à l'issue de la période de réadaptation puissent trouver un emploi sur le marché primaire du travail. Il faut en effet éviter qu'elles aient besoin de l'assurance-chômage ou de l'aide sociale. Et il est beaucoup trop simple – et surtout faux – de prétendre que, automatiquement, c'est la seule chose que nous faisons. C'est exactement l'inverse: nous voulons, avec le monde économique, faire tout ce qui est possible pour que ces personnes trouvent un emploi sur le marché primaire du travail.

Nous ne sommes pas d'accord avec les moyens que la commission, dans sa majorité, souhaite. Le Conseil fédéral est convaincu qu'il faut, comme la Suisse le sait depuis longtemps, s'appuyer sur le bon fonctionnement de notre marché du travail, qu'il ne s'agit pas de rigidifier les choses. Nous nous opposons donc fermement à l'article sur les quotas, en ajoutant ici très clairement que, partout où le système des quotas a été mis en place, il n'a pas fonctionné. Les responsables des pays scandinaves, par exemple, auxquels on ne peut pas reprocher d'être éloignés des dimensions sociales, vous diront très clairement que, lorsqu'on arrive à parler de quotas dans le domaine de la réintégration, c'est un signe de désarroi, c'est parce qu'on n'a pas pris les bonnes mesures auparavant.

L'objectif de la révision des rentes – c'est le premier instrument du premier volet de la 6e révision – est de réussir à diminuer de 12 500 le nombre de rentes pondérées.

Madame Weber-Gobet a parlé de centaines de milliers de personnes concernées: il est vrai qu'il y a des centaines de milliers de personnes concernées par l'assurance-invalidité. Ce qui est vrai aussi, c'est que nous visons ici la possibilité de retrouver du travail pour l'équivalent de 12 500 rentes pondérées, c'est-à-dire pour environ 17 000 personnes. 12 500 sur le total actuel de 250 000 rentes pondérées, cela correspond à 5 pour cent. Nous voulons atteindre cet objectif non pas en un an, mais en l'espace de six ans, en examinant les situations au cas par cas. A l'heure actuelle déjà – il faut le savoir –, chaque année l'effectif des rentes pondérées

est réduit de 1 pour cent, soit 2300 personnes et 1700 rentes pondérées. Donc, déjà actuellement, sans toutes ces mesures, il y a à peu près 2300 personnes dont la rente est révisée.

Le premier volet de la 6e révision prévoit toute une série de nouvelles mesures et doit diminuer ainsi l'effectif de plus de 2000 rentes pondérées supplémentaires par an. Ainsi, nous atteindrons l'objectif de 12 500 rentes pondérées. Nous sommes évidemment prêts à surveiller toute cette période et tout ce travail et, si nous n'obtenons pas les résultats que nous devrions obtenir, nous proposerons bien sûr d'autres mesures – mais nous sommes convaincus que cela est possible.

Nous savons aussi que c'est difficile sur le plan humain. La perspective d'une rente à vie n'est en effet plus assurée, mais c'est aussi l'ouverture d'une perspective. Nous sommes convaincus que, dans les cas où les efforts de réadaptation fonctionnent, c'est réellement une chance de voir s'ouvrir une nouvelle vie pour les personnes concernées. Nous pensons tout spécialement aux jeunes, pour qui la perspective d'être simplement mis dans la catégorie des personnes handicapées rentières à vie n'est pas forcément le meilleur des cadeaux. Peut-être que la meilleure des choses est de tout faire pour leur permettre une nouvelle vie, une nouvelle perspective, pour leur donner un nouvel espoir de véritablement se réintégrer, notamment dans le marché du travail. Il ne s'agira pas d'exiger de quelqu'un des efforts disproportionnés de réadaptation; mais, lorsque cela paraît bénéfique, tous les moyens seront mis à disposition pour que cela fonctionne – je l'ai dit – aussi bien dans le placement à l'essai que dans le suivi, l'accompagnement et la protection.

La deuxième mesure qui vous est proposée, c'est le mécanisme de financement. Permettez-moi de m'exprimer très brièvement à ce sujet. Si vous refusez maintenant cette mesure, vous refusez 200 millions de francs d'économies par an pour l'assurance-invalidité, et ce ne serait vraiment pas responsable. Cette mesure permet de faire en sorte que tous les efforts d'économies de l'assurance-invalidité profitent à l'assurance-invalidité complètement – alors qu'actuellement un bon tiers est perdu en route – ou, plutôt, elle va décharger la caisse de la Confédération. Nous vous demandons donc, là également, d'entrer en matière. Cette mesure est indispensable pour que l'on arrive, sans avoir recours à des mesures beaucoup plus dures, à l'équilibre financier, qui est lui aussi indispensable.

Le domaine des moyens auxiliaires, la troisième mesure, peut être résumé en une question: voulez-vous seulement la qualité et des prix trop élevés ou la qualité et le bon prix? Pour cela, il faut muscler les mesures qui sont à disposition de l'assurance-invalidité, tout en ayant une politique raisonnable dans leur application. C'est ce que nous ferons et, là, nous approuvons l'amélioration qui a été apportée par la commission.

La dernière mesure, c'est la contribution d'assistance. Je crois que cette mesure est acceptée très généralement. La question qui se pose, c'est de savoir si cette mesure, dans la situation actuelle que connaît l'assurance-invalidité, peut être introduite en induisant un coût supérieur. Le Conseil fédéral dit clairement non; ce n'est pas responsable. Lorsqu'une assurance sociale fait plus de 1 milliard de francs de déficit par année, on ne peut pas augmenter les prestations et les coûts, c'est pourquoi nous avons cherché une mesure qui permettait d'être introduite à ce niveau, sans attendre mais sans coûts supplémentaires, ce qui implique, en particulier à l'article 42ter, que vous rejetiez la proposition de la majorité qui vise à modifier le concept financier.

Nous y reviendrons dans la discussion par article, mais si vous suivez votre commission sur l'article 42ter, vous déséquilibrez la réforme; vous lui infligez à nouveau au moins 50 millions de francs de plus, et cela n'est pas responsable dans la situation actuelle. Ce serait évidemment toujours souhaitable, mais ce n'est pas responsable. Mais même dans ce cas-là, on peut véritablement prendre cette mesure, qui est équilibrée, compte tenu d'un mécanisme d'ensemble

qui permet aussi bien à la Confédération qu'aux cantons de faire le travail de la contribution d'assistance sans dégradation du point de vue financier.

Globalement, les économies seront donc d'un demi-milliard de francs, mais cela ne suffit pas encore. C'est pourquoi nous avons mis en consultation la révision 6b. A son sujet, je peux vous dire qu'il est évidemment nécessaire de pouvoir examiner en détail toutes les prises de position et que le Conseil fédéral prendra ses décisions au début de l'année 2011 pour la suite des opérations. Cette révision 6b n'est pas l'objet du débat d'aujourd'hui et elle sera d'autant plus difficile si l'on reporte la révision 6a. C'est une raison de plus pour entrer en matière.

Nous vous demandons donc, encore une fois, d'entrer en matière, ce qui correspond au fond à donner suite au mandat dont vous avez chargé le Conseil fédéral, qui l'a rempli. Dans la discussion par article, je vous demande très clairement de suivre le Conseil fédéral, les décisions du Conseil des Etats et de la commission, à part – en particulier – sur la question des quotas et sur l'article 42ter relatif à l'allocation pour impotent.

Le Conseil fédéral vous demande également de garder à l'esprit, tout au long des délibérations, les objectifs principaux de cette révision, donc l'orientation claire, durable et solide de la réintégration et également la volonté de remettre à flot cette assurance du point de vue financier durant la fenêtre d'intervention qui nous est ouverte entre 2011 et 2017; elle commence maintenant.

**Wehrli Reto** (CEG, SZ), für die Kommission: Es wurde in dieser Eintretensdebatte Grosses gesagt. Wir haben gehört, mit der 6. IV-Revision werde die IV abgeschafft. Man hat uns aber nicht gesagt, wieso. Es wurde gesagt, diese Vorlage sei ethisch, medizinisch, finanzpolitisch nicht vertretbar; man hat diese Aussage aber nicht begründet. Es wurde sogar darauf hingewiesen, in den Neunzigerjahren sei in der IV Misswirtschaft betrieben worden; man hat aber nicht gesagt, wie man diese Misswirtschaft beheben will. Man verweist auf die Errungenschaften der 5. IV-Revision; man war damals aber selber gegen diese Revision. Wir haben es hier mit einem klassischen Fall des pawlowschen Nichteintretensreflexes zu tun; die Autoren vertrauen ihrer Opposition selber nicht so recht. Jedenfalls hat man das echte Feuer bei dieser Nichteintretensdebatte nicht gespürt.

Es ist eine Tatsache: Die IV ist auf dem Weg, eine wirkliche Integrations- und Reintegrationsversicherung zu werden – dank Früherfassung und Frühintervention. Sie ist deshalb auch ethisch im Vorteil; eine Rente soll Ultima Ratio sein und nicht der systemische Normalfall. Die Menschen wollen nicht aus dem Arbeitsmarkt verschwinden, sie wollen dort integriert sein. Finanzpolitisch ist diese Vorlage sowieso unabdingbar. Die IV ist auf dem Weg, wieder verlässlich zu werden, und zwar langfristig. Sie hat als einzige der grossen Sozialversicherungen bewiesen, dass sie steuerbar ist. Sie ist das einzige Sozialwerk, bei dem man entscheidende Fortschritte erzielen konnte. Vielleicht ist einschlägig bekannt, wie die Präsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren auf die Frage geantwortet hat, was denn die Alternative zu dieser 6. IV-Revision sei. Sie wurde in der Kommission explizit gefragt: Was ist die Alternative? Sie hat geantwortet, sie kenne keine.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), per la commissione: L'AI compie 50 anni quest'anno – è tempo di bilanci. Negli ultimi vent'anni abbiamo visto come questa assicurazione è deragliata, come è uscita dai binari. Siamo colpevoli anche noi qui in Parlamento, siamo stati troppo generosi, e questa generosità ora non è finanziariamente più sostenibile. Malgrado la 4a e la 5a riforma il deficit strutturale è di 1,1 miliardi di franchi all'anno, lo avete sentito. Dobbiamo garantire a questa assicurazione, a questo pilastro sociale ancora cinquanta anni di vita. Dobbiamo pensare non soltanto a chi oggi beneficia di rendite AI e non soltanto a chi oggi è chiamato a pagare di più e cioè a tutta la popolazione, che pagherà di più dall'inizio di gennaio con l'IVA per finanziare que-

sto importante pilastro, ma dobbiamo davvero pensare con serietà a garantire un futuro a questo pilastro della sicurezza sociale.

Mi permetto di lanciare un appello alla sinistra e un appello all'UDC: evitate di avere delle attese massimali di fronte alla vostra linea politica e accontentatevi qui e là di qualche compromesso, affinché questa riforma possa veramente andare in porto. Ne va del futuro di un pilastro sociale importante non solo per noi ma anche per le prossime generazioni. In questo senso invito il Parlamento ad agire rapidamente, perché i bisogni di cambiamento e di rinnovo in questo ambito sono importanti.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Nous votons d'abord sur la proposition de non-entrée en matière de la minorité Prelicz-Huber.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4872)

Für Eintreten ... 121 Stimmen

Dagegen ... 46 Stimmen

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Nous votons maintenant sur la proposition de renvoi de la minorité Schenker Silvia.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4873)

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

Dagegen ... 120 Stimmen

### **Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)**

#### **Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)**

*Detailberatung – Discussion par article*

#### **Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung; Ersatz eines Ausdrucks; Ingress**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Titre et préambule; ch. I introduction; remplacement d'un terme; préambule**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 3b Abs. 2 Bst. I**

*Antrag der Mehrheit*

I. die Krankenversicherung.

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Weber-Gobet)

Streichen

#### **Art. 3b al. 2 let. I**

*Proposition de la majorité*

I. l'assurance-maladie.

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Weber-Gobet)

Biffer

#### **Art. 3c Abs. 5**

*Antrag der Mehrheit*

... Krankentaggeldversicherer, den Krankenversicherer, die private Versicherungseinrichtung ...

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Weber-Gobet)

Unverändert

**Art. 3c al. 5***Proposition de la majorité*

... en cas de maladie, à l'assureur-maladie ou à l'assureur-accidents, à l'institution d'assurance privée ...

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Weber-Gobet)

Inchangé

**Schenker Silvia** (S, BS): Im Rahmen der 5. IV-Revision wurde das Meldeverfahren eingeführt. Die Absicht war es, der IV möglichst frühzeitig die Möglichkeit zu geben, mit Versicherten in Kontakt zu treten, wenn sich Probleme bei der Arbeit abzeichnen. Schon damals hatten wir intensiv darüber diskutiert, wie das Meldeverfahren ausgestaltet werden sollte und wer berechtigt sein sollte, der IV potenziell Betroffene zu melden. Was damals entschieden wurde, ist sinnvoll und bewährt sich in der Praxis.

Nun will die Mehrheit zusätzlich zu den bereits jetzt befugten Personen oder Institutionen auch den Krankenversicherungen die Berechtigung erteilen, Meldung bei der IV zu machen. Diese Erweiterung ist aus Sicht der Minderheit nicht notwendig. Wir beantragen Ihnen deshalb, beim Status quo zu bleiben.

Wann ist eine Meldung bei der IV sinnvoll, wann ist es richtig, die IV einzuschalten? Eine Meldung ist dann sinnvoll, wenn absehbar ist, dass sich bei jemandem aufgrund seiner Krankheit Probleme am Arbeitsplatz ergeben könnten. Taggeldversicherer sind schon heute meldeberechtigt. Das ist durchaus sinnvoll, sind es doch die Taggeldversicherungen, die Kenntnis davon haben, dass jemand aufgrund von Krankheit über eine gewisse Zeit nicht oder nur teilweise zur Arbeit gehen kann. Was hingegen hat die Krankenversicherung damit zu tun? Weiss die Krankenkasse, ob die Rechnungen, die bei ihr anfallen, z. B. für Antidepressiva, etwas mit der Arbeitsfähigkeit des Versicherten zu tun haben? Ich sage: nein. Eine Meldung bei der IV macht aber nur dann Sinn und ist nur dann notwendig, wenn die Arbeitsfähigkeit eines Versicherten tangiert ist.

Eines der Probleme beim Meldeverfahren ist, dass die Betroffenen nicht gefragt werden, sondern nur informiert werden müssen. Darum muss der Kreis derjenigen, die eine Meldung machen können, möglichst klein sein.

Ich bitte Sie, meiner Minderheit zu folgen.

**Gilli Yvonne** (G, SG): Frau Schenker hat Ihnen erläutert, wer einer IV-Stelle warum eine Person zum Zweck der Früherfassung melden kann. Es sind dies die versicherte Person, die im gleichen Haushalt lebenden Personen, der Arbeitgeber der versicherten Person, die behandelnden Ärztinnen und Ärzte der versicherten Person, Versicherer, die Taggeld oder Renten versichern, und der Unfallversicherer – eine ganze Reihe von Personen im Netz der Betreuung betroffener potenzieller IV-Rentenbezüger oder -bezügerinnen. Der Zweck dieser Liste ist, dass krankheits- oder unfallbedingte Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit im Hinblick auf präventive oder arbeitserhaltende Massnahmen oder im Hinblick auf die rechtzeitige Einleitung eines Berentungsverfahrens frühzeitig gemeldet werden können, sodass die versicherte Person keine Leistungslücke erfährt. Gleichzeitig ist dem Daten- und Personenschutz ein hoher Stellenwert einzuräumen, da es sich um äusserst sensible Daten handelt.

Der Krankenversicherer hat die krankheitsbedingten Behandlungskosten zu decken. Diese müssen aber keinen Bezug zur Einschränkung der Arbeitsfähigkeit haben. Anders liegt der Fall beim Taggeldversicherer, der ja nur bei Arbeitsunfähigkeit zum Zug kommt, oder beim Unfallversicherer, dem die Daten zur Arbeitsunfähigkeit ebenso vorliegen wie

dem Arbeitgeber. Es sind genau diese Personen, die bereits eine Meldebefugnis haben.

Der Personenkreis soll so eng wie möglich und so weit wie nötig gefasst werden. Es gibt derzeit keine Anhaltspunkte, dass der bundesrätliche Lösungsvorschlag nicht genüge. Es ist deshalb auch nicht nötig, jetzt eine Erweiterung zu veranlassen. Das Einzige, was Sie damit generieren würden, ist weniger Datenschutz und mehr Verwaltungskosten. Damit ist niemandem gedient.

Die Kommission hat in dieser Sache nach meiner Einschätzung nicht sorgfältig gearbeitet. Es ist nicht unsere Aufgabe, Lösungen vom Tisch zu wischen, denen eine bewusst gewählte Systematik zugrunde liegt. Falls der Kreis der meldeberechtigten Personen erweitert werden muss, brauchen wir dazu eine Grundlage, einen Bericht, der den Sinn dieser Massnahme erläutert. Die Kommission hat darauf verzichtet.

Die grüne Fraktion bittet Sie deshalb, die Minderheit Schenker Silvia zu unterstützen.

**Triponoz Pierre** (RL, BE): Bei dieser Diskussion um die Artikel 3b und 3c geht es sicher nicht um einen sehr wesentlichen Punkt dieser Revision. Wie Sie der Fahne entnehmen können, haben der Bundesrat und der Ständerat nicht vorgesehen, dass auch die Krankenversicherungen bei der Früherfassung der Personen zu den meldeberechtigten Stellen zählen. Ich bin aber trotzdem etwas erstaunt über die Opposition, die nun gekommen ist und sich in diesen Minderheitsanträgen manifestiert; sie opponieren dem Zusatz, dass auch die Krankenversicherer berechtigt sein sollen, Meldung zu erstatten.

Im Grunde genommen geht es ja um eine möglichst frühzeitige Erfassung von Problemen von Menschen mit Behinderungen. Alle anerkennen, dass es eine der grössten Errungenschaften der 5. IV-Revision gewesen ist, dass wir hier einen Stein gesetzt haben, damit Leute möglichst frühzeitig erfasst werden können, wenn sie am Arbeitsplatz Probleme haben. So können sie zu ihrem Wohl begleitet werden, bevor vielleicht sogar ein Invaliditätsfall eintritt. Ich habe noch nie gehört, dass das für jemanden negativ gewesen wäre; es ist eine gute Sache, auf die wir recht stolz waren.

Wir haben damals eine ganze Liste von Institutionen festgelegt, welche die Berechtigung zu dieser Meldung haben sollen – Sie sehen die Buchstaben a bis k, es geht bis zur Militärversicherung. Nun haben wir in der Kommission eine Lücke entdeckt: Die Krankenversicherungen sind in dieser Liste bisher nicht explizit aufgeführt, die Krankentaggeldversicherer hingegen schon. So haben wir in der Kommission erkannt, dass es noch eine Meldestelle mehr gibt, welche unter Umständen mithelfen kann, eine Person frühzeitig zu erfassen. Das kann nur positiv sein. So haben wir mit Artikel 3b Buchstabe l die Krankenversicherung auch noch als meldeberechtigte Stelle eingefügt. Das ist meines Erachtens eine sehr vernünftige Zusatzbestimmung. Gefahren sehe ich nirgends. Ich denke, dass wir gut daran tun, diesen neuen Buchstaben einzufügen.

Vielleicht eine Kleinigkeit zuhanden des Amtlichen Bulletins – das ist auf der Fahne nicht ersichtlich –: Man müsste, falls die Mehrheit obsiegt, dann bei Artikel 3b Absatz 3 entsprechend ergänzen, dass die Personen oder Stellen nach Absatz 2 Buchstaben b bis l die Versicherten vor der Meldung darüber zu informieren haben.

Ich empfehle Ihnen, der Mehrheit zuzustimmen, weil diese Lösung vernünftig ist.

**Humbel Ruth** (CEg, AG): In Artikel 3b der Vorlage zur Invalidenversicherung wird geregelt, wer zur Früherfassung einer versicherten Person berechtigt ist. Sie haben das schon gehört, es betrifft Familienangehörige, Ärzte, Sozialhilfebehörden, die Unfall-, Militär- und Arbeitslosenversicherungen wie auch die Taggeldversicherung. Nur die Krankenversicherung fehlt. Das ist ein Mangel, denn die Krankenversicherung hat oftmals aufgrund eines Leistungsverlaufes früher als die heute anerkannten Meldestellen Informationen über eine drohende Chronifizierung eines Leidens oder eine Invalidi-

sierung einer versicherten Person. Ist die Krankenversicherung zur Meldung berechtigt, können gefährdete Versicherte früher erfasst werden. Mehr Personen könnten frühzeitig und mit besseren Erfolgsaussichten im Case Management betreut werden als heute.

Die Krankenversicherung ist nicht gleichzusetzen mit der Krankentaggeldversicherung, die schon heute als Meldestelle aufgeführt ist. Die Taggeldversicherung kann nur Personen melden, die noch im Arbeitsprozess integriert sind, also eine Taggeldversicherung haben. Diese Versicherung ist nicht obligatorisch, sodass neben Nichterwerbstätigen auch teilweise selbstständig Erwerbstätige diesen Versicherungsschutz nicht haben. Die Krankenversicherung hat aber insgesamt eine Gesamtsicht und kann auch übergreifende Problematiken feststellen. Das ist ein Vorteil, den die Krankenversicherung hat, auch gegenüber der IV, und der sollte gerade im Interesse der versicherten Personen genutzt werden.

Auch die involvierten Leistungserbringer haben oft keine Kenntnis darüber, dass neben ihnen noch andere Ärzte einen Patienten behandeln. Sie wissen zum Beispiel nicht, welche Ärzte oder Spezialisten welche Medikamente verschreiben oder abgeben. Diese Übersicht haben eigentlich nur die Krankenversicherer.

Ich staune immer wieder, wie der Datenschutz herbeigezogen wird, um Transparenz zu verhindern und damit auch die notwendige Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen im Interesse der versicherten Person zu behindern. Die Sicherheit der Daten muss anders garantiert werden, aber nicht, indem eine notwendige Koordination verunmöglicht wird.

Eine erfolgversprechende Früherfassung muss so früh wie möglich erfolgen und bedingt die Zusammenarbeit aller involvierten Sozialversicherungen, Leistungserbringer und Betroffenen. Deshalb muss die Krankenversicherung als Meldestelle aufgeführt werden. Umgekehrt kann nur so die Krankenversicherung auch bei der Feststellung der involvierten Stellen und der Erarbeitung des Massnahmenplans beigezogen werden. Auch die Krankenversicherer haben nämlich ein positives Interesse an einer Früherkennung und -stabilisierung von Patientinnen und Patienten, womit eben auch langfristig hohe Kosten minimiert werden können.

Artikel 3c Absatz 5 ist dann eine logische Folge des Mehrheitsantrages zu Artikel 3b Absatz 2 Litera I. Die IV informiert diejenige Stelle, welche gemeldet hat, ob Massnahmen zur Früherfassung angezeigt sind. Es ist also nicht mehr; es wird nur informiert, ob etwas getan wird oder nicht. Wenn nun also die informierenden Stellen diese Information erhalten, betrifft das eben auch die Krankenversicherung, wenn sie jemanden gemeldet hat.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird bei beiden Artikeln dem Antrag der Mehrheit zustimmen und empfiehlt Ihnen, dies auch zu tun.

**Goll Christine (S, ZH):** Die SP-Fraktion beantragt Ihnen, am geltenden Recht festzuhalten. Weshalb?

1. Für uns steht der Datenschutz im Vordergrund. In der Kommission war es auch unbestritten, dass es sich um besonders geschützte Personendaten handelt, wenn es um Angaben zum Gesundheitszustand geht. Hier, bei diesen Artikeln, geht es konkret um ein Melderecht und eine Informationspflicht. Das heisst im Klartext: Die Krankenversicherer sollen neu eine Meldung an die IV machen dürfen, und die IV ist im Gegenzug verpflichtet, die Krankenversicherer über die eingeleiteten Massnahmen zu informieren. Das ist nicht nur absurd, sondern im höchsten Masse fahrlässig. Gerade weil es um sensible Informationen geht, darf der Datenschutz nicht weiter durchlöchert werden, zumal die neuen Bestimmungen für die Betroffenen keinerlei Verbesserung der Situation bedeuten. Im Gegenteil: Gerade das Integrationsziel könnte gefährdet sein, wenn der Arbeitgeber auf diesem Weg von gesundheitlichen Problemen seines Arbeitnehmers oder seiner Arbeitnehmerin erfährt.

2. Unter dem Aspekt des Datenschutzes ist es inakzeptabel, dass die Kommissionmehrheit einen ausleuchtenden Be-

richt gerade auch zu dieser Frage verweigert hat. Eine qualifizierte Stellungnahme der Verwaltung zu den Auswirkungen dieser neuen Bestimmungen liegt nicht vor. Das zeugt genau vom Geist, der die gesamten Beratungen in der Kommission bisher geprägt hat, nämlich Verweigerung seriöser Abklärungen, Diskussionsverweigerung, Verschlechterung der bundesrätlichen Vorlage auf dem Rücken von Menschen mit Behinderungen und möglichst rasches Durchpeitschen einer weiteren unverantwortlichen Verschärfung der IV-Gesetzgebung.

3. Die hier zur Diskussion stehenden Anträge sind nicht das Produkt der bundesrätlichen Botschaft, sondern sie wurden von der bürgerlichen Mehrheit im Rahmen der Kommissionsberatungen in die Vorlage eingeführt. Gerade das eingliederungsorientierte Ziel wird damit nicht erreicht, im Gegenteil: Die neuen Bestimmungen gefährden die wirksamste Eingliederungsmassnahme, nämlich sämtliche Bemühungen, den bestehenden Arbeitsplatz für diese Menschen erhalten zu können. Stattdessen fördern die neuen Bestimmungen einzig das Denunziantentum.

4. Im geltenden Gesetz sind namentlich die Krankentaggeldversicherer aufgezählt, aber nicht explizit die Krankenversicherer. Und das ist kein Zufall; das wurde nämlich bereits im Rahmen der 5. IV-Revision diskutiert und bewusst so festgelegt. Weshalb jetzt grundsätzlich alle Krankenkassen nach Lust und Laune eine Meldung bei der IV machen sollen und im Gegenzug Informationen erhalten, ist nicht nachvollziehbar. Deshalb kann nur vermutet werden, dass es den Verfechterinnen und Verfechtern dieser neuen Gesetzesänderung, die übrigens nicht zufällig durch ihre Nähe zu den Kassen auffallen, nur darum gehen kann, medizinische Leistungen zu verweigern bzw. die Bezahlung von Leistungen und Massnahmen auf andere Sozialversicherungsträger zu verschieben.

Ich bitte Sie deshalb, am geltenden Recht festzuhalten.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Le Conseil fédéral n'a pas proposé cette modification, et la question sur laquelle vous devez vous prononcer ici est celle de savoir s'il est utile que l'on ajoute, dans la liste de ceux qui ont le devoir et la possibilité de faire une communication, les assurances-maladie également. On ne l'a pas proposé, et nous estimons qu'il n'y a pas vraiment une lacune, comme cela a été dit par certains d'entre vous; cela a été ainsi décidé jusqu'à présent. Il n'y a pas vraiment de raison évidente d'introduire l'assurance-maladie également dans cette liste pour la détection précoce. Si l'on a par exemple l'assurance-accidents, eh bien cela s'explique clairement, parce qu'il y a dans le travail ultérieur de l'assurance-accidents des mesures de réadaptation, des moyens auxiliaires. Le travail de l'assurance-maladie, lui, est – en tout cas jusqu'ici – essentiellement administratif. Il s'agit essentiellement du remboursement des factures, pour être assez trivial, et il n'y a pas le même engagement dans le cadre d'un véritable travail de réadaptation. On pourrait imaginer l'utilité de l'opération consistant à ajouter les assureurs-maladie s'ils engageaient réellement un processus de «case management» et avaient véritablement un impact sur l'individu. A ce moment-là, on pourrait en effet imaginer que cela fût utile. Je rappelle ici tout de même que la communication volontaire est toujours possible. S'il y a un processus de «case management» dans l'assurance-maladie, rien n'empêche la communication volontaire également pour la détection précoce.

Je vois donc bien l'intérêt d'accentuer encore la détection précoce, et le Conseil fédéral accepte très volontiers cette volonté-là. Néanmoins, nous souhaiterions, dans ce premier volet de la 6e révision de l'AI, que vous n'ajoutiez pas des éléments qui ne sont pas absolument préparés et qui n'ont pas été totalement discutés. Dans ce sens-là, nous souhaiterions plutôt que vous vous en teniez, de manière générale, à ce qui est proposé dans cette révision et qu'un élément comme celui-ci puisse être encore discuté, par exemple dans le cadre du deuxième volet de la révision si, réellement, d'ici là, nous sommes arrivés à un consensus et à une

situation qui s'avère réellement positive ainsi qu'à un projet réellement mûr.

Dans le cas présent, nous estimons que ce n'est pas le cas. Nous estimons que vous «chargez» quelque peu, même si ce n'est pas un article absolument fondamental. Nous souhaiterions que vous vous en teniez à la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

Nous vous invitons donc à ne rien ajouter ici et, par conséquent, à soutenir la proposition de la minorité.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Avec une diminution de 10 pour cent en 2009, le nombre de nouvelles rentes octroyées par l'assurance-invalidité continue à baisser. En 2009, l'AI en a octroyé 44 pour cent de moins qu'en 2003, année où un pic avait été atteint, avant un renversement de cette tendance. La conséquence de cette évolution est une diminution de l'effectif des rentes en cours; le maximum avait été atteint en janvier 2006, avec 257 500 rentes. Et ce chiffre a baissé de 4,3 pour cent jusqu'en janvier 2010. Ceci est le résultat des nouveaux instruments mis au point par la 5e révision pour encourager la réadaptation, notamment la détection précoce, l'intervention précoce et les mesures de réinsertion.

Cette 5e révision a aujourd'hui été saluée favorablement par tout le monde dans cette salle, même par les partis de gauche qui ne l'avaient pas soutenue à l'époque et qui constatent que l'on peut quand même avoir de bons résultats. Ainsi, à ce jour, 25 000 cas ont été communiqués aux offices AI, la plupart par les employeurs – 30 pour cent; par les personnes directement concernées – 25 pour cent; et par les médecins ou les chiropracteurs – 10 pour cent.

La minorité Schenker Silvia demande, à l'article 3b alinéa 2, de biffer la proposition d'introduire une lettre I pour proposer que l'assurance-maladie soit mentionnée en tant que partenaire dans les assurances sociales. En revanche, la majorité de la commission estime qu'une telle disposition est susceptible d'améliorer la transparence et la coordination des prestations, ce qui est en soi un but à atteindre dans notre système social.

La commission, par 15 voix contre 9, estime donc qu'à côté de l'assurance militaire, de l'assurance-chômage et des organes d'exécution des lois cantonales relatives à l'aide sociale, les assureurs-maladie doivent eux aussi être libres de communiquer. C'est donc un droit d'annoncer, et non une obligation, Madame Goll; il faut être attentif à cette distinction: c'est un droit de communiquer les cas pour lesquels une maladie entraîne une incapacité de travail, et donc une perte de gain. L'alinéa 4 donne au Conseil fédéral la possibilité de régler de manière détaillée cette communication.

A l'article 3c alinéa 5, il s'agit d'établir une symétrie avec l'article 3b. Si l'assurance-maladie a le droit de communiquer aux offices AI, il est aussi nécessaire de permettre aux offices AI de renseigner l'assurance-maladie sur les mesures d'intervention précoce adoptées. Il s'agit donc de synchroniser au mieux le travail de ces deux piliers sociaux, ce qui est tout à l'avantage des assurés et des citoyens.

La commission vous invite donc à soutenir la proposition de la majorité.

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: Basis unserer Diskussion zu Artikel 3b Absatz 2 ist das Melderecht – notabene Melderecht und nicht Meldeverpflichtung –, das wir mit der 5. IV-Revision bereits ins Gesetz eingeführt haben. Vor allem Arbeitgeber und Ärztinnen und Ärzte sowie einzelne Versicherer haben die Möglichkeit, jemanden, bei dem sie IV-Leistungen als angezeigt betrachten, der IV-Stelle zu melden. Deshalb können heute viel früher als zuvor berufliche Massnahmen ergriffen werden, und oft kann so ein Arbeitsplatz erhalten werden. Dieses Instrument hat sich also als sehr sinnvoll und auch als praktikabel erwiesen. Über 25 000 Meldungen sind seit dem Start der 5. IV-Revision eingereicht worden.

Die Kommissionsmehrheit möchte dieses praxistaugliche Melderecht nun auch den Krankenversicherern einräumen. Die Krankenversicherer wissen aufgrund ihrer Unterlagen

oft, dass eine gesundheitliche Beeinträchtigung besteht, die eine Arbeit behindert. Sie können neu frühzeitig aktiv werden und mit einer Meldung an die IV-Stelle die Weichen Richtung Arbeitsplatz erhalten stellen. Gemäss Artikel 3b Absatz 4 kann der Bundesrat dieses Melderecht für die Krankenversicherung spezifisch und sachgerecht regeln und somit auch den Bedenken, die hier teilweise vorgetragen wurden, Rechnung tragen. Mit der Einräumung dieses Melderechtes möchten wir explizit alle Krankenversicherer auffordern und dazu anhalten, ihren Teil beim Kampf gegen unnötige Chronifizierungen wahrzunehmen; jedenfalls sieht das die Kommissionsmehrheit – 15 zu 9 Stimmen – so.

Mit Artikel 3b Absatz 2 steht Artikel 3c Absatz 5 in inhaltlichem Zusammenhang: Wenn die Krankenversicherer einerseits die Möglichkeit haben, gezielt eine Meldung an die IV-Stelle zu machen, dann soll die IV-Stelle andererseits entsprechend auch dem meldenden Krankenversicherer eine Rückmeldung erstatten können, wenn Frühinterventionsmassnahmen angezeigt sind.

Mit diesen beiden Änderungen in den Artikeln 3b und 3c wird also kein Blankocheck an die Krankenkassen ausgestellt, sondern es geht um die noch bessere Nutzung eines neuen Instrumentes, das Chronifizierungen und einen Ausschluss aus der Arbeitswelt verhindern will. Eine gegenüber heute bessere Abstimmung zwischen Kranken- und Invalidenversicherung ist sicher sehr sinnvoll.

*Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4874)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 60 Stimmen

**Art. 7 Abs. 2 Bst. e**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 7 al. 2 let. e**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 7b Abs. 3, 4**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 4*

In Abweichung von Artikel 21 Absatz 1 ATSG werden Hilflo-senentschädigungen weder verweigert noch gekürzt.

*Antrag der Minderheit I*

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

*Abs. 3*

... des einzelnen Falles zu berücksichtigen.

*Antrag der Minderheit II*

(Goll, Fehr Jacqueline, Gilli, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

*Abs. 3*

Unverändert

*Antrag der Minderheit*

(Goll, Fehr Jacqueline, Gilli, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

*Abs. 4*

Unverändert

**Art. 7b al. 3, 4**

*Proposition de la majorité*

*Al. 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Al. 4**

En dérogation à l'article 21 alinéa 1 LPG, les allocations pour impotent ...

*Proposition de la minorité I*

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

**Al. 3**

... du cas d'espèce.

*Proposition de la minorité II*

(Goll, Fehr Jacqueline, Gilli, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

**Al. 3**

Inchangé

*Proposition de la minorité*

(Goll, Fehr Jacqueline, Gilli, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

**Al. 4**

Inchangé

**Prelicz-Huber** Katharina (G, ZH): Die Minderheit I möchte diesen Artikel entschlacken und die darin enthaltene Wertung herausnehmen. Selbstverständlich – da sind wir uns einig – muss jeder Fall individuell betrachtet werden. Es geht gar nicht anders, ist doch die Situation der Menschen mit Behinderung individuell, in jedem einzelnen Fall anders; vor allem ist es wichtig, bei einer Kürzung oder Verweigerung von Leistungen darauf zu achten. Das ist auch in der entschlackten Variante der Minderheit I der Fall. Auch da ist die individuelle Betrachtung enthalten.

Es ist aber nicht nötig, das eigene Verschulden aufzunehmen und dieses mit «insbesondere» zu bezeichnen. Das ist sehr entwürdigend, sehr wertend und impliziert, dass Behinderung ein eigenes Verschulden beinhaltet, ja geradezu selber verursacht worden ist. Was aber ist dann eigenes Verschulden, und was ist die Folge davon? Heisst das, wer selbst schuld ist, kriegt keine Leistungen mehr? Ich nehme einige Beispiele: Wir haben übergewichtige Menschen, und aus dieser Übergewichtigkeit entwickelt sich eine Arthrose oder ein dauerndes Rückenleiden. Oder wir haben einen Autounfall, und der betreffende Mensch ist nachher für immer behindert. Oder jemand arbeitet zu viel und hat dann einen Herzinfarkt. Oder jemand begeht einen Suizidversuch und überlebt mit bleibenden Schäden. Sollen nun für all diese Menschen keine Leistungen mehr da sein? Das ist eine sehr gefährliche, eine sehr unsolidarische und ausgrenzende Diskussion. Es ist eine Wertediskussion, die wir eigentlich einmal geführt haben. Wir haben gesagt, die IV sei ohne Schuldfrage für alle da. Die IV soll nach unserer Meinung eine Sozialversicherung bleiben, die keine Almosen verteilt und für alle das Recht beinhaltet, die Leistungen zu bekommen, wenn sie diese benötigen. Die Haltung der Minderheit ist klar: Egal aus welchem Grund jemand behindert ist, er oder sie soll ein Recht auf Leistungen haben.

Wir bitten Sie also, bei dieser Bestimmung den Satzteil «insbesondere das Ausmass des Verschuldens der versicherten Person» zu streichen. Wir bitten Sie, die Minderheit I zu unterstützen.

**Goll** Christine (S, ZH): Wie vom Präsidenten angekündigt, werde ich gleich beide Minderheitsanträge, jenen zu Absatz 3 und jenen zu Absatz 4, begründen. Auch hier beantragen wir Ihnen, am geltenden Recht festzuhalten.

Bei Artikel 7b geht es um Sanktionen. Wenn Sie die Mehrheitsfassung anschauen, dann sehen Sie, dass es auch hier zu Gesetzesverschärfungen gekommen ist, die vom Bundesrat leider angedacht worden waren. Schauen wir uns zunächst bei Absatz 3 die Fassung des Bundesrates an. Dieser sieht vor, dass in Zukunft die wirtschaftliche Lage einer versicherten Person keine Rolle mehr spielen soll. Was heisst das konkret? Konkret bedeutet das, dass beim Entscheid über die Kürzung oder gar die Verweigerung von Leistungen zwar alle Umstände des einzelnen Falles berück-

sichtigt werden müssen, aber nicht, wie bisher, «insbesondere das Ausmass des Verschuldens und die wirtschaftliche Lage der versicherten Person» angeschaut werden sollen, sondern in Zukunft nur noch «insbesondere das Verschulden der versicherten Person». Die Kommissionsmehrheit hat dann noch einen draufgegeben und weitere Sanktionsverschärfungen eingeführt, und zwar finden Sie diese Bestimmungen in Absatz 4. Dort wurde festgehalten, dass künftig auch Taggelder gekürzt oder verweigert werden können. Auch hier bitten wir Sie, am geltenden Recht festzuhalten, in dem klar formuliert ist, dass in Abweichung von Artikel 21 Absatz 1 ATSG weder Taggelder noch Hilflosenentschädigungen verweigert oder gekürzt werden können.

Es geht hier bei diesem Artikel 7b, der den Titel «Sanktionen» trägt, nicht um den vermeintlich einfachen Tatbestand des Sozialleistungsmissbrauches, wie das von der politischen Rechten gerne ins Feld geführt wird. Ich bitte Sie, Artikel 7b genau und vollständig zu lesen. In diesem Artikel 7b wird festgehalten, nach welchen Kriterien und unter welchen Umständen Leistungen gekürzt oder sogar ganz verweigert werden können. Gemäss Absatz 1 wird das gemacht, wenn Versicherte ihre Pflichten nicht einhalten. Gemäss Absatz 2 wird das ohne Mahn- und Bedenkzeitverfahren gemacht, wenn die versicherte Person nicht unverzüglich eine Anmeldung vorgenommen hat und sich dies nachteilig auf die Dauer oder das Ausmass der Arbeitsunfähigkeit oder der Invalidität auswirkt. Ebenfalls nach Absatz 2 werden Leistungen verweigert oder gekürzt, und zwar ohne Mahn- und Bedenkzeitverfahren, wenn die versicherte Person «der IV-Stelle die Auskünfte nicht erteilt, welche diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe benötigt», wie es heute im Gesetz heisst.

Sie sehen, in solchen Formulierungen, in solchen Gesetzesbestimmungen liegt bereits heute ein unglaublich grosses Willkürpotenzial, und genau deshalb sind weitere Verschärfungen nicht nur unnötig, sondern auch kontraproduktiv.

Die Verantwortung für die massive Verschuldung der IV trägt die Bundespolitik; es tragen sie nicht etwa die behinderten Personen, sondern die Bundespolitik. Die Verantwortung dafür tragen Bundesrat und Parlament, die sich seit sehr langer Zeit und bis heute nicht auf eine nachhaltige Entschuldung der IV einigen konnten und können und zu lange – von verschiedener Seite wurde das auch bewusst so gemacht – nur zugeschaut haben, wie die roten Zahlen weitergewachsen sind.

Das geltende Gesetz beinhaltet bereits genügend Kontrollmechanismen, genügend Disziplinierungsmassnahmen und auch genügend Bestrafungsmöglichkeiten. Es braucht deshalb keine weiteren Sanktionsverschärfungen.

**Triponez** Pierre (RL, BE): Ich bitte Sie im Namen der FDP-Liberalen Fraktion, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Zunächst vielleicht Folgendes: Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels 7b entsprechen geltendem Recht; hier wird also nichts geändert.

Bei Absatz 3 sind gewisse Nuancen geändert worden. Der Bundesrat hat eine Neuformulierung gewählt, wonach – das möchte ich hier nochmals klarlegen – beim Entscheid über die Kürzung oder Verweigerung von Leistungen alle Umstände des einzelnen Falles zu würdigen sind, insbesondere das Ausmass des Verschuldens der versicherten Person. Ich glaube nicht, dass man hier eine Konstruktion sehen kann, wie das vorhin Frau Kollegin Goll praktisch behauptet hat, wonach man gemäss Bundesrat die wirtschaftliche Lage einfach nicht mehr berücksichtigen würde. Das stimmt nicht. Man kann hier nämlich deutlich lesen, dass «alle Umstände des einzelnen Falles» zu berücksichtigen sind. Dazu gehört sicher auch die wirtschaftliche Lage, aber insbesondere das Ausmass des Verschuldens. Das scheint mir nun vernünftig zu sein. Wenn man eine Leistung kürzt, also eine Sanktion trifft, weil jemand seine Pflichten gemäss Absatz 2 nicht erfüllt hat, dann sollte man doch die Kürzung so vornehmen, dass sie dem Verschulden effektiv entspricht, und dann die übrigen Umstände selbstverständlich berücksichti-

gen. Sowohl die Minderheit I (Prelicz-Huber) wie die Minderheit II (Goll) haben hier irgendetwas gesucht, das zuungunsten der Behinderten sein könnte und so, glaube ich, nicht gemeint ist. Die klare und einfache Formulierung gemäss Bundesrat haben sowohl der Ständerat wie auch die Mehrheit unserer Kommission übernommen. Ich empfehle Ihnen, hier klar der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen.

In Absatz 4 haben wir effektiv eine Präzisierung vorgenommen. Es besteht zwischen dem geltenden Recht und dem Antrag der Kommissionsmehrheit ein Formulierungsunterschied. Wir von der Kommissionsmehrheit haben gesagt, dass die Hilflosenentschädigungen weder verweigert noch gekürzt werden dürfen, selbst wenn Unkorrektheiten begangen worden sind. Aber die Taggelder können natürlich gekürzt werden, und das ist der Unterschied zum geltenden Recht. Ich möchte das hier nochmals offenlegen: Im geltenden Recht können sowohl Taggelder wie Hilflosenentschädigungen gekürzt oder verweigert werden. Mit dem Antrag der Mehrheit können Taggelder selbstverständlich gekürzt werden, wenn Sanktionen nötig sind, hingegen haben wir festgelegt, dass Hilflosenentschädigungen weder verweigert noch gekürzt werden können.

Zusammenfassend empfehle ich Ihnen im Namen der FDP-Liberalen Fraktion, bei beiden Absätzen der Mehrheit zu folgen.

**Rossini Stéphane (S, VS):** Le groupe socialiste soutient les trois propositions de minorité, soit la proposition de la minorité I (Prelicz-Huber) et celle de la minorité II (Goll) à l'alinéa 3, ainsi que la proposition de la minorité Goll à l'alinéa 4. Je fais tout d'abord une remarque préliminaire. Nul ne conteste, bien évidemment, l'existence de sanctions – telle n'est pas la question qui est posée par ces propositions de minorité. Le droit aux assurances sociales implique naturellement un certain nombre d'obligations qui doivent être respectées. Néanmoins, les aménagements proposés posent problème. A l'alinéa 3, par cette modification, des prestations sont refusées ou rediscutées en cas de faute. On supprime aussi plus tôt la prestation financière versée à l'assuré. Cette modification est révélatrice de l'état d'esprit général et des motifs qui sous-tendent cette révision de l'assurance-invalidité. En prenant en considération le degré de la faute, on est très clairement dans la logique du droit et des obligations qui doivent être respectés par les assurés et par les bénéficiaires de prestations.

Le Conseil fédéral et le Parlement, dans le droit en vigueur, ont mentionné la prise en considération de la situation financière de l'assuré. Cet élément n'est pas à sous-estimer; il est central, puisque, par définition, les assurances sociales garantissent un revenu de substitution. Par conséquent, si l'on ne tient plus compte de la situation financière de l'assuré – surtout lorsqu'on a affaire à des catégories de personnes qui se trouvent déjà dans une situation difficile –, on renforce le danger que ces catégories de personnes fassent appel en dernier recours au régime d'assistance. Je crois qu'on ne doit pas sous-estimer cet élément, parce que ce sont finalement les plus faibles qui en paient le prix. La prise en considération de la situation financière de l'assuré qui est biffée ici n'a pas été démontrée comme posant particulièrement de problèmes.

A l'alinéa 4, on est dans la même logique, mais cette fois-ci on biffe la problématique des indemnités journalières. Jusque-là, les indemnités journalières ne pouvaient être refusées, comme cela figure dans le droit en vigueur. La majorité de la commission – il ne s'agit pas ici d'une proposition du Conseil fédéral – propose de biffer cet élément sans que l'on ait, une fois encore, un problème qui soit avéré, démontré comme étant source de difficultés ou source de dépenses inappropriées pour l'assurance-invalidité.

La problématique des indemnités journalières est extrêmement importante. Elle est essentielle dans la douloureuse question de la lutte contre la pauvreté. Toutes les études sur la pauvreté montrent très clairement, que ce soit dans le domaine de l'assurance-maladie ou ailleurs, qu'en supprimant les indemnités journalières, on aggrave directement le ris-

que d'exclusion. Je crois qu'on n'est pas obligé, dans cette révision, de modifier le droit en vigueur, la preuve n'ayant pas du tout été apportée que les règles actuelles posent problème et méritent d'être modifiées.

Par conséquent, je vous invite à soutenir les différentes propositions de minorité.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Es ist richtig, dass eine betroffene Person, die nicht bereit ist, das in ihren Möglichkeiten Stehende zu unternehmen, um im Erwerbsleben zu bleiben, mit Sanktionen belegt wird, dass diese Sanktionen auf Gesetzesstufe geregelt werden und darin auch vorgesehen werden kann, dass Leistungen gekürzt oder verweigert werden können. Beim Entscheid über Kürzungen und Verweigerungen von Leistungen sind aber alle Umstände der betroffenen Personen zu berücksichtigen. So sieht es das geltende Gesetz vor, das insbesondere Verschulden und wirtschaftliche Situation berücksichtigt. Es war eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers, Verschulden und wirtschaftliche Situation ausdrücklich und zusammen zu nennen. Er tat dies unter anderem deswegen, weil die Nichtberücksichtigung der wirtschaftlichen Situation nicht nur die Existenz der betroffenen Person, sondern auch ihre Familienangehörigen betrifft und weil es, wenn die Sozialhilfe aktiv werden muss, zu einer Kostenverlagerung zulasten der Gemeinden führt.

Der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission wollen jetzt eine Gesetzesänderung, die nur noch das Verschulden, aber nicht mehr die wirtschaftliche Situation ausdrücklich erwähnt. Diese Auslassung wird in ihrer Konsequenz keine Kostenersparnis, sondern eine Kostenverschiebung zulasten der Gemeinden zur Folge haben, denn Sozialhilfeleistungen gehören ins Pflichtenheft der Gemeinden. Interessant ist auch die Begründung für diese Änderung: Es ist die aktuelle Änderung der Bundesgerichtspraxis, die den Fokus auf das Verschulden legt und völlig von der wirtschaftlichen Situation der Betroffenen löst. Das ist neu, und es bezieht sich auch nur auf einige wenige Bundesgerichtsurteile.

Sie wissen es: In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Anzahl der Berentungen vor allem für psychiatrisch Erkrankte gestiegen. Bis vor wenigen Jahren wurden diese Berentungen auch gerichtlich gestützt – über alle Instanzen hinweg. Damit waren nicht zuletzt der IV gleichsam die Hände gebunden; sie konnte in diesen Bereichen nicht weniger Berentungen sprechen. Auf der Basis dieser ungesunden Entwicklung wurde die undifferenzierte und diskriminierende Debatte über Scheininvalidität lanciert. Diese führte zu einer Änderung der Gerichtspraxis mit einzelnen, nicht unumstrittenen letztinstanzlichen Urteilen des Bundesgerichtes.

Unsere politische Aufgabe ist es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu gestalten; dies sollen wir sorgfältig, zurückhaltend und reflektiert tun. Es ist weder unsere Aufgabe, Scheininvalidität und Missbrauch ins Zentrum eines Gesetzes zu stellen, noch ist es unsere Aufgabe, unreflektiert einzelne Bundesgerichtsurteile gesetzlich zu verankern. Genau das haben wir hier aber gemacht.

Die grüne Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb, hier festzulegen, dass bei Rentenkürzungen oder -verweigerungen alle Umstände im Einzelfall zu prüfen sind. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Minderheit I (Prelicz-Huber) zu unterstützen oder mindestens beim jetzigen Recht zu bleiben und in diesem Fall die Minderheit II (Goll) zu unterstützen. In der Konsequenz bitten wir Sie auch, auf die Kürzung von Taggeldern zu verzichten und deshalb der Minderheit Goll zu folgen.

**Scherer Marcel (V, ZG):** Ich kann es vorwegnehmen: Die SVP-Fraktion wird bei Artikel 7b, bei dem es um Sanktionen geht, der Mehrheit zustimmen. Dazu folgende Begründung: Leistungen seitens der IV müssen gekürzt oder ganz verweigert werden können, dies insbesondere dann, wenn Leistungen offensichtlich oder nachgewiesenermassen zu Unrecht erwirkt wurden, wenn der IV bewusst Informationen vorenthalten wurden oder wenn der Meldepflicht gegenüber der IV nicht nachgelebt wurde. Die Mehrheit der Kommission unterstützt demzufolge bei Absatz 3 die Formulierung gemäss Bundesrat, wonach bei Entscheiden über die Kürzung oder

Verweigerung von Leistungen alle Umstände des einzelnen Falles, insbesondere das Ausmass des Verschuldens der versicherten Person, zu berücksichtigen sind. Es wird also nicht einfach über Kürzung oder Verweigerung entschieden, sondern jeder einzelne Fall wird konkret beurteilt. Die Minderheit I (Prelicz-Huber) will dagegen das Verschulden des einzelnen Rentenbezügers ausschliessen, und die Minderheit II (Goll) will bei der Beurteilung die wirtschaftliche Lage der Leistungsbezüger mit einbeziehen, wenn es um Kürzung oder Verweigerung der Rente geht. Die wirtschaftliche Lage eines Bezügers darf doch nicht in Betracht gezogen werden, wenn eine Rente unrechtmässig erwirkt wurde! Damit würden wir kriminelle Handlungen geradezu schützen. Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zuzustimmen.

Bei Absatz 4 wird präzisiert, dass Hilflosenentschädigungen den Sanktionen nicht unterworfen sein sollen, die Taggelder hingegen schon. In Abweichung von Artikel 21 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts sollen also, wenn Sie der Mehrheit folgen, bei unrechtmässigen Rentenbezügen auch die Taggelder verweigert oder gekürzt werden können.

Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, auch hier der Mehrheit zu folgen.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

10.032

## 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

### 6e révision de l'AI. Premier volet

*Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBI 2010 1817)  
Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

## Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)

### Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)

*Art. 7b Abs. 3, 4 – Art. 7b al. 3, 4*

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe PDC/PEV/PVL soutient les propositions de la majorité.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: On regroupe donc les débats dans cette discussion sur l'assurance-invalidité, mais la situation est assez différente entre les alinéas 3 et 4 de l'article 7b. J'aimerais vous demander de réfléchir encore une fois avant le vote et de faire précisément la différence entre ces deux situations.

Tout d'abord, en ce qui concerne l'alinéa 3, il faut retrouver un peu de «Sachlichkeit» après ce qui a été dit tout à l'heure. Le projet du Conseil fédéral – je me permets de lire l'alinéa 3 pour que ce soit vraiment clair – propose: «La décision de réduire ou de refuser des prestations doit tenir compte de toutes les circonstances» – je précise encore une fois: «de toutes les circonstances» – «du cas d'espèce, en particulier du degré de la faute de l'assuré.» Qu'est-ce que cela veut dire? S'il y a un crime, on tient d'abord compte de la gravité de ce crime, puis ensuite des autres situations. Pour ce qui est de la situation économique, j'ai failli vraiment tomber de ma chaise quand Madame Gilli a dit «völlig gelöst von der wirtschaftlichen Situation»: ce n'est pas du tout le cas! On ne peut pas ne pas tenir compte de la situation économique. On peut d'autant moins le faire qu'il n'est possible de réduire ou de refuser une prestation que tant que le minimum vital est garanti. En outre, chaque décision de l'assurance-invalidité doit respecter les principes généraux du droit, notamment le principe de proportionnalité, la situation financière constituant là encore l'un des critères, un élément parmi d'autres. La seule chose qui est donc dite, c'est que l'on tient compte de tout. Mais il est évident que s'il y a un crime, s'il y a une situation très négative pour se retrouver dans la discussion que l'on a aujourd'hui ici à l'article 7b alinéa 3, on tient d'abord compte de la gravité du cas, ce qui nous paraît absolument normal.

Nous vous demandons de ne pas créer de divergence à l'article 7b alinéa 3, de soutenir le Conseil fédéral, le Conseil des Etats et la majorité de la commission.

J'aimerais quand même préciser, même si les groupes ont déjà pris position, que la situation est différente à l'alinéa 4. On parle là de l'article 21 alinéa 1 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales, qui stipule: «Si l'assuré a aggravé le risque assuré ou en a provoqué la réalisation intentionnellement ou en commettant intentionnellement un crime ou un délit, les prestations en espèces peuvent être temporairement ou définitivement réduites ou, dans les cas particulièrement graves, refusées.» En pratique, si vous adoptez la modification proposée par la majorité

de la commission, cela signifierait qu'une personne qui a causé son invalidité et qui suit une mesure à la charge de l'assurance-invalidité devra s'attendre à voir ses indemnités journalières réduites ou refusées. Cela risquerait de décourager la personne de se réadapter, ce qui irait à l'encontre de l'objectif fondamental du Conseil fédéral.

Donc à l'article 7b alinéa 4, nous estimons que la proposition de la majorité de la commission, qui part certainement d'une intention qu'on peut comprendre, irait à fins contraires. J'aimerais encore rappeler ici que le droit en vigueur prévoit déjà suffisamment de sanctions pour les assurés qui contrevennent à leur obligation de collaborer à leur réadaptation. On trouve cela en particulier à l'article 21 alinéa 4 LPGA, cette fois-ci, et pas alinéa 1, en corrélation avec l'article 7b LAI.

En ce qui concerne les indemnités journalières, c'est le règlement sur l'assurance-invalidité qui prévoit que la réduction se fait par la suspension de leur versement. Cette disposition est similaire à celle prévoyant la suspension du droit à l'indemnité dans l'assurance-chômage, mais la durée maximale de la suspension est plus longue dans l'assurance-invalidité, car les indemnités journalières, suivant la mesure qui les fonde, peuvent y être versées plus longtemps que dans l'assurance-chômage.

Dans ces conditions, encore une fois, même si, d'après les décisions prises par les groupes, il y aura ici vraisemblablement un vote en faveur de la solution de la majorité, nous nous réservons la possibilité de rediscuter cela avec le Conseil des Etats. Nous estimons en effet que la proposition de la majorité à l'alinéa 4 n'est pas favorable à l'objectif de réadaptation qui doit toujours être gardé devant vous comme objectif principal.

Nous vous rappelons donc qu'il faut à notre sens voter pour la proposition de la majorité à l'alinéa 3, mais pour celle de la minorité – soit la solution du Conseil fédéral – à l'alinéa 4.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Herr Bundesrat, ich möchte Sie gerne fragen, wie Sie folgende Aussage zur wirtschaftlichen Situation beurteilen: «Wir haben in der Botschaft auf den Bundesgerichtsentscheid verwiesen. Der Fokus wird dabei auf das Verschulden, losgelöst von der wirtschaftlichen Situation, gerichtet. Wir haben deshalb vorgesehen, 'die wirtschaftliche Lage' aus dem Gesetzestext zu streichen.» Können Sie mir das interpretieren?

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Madame Gilli, je vous redis ce que je viens de vous dire avant. Les principes généraux du droit sont clairs; on ne peut pas prendre une telle décision sans tenir compte de la situation générale. Ici, le projet de loi dit clairement, je vous le relis encore une fois: «... tenir compte de toutes les circonstances du cas d'es-pèce ...» Mais quand on doit mesurer la gravité d'une sanction, on doit tenir compte d'abord du crime qui a été commis; c'est ce qui est dit. On ne doit pas mettre sur un pied d'égalité l'analyse du crime, la gravité de celui-ci et la situation économique, car cela voudrait dire à la limite qu'on ne reconnaît plus la gravité d'un crime si la situation économique est particulièrement défavorable. Sur un plan éthique, ce n'est pas non plus défendable.

Mais ce qu'il ne faut pas comprendre dans cet alinéa – c'est pourquoi j'ai été très surpris de votre déclaration –, c'est que tout à coup on ne tient plus compte du tout de la situation économique. Donc, quand vous êtes dans cette situation, pour faire la première analyse générale, vous tenez compte d'abord de la faute qui a été commise, et c'est normal, et toute faute devrait être jugée de la même manière. Et ensuite, ce sont les principes généraux du droit qui s'appliqueraient. Cela signifie que si la conséquence de cette faute devait aboutir à une situation économique absolument inacceptable pour une personne, les principes généraux du droit s'appliquent. On doit tenir compte de cela dans un deuxième temps. C'est cela qui change par rapport au droit en vigueur, mais ce n'est surtout pas le fait que, dorénavant, on ne

tienne compte de plus rien du tout, c'est-à-dire uniquement de la faute. Encore une fois, si vous lisez l'alinéa, c'est clair.

**Cassis Ignazio (RL, TI), pour la commission:** Les prestations peuvent être réduites ou refusées si l'assuré ne satisfait pas à l'obligation de collaborer. C'est ce que stipule l'article 21 alinéa 4 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales. Le Conseil fédéral et le Conseil des Etats proposent de fixer d'abord le degré de la faute de l'assuré et non, comme le propose la minorité II (Goll), la situation financière de l'assuré. S'il y a une faute, l'assuré doit être sanctionné de manière à respecter les principes généraux du droit que sont la proportionnalité, l'égalité de traitement entre assureurs. C'est aussi la manière dont procède le Tribunal fédéral.

La minorité I (Prelicz-Huber) demande par contre de ne pas considérer du tout le degré de faute de l'assuré, ce qui est toutefois contraire au principe d'un traitement équitable des assurés.

Pour ces raisons, à l'article 7b alinéa 3, la commission, par 16 voix contre 9, vous invite à vous rallier à la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats et à ne pas adopter les deux propositions de minorité.

A l'article 7b alinéa 4, les indemnités journalières, selon l'avis de la majorité de la commission, doivent pouvoir être refusées ou réduites si l'assuré est sanctionné à cause d'une faute. Par contre, les allocations pour impotent ne peuvent pas être touchées par une sanction, puisqu'il s'agit d'une aide fondamentale qui dépend de la condition de santé physique de l'assuré.

La commission, par 12 voix contre 10 et 2 abstentions, vous recommande d'adopter la proposition de la majorité.

**Wehrli Reto (CEg, SZ), für die Kommission:** Wahrscheinlich liegt ja die Wahrheit in der Mitte. Ganz sicher aber war grundfalsch, was hier von links und rechts soeben ausgeführt wurde: Es ist falsch, hier zu sagen – das muss zuhänden des Amtlichen Bulletins erklärt werden –, dass die wirtschaftliche Lage hier keine Rolle mehr spielen werde. Man beachte bitte den Text von Artikel 7b Absatz 3 – dort sind wir jetzt nämlich –: «Beim Entscheid über die Kürzung oder Verweigerung von Leistungen sind alle Umstände des einzelnen Falles ... zu berücksichtigen», und dann kommt ein Einschub, der sagt, was insbesondere zu berücksichtigen sei. Dort wird jetzt nur noch das Verschulden erwähnt, aber nicht mehr die wirtschaftliche Lage, was deren Berücksichtigung nach Meinung der Kommissionsmehrheit aber eben gerade nicht ausschliesst. Das ist gewollt, und das steht nachher hier drin – es ist eigentlich egal, was sonst vorher irgendwo entschieden worden ist. Das ist der Wille des Gesetzgebers, jedenfalls der Wille der vorberatenden Kommission. Sie hat sich aus diesen Gründen auch klar der Meinung von Bundesrat und Ständerat angeschlossen.

Es geht um Folgendes: Beim Entscheid über die Kürzung oder Verweigerung von IV-Leistungen soll und muss das Ausmass des Verschuldens der versicherten Person jedenfalls berücksichtigt werden. Entgegen den beiden Minderheitsanträgen soll die wirtschaftliche Situation bei der Abwägung über Kürzungen nicht mehr explizit erwähnt werden; sie kann aber, wie ich jetzt gerade erklärt habe, berücksichtigt werden. Es ist eine Frage der Rechtsgleichheit: Man will auf jeden Fall Rechtsgleichheit auf Basis des Faktors Verschulden; das ist die Ratio Legis.

Ich bitte Sie deshalb zusammen mit der Kommission, die mit 16 zu 9 Stimmen entschieden hat, der Fassung der Mehrheit zuzustimmen.

Bei Artikel 7b Absatz 4, wo es um die Taggeldverweigerung geht, spricht sich die Kommission mit 12 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen dafür aus, dass neu auch IV-Taggelder verweigert oder gekürzt werden können, wenn die Voraussetzungen für eine Sanktion erfüllt sind. Im Ausnahmenkatalog sollen nur noch die Hilflosenentschädigungen verbleiben, dies aufgrund der bereits vorher erwähnten Erwägungen.

**Abs. 3 – Al. 3***Erste Abstimmung – Premier vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4875)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 57 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4876)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 57 Stimmen

**Abs. 4 – Al. 4***Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4877)

Für den Antrag der Mehrheit ... 110 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

**Art. 8a***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Bortoluzzi, Baettig, Füglistaller, Glur, Miesch, Parmelin, Scherer)

**Abs. 3**

... dauern, sofern sie im allgemeinen Arbeitsmarkt durchgeführt werden.

*Antrag der Minderheit*

(Weber-Gobet, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Robbiani)

**Abs. 4**

Versicherte Personen, deren Rente nach Abschluss der Massnahmen nach Absatz 2 aufgehoben wird, und deren Arbeitgeber haben auch nach dem Entscheid der IV-Stelle Anspruch auf Beratung und Begleitung, sofern sich dies als notwendig erweist.

**Art. 8a***Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Bortoluzzi, Baettig, Füglistaller, Glur, Miesch, Parmelin, Scherer)

**Al. 3**

... d'un an au total, pour autant qu'elles soient mises en oeuvre sur le marché ordinaire du travail.

*Proposition de la minorité*

(Weber-Gobet, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Robbiani)

**Al. 4**

L'assuré dont la rente est supprimée aux termes des mesures visées à l'alinéa 2, ainsi que son employeur, ont encore droit, pour autant que cela s'avère nécessaire, à des conseils et à un suivi après que l'office AI a rendu sa décision.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Beim neuen Artikel 8a geht es um die Wiedereingliederung von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern. Sie haben Anspruch auf Massnahmen zur Wiedereingliederung, sofern die IV-Stelle zum Schluss kommt, dass Aussicht auf Erfolg besteht. Das ist an sich eine wichtige und richtige Massnahme. Ich bin allerdings in Bezug auf die Beurteilung dieser ganzen Geschichte kritisch; es dürfte nicht einfach sein, Personen, die über einige Zeit ohne festen Tagesablauf lebten, in einen Arbeitsprozess zu integrieren. Es macht auch wenig Sinn, diese Bemühungen bis zum Gehtnichts auszuweihen. Man muss akzeptieren, dass gelegentlich trotz Bemühungen ein Erfolg nicht erreicht werden kann.

Von unserer Minderheit wird beantragt, dass die Integrationsmassnahmen für diese Leute zwar mehrmals zugespro-

chen werden können, wie es der Bundesrat vorschlägt, dass sie aber im allgemeinen Arbeitsmarkt durchgeführt werden müssen, wenn sie länger als ein Jahr dauern. Das heisst, dass die betroffenen Rentner in der Gesellschaft in den allgemeinen Arbeitsprozess eingegliedert werden müssen. Das muss das Ziel sein, denn es geht ja nicht an, dass es zu einer ausgedehnten Beschäftigungstherapie mit Sozialarbeitern und mit staatlichen Einrichtungen kommt. Ich glaube, dass das nicht zielführend ist. Darum sagt unsere Minderheit ganz klar, dass diese Integrationsmassnahmen nach Ablauf eines Jahres im allgemeinen Arbeitsmarkt durchgeführt werden sollen. Zudem soll ja Aussicht auf Erfolg bestehen; sonst muss man sich eben, wie gesagt, eingestehen, dass eine Beurteilung nicht richtig war, dass die Aussicht auf Erfolg nicht gegeben ist, und dann muss man akzeptieren, dass weiterhin eine Rentenleistung angebracht ist.

Das ist ein vernünftiger Weg. Unsere Minderheit befürchtet, dass man sonst dazu übergeht, mit diesem Instrument vermehrt reine Beschäftigungseinrichtungen zu schaffen, die mit grossen Kostenfolgen verbunden sind, ohne die Eingliederung von Rentnerinnen und Rentnern zu erreichen, die doch als Ziel dieser Revision angegeben wird.

Ich bitte Sie also, bei Artikel 8a Absatz 3 der Minderheit zuzustimmen.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Die 6. IV-Revision ist eine eingliederungsorientierte Revision; wir haben es heute schon oft gehört. Der Leitgedanke «Eingliederung aus Rente», der sie prägt, ist grundsätzlich unterstützungswürdig, denn Erwerbsarbeit hat sinn- und identitätsstiftenden Charakter und entspricht auch dem Bedürfnis vieler Betroffener. Mit der Revision 6a sollen vor allem jüngere psychisch behinderte Rentenbezüger wieder eingegliedert werden. Die Reintegration aus der IV bedeutet eine grosse Herausforderung, sowohl für die betroffenen IV-Rentenbezüger als auch für die Arbeitgeber. Es macht daher Sinn, dass für beide Seiten möglichst optimale Bedingungen geschaffen werden, damit Krisen aufgefangen werden können und die Eingliederung nachhaltig wirken kann.

Die IV-Stellen haben den Auftrag, bei der Schaffung dieser Bedingungen mitzuhelfen. Es wird ihnen ein Massnahmenpaket zur Verfügung gestellt, welches sie angepasst an die jeweilige Situation einsetzen können. Grundlage bilden die bestehenden Eingliederungsmassnahmen, welche unter anderem um den Anspruch auf Beratung und Begleitung während des Eingliederungsprozesses sowie während drei Jahren nach Aufhebung einer Rente erweitert werden.

Mit meiner Minderheit plädiere ich dafür, dass Beratung und Begleitung nach Aufhebung der Rente für beide Seiten immer dann in Anspruch genommen werden kann, wenn die Situation es erfordert. Die Limitierung auf drei Jahre soll aufgehoben werden.

Pourquoi abroger le délai de trois ans? Je cite le message relatif à la modification de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision, premier volet): «Les personnes qui ont reçu une rente parce qu'elles ont des problèmes psychiques ont besoin plus que d'autres d'un soutien personnel prolongé, car les maladies dont elles souffrent évoluent souvent par phases et, par conséquent, le processus de stabilisation et de retour en emploi est plus lent. Il faut donc que la durée des conseils et du suivi puisse être fixée individuellement et être prolongée après la fin des mesures de nouvelle réadaptation. Pour que le dispositif soit suffisamment souple, l'office AI peut, même après une mesure ayant conduit à la suppression de la rente, prévoir des conseils et un suivi de la personne durant trois ans encore au maximum à compter de sa décision.»

Fixer la durée des conseils et du suivi vraiment «individuellement», comme le propose le message que je viens de citer, veut dire abandonner le délai de trois ans et introduire la possibilité de prévoir des conseils et un suivi de la personne, pour autant que cela s'avère nécessaire, après que l'office AI a rendu sa décision de supprimer la rente.

Im Namen der Minderheit bitte ich Sie, dieser auch arbeitgeberfreundlichen Lösung zuzustimmen. Sie dient den Arbeit-

geberinnen und Arbeitgebern, die bereit sind, leistungsbefähigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen, aber auch den Wiederintegrierten. Sie ist also zum Vorteil beider Seiten.

**Parmelin Guy (V, VD):** L'article 8a contient des dispositions en faveur des bénéficiaires de rentes et de leurs employeurs visant à pouvoir les accompagner dans leur réadaptation ainsi que dans leur suivi. La structure même des mesures proposées cible celles et ceux dont la capacité de gain aura selon toute vraisemblance une chance sérieuse d'être améliorée. Ces différentes mesures ont une logique et visent toutes à permettre de faciliter au maximum la réussite de la réintégration professionnelle des bénéficiaires. En ce sens, nous les approuvons, car elles ont pour objectif premier de faire en sorte que la rente ne soit, selon la formule consacrée, qu'une passerelle vers la réintégration professionnelle totale ou partielle.

Nous approuvons également l'alinéa 3 qui prévoit que ces mesures puissent être accordées plusieurs fois et excéder même la durée d'un an au total, mais avec une restriction. Ces mesures, cela a été dit tout à l'heure, doivent être mises en oeuvre sur le marché ordinaire du travail; c'est le sens de la proposition de la minorité Bortoluzzi. Nous voulons que tout soit entrepris pour éviter d'en arriver à de simples programmes d'occupation sans autre perspective de futur. Le délai d'un an est certes peut-être serré pour permettre dans tous les cas à chaque bénéficiaire de rejoindre le marché ordinaire du travail. En ce sens, l'alinéa 3 de la version de la minorité aurait peut-être pu être amélioré tout en gardant cet objectif.

Je vous invite malgré tout à adopter la proposition de la minorité Bortoluzzi et à créer ainsi une divergence avec le Conseil des Etats. Cela permettra à ce dernier d'approfondir la question sur ce point précis.

En ce qui concerne l'alinéa 4, je vous invite à adopter la proposition de la majorité. Le texte de cette dernière privilégie un droit sans restriction – et c'est important – à des conseils et à un suivi du bénéficiaire et de son employeur pendant trois ans dès la décision de l'AI.

La minorité Weber-Gobet, elle, veut introduire une vague cautèle – «pour autant que cela s'avère nécessaire» – dont il faudra établir les critères précis. En fin de compte, elle souhaite prodiguer des conseils et du suivi ad vitam aeternam. De deux choses l'une: ou il y a une réussite totale ou partielle à un moment donné, ou il faut bien constater qu'il y a échec et en tirer les conséquences. C'est une question de cohérence et c'est la notion même de réintégration qui, à ce moment-là, perd sa signification première.

Je vous invite donc à adopter la proposition de la minorité Bortoluzzi à l'alinéa 3 et à adopter la proposition de la majorité à l'alinéa 4.

**Robbiani Meinrado (CEg, TI):** La 5e révision de l'AI a profondément orienté cette assurance vers la réinsertion. Les mesures prises dans ce contexte ont surtout visé à réduire l'octroi de nouvelles rentes. Ce but a d'ailleurs été atteint parce que, aujourd'hui, le nombre de nouvelles rentes est réduit de moitié par rapport au nombre de rentes octroyées au début des années 2000.

La 6e révision fait un pas supplémentaire: elle vise aussi à réinsérer les personnes qui sont déjà au bénéfice d'une rente et qui présentent un potentiel de réinsertion. Cette révision veut donc faire en sorte que la révision de la rente ne constitue plus seulement un acte essentiellement administratif, mais qu'elle soit un instrument actif de réinsertion. Cet objectif en soi louable suscite tout de même une double réserve.

La première est liée au fait que ce nouvel objectif est encore plus délicat, par rapport à la 5e révision, parce qu'il concerne des personnes qui sont déjà au bénéfice d'une rente. Cet objectif intervient sans qu'il y ait une observation suffisamment prolongée des effets et de l'efficacité de la nouvelle orientation introduite par la 5e révision de l'AI.

La deuxième réserve concerne le but quantitatif visé par cet article. Réinsérer presque 17 000 personnes au bénéfice d'une rente est un objectif du moins ambitieux, très ambitieux – on pourrait presque même dire velléitaire – si l'on ne renforce pas de manière décisive les mesures favorisant la réinsertion, en allant même au-delà de la mesure proposée par le Conseil fédéral.

Tenant compte de ces considérations et constatations, le groupe PDC/PEV/PVL adhère à l'orientation inscrite à l'article 8a du fait que le travail, d'un point de vue général, reste une source décisive de dignité et d'insertion sociale, auquel il est correct de viser, quand il y a évidemment un potentiel en ce sens, et aussi du fait que les mesures favorisant la réinsertion ont été ultérieurement renforcées. On en reparlera lorsqu'on discutera le prochain article.

En ce qui concerne les deux propositions de minorité, le groupe PDC/PEV/PVL vous invite à les rejeter.

La minorité Bortoluzzi, à l'alinéa 3, prétend exclure a priori des possibilités de réinsertion qui ne relèvent pas du marché ordinaire du travail. Or, en tant que phase transitoire et préliminaire, des activités en dehors du marché ordinaire peuvent aussi contribuer certainement à acheminer l'assuré vers une insertion durable dans le marché du travail ordinaire.

La minorité Weber-Gobet, à l'alinéa 4, propose de ne pas limiter le délai pendant lequel les assurés ont droit à des conseils et à un suivi. Notre groupe, quant à lui, est d'avis qu'un délai de trois ans peut être considéré comme raisonnable.

Le groupe PDC/PEV/PVL vous invite donc à adopter la proposition de la majorité.

**Schenker Silvia (S, BS):** Wir sind hier beim ersten Artikel zum Thema «Wiedereingliederung von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern». Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, dass ich mich für jede Person freue, die den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben schafft. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Leistungen der IV-Stellen zur Unterstützung dieser Betroffenen ausdrücklich anerkennen, damit das auch einmal gesagt sei. Wie ich auch schon gesagt habe, halte ich gewisse Massnahmen, die in dieser Revision enthalten sind, durchaus für sinnvoll, vor allem die Massnahmen, die zur Unterstützung der Wiedereingliederung von Rentenbezügern dienen.

Nun versucht Herr Bortoluzzi, diese Bestimmung mit seinem Minderheitsantrag stark einzuengen. Er will nämlich vorschreiben, dass Integrationsmassnahmen nur dann mehrmals zugesprochen werden können, wenn diese im allgemeinen, ersten Arbeitsmarkt erfolgen. Diese Einschränkung ist nicht sinnvoll; sie erschwert zudem die sowieso schon schwierige Aufgabe für die IV-Stellen und für die Betroffenen.

Selbstverständlich ist es das Ziel der Eingliederungsbemühungen, dass die Betroffenen eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt finden. Der Weg dorthin kann aber sehr unterschiedlich sein. Gerade Menschen, die bereits seit einiger Zeit eine Rente haben, brauchen Zeit und die Möglichkeit, einen sanften Einstieg zu machen. Der sanfte Einstieg kann oder muss in gewissen Fällen über den geschützten Rahmen führen, und manchmal muss es möglich sein, Massnahmen für eine Integration im geschützten Rahmen mehrmals zu sprechen. Ich bitte Sie darum dringend, den Antrag der Minderheit Bortoluzzi abzulehnen – nicht weil ich nicht auch möchte, dass die Betroffenen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, sondern weil ich möchte, dass die Betroffenen den Weg ins Erwerbsleben in dem Tempo zurücklegen können, das ihnen und ihren Möglichkeiten entspricht.

Hingegen unterstützt die SP-Fraktion sehr gerne den Antrag der Minderheit Weber-Gobet. Sie möchte das Recht auf Beratung und Unterstützung für die Arbeitgeber im Gesetz festhalten, und sie möchte vor allem auch festhalten, dass die Beratungsleistungen für einen unbegrenzten Zeitraum möglich sind. Aus der Praxis weiss ich, wie wichtig die Beratung für Arbeitgeber ist. Wer sich darauf einlässt, jemanden anzustellen, der seit einiger Zeit eine IV-Rente hatte, sollte die grösstmögliche Unterstützung durch die IV erhalten.

Gerade psychische Krankheiten zeichnen sich durch schwankende Verläufe aus. Ich spreche hier aus Erfahrung, ich bin Sozialarbeiterin in einer psychiatrischen Klinik. Nach zwei, drei Jahren, in denen es den Menschen gutgeht, kann plötzlich wieder eine Krise kommen. Genau in diesen Momenten brauchen die Betroffenen, aber auch die Arbeitgeber Unterstützung und Beratung. Die IV-Stellen sind für solche Beratungen geeignet.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Die Wiedereingliederung von Menschen, denen bereits eine Rente zugesprochen wurde, ist ein Wunsch, den wir hier im Saal teilen. Wir teilen ihn mit einer Mehrheit der Rentenbezüger und -bezügerinnen.

Menschen mit Renten haben einen beschwerlichen Weg hinter sich: Viele bemühten sich über mehrere Jahre, im Arbeitsmarkt integriert zu bleiben, viele mussten in äusserst belastender Weise erfahren, dass dies für sie nicht mehr möglich ist. Es folgten monatelange, teils jahrelange Abklärungen und Massnahmen, bis ihnen schlussendlich eine Rente zugesprochen wurde. Danach begann die schmerzliche psychische, physische und soziale Anpassung an ein Leben mit Rente.

Jetzt – spät und mit der Motivation, einen riesigen finanziellen Druck zu beseitigen – wollen wir sie auf ihrem Weg zurück begleiten. Das ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, eine Aufgabe, die den individuellen Möglichkeiten und den Möglichkeiten des Arbeitgebers angepasst werden muss. Es ist nicht nur im Sinn der betroffenen Rentenbezüger und -bezügerinnen, sondern auch im Sinn des Arbeitgebers, wenn die Reintegration nicht a priori an der normalen Arbeitsstelle, d. h. im ersten Arbeitsmarkt, durchgeführt werden muss, sondern gestuft erfolgen kann. Damit hat nicht zuletzt der Arbeitgeber die Garantie, dass diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend belastbar und somit integrierbar sind.

Die grüne Fraktion bittet Sie deshalb, den Antrag der Minderheit Bortoluzzi abzulehnen. Dieser Antrag ist realitätsfremd. Im gleichen Sinn bitten wir Sie, der Minderheit Weber-Gobet zuzustimmen und die Beratung und Begleitung auch nach glücklicher Integration bedürfnisgerecht zu gestalten, das heisst, sie überhaupt zu ermöglichen. Es ist eine Prophylaxe, dass Wiederintegrierte in Krisensituationen im ersten Arbeitsmarkt verbleiben können, und es ist eine Sicherheit für die Arbeitgeber, dass eine allenfalls nötige Begleitung nicht von ihnen allein geleistet werden muss.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe libéral-radical soutient la proposition de la majorité aux alinéas 3 et 4.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Nous voudrions vous demander de suivre dans les deux cas le Conseil fédéral et donc la majorité.

En ce qui concerne la minorité Bortoluzzi à l'article 8a alinéa 3, il faut tout simplement maintenir ici une certaine souplesse. Sur le fond, nous approuvons ce qui a été dit par Monsieur Bortoluzzi ainsi que par Monsieur Parmelin, c'est-à-dire qu'il faut tout faire pour obtenir des résultats sur le marché primaire du travail et ne pas opter trop facilement pour le marché secondaire du travail. Nous estimons que cela est possible par des incitations claires données aux offices AI. En revanche, nous estimons que la proposition de la minorité Bortoluzzi à l'alinéa 3 est une véritable contrainte qui, déjà au niveau de la loi, ne laisserait plus de marge de manoeuvre dans certains cas où cela pourrait être souhaitable.

Sur le fond, j'approuve la ligne suivie, mais sur la forme, ne modifiez pas la loi en supprimant toute marge de manoeuvre, toute souplesse pour les cas mentionnés après une durée d'un an, cas pour lesquels il faut accorder plusieurs fois des mesures de réinsertion. Il y a des cas dans lesquels la réadaptation peut se faire avec un peu plus de souplesse que dans d'autres, et nous ne souhaitons donc pas cette modification de la loi.

Je vous en prie, soutenez la proposition de la majorité de la commission.

Maintenant, concernant l'alinéa suivant et la proposition de la minorité Weber-Gobet: il s'agit donc des cas dans lesquels l'AI n'est en principe plus tenue de verser des prestations puisque la rente a été supprimée. Madame Weber-Gobet voudrait qu'il n'y ait pas de limite de temps pour des conseils et des mesures de suivi. Le Conseil fédéral quant à lui propose de limiter ces mesures à trois ans et après, de deux choses l'une: soit on a trouvé une solution dans les trois ans et le cas est réglé, soit on n'a pas trouvé de solution et, après trois ans, l'état de santé n'est pas encore stabilisé, alors il faut réévaluer la situation et envisager des mesures d'intervention précoce ou le droit à une rente partielle, de nouveau avec conseils et suivi.

A notre sens, la formulation du Conseil fédéral et de la majorité, ainsi que du Conseil des Etats d'ailleurs, est plus claire. Elle est également plus juste à l'égard de l'assuré et de l'employeur.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Si les mesures prises jusqu'ici dans l'AI se sont concentrées sur la réduction et l'évitement de nouvelles rentes, peu a été fait au niveau des rentes existantes. En général, les rentes continuent à être versées indéfiniment et les réinsertions de bénéficiaires sont rares – moins de 1 pour cent de l'effectif. Il existe donc là un grand potentiel inexploité que l'article 8a, dont nous discutons maintenant, veut combler. Il est le coeur de la révision des rentes axée sur la réadaptation, un mécanisme qui permet d'encourager activement la réadaptation et, par là même, de réduire le nombre de rentes.

Les bénéficiaires de rentes présentant un potentiel de réadaptation sont préparés à réintégrer le marché du travail. Ils sont conseillés et accompagnés et ils bénéficient de mesures spécifiques. Pour compléter le dispositif, différents mécanismes de protection sont prévus: poursuite du versement de la rente durant l'exécution des mesures, règles appliquées en cas de nouvelle dégradation de la situation après une réadaptation réussie, coordination avec d'autres assurances, notamment la prévoyance professionnelle, l'assurance-accidents et l'assurance-chômage.

Parmi les mesures de nouvelle réadaptation, on compte donc aussi les mesures de la réinsertion qui, selon l'alinéa 3, peuvent être accordées plusieurs fois et excéder la durée d'un an au total. Une minorité de votre commission demande que cette durée puisse être dépassée uniquement si la réinsertion a lieu sur le marché ordinaire du travail. Bien que la volonté soit claire de viser une réinsertion sur le marché du travail primaire, cette proposition supprimerait une marge de manoeuvre quand même très utile, notamment le recours au marché secondaire du travail.

La commission, par 15 voix contre 9, vous invite donc à soutenir la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

Par rapport à l'alinéa 4, les personnes qui ont reçu une rente parce qu'elles ont par exemple des problèmes psychiques ont besoin, plus que d'autres, d'un soutien personnel prolongé, car les maladies dont elles souffrent évoluent souvent par phases et que, par conséquent, le processus de stabilisation et de retour au travail est plus long. Il faut donc que la durée des conseils et du suivi puisse être fixée individuellement et prolongée après la fin des mesures de nouvelle réadaptation. Pour que le dispositif soit suffisamment souple, l'office AI peut, même après une mesure ayant conduit à la suppression de la rente, prévoir des conseils et un suivi de la personne durant trois ans encore au maximum à compter de sa décision.

La minorité Weber-Gobet propose par contre que les conseils et le suivi soient garantis sans limitation de temps, pour autant que cela s'avère nécessaire. La commission estime qu'une telle absence de limites n'est pas raisonnable; une prise en charge à vie ne serait ni dans l'intérêt de l'assuré, ni dans celui de l'équilibre de l'assurance.

Par 14 voix contre 6, la commission vous invite donc à soutenir, ici aussi, la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire d'en rester au projet du Conseil fédéral.

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: Mit dem neuen Artikel 8a will man im Bundesgesetz spezielle Bestimmungen verankern, die es heutigen IV-Rentnerinnen und -Rentnern dank gezielter Massnahmen ermöglichen sollen, in die Arbeitswelt zurückzugelangen. Diese Menschen benötigen und verdienen Rat und Tat. Und dies bietet der neue Artikel 8a an. Unter anderem sollen Integrationsmassnahmen, wie sie mit der 5. IV-Revision eingeführt worden sind, auch diesen Rentnerinnen und Rentnern gewährt werden können. Die Minderheit Bortoluzzi will erreichen, dass Integrationsmassnahmen nur dann länger als ein Jahr möglich sind, wenn sie im allgemeinen Arbeitsmarkt erfolgen. Die Kommissionsmehrheit erachtet diese Einschränkung als nicht sinnvoll, denn gerade bei diesen Personen ist es im Gegenteil sinnvoll, in einem beschützenden Umfeld Aufbauarbeit leisten zu können. Ziel der Integrationsmassnahmen ist eben, dass jemand persönlich für den allgemeinen Arbeitsmarkt aufgebaut und befähigt wird.

Wir bitten Sie, nicht die Einschränkung gemäss Minderheit zu unterstützen, sondern den Antrag der Kommissionsmehrheit, der mit 15 zu 9 Stimmen zustande kam.

Bundesrat und Ständerat stehen hinter Absatz 4 des neuen Artikels 8a. Damit sollen insbesondere diese Personen, die wieder neu in der Arbeitswelt sind, und deren Arbeitgeber einen Anspruch auf Beratung und Begleitung durch die IV erhalten. Dieser Anspruch soll jedoch auf längstens drei Jahre beschränkt sein. Die Minderheit Weber-Gobet will hier einen zeitlich unbeschränkten Anspruch schaffen, sofern sich dies als notwendig erweist. Diese Erweiterung und die somit quasi unendlich lange Begleitung erscheinen der Kommissionsmehrheit als unsinnig; dies kommt einem Versprechen gleich, das nicht eingehalten werden kann. Deshalb befand die Kommissionsmehrheit – 14 zu 6 Stimmen –: Ja zum Support, aber befristet auf maximal drei Jahre.

*Abs. 3 – Al. 3*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4878)

Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

*Abs. 4 – Al. 4*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4879)

Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 59 Stimmen

*Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

## **Art. 8b**

*Antrag der Mehrheit*

*Titel*

Verpflichtung von Grossunternehmen

*Abs. 1*

Beitragspflichtige private und öffentliche Unternehmen, die 250 oder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, müssen mindestens 1 Prozent Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen:

- a. deren Rente im Rahmen der 6. IV-Revision herabgesetzt oder aufgehoben wurde; und
- b. die Massnahmen zur Wiedereingliederung gemäss Artikel 8a durchlaufen haben.

*Abs. 2*

Unternehmen, welche ihrer Verpflichtung gemäss Absatz 1 nicht nachkommen, leisten eine zweckgebundene Abgabe in der Höhe einer minimalen jährlichen Invalidenrente. Die Abgabe ist geschuldet für jeden Arbeitsplatz, der gemäss Absatz 1 besetzt werden sollte.

*Abs. 3*

Der Ertrag der Abgaben gemäss Absatz 2 wird für die Finanzierung der Eingliederungsmassnahmen der Versicherung sowie für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Personen,

welche eine IV-Rente beziehen oder bezogen haben, sowie für Personen, welche von Invalidität bedroht sind, verwendet.

*Abs. 4*

Der Bundesrat regelt die nähere Umsetzung.

*Antrag der Minderheit I*

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Goll, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Titel*

Verpflichtung zur Beschäftigung von behinderten Personen

*Abs. 1*

Beitragspflichtige private und öffentliche Arbeitgeber, die 100 oder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, müssen mindestens 2 Prozent Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, die:

- a. eine Invalidenrente beziehen; oder
- b. einen Invaliditätsgrad von mindestens 25 Prozent aufweisen; oder
- c. von der Versicherung gemäss Artikel 7d oder 8 vermittelt worden sind.

*Abs. 2*

Arbeitgeber, welche die Quote gemäss Absatz 1 nicht einhalten, bezahlen eine Sanktion in der Höhe der durchschnittlichen jährlichen Invalidenrente. Die Sanktion ist geschuldet für jeden Arbeitsplatz, der gemäss Absatz 1 mit einer behinderten Person besetzt werden sollte.

*Abs. 3*

Die Überwachung der Einhaltung der Quote und das Inkasso der Sanktionen erfolgen durch die Ausgleichskassen der AHV. Diese kontrollieren die Einhaltung der Quote mindestens einmal jährlich.

*Abs. 4*

Der Ertrag der Sanktionen gemäss Absatz 2 wird für die Finanzierung der Eingliederungsmassnahmen der Versicherung verwendet.

*Antrag der Minderheit II*

(Triponez, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Müri, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

Streichen

*Antrag Ingold*

*Titel*

Verpflichtung von Grossunternehmen zur Beschäftigung von leistungsbeeinträchtigten Personen

*Abs. 1*

Beitragspflichtige private und öffentliche Arbeitgeber, die 250 oder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, müssen mindestens 2 Prozent Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, die:

- a. eine Invalidenrente beziehen oder
- b. einen Invaliditätsgrad von mindestens 25 Prozent aufweisen oder
- c. die von der Versicherung gemäss Artikel 7d oder 8 vermittelt worden sind.

*Schriftliche Begründung*

Ohne das verbindliche Engagement der Wirtschaft in der Schaffung von Arbeitsplätzen für Leistungsbeeinträchtigte wird das Ziel der 6. IV-Revision nicht erreicht. Etwa 16 000 Renten sollen aufgehoben werden, das bedeutet für ebenso viele Menschen eine Erwerbsarbeit, die es bis heute nicht gibt.

– Warum überhaupt Verpflichtung? Die Beteuerungen der Wirtschaft, im Zusammenhang mit dem Wiedereingliederungsprogramm der 5. IV-Revision freiwillig Nischenarbeitsplätze zu schaffen, haben überhaupt nicht zu genügenden Ergebnissen geführt. Mit Freiwilligkeit würden weiterhin Tausende von arbeitswilligen Rentnerinnen und Rentnern ausgegrenzt bleiben, und die 6. IV-Revision führt nicht zum Erfolg. Es braucht den Systemwechsel zur Verpflichtung, Leistungsbeeinträchtigte ins Unternehmen zu integrieren.

– Warum nur Grossunternehmen ab 250 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern? Die KMU haben ihre Hausaufgaben gemacht, den Tatbeweis schuldig geblieben sind die Grossen, deshalb soll die Verpflichtung nur für sie gelten.

– Warum 2 Prozent statt 1 Prozent? Um einen Kulturwandel von der Ausgrenzung zur Integration anzustossen, ist ein grösserer und gewichtiger Schritt notwendig, der mehr Wirkung zeigen soll als die Bereitstellung von vernachlässigbaren Zufallsnischen.

#### **Art. 8b**

##### *Proposition de la majorité*

###### *Titre*

Obligations des grandes entreprises

###### *Al. 1*

Les entreprises privées et publiques assujetties à l'obligation de payer des cotisations et occupant au moins 250 personnes doivent employer au moins 1 pour cent de travailleurs:

- a. dont la rente a été réduite ou supprimée dans le cadre de la 6e révision de l'AI;
- b. qui ont été soumis à des mesures de réadaptation conformément à l'article 8a.

###### *Al. 2*

Les entreprises qui n'honorent pas l'obligation visée à l'alinéa 1 paient une taxe affectée à des fins déterminées, correspondant à une rente d'invalidité annuelle minimale. La taxe est perçue pour chaque poste qui n'est pas occupé conformément à l'alinéa 1.

###### *Al. 3*

Le bénéfice des taxes prévues à l'alinéa 2 est utilisé pour financer les mesures de réadaptation des assurés et créer des postes destinés aux personnes recevant ou ayant reçu une rente AI ou encore à celles menacées d'invalidité.

###### *Al. 4*

Le Conseil fédéral fixe la mise en oeuvre de cette disposition.

##### *Proposition de la minorité I*

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Goll, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

###### *Titre*

Obligation d'embaucher des personnes handicapées

###### *Al. 1*

Les employeurs privés et publics soumis à cotisation qui emploient 100 travailleurs ou plus sont tenus d'embaucher au moins 2 pour cent de personnes qui:

- a. perçoivent une rente d'invalidité; ou
- b. présentent un degré d'invalidité de 25 pour cent au moins; ou
- c. sont recommandées par l'assurance en vertu de l'article 7d ou de l'article 8.

###### *Al. 2*

Les employeurs qui n'observent pas la proportion fixée à l'alinéa 1 paient, en guise de sanction, un montant correspondant à une rente d'invalidité annuelle moyenne. La sanction est due pour chaque poste qui devrait être occupé par une personne handicapée conformément à l'alinéa 1.

###### *Al. 3*

Les caisses de compensation AVS contrôlent le respect de la proportion et l'encaissement des sanctions. Elles contrôlent le respect de la proportion au moins une fois par an.

###### *Al. 4*

Le revenu provenant des sanctions visées à l'alinéa 2 sert à financer les mesures de réinsertion prises par l'assurance.

##### *Proposition de la minorité II*

(Triponez, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Müri, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

Biffer

##### *Proposition Ingold*

###### *Titre*

Obligation faite aux grandes entreprises d'embaucher des personnes handicapées

###### *Al. 1*

Les employeurs privés et publics soumis à cotisation qui emploient 250 travailleurs ou plus sont tenus d'embaucher au moins 2 pour cent de personnes qui:

- a. perçoivent une rente d'invalidité; ou
- b. présentent un degré d'invalidité de 25 pour cent au moins; ou
- c. sont recommandées par l'assurance en vertu de l'article 7d ou de l'article 8.

**Prelicz-Huber** Katharina (G, ZH): Der Gedanke der Integration unter anderem in der Arbeitswelt ist sehr gut und wichtig. Es ist aber kein neues Anliegen: Schon seit Beginn der IV ist es das erste Ziel, die Menschen mit Behinderungen wieder integrieren zu können. Aber die Realität ist eine andere: Die Menschen mit Behinderungen werden oft ausgegrenzt, obwohl ihr Arbeitswille vorhanden wäre, weil es unter anderem viel zu wenig Arbeitsplätze hat. Als langjährige Betriebssozialarbeiterin musste ich x IV-Gesuche bearbeiten. Weil die Arbeitgeber diese Personen nicht mehr beschäftigen wollten, war ihr Wunsch, dass ich diese Leute bei der IV anmeldete, damit sie quasi das Problem gelöst hatten. Das kann doch wohl nicht Sinn und Zweck der Invalidenversicherung sein!

Das begann in den Neunzigerjahren. Die Gründe waren der Wandel der Technologie und der Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen, unter anderem von schlecht qualifizierten Arbeitsplätzen und eben von Arbeitsplätzen von Menschen mit einer Leistungseinschränkung. Heute sind wir in einer extremen Leistungsgesellschaft, in der wiederum eine hundertprozentige Leistung gefordert wird, in der eine Topqualifizierung gefordert wird. Damit werden auf der anderen Seite eine Überforderung und ein Ausschluss produziert, und Behinderung hat keinen Platz mehr.

Arbeitgeber wollen Behinderte nicht integrieren, unter anderem aus Angst, dass damit zu viel Aufwand verbunden ist, oder weil Menschen mit Behinderungen zu wenig Leistung erbringen. Eine Studie zeigt deutlich, dass 8 Prozent der Schweizer Betriebe heute behinderte Menschen integrieren, dass aber 31 Prozent der Betriebe das tun könnten und es nicht tun. Es kann also nicht sein, dass die Rentenüberprüfung einfach mit Druck auf die handicapierten Menschen gemacht wird, ohne Druck auf die Arbeitgeber, ohne Verpflichtung für die Arbeitgeber. Die Freiwilligkeit funktioniert leider nicht, sie hätte längst gelebt werden können – wie gesagt, ist die Integration seit der Einführung der IV der Hauptwunsch.

Wir hatten schon bisher zu wenige Arbeitsplätze, wir hatten trotz aller Versuche mit der 5. IV-Revision mässigen bis ganz kleinen Erfolg. Sollten jetzt plötzlich Tausende von neuen Arbeitsplätzen vorhanden sein, nur weil die 12 500 Renten überprüft werden? Das ist einfach nur zynisch. Das Beispiel anderer Länder zeigt es deutlich: Es braucht einen Anreiz, Quoten sind eine gute Möglichkeit. Deshalb beantragt die Minderheit I, eine Verpflichtung für die Arbeitgeber einzuführen. Der Antrag ist bescheiden, machbar und vom Aufwand her verkraftbar. Die Pro Infirmis, die aufgrund einer Studie zum Fazit kam, dass die Arbeitgeber eben leider keine Integration wollen, sagt auch, dass es eine verbindliche Quote von 2 Prozent und ein Bonus-Malus-System braucht.

Das hier ist der Antrag der Minderheit: 2 Prozent Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 100 Angestellten. Das heisst, dass die KMU nicht, wie es immer wieder gesagt wird, betroffen sind. Es ist eine Massnahme, die möglich ist. Falls das nicht gemacht wird, soll das Geld, das dann als Sanktion bezahlt werden müsste, für Integrationsmassnahmen verwendet werden.

Ich bitte Sie also, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen, damit tatsächlich Arbeitsplätze für behinderte Menschen geschaffen werden.

**Ineichen** Otto (RL, LU): Liebe Kollegin, ich kann ja wohl für mich behaupten, dass ich für die Integration von Menschen, seien es Jugendliche, ältere Leute oder Behinderte, sehr viel tue. Das können Sie aber nur mit Unternehmernetzwerken tun. Glauben Sie tatsächlich, dass Sie mit Zwang Leute eingliedern können? Ich glaube wirklich, dass dies der falsche Weg ist. Wie gehen Sie damit um? Ich muss Ihnen sagen: Wir selber beschäftigen in unserem Unternehmen 15 Behin-

derte. Sie möchten diese nicht einmal anrechnen. Wie wollen Sie das Problem denn letztlich lösen? Ich meine, dies ist der falsche Weg. Glauben Sie, dass das Unternehmertum darauf eingeht? Wir werden die Aufgabe an die Hand nehmen und anpacken, aber nicht aufgrund solcher Forderungen, die schlicht nicht umsetzbar sind.

**Prelicz-Huber Katharina (G, ZH):** Lieber Kollege Ineichen, ich schätze natürlich das Engagement, das Sie leisten, sehr wohl. Nur muss ich Ihnen sagen, dass seit vierzig Jahren Unternehmungen die gleiche Möglichkeit wie Sie hätten, behinderte Menschen zu integrieren. Die Realität ist eine andere, ich habe es vorher gesagt. Die Realität war und ist, dass die Menschen mit Behinderungen ganz grossmehrfach ausgeschaltet werden. Es braucht deshalb gemäss Untersuchungen aus vielen Orten des Auslandes eine klare Verpflichtung, damit nicht nur Leute wie Sie diese Aktion machen, sondern dass eine ganz grosse Mehrheit der Unternehmungen eben zu dem, was sie tun können, auch verpflichtet werden.

**Triponez Pierre (RL, BE):** Im Namen einer starken Minderheit, der Minderheit II, empfehle und beantrage ich Ihnen, auf jede Quotenregelung zu verzichten und alle Anträge ausser selbstverständlich den meinigen abzulehnen: den Antrag der Mehrheit, welcher 1 Prozent ab 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangt, noch viel mehr den Einzelantrag Ingold, der 2 Prozent ab 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangt – man sieht schon, wie das vor sich geht – und erst recht den Antrag der Minderheit I, welcher 2 Prozent ab 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verlangt. Sagen Sie also Ja zum Minderheitsantrag II, zum Entwurf des Bundesrates und zum Beschluss des Ständerates.

Quoten fördern die Eingliederung bestimmter Personengruppen in keiner Art und Weise. Sie sind sogar kontraproduktiv. Quoten hat es immer wieder gegeben. Versuche zur Einführung von Quoten gibt es schon seit Jahrzehnten. Denken Sie an Frauenquoten, denken Sie an Ausländerquoten, denken Sie an Asylantenquoten, erinnern Sie sich an Straftlassenenquoten, denken Sie an Arbeitslosenquoten, und denken Sie auch an Lehrlingsquoten, die in der Volksabstimmung – Stichwort: Lipa-Initiative –, die wir miteinander erlebt haben, vom Volk glücklicherweise in Bausch und Bogen verworfen worden sind.

Quoten sind sicher keine Lösung für die Integration in den Arbeitsmarkt. Ein Anstellungszwang über Quoten erinnert mich eher an Zwangsehen – das kann kaum zu einem guten Resultat führen. Glücklicherweise sind wir in der Schweiz seit 1848 von Quoten verschont geblieben.

Es gibt Erfahrungen; alle Erfahrungen – ich betone das hier –, welche im Ausland mit solchen Quoten gemacht worden sind, waren negativ. Das will man offenbar einfach nicht wahrhaben. Wir verlangten dazu in der SGK einen Bericht; es gibt einen solchen Bericht der OECD. Dieser Bericht ist vernichtend ausgefallen. Er hat aufgezeigt – ich übertreibe jetzt auch etwas –, dass praktisch überall dort, wo es Quoten für Behinderte gibt, die Integration schlechter ist als dort, wo es keine Quoten gibt und die Integration auf freiwilliger, guter Arbeit beruht. In den nordischen Ländern hat man auf die Einführung solcher Quoten verzichtet, in England hat man sie wieder abgeschafft, in Österreich wird jetzt über die Abschaffung diskutiert. Kein einziges Land hat positive Erfahrungen mit solchen Quoten gemacht – ich muss das noch einmal wiederholen –, also führen wir doch so etwas in unserem Land nicht ein!

Ich denke, dass die Wiedereingliederungsmassnahmen, die in den Absätzen 3 und 4 von Artikel 8a vorgesehen sind, der richtige Weg sind. Wir sind hier beim Kernpunkt der Revision 6a. Es soll auf der einen Seite alles getan werden, um den Weg für Menschen mit Rente zu ebnet, welche eine Anstellung suchen, welchen wieder eine Anstellung geboten werden soll. Auf der anderen Seite soll der Weg auch für Arbeitgeber geebnet werden, die bereit sind, mit solchen Personen einen Arbeitsvertrag abzuschliessen. Deshalb ist es ja so wichtig, dass solche Integrationsmassnahmen mehrmals

ausgesprochen werden können und insgesamt länger als ein Jahr dauern dürfen. Es ist sogar so, dass versicherte Personen – beachten Sie einmal Absatz 4, der ja nicht bestritten ist – sowie deren Arbeitgeber noch während drei Jahren von der IV begleitet werden können, was am Schluss effektiv zum Erfolg führen sollte.

Ich bitte Sie dringend, der Minderheit II zu folgen und jegliche Quotenregelung abzulehnen.

**Ingold Maja (CEG, ZH):** Herr Triponez, auch Sie wollen 16 000 Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt schaffen, sonst ist diese IV-Revision nicht erfolgreich. Seit der 5. IV-Revision zeigt sich klar, dass grosse Unternehmen den Tatbeweis dafür schuldig bleiben, dass sie freiwillig Arbeitsplätze für Leistungsbeeinträchtigte schaffen. Was haben Sie denn für Massnahmen auf Lager, um die Grossunternehmen dazu zu bewegen? Wie sorgen Sie dafür, dass genügend Plätze geschaffen werden?

**Triponez Pierre (RL, BE):** Zuerst einmal sollte man sich nicht an der Zahl von 16 000 Arbeitsplätzen derart aufhängen lassen. Wir sind uns bewusst, dass der Erfolg durchaus gegeben ist, wenn es uns gelingt, mehrere Tausend Personen zu integrieren. Frau Ingold, es wäre nun fast ein bisschen übertrieben zu sagen, wenn es nicht 16 000 seien, dann sei das kein Erfolg. Also bitte schön, bleiben Sie ein bisschen bei den Realitäten! Jede Person, die wir so eingliedern können, bedeutet einen Fortschritt. Dass in der letzten Zeit auch schon mit der 5. IV-Revision gute Fortschritte gemacht worden sind, das wissen wir alle.

Aber Sie haben den Text nicht gelesen und mir vorhin nicht zugehört. Das ist ja der Inhalt von Artikel 8a. Man will ja beide Parteien mit Liebe und Vertrauen zueinander führen. Man will die Belastung möglichst tief halten. Man will das Risiko auch für den Arbeitgeber minimieren; häufig ist es nicht einmal der Arbeitgeber, sondern sind es die Mitarbeiter, die keinen neuen Kollegen aufnehmen wollen. Man will sie zusammenführen. Man will ihnen maximal drei Jahre Zeit geben, mit einer Begleitung. Das ist die beste Chance, die wir diesen Menschen und auch den Arbeitgebern geben können – nicht die Sicherheit, dass man die Zahl von 16 000 erreicht –, damit diese Integration erfolgreich ist.

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Die FDP-Liberale Fraktion bittet Sie, den Antrag der Minderheit II (Triponez) zu unterstützen. Die von der Kommissionsmehrheit bei Artikel 8b beantragte Verpflichtung von Grossunternehmen, rund 1 Prozent ihrer Arbeitsplätze für Behinderte zu reservieren, ist abzulehnen. Noch mehr ist der Antrag der Minderheit I (Prelicz-Huber) abzulehnen, welcher die doppelte Quote fordert.

Die Integration von IV-Rentnern soll nicht über eine Quote geregelt werden, da Quoten und der damit verbundene Zwang eine schlechte Voraussetzung für eine angemessene Integration von Behinderten sind. Zudem können manche Arbeitgeber aufgrund ihres Tätigkeitsbereichs keine Behinderten integrieren. So wird die Quotenregelung zu einer Mehrbelastung bzw. zu einer Steuer für die betreffenden Grossunternehmen.

Die IV wird paritätisch finanziert. Wenn wir eine Quotenregelung einführen und die Grossunternehmen Zahlungen leisten müssen, ist das eine einseitige Finanzierung. Die Quotenregelung ist zwar gut gemeint, aber – wie so häufig, wenn etwas gut gemeint ist – schlecht gemacht.

Bereits im Rahmen der 5. IV-Revision ist die Idee aufgekommen, ein solches Quotensystem zu installieren; damals wurde es richtigerweise nicht integriert. Ein Blick auf die Erfahrung der umliegenden Länder zeigt, dass die Quotenregelung wenig hilfreich ist. Quotenregelungen haben Deutschland, Frankreich, Österreich, Spanien und einige östliche Länder. Keine Quoten kennen fast alle nordischen Länder, nämlich Belgien, Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Finnland, Schweden und England. Interessant ist auch, dass England eine Quotenregelung hatte und sie wieder abgeschafft hat. Die Niederlande hatten die Möglichkeit zur Einführung von Quoten, und auch diese wurde nicht benutzt.

Das Ziel ist eigentlich, dass man mehr Behinderte eingliedern möchte. Eine Studie, die in Österreich gemacht wurde – es ist die einzige seriöse Studie, die gemacht wurde –, hat gezeigt, dass Behinderte, die schon eine Stelle hatten, ihre Situation durch die Quotenregelung verbessern konnten. Sie hatten in der Folge eine bessere Arbeitsplatzsicherheit wie auch ein besseres Einkommen. Insgesamt ist die Bilanz der Quotenregelung jedoch negativ.

Für Menschen mit Behinderungen, die in Österreich zum Zeitpunkt der Einführung des Gesetzes keine Anstellung hatten, verschlechterten sich die Anstellungschancen gemäss Studie. Die Erklärung liegt darin, dass das Gesetz dazu führte, dass die Firmen ab diesem Zeitpunkt kaum mehr Arbeitnehmer mit Behinderungen einstellten. Die trotz dieser Entwicklung beobachtete positive Tendenz bei der Erfüllung der Quote ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Quote durch die bereits angestellten Arbeitskräfte aufgefüllt wurde. Das österreichische Behinderteneinstellungsgesetz hat somit einen Anreiz gesetzt, schon angestellte Menschen als behindert einzustufen, und das kann es ja nicht sein, dass eine Quotenregelung dazu führt, dass wir mehr Behinderte haben, nur damit die Firmen ihre Quoten erfüllen können. Wir wollen das Gegenteil: Wir wollen Menschen, die jetzt behindert sind und keine Stelle haben, eingliedern und nicht Leute, die mit gewissen Einschränkungen schon einen Arbeitsplatz haben, zu Behinderten machen.

Die folgenden Gründe sprechen gegen eine Einführung von Quoten: Eines der grössten Probleme von Quotensystemen besteht darin festzulegen, nach welchen Kriterien die Personen bestimmt werden, die für die Quote zählen. Mit den bestehenden Quotensystemen wird dies in der Regel über die Art und Schwere der Behinderung definiert, was gerade bei psychischen Behinderungen äusserst schwierig ist. Wichtig ist dabei die Unterscheidung zwischen Behinderung und Invalidität, die einen Rentenanspruch ergibt. So ist z. B. eine Person mit Paraplegie sehr oft voll erwerbstätig und hat keinen Anspruch auf eine Invalidenrente. Diese würde aber für die Quote zählen. Ein Abstellen alleine auf den Anspruch auf eine IV-Rente ist auch nicht möglich, da gerade die Anstellung dazu führen soll, dass die Invalidität durch die Erzielung eines Erwerbseinkommens gemindert wird; es geht nicht anders herum, wonach die Invalidität Bedingung ist, um in die Quote zu kommen. Dies ergäbe wirklich einen verdrehten Mechanismus, wenn wir dem zustimmten.

Eine Problematik von Quotenregelungen liegt darin, das hat auch mein Vorredner schon gesagt, dass man die Quoten mit vorhandenen Arbeitnehmern füllt. Das kann es aber nicht sein.

Ein wichtiger Punkt sind auch die Strafzahlungen. Wenn sie für Unternehmen überhaupt wirtschaftlich tragbar sein sollen, dürfen sie nicht allzu hoch ausfallen. Das heisst dann, dass die meisten Arbeitgeber es vorziehen, die Quote zu erfüllen.

Wir bitten Sie sehr, den Antrag der Minderheit II (Triponez) zu unterstützen. Er hilft den Behinderten, von den Firmen aufgenommen zu werden, und das ist das, was wir wollen.

**Schenker** Silvia (S, BS): Frau Kleiner, haben Sie die Quotenregelung, wie sie von der Mehrheit der Kommission eingeführt wurde, genau studiert? Sind Sie sich bewusst, dass Ihre Argumentation im Zusammenhang mit der von der Kommissionsmehrheit beschlossenen Quote und bezüglich der Definition derjenigen, die von den Quoten betroffen wären, nicht stimmt?

**Kleiner** Marianne (RL, AR): Ich habe Ihre Frage effektiv nicht verstanden, Frau Schenker. Könnten Sie sie nochmals stellen?

**Schenker** Silvia (S, BS): Es geht um den feinen Unterschied zwischen der Quote gemäss dem Antrag der Mehrheit und jener gemäss dem Antrag der Minderheit I. Die Quote gemäss Antrag der Mehrheit zielt genau auf die Personen, denen eine Rente aufgrund der 6. IV-Revision gekürzt oder gestrichen wird. Die Argumentation, die Sie gebracht haben –

dass dann darum gestritten werde, wer unter die Quote fällt und wer nicht –, kann hier nicht stimmen. Sind Sie auch meiner Meinung?

**Kleiner** Marianne (RL, AR): Nein, ich bin nicht Ihrer Meinung, Frau Schenker, sonst hätte ich das nicht so dargelegt, wie ich es dargelegt habe. Für mich geht es bei dieser 6. IV-Revision darum, Behinderten wieder einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt zu verschaffen, damit sie wieder arbeiten können. Da sind die Quoten, wie sie jetzt die Mehrheit und noch mehr die Minderheit I einführen wollen, hinderlich. Ich sehe zwar, dass dies alles gut gemeint ist, aber es ist nicht gut gemacht.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr  
La séance est levée à 13 h 05*

## Dreizehnte Sitzung – Treizième séance

Donnerstag, 16. Dezember 2010

Jeudi, 16 décembre 2010

08.00 h

10.032

### 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Premier volet

*Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBl 2010 1817)

Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

### Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)

#### Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)

*Art. 8b*

**Hassler** Hansjörg (BD, GR): Mit der Eingliederung von nahezu 17 000 heutigen Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger ins Berufsleben haben wir uns sehr hohe Ziele gesetzt. Das ist eine ganz grosse Herausforderung für alle Beteiligten; das ist uns von der BDP durchaus bewusst. Wir sind klar der Meinung, dass die Wirtschaft heute für die Eingliederung von Personen mit Behinderungen noch zu wenig unternimmt. Dies trifft vor allem für die grossen Unternehmungen zu. Trotzdem sind wir von der BDP-Fraktion heute gegen eine Quotenregelung.

Eine Quotenregelung ist immer mit Ungerechtigkeiten verbunden. Wo soll man hier die Grenzen setzen? Welche Unternehmungen sollen in diese Quotenregelung mit einbezogen werden? Im Grunde genommen müssen sich alle Unternehmungen um die Eingliederung bemühen. Wenn Quoten nur für die grossen Unternehmungen festgelegt werden, fühlen sich die kleinen weniger verpflichtet, Wiedereingliederungen vorzunehmen.

Die Festlegung einer Quote würde auch in einem gewissen Widerspruch zur 5. IV-Revision stehen und zu Konflikten führen. Mit der 5. IV-Revision wurden Betriebe angehalten, Personen mit Schwierigkeiten am Arbeitsplatz oder mit Behinderungen im Arbeitsprozess zu behalten. Diese Betriebe, die sich im Sinne der 5. IV-Revision vorbildlich verhalten haben, wären also die Verlierer einer solchen Regelung. Diese Personen, die in der 5. IV-Revision im Arbeitsprozess behalten wurden, sind nämlich dieser Quotenregelung nicht unterstellt, und sie sind in diesem Sinne auch nicht erfasst.

Ich wiederhole: Die meisten Unternehmungen, besonders die grossen, tun noch viel zu wenig für die Eingliederung von behinderten Personen. Aber wir wollen ihnen noch eine Chance geben, dies zu ändern. Sie sind für die Anliegen der Eingliederung noch stärker zu sensibilisieren. Zusammen mit den zuständigen Ämtern und Institutionen müssen noch grosse Anstrengungen unternommen werden, um diese Ziele zu erreichen. Sollten die Unternehmungen in Zukunft aber nicht bereit sein, für die Eingliederung deutlich mehr zu tun,

dann wird eine Quotenregelung unausweichlich, denn ohne die Eingliederung von rund 17 000 heutigen Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger ins Berufsleben können wir die Ziele der 6. IV-Revision nicht erreichen.

Wir von der BDP-Fraktion hoffen, dass das angestrebte Ziel auf freiwilliger Basis erreicht werden kann. Darum lehnen wir heute eine Quotenregelung ab.

**Gilli** Yvonne (G, SG): Die Verpflichtung der Arbeitgeber ist einerseits eine Ultima Ratio auf der Basis der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahrzehntes, andererseits aber auch eine Chance, garantiert sie doch auch eine gewisse Balance, weil nicht nur den Versicherten, sondern auch den Arbeitgebern ein Einsatz abgefordert wird. Wiederintegration funktioniert nur, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag leisten.

Ich möchte Ihnen zwei aktuelle Beispiele geben: Kürzlich hatte ich die Möglichkeit, die restrukturierte Produktionsanlage eines international tätigen Industriekonzerns zu besichtigen, eines erfolgreichen und für die Schweiz wichtigen Unternehmens, das unter grossem Konkurrenzdruck steht und Effizienzsteigerung als Muss betrachten muss, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Der Preis dafür ist hoch, denn die Ressourcen der in der Produktion tätigen Menschen müssen voll ausgeschöpft werden. Die Leute arbeiten unter grossem Druck. In der Folge musste einer meiner Patienten neu berentet werden. Er fällt nicht aus dem Arbeitsprozess, weil er nicht mehr arbeiten könnte, sondern weil er den Arbeitsbedingungen wegen einer chronischen Krankheit nicht gewachsen ist. Gemessen an dem, was wir heute propagieren, machte er genau den umgekehrten Weg. Im Produktionsprozess, so wie er eben zeitgemäss ausgestaltet ist, gibt es keinen Platz für Menschen mit individuellen Bedürfnissen, also für Menschen, die wieder integriert werden sollen.

Ein zweites Beispiel, das gerade jetzt passiert: Ein gut vierzigjähriger Patient leidet an einer ersten Episode einer schweren Depression, in deren Folge er aktuell nach mehrmonatiger Arbeitsunfähigkeit bei einem grossen Arbeitgeber im Rahmen der Integration wieder teilzeitlich arbeitet. Da eine Reintegration voraussichtlich mindestens ein Jahr dauern wird und die dauerhafte zukünftige Belastbarkeit zum jetzigen Zeitpunkt ärztlich nicht abschätzbar ist, hat sich der Arbeitgeber entschlossen, das Arbeitsverhältnis zu kündigen, dies trotz des Coachs, der von der IV zugesprochen worden ist. Auch das ist ein Weg, der umgekehrt zu den in dieser IV-Revision vorgesehenen Bestrebungen verläuft.

Diese beiden Beispiele illustrieren die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität. Damit möchte ich nicht in Abrede stellen, dass es viele positive Einzelbeispiele zu nennen gäbe, für die ich allen Beteiligten sehr dankbar bin und die wir im Sinn von Best Practice hervorheben und belohnen sollten. Wenn wir aber die Schattenseiten ignorieren, die sich in diesen zwei Beispielen zeigen, setzen wir den Hebel nicht am optimalen Ort an und werden scheitern. Dies wäre für die Hoffnung der Betroffenen und den Einsatz der Arbeitgeber fatal.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der grünen Fraktion, einer möglichst weit gehenden Einbindung der Arbeitgeber zuzustimmen, indem Sie der entsprechenden Minderheit folgen und den Antrag der Minderheit II (Triponez) ablehnen. Wenn Sie der Mehrheit folgen, so entspricht dies einem minimalen Standard, mit dem Nachteil, dass kleinere Unternehmen in Zukunft dafür belohnt werden, wenn sie keinen Beitrag an die Wiedereingliederung leisten. Das ist ein falscher Anreiz, zumal heute wahrscheinlich gerade diese Unternehmen mehr Engagement zeigen als viele Grossunternehmen. Setzen sie ihr Engagement fort, wird sich für sie mit der gesetzlichen Verpflichtung nichts ändern.

**Goll** Christine (S, ZH): Um es gleich vorwegzunehmen: Wir werden keine weitere IV-Revision unterstützen, die Verschärfungen für Versicherte, aber keine Verpflichtungen für die Arbeitgeber enthält.

Das erste Massnahmenpaket der 6. IV-Revision wurde übereilt auf den Tisch des Hauses gelegt. Der Bundesrat hat diese Revision als eingliederungsorientierte Revision bezeichnet. Um diesen Anspruch einzulösen, Herr Bundesrat Burkhalter, muss allerdings inhaltlich noch ein Zacken zugelegt werden. Das deklarierte Ziel ist es, den heutigen Rentner- und Rentnerinnenbestand innerhalb der nächsten sechs Jahre um 5 Prozent oder 12 500 gewichtete Renten zu reduzieren. Das bedeutet im Klartext, dass rund 17 000 Menschen eingegliedert werden müssen. Bis jetzt ist jedoch kein aktiver Beitrag von Arbeitgeberseite unter Dach und Fach. Bekanntlich ist eine Integration ohne Arbeitsplätze aber nicht machbar. Verschiedene Studien – nicht zuletzt auch die jüngste Umfrage der Pro Infirmis bei Grossbetrieben – zeigen, dass nur wenige Firmen bereit sind, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen, obwohl das Potenzial heute zehnmal höher wäre. Die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte haben nicht zuletzt den grössten Arbeitgeber, den Bund, mehrmals gerügt, weil er sich in dieser Beziehung alles andere als vorbildlich verhält.

Auf der einen Seite werden mit dieser Revision die gesetzlichen Unterstützungsmassnahmen für die Arbeitgeberseite noch weiter ausgebaut: Den Betrieben wird auf dem Silbertablett eine stattliche Anzahl von Instrumenten geliefert, damit Menschen mit gesundheitlich bedingten Einschränkungen ihrer Erwerbsfähigkeit entweder ihren Arbeitsplatz behalten können, was immer das Beste ist, oder wieder eingegliedert werden können. Dazu gehören unter anderem Einarbeitungszuschüsse, die Finanzierung von Umrüstungen oder Hilfsmitteln am Arbeitsplatz, vielfältige Früherfassungs- und Integrationsmassnahmen, Beratung, Coaching und Case Management. Auf der anderen Seite soll mit der Revision die Schraube für gesundheitlich angeschlagene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch fester angezogen werden: mit zahlreichen Pflichten, mit noch mehr Sanktionen und teilweise auch mit Schikanen.

Aber wenn die Arbeitgeber nicht wollen, nützen auch die besten von der IV durchgeführten Programme zur Wiedereingliederung absolut nichts. Wieso sollte dem seit einem halben Jahrhundert geltenden Grundsatz der IV «Eingliederung vor Rente» plötzlich freiwillig nachgegeben werden? Dass es dazu kommt, glauben weder die SODK und die SKOS, also die Kantone und die Fachorganisation der Sozialhilfe, noch die FMH, also die Ärztinnen und Ärzte, geschweige denn die Behindertenorganisationen, die sich allesamt für griffige Massnahmen im Gesetz einsetzen, aber auch dafür, dass Arbeitgeber endlich in die Pflicht genommen werden.

Die Neuinterpretation «Eingliederung statt Rente» entlarvt die wahren Absichten. Eingliederung bleibt ein Lippenbekenntnis, gleichzeitig wird auch noch die Rente gestrichen. So verwundert es nicht, dass Leistungskürzungen – vor allem die jüngsten Leistungskürzungen – bei der IV ein Armutsfaktor sind. Das zeigt der soeben publizierte zweite Sozialbericht zur Armut des Kantons Bern deutlich auf. Demnach ist das Armutsrisiko bei IV-Rentenbezug im Untersuchungszeitraum 2001 bis 2008 überdurchschnittlich gestiegen, und gleichzeitig ist die Arbeitsintegration der Rentenbezüger schwieriger geworden.

Wir haben konkrete Vorschläge in diese Beratung eingespielt. Das Modell hat Frau Prelicz-Huber hier vorne geschildert. Klar ist: Mit der 5. IV-Revision ist die Schmerzgrenze für die Betroffenen bereits überschritten worden. Weitere Leistungskürzungen durch das Parlament werden wir vehement bekämpfen. Jetzt müssen endlich die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden; alles andere wäre Augenwischerei.

**Ineichen Otto (RL, LU):** Liebe Kollegin, wir beide sind uns wohl einig, dass die Sicherung der Sozialwerke das Thema der nächsten vier Jahre sein wird. Dazu gehört die Integration. Persönlich bin ich davon überzeugt – und sage das auch –, dass wir als Unternehmer zu wenig gemacht haben. Die Linke hat mich jetzt aus der Reserve geholt. Wir von der Stiftung Speranza haben heute ein Projekt «50 plus», und

wir werden uns auch im Bereich der IV engagieren. Aber ich sage Ihnen: Wenn Sie hier mit einer Quotenregelung kommen, wird es nicht gehen. Ich möchte Sie fragen: Sind Sie bereit, mit mir zusammen am gleichen Strick zu ziehen? Ich engagiere mich dafür, ein Projekt zu lancieren. Aber eine Quotenregelung wird nicht die Lösung sein.

**Goll Christine (S, ZH):** Herr Ineichen, ich bin jedem Arbeitgeber und jedem Betrieb in diesem Land dankbar, der sich aktiv dafür einsetzt, dass Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen ihren Arbeitsplatz behalten können. Ich bin ihnen dankbar, wenn sie sich auch freiwillig dafür einsetzen, dass Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Sie wissen, dass in den letzten Jahren gerade diese Arbeitsplätze zuerst abgebaut worden sind. Aber ich hoffe, wir beide sind uns auch darin einig, dass wir eine kollektive Verantwortung haben und dass wir eine gesellschaftliche Verantwortung tragen. Ich hoffe, wir sind uns darin einig, dass wir alle gerade in Bezug auf soziale Krisensituationen eine kollektive gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen müssen, denn gerade Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen ihren Arbeitsplatz verlieren, sind in einer Krisensituation, wenn sie sich aktiv darum bemühen, wieder eine Stelle zu finden. Wir können diejenigen Menschen, welche die Betriebe nicht mehr wollen, welche die Betriebe scheinbar nicht mehr brauchen können, nicht einfach in eine Sozialversicherung abschieben. Das verstehe ich nicht unter Wahrnehmung der kollektiven Verantwortung. Deshalb kann ich nicht mehr einfach nur hoffen, wie das Herr Hassler vorhin hier vorne geschildert hat. Herr Hassler hat gesagt, man wolle heute keine Quoten im Gesetz festschreiben. Ich würde Sie nun gerne fragen, Herr Hassler, was Sie meinen mit der Aussage, Sie wollten das heute nicht tun. Denn der Grundsatz, dass eine Eingliederung vor der Rente kommen soll, besteht nun seit einem halben Jahrhundert, Herr Hassler. Ich muss Ihnen sagen: Die Hoffnung, dass sich die Arbeitgeberseite freiwillig bewegt, habe ich inzwischen aufgegeben, und zwar nicht einfach aufgrund einer Laune, sondern aufgrund konkreter Untersuchungen und Fakten. Die jüngste Umfrage von Pro Infirmis, die Sie alle erhalten haben, zeigt, dass immer noch viel zu wenige Betriebe bereit sind, Menschen mit Behinderungen anzustellen.

Deshalb, Herr Ineichen, plädiere ich dafür, dass wir nicht nur Sanktionen und Leistungskürzungen für die Betroffenen beschliessen, sondern ich plädiere dafür, dass wir dafür sorgen, dass Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und Integration nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt.

**Malama Peter (RL, BS):** Es sind verschiedene Beispiele angeführt worden, die zeigen, dass Integration nicht nur ein Thema ist, sondern auch gelebt wird – Integration als «Eingliederung vor Rente». Ich spreche für die Region Basel. Es gibt in Basel unzählige Beispiele von Allianzen; es gibt Integrationsprogramme, bei denen Staat und Sozialhilfe, also IV-Behörde und Basel-Stadt, zusammenarbeiten. Wir haben schon nach der letzten Revision einen entsprechenden Aufruf gemacht. Ich bin der Meinung, dass diese Aufrufe bereits dazu beigetragen haben und weiterhin dazu beitragen werden, dass die Wirtschaft – wenn auch nicht von heute auf morgen, so doch mittelfristig – ihre Verantwortung wahrnehmen wird, weil sie genau weiss, dass ansonsten die Quote kommt. Deshalb meine Frage: Wir könnten der Wirtschaft doch wirklich die nötige Übergangs- bzw. Anpassungszeit lassen, damit sie auch wirklich erkennt: lieber heute eine auf einem freiwilligen Engagement basierende Integration als morgen das Damoklesschwert der Quotenregelung.

**Goll Christine (S, ZH):** Ich bin durchaus dafür, dass wir der Wirtschaft die nötige Zeit lassen. Nur ist schon sehr viel Zeit verstrichen, Herr Malama. Die 5. IV-Revision ist seit dem 1. Januar 2008 in Kraft; das sind mittlerweile drei Jahre. Was ich stossend finde, ist, dass wir hier und heute über eine 6. Revision beraten, ohne die Auswirkungen der 5. Revision überhaupt zu kennen. Was wir aber wissen – ich habe es in

meinem Votum erwähnt –: Aufgrund der Verschärfung beim Zugang zu den Renten und aufgrund der Rentenkürzungen in den letzten drei, vier Jahren sind viele Leute an die Sozialhilfe abgeschoben worden. Wir wissen auch, dass gerade diese Leute einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Das ist für unsere Seite unhaltbar. Deshalb möchten wir endlich griffige Massnahmen im Gesetz.

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Liebe Kollegin Goll, ich habe eine kurze Frage und möchte eine kurze Antwort. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Sie im Sekretariat Ihrer Gewerkschaft, und wie viele davon sind behindert?

**Goll Christine (S, ZH):** Ich kenne nicht von allen Gewerkschaftsverbänden die Zahlen auswendig, aber ich kann es Ihnen zumindest vom VPOD, vom Verband des Personals der öffentlichen Dienste, sagen. Ich bin zwar nicht mehr Präsidentin dieser Gewerkschaft, aber wir haben oder hatten beim VPOD eine Quote von 6 Prozent – im letzten Jahr wurde jedenfalls diese Zahl erhoben.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Die SVP-Fraktion spricht sich sowohl gegen den Antrag der Kommissionmehrheit als auch gegen den Antrag der Minderheit I (Prelicz-Huber) aus und beantragt mit der Minderheit II (Triponez) den Verzicht auf eine Regelung.

Es gibt dafür politische Gründe. Vorschriften dieser Art sind für die Betriebe neue Auflagen, die es zwingend zu erfüllen gilt; es sind daher wirtschaftspolitisch grundsätzlich verfehlte Massnahmen. Dazu muss man immer auch berücksichtigen, dass Sie damit die moralische Pflicht der Betriebe, die weniger Angestellte beschäftigen als die hier vorgesehene Mindestzahl, beseitigen. Das heisst, Betriebe mit weniger als 250 Angestellten oder, gemäss Minderheit I, mit weniger als 100 Angestellten sind dann eigentlich befreit, sie müssen nichts mehr tun; das wäre der Aufruf, und das wäre doch absurd und verfehlt.

Der SP-Fraktion möchte ich noch sagen, dass in den vergangenen Jahren ausgerechnet die Betriebe, auf die sie am meisten Einfluss hat, nämlich die Bundesbetriebe, also die Bundesverwaltung und die SBB, die höchste Invalidisierungsrate aller Betriebe in unserem Land gehabt haben. Und dazu sage ich Ihnen: Sorgen Sie doch zuerst einmal in Ihren Reihen für Ordnung, bevor Sie von anderen Betrieben eine Quote dieser Art fordern. Es ist leider so, dass die Bundesverwaltung und die SBB diejenigen sind, die am meisten Leute invalidisiert und in die IV abgeschoben haben. Schon in diesen Betrieben gab es eine Fehlentwicklung. Wenn wenigstens dort einmal Ordnung herrschen würde, hätten wir schon eine Verbesserung.

Die Quotenregelung widerspricht auch dem in der 5. Revision angestrebten Verbleib der Betroffenen und Gefährdeten am Arbeitsplatz. Da besteht ein Widerspruch, denn mit einer solchen Quotenregelung wird jeder Betrieb geprellt, der heute seine Angestellten trotz Defiziten im Betrieb zu halten versucht. Nachdem jahrelang eher die Rente und weniger die Bemühungen um Arbeitsplätze im Vordergrund standen, ist mit der 5. IV-Revision ein klarer Kurswechsel vollzogen worden. Mit dieser 6. IV-Revision versucht man nun, die Eingliederung nochmals zu stärken und auf die Freiwilligkeit zu pochen.

Es ist halt so: Die Organisation IV ist die Stütze der Betroffenen für die Vermittlung und die Verbesserung ihrer Situation. Die Betriebe können zu Lösungen Hand bieten, wenn die Bedingungen stimmen. Aber man kann nicht davon ausgehen, dass die Betriebe von vornherein Leute suchen, die Defizite am Arbeitsplatz aufweisen; das ist ja völlig normal. Das Ziel der 5. wie auch der 6. IV-Revision ist es, die Betriebe zu sensibilisieren, damit sie freiwillig vermehrt solche Leute einstellen und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Die Art aber, wie man die Betriebe mit den vorliegenden Anträgen dazu zwingen will, ist meines Erachtens falsch; auch der Zeitpunkt ist völlig verfehlt.

Wenn bis in vier, fünf Jahren möglicherweise die positive Stimmung, die nun mit der 5. und 6. IV-Revision geschaffen

wird, von den Betrieben nicht aufgenommen wird, dann muss man – so meine ich – nochmals über die Bücher gehen. Man muss dazu auch Bereitschaft zeigen, wenn sich die Eingliederungsbemühungen nicht als so erfolgreich erweisen, wie wir uns das erhoffen. Man muss dann auch den Mut haben, sich wiederum mit der Frage der verbesserten Eingliederung zu befassen. Im heutigen Zeitpunkt widersprechen solche Regelungen aber diesen Bemühungen. Ich bitte Sie deshalb, diese Regelungen abzulehnen.

**Robbiani Meinrado (CEg, TI):** On aborde ici l'un des points, sinon le plus, du moins très controversé de cette révision, à savoir: jusqu'où faut-il pousser l'implication et la responsabilisation des entreprises dans la réinsertion de personnes invalides? Entre d'un côté des mesures incitatives, même si elles sont renforcées comme le prévoit le Conseil fédéral et, de l'autre, des mesures contraignantes par l'introduction de quotas, comme le propose la majorité de la commission, il n'y a pas une simple progression: il y a un véritable saut qualitatif qui soulève un débat très vif et une confrontation aiguë.

Ce débat a aussi animé notre groupe, le laissant assez divisé. La majorité adhère tout de même à un système de quotas sur la base d'une conviction précise. Si on veut atteindre un objectif extraordinaire, comme c'est le cas ici, on a besoin de moyens également extraordinaires. En effet, réinsérer à peu près 17 000 personnes invalides est un objectif extraordinairement ambitieux.

De ce point de vue, il faut rappeler une chose. Dans les années 2000, il y a eu un durcissement net dans l'octroi de nouvelles rentes, ce qui a conduit leur nombre à chuter à près de 50 pour cent. La réinsertion ne va donc pas toucher ces personnes qui ont subi ce durcissement, mais plutôt les personnes qui ont touché une rente d'invalidité antérieurement. Or, réinsérer dans un marché du travail de plus en plus exigeant et sélectif des personnes qui en sont absentes depuis longtemps, depuis presque plus d'une décennie, c'est vraiment une aventure, un objectif difficile à atteindre si l'on ne dispose pas de moyens rigoureux. De ce point de vue, l'introduction de quotas se révèle difficilement contournable parce qu'il y a un lien étroit entre la portée des objectifs à atteindre et les moyens disponibles.

In italiano si dice, delle due l'una: o si vuole raggiungere un obiettivo molto ambizioso e allora è necessario introdurre delle quote oppure ci si pone un obiettivo più moderato e realista e allora viene meno anche questa necessità.

Il est d'autant plus opportun d'introduire des quotas si l'on prend en considération le principe d'équité, d'égalité de traitement: à ces 17 000 personnes, on demande un effort considérable. Il est donc correct que les entreprises fassent elles aussi leur part.

Il y a aussi un autre argument: l'AI va investir énormément de ressources pour faciliter l'insertion de ces personnes, et on ne peut donc pas courir le risque de voir «s'évanouir» ces investissements par manque de places de travail. Un système de quotas paraît ainsi justifié. C'est l'avis majoritaire de notre groupe, qui n'adhère toutefois pas de manière absolue et inconditionnelle à un système de quotas. Il ne s'agit pas d'adhérer à un nouveau paradigme applicable erga omnes – envers tout le monde – et valable de manière indéfinie, comme le propose la minorité I (Prelicz-Huber).

Il y a adhésion à un système de quotas dans la mesure où celui-ci est bien précis, délimité, ciblé. Il doit cibler le cercle des personnes concernées, soit les 17 000 personnes qu'on a évoquées; le cercle des entreprises concernées, soit de grandes entreprises, comme le propose la majorité de la commission; la durée délimitée de dix ans prévue dans les dispositions transitoires.

La proposition de la majorité de la commission répond à ces critères, c'est pourquoi je vous invite à la soutenir.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** L'économie, les entreprises, font-elles leur part dans cet assainissement de l'assurance-invalidité qui est absolument nécessaire? Certainement pas encore. On est encore assez loin de cet assainis-

sement. Mais avec tout ce qui a été dit, on a l'impression qu'elles ne font rien.

Alors, je relèverai d'emblée un fait: en Suisse, le taux d'emploi des personnes handicapées est parmi les plus élevés de tous les pays de l'OCDE. Actuellement, la Suisse occupe la cinquième place dans la comparaison des taux d'emploi des personnes avec un handicap. La Suisse est nettement devant des pays comme la France, l'Allemagne ou l'Autriche, qui connaissent un système de quotas. D'autres pays, qui n'ont pas de systèmes de quotas, comme la Suède, le Danemark ou la Grande-Bretagne, sont également relativement bien placés, mieux placés que les pays qui ont un système de quotas. Voilà pour les faits. Je reviendrai sur la comparaison internationale.

La question qui se pose est celle de savoir si une obligation légale, une contrainte légale imposant aux entreprises un quota de personnes handicapées, est une mesure positive et efficace. Parce que c'est bien cela qu'on veut: être positif et efficace dans l'indispensable intégration des personnes handicapées, tant du point de vue humain que du point de vue financier, compte tenu de la situation de l'assurance.

Eh bien, la réponse, pour le Conseil fédéral, est clairement non: il ne faut pas une telle obligation légale. L'objectif est certes bon, mais le moyen ne l'est pas, il est faux. Notre réponse à cette problématique dans la révision 6a, c'est de renforcer les atouts de la Suisse, de renforcer la capacité à bien intégrer les personnes, plutôt que la contrainte à mal les intégrer. Le projet de révision 6a prévoit tous les instruments utiles pour soutenir les employeurs et les assurés. Au fond, un employeur n'a pratiquement plus aucune raison de ne pas s'engager dans la réintégration car il a tous les instruments utiles à disposition. Il est vrai qu'il y a des employeurs qui font beaucoup pendant que d'autres font trop peu mais, avec les instruments que nous mettons à disposition, il n'y aura plus d'«excuses» pour faire trop peu.

Quels sont les nouveaux instruments à disposition? La présente révision fait en sorte qu'il vaille la peine pour l'employeur d'engager des personnes avec un handicap et que cela ne crée pas d'effets négatifs. Les mesures proposées sont en particulier: une période de protection de trois ans, le maintien provisoire de l'assurance LPP, donc du deuxième pilier. C'était un point essentiel pour enlever une barrière à l'employabilité. Donc, la question du deuxième pilier est réglée par cette révision de l'assurance-invalidité, qui permet réellement de faire des progrès en matière d'intégration si nous le voulons réellement. Or nous sommes convaincus que, ensemble – politique et économie –, nous le voulons pour ce pays.

Il y a également la simplification de l'allocation d'initiation au travail, puis la simplification de l'indemnité en cas d'augmentation des cotisations. Il y a encore le placement à l'essai, qui permet aussi à l'employeur de tester les performances d'un collaborateur potentiel sans aucun engagement, c'est-à-dire sans établir de rapport de travail. Il n'y a dès lors pas de risque d'embauche. C'est le débat que nous mènerons en arrivant à l'article 18a.

Les expériences menées dans d'autres secteurs d'assurance dans le cadre de projets pilotes, par exemple dans le cadre de l'office AI de Schwytz ou bien également à l'étranger, ont montré que les employeurs sont très souvent disposés à permettre un tel placement. Celui-ci débouche régulièrement sur un engagement par l'employeur en question ou par un autre, et il faut tenir compte de ces expériences sur le terrain. Il faut aussi tenir compte de la nécessité de mettre en place tout cet arsenal pour qu'il n'y ait plus de barrières à l'intégration.

Enfin, la 6e révision de l'AI, on l'a vu, offre également toute une série d'éléments en matière de conseils et de suivi à l'employeur pour favoriser la réussite de l'engagement et l'aider à résoudre les crises. Nous avons la ferme intention d'investir fortement en la matière.

Je le répète, grâce à ce dispositif qui est vraiment étendu, nous avons absolument tout en mains dans ce pays pour réussir, et les employeurs n'ont pas de raisons de ne pas es-

sayer. Le Conseil fédéral s'engagera fermement dans cette voie.

Votre commission, à une courte majorité, propose donc d'introduire des quotas. Elle change ainsi fondamentalement la philosophie du projet et s'éloigne de la tradition de politique économique et sociale en Suisse.

Le Conseil fédéral rejette cette position. Tout d'abord, parce que les quotas sont une source de stigmatisation pour les personnes qui sont parvenues à surmonter leur handicap, ne fût-ce que partiellement, et dont la capacité de travail est réduite. Pour ces personnes-là, il est essentiel d'être engagé et intégré pleinement pour ce qu'elles sont et pour ce qu'elles font et non pour des questions de quotas administratifs. De plus, la réglementation proposée ne concerne que les bénéficiaires de rentes. Cette idée est mauvaise; elle est même un peu dangereuse, car elle met en danger les efforts d'intégration voulus par le Parlement, qui ont démontré leur efficacité, afin d'assurer le maintien au travail des personnes qui risquent de devenir invalides, efforts qui se situent donc en amont de la question de la rente. Et mettre des entraves ici en favorisant par des quotas les personnes qui sont déjà à l'assurance-invalidité, c'est une mauvaise incitation, qui est dangereuse au plan humain, comme aux plans économique et financier.

Ensuite, le système ferait de l'AI un cas à part, alors que la réinsertion professionnelle concerne également l'assurance-chômage et l'aide sociale. Et nous intensifions actuellement la collaboration interinstitutionnelle entre l'assurance-invalidité, l'assurance-chômage et l'aide sociale. La réintégration doit se faire, quel que soit le problème premier, qu'il dépende de l'une ou de l'autre de ces assurances, qu'il soit lié à l'invalidité, à l'emploi perdu ou à la pauvreté. Or le système des quotas pour handicapés serait un élément susceptible de saper ces efforts.

Enfin, la Suisse possède, je l'ai dit, un marché du travail flexible et libéral qui a fait ses preuves. Notre système économique est dynamique; il est très intégrateur; il crée des emplois dès que l'occasion se présente et il est régulé principalement par le partenariat social, et non par des réglementations étatiques. Et c'est ce qui explique par exemple que dans le cas du chômage des jeunes, la situation évolue toujours très fortement et recrée notamment très vite des places de travail, contrairement à d'autres pays, où le taux de chômage des jeunes est pratiquement incompressible, parfois à hauteur de 20 pour cent.

De manière globale, la Suisse a un taux de chômage parmi les plus faibles d'Europe et le nombre de rentes AI – les nouvelles rentes et l'effectif des rentes – est en diminution. Il est donc faux de dire que l'on ne sait pas ce qui se passe avec la 5e révision de l'AI. La situation s'améliore, le nombre de nouvelles rentes a largement diminué, l'effectif total des rentes a baissé et parallèlement, on n'a pas observé d'augmentation du nombre de personnes au bénéfice de prestations de l'aide sociale.

Les rapports à l'étranger et même les rapports tout récents montrent très clairement que la situation est meilleure dans les pays qui n'ont pas introduit de quotas. Je vous le rappelle: la France, l'Allemagne et l'Autriche en particulier ont fait cette expérience sans succès. Le Conseil fédéral vous demande donc de maintenir un système efficace, qui évite de préférentiel une catégorie de personnes. Il veut un système qui évite que les entreprises ne préfèrent simplement payer une amende plutôt que de faire des efforts d'intégration, ce qui reviendrait au fond à une augmentation déguisée de la fiscalité, sans l'effet voulu sur les rentes. Ce serait un double autogol, à notre sens.

Nous estimons que nous avons maintenant les moyens d'agir avec les éléments de la 6e révision et nous sommes prêts évidemment à faire le monitoring de cette révision. Au cas où nous n'atteindrions pas les objectifs, il serait alors temps d'envisager d'autres mesures. De surcroît, il ne faut pas prendre la mauvaise voie maintenant en choisissant une solution qui n'a justement pas fait ses preuves à l'étranger.

L'enfer est pavé de bonnes intentions; nous sommes ici en présence d'une bonne intention, mais cet exemple de bonne

intention ne fait pas une bonne politique. Nous vous prions de ne pas créer un système de quotas, de ne pas créer un nouvel article 8b dans cette révision et donc de voter en faveur de la minorité II (Triponez) et du projet du Conseil fédéral adopté par le Conseil des Etats.

**Cassis Ignazio (RL, TI)**, pour la commission: L'effectif des rentes doit être abaissé en l'espace de six ans de 12 500 rentes pondérées, ce qui correspond à environ 5 pour cent de l'effectif pondéré. Environ 4500 de ces 12 500 rentes sont liées à des troubles somatoformes douloureux, à une fibromyalgie ou à une pathologie similaire. Six ans après l'entrée en vigueur de la révision, le nombre de réadaptations de bénéficiaires de rentes diminuera fortement, notamment parce que le nombre de rentes octroyées sera alors moins élevé grâce à la détection et à l'intervention précoces, ainsi qu'aux mesures de réinsertion. La réduction concernera encore chaque année, après 2018, quelque 300 rentes pondérées de plus qu'aujourd'hui.

L'objectif de réduction de 12 500 rentes pondérées est un défi très grand et la commission a mené une longue discussion sur la nécessité d'introduire une obligation pour les grandes entreprises d'embaucher un certain pourcentage de travailleurs au bénéfice de mesures de l'AI, soit un système de quotas. Votre commission vous propose l'introduction d'un système de quotas. Les entreprises privées et publiques occupant au moins 250 personnes doivent donc employer au moins 1 pour cent de travailleurs dont la rente AI a été réduite ou supprimée dans le cadre de la 6e révision de l'AI ou qui ont été soumis à des mesures de réadaptation. Même en l'absence de preuves d'efficacité sur le plan international, la majorité de la commission est persuadée que seule une telle obligation sera en mesure de nous permettre d'atteindre l'objectif de réduction des 12 500 rentes pondérées.

La minorité I (Prelicz-Huber) propose d'élargir cette obligation et de contraindre les employeurs privés et publics occupant 100 personnes ou plus à embaucher au moins 2 pour cent de personnes à l'AI. La minorité II (Triponez) propose de rejeter le système des quotas. La colonne vertébrale de l'économie suisse étant constituée par les petites et moyennes entreprises, l'introduction d'un tel système serait tout simplement infaisable. En plus, il y aurait des effets pervers: les employeurs seraient tentés de mettre à l'AI, donc de comptabiliser pour leur quota, des personnes déjà engagées et ayant de petits problèmes, comme, par exemple, une chaise orthopédique ou autre. Finalement, selon la minorité II, le système des quotas n'aurait pas eu de conséquences favorables dans les pays qui l'ont appliqué.

Par 13 voix contre 11 et 1 abstention, la commission vous invite à rejeter les propositions défendues par les minorités I et II et à introduire un nouveau système de quotas pour les entreprises de plus de 250 employés.

**Triponez Pierre (RL, BE)**: Ja, Signor Collega, wäre es nicht angebracht gewesen, dass Sie als Berichterstatter zu den durchwegs negativen Erfahrungen, die man im Ausland überall und ohne Ausnahme gemacht hat, hier wenigstens ein kurzes Wort geäussert hätten?

**Cassis Ignazio (RL, TI)**, pour la commission: La commission, je l'ai dit, s'est longuement penchée sur cette question. Elle a été mise au courant par l'administration fédérale des études qui ont été menées, notamment par l'OCDE, dans ce domaine. La commission a dû constater que le système des quotas introduit dans la grande majorité des pays n'avait pas eu les effets désirés. C'est bien pour cela que j'ai dit que, même si l'efficacité de cette mesure n'était pas prouvée sur le plan international, la majorité de la commission a considéré que son inscription dans la loi était nécessaire.

Une affirmation a été souvent entendue: «Jusqu'ici tout le monde pouvait déjà réintégrer, mais, hélas, nous n'avons pas eu suffisamment de succès.» A ce sujet, deux chiffres peuvent être donnés: en 2007, 5800 personnes ont été réintégrées; en 2009, il y en a eu 8900. On est donc passé de

2,3 à 3,5 pour cent de personnes réintégrées. Cela sans le système des quotas, mais avec les incitations prévues par la 5e révision de l'AI.

Voilà quelques arguments que nous avons entendus en commission. Je le répète, malgré cela, la majorité a estimé que l'introduction d'un système de quotas était aujourd'hui nécessaire.

**Wehrli Reto (CEg, SZ)**, für die Kommission: Wir haben aus den Medien – in mehrfacher Ausführung – vernehmen können, dass die Meinungen gemacht seien, und wir haben es hier in der Diskussion im Rat noch einmal mitverfolgen können. Das gehört zum politischen Geschäft. Etwas befremdlich scheint mir hingegen, dass man den Eindruck gewinnen muss, der Text sei von der gegnerischen Seite nicht gelesen und deshalb – alleine deshalb – auch nicht verstanden worden. Das sind Indizien für eine voraufklärerische Auseinandersetzung. Jedenfalls hat alles, was die Gegnerschaft hier vorträgt, etwas Bekenntnishaftes – fast ein bisschen nach dem gleichen Reflex wie in den 1970er Jahren: Wenn man «Quote» hört, hat man etwa das gleiche Gefühl, wie wenn damals «Moskau» erwähnt wurde. Wir wissen, dass wir hier den kollektiven Ausgang aus der tatsächlich selbstverschuldeten Unmündigkeit nicht zustande bringen. Wir könnten aber wenigstens sicherstellen, dass der Text, um den es wirklich geht, einmal vorgetragen und damit auch gehört wird. Das unternehme ich hier gerne.

Wir haben unter dem Titel «Verpflichtung von Grossunternehmen» in Artikel 8b Absatz 1 den folgenden Text: «Beitragspflichtige private und öffentliche Unternehmen» – also auch der Bund –, «die 250 oder mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, müssen mindestens 1 Prozent Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen: a. deren Rente im Rahmen der 6. IV-Revision herabgesetzt oder aufgehoben wurde und b. die Massnahmen zur Wiedereingliederung gemäss Artikel 8a durchlaufen haben.» Absatz 2 lautet: «Unternehmen, welche ihrer Verpflichtung gemäss Absatz 1 nicht nachkommen, leisten eine zweckgebundene Abgabe in der Höhe einer minimalen jährlichen Invalidenrente. Die Abgabe ist geschuldet für jeden Arbeitsplatz, der gemäss Absatz 1 besetzt werden sollte.» Der Absatz 3 lautet: «Der Ertrag der Abgaben gemäss Absatz 2 wird für die Finanzierung der Eingliederungsmassnahmen der Versicherung sowie für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Personen, welche eine IV-Rente beziehen oder bezogen haben, sowie für Personen, welche von Invalidität bedroht sind, verwendet.» Absatz 4 schliesslich lautet: «Der Bundesrat regelt die nähere Umsetzung.» Man muss auch noch wissen, dass bei den Übergangsbestimmungen in Littera c eine Befristung auf zehn Jahre ins Gesetz geschrieben werden soll.

Worum geht es hier eigentlich? Dieser Artikel 8b ist primär ein Anliegen der KMU-Wirtschaft, er ist ein Anliegen des Gewerbes. Ich meine es genau so und sage das hier nicht einfach als billige Fabel. Es ist kein Etikettenschwindel. In der 5. IV-Revision haben wir mit aller Deutlichkeit irgendwelche Quoten abgelehnt. Die Begründung lautete, wir hätten in der Schweiz eine KMU-Welt, eine KMU-Wirtschaft; wir könnten es doch einem Schreiner mit drei Angestellten nicht zumuten, dass er hier eine Quote erfüllen müsse. Wir haben also eine Quote abgelehnt. Was ist in der Zwischenzeit passiert? Nachgewiesenermassen fördern eben gerade diese KMU-Betriebe die Integration. Hingegen hat ein Grossunternehmen aus Basel, aus der Pharmabranche, mindestens zweimal durch eine ranghohe Vertreterin öffentlich dahingehend verlauten lassen, dass es nicht seine Sache sei, Leute zu integrieren. Eine Pro-Infirmitas-Umfrage bei all diesen Grossunternehmen hat klar gezeigt – man sagt es offen –, dass sie es nicht als Aufgabe der grossen Unternehmen mit über 250 Angestellten pro Betrieb erachten, Leute zu integrieren. Es geht also um eine wirtschaftsinterne Lastenverteilung. Wer trägt die Last dieser Integration? Es sind einmal mehr vor allem die KMU, die diese Lasten tragen. Wenn jetzt das Gewerbe hier reflexartig diese Kritik vorträgt, dann soll man das doch beachten. Es geht darum, wer die Last dieser Inte-

gration trägt: Es sind die kleinen und die mittleren Unternehmen und eben nicht die grossen – die entziehen sich dieser Aufgabe. Da hilft es auch nichts, wenn man in den Medien ankündigt, man habe jetzt mit dem BSV ein Programm aufgelegt und solche Dinge. Man soll doch bitte bei Gelegenheit den Tatbeweis erbringen, bei der politischen Behandlung hier im Rat, wenn es um das Handwerkliche, um das Mühsame geht.

Es geht hier um eine massgeschneiderte Massnahme. Sie nimmt die Revision 6a sehr ernst. Sie will eben verhindern, dass es wie im Ausland Mitnahmeeffekte gibt. Wir haben jetzt sogar von bundesrätlicher Seite wieder gehört, Deutschland und alle anderen europäischen Länder hätten schlechte Erfahrungen gemacht. Wir installieren hier ja gerade nicht eine solche Quote, wir installieren etwas Intelligenteres; darum habe ich den Text vorgelesen. Wir nehmen nur Leute in das System auf, die 6a durchlaufen haben – nur die nehmen wir auf. Wir wollen nicht, dass in den Betrieben Rentner beschäftigt werden, nur damit man eine Quote erfüllt. Das ist die Überlegung. Es soll nicht eine Suche nach Rentnern stattfinden, sondern die Revision 6a soll tatsächlich verwirklicht werden. Wenn man irgendwelche Bedenken hat, es werde technisch nicht richtig gehandelt, beachte man Absatz 4. Dort wird dem Bundesrat ausdrücklich gesagt, er solle die Details richtig regeln.

Es stellt sich die Frage nach der Alternative, danach, was denn sonst geschehen soll. 17 000 von 250 000 Personen wollen wir mit der IV-Revision 6a in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen. Bitte, wenn Sie, nach all dem, was ich gesagt habe, das nicht mit dieser begrenzten, befristeten Quote machen, wie wollen Sie es denn sonst machen? Es wurde nie eine Alternative genannt, ausser diesen allgemeinen Formulierungen im Sinne von: In der Schweiz kommt es dann schon gut. Aber gerade die Grossen haben ja explizit erklärt, sie seien dafür nicht verantwortlich – ob mit gesetzlicher Verpflichtung oder ohne.

Schliesslich verweise ich noch einmal sehr klar auf die Befristung. Die Mehrheit der Kommission will keinen Paradigmenwechsel. Wir wollen keine IV mit generellen Quoten. Aber man will die IV-Revision 6a wirklich umsetzen, und zwar innerhalb von zehn Jahren; man will mit einem gewissen Druck diese Befristung ausnützen und die Leute zurück in den ersten Arbeitsmarkt führen. All das ist nur politisches Handwerk, all das ist ganz klar ein pragmatischer Ansatz. Es wäre schon gut, wenn man nicht allzu oft dazu neigen würde, nicht mehr eine wirkliche Auseinandersetzung mit Argumenten zu führen. Dieses Bekenntnishaft, das da stattfindet, diese Label-Politisierung, die macht einem manchmal etwas Mühe.

Damit ist übrigens auch gesagt, dass die Kommissionsmehrheit aus den gleichen Gründen, aus denen sie für Annahme von Artikel 8b ist, auch gegen die Minderheits- bzw. Einzelanträge antritt, mit denen man eine generelle Quote oder einen höheren Prozentsatz einführen will. Sie will die IV nicht nach dem Vorbild schlechter ausländischer Beispiele umbauen.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Les votes sur l'article 8b sont valables également pour les dispositions finales, chiffre II lettre c.

#### *Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4880)

Für den Antrag der Minderheit I ... 64 Stimmen

Für den Antrag Ingold ... 22 Stimmen

**Prelicz-Huber** Katharina (G, ZH): Ich möchte eine kurze persönliche Erklärung abgeben: Sie haben gesehen, dass jetzt die Mehrheit für meinen Minderheitsantrag gestimmt hat. In der Hoffnung, dass wir vielleicht den Mehrheitsantrag der Kommission durchbringen werden – ich hoffe auf Ihre Unterstützung –, möchte ich meinen Minderheitsantrag zugunsten des Antrages der Kommissionsmehrheit zurückziehen. Ich bitte Sie, diesen zu unterstützen.

#### *Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4882)

Für den Antrag der Minderheit II ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 74 Stimmen

#### **Art. 10 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 10 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 11**

*Antrag der Kommission*

Aufheben

#### **Art. 11**

*Proposition de la commission*

Abroger

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 16 Abs. 2 Bst. c; 18 Abs. 3, 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 16 al. 2 let. c; 18 al. 3, 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 18a**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Rechsteiner Paul, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Weber-Gobet)

Streichen

#### **Art. 18a**

*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Rechsteiner Paul, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Weber-Gobet)

Biffer

**Rechsteiner** Paul (S, SG): Es geht hier, bei Artikel 18a mit dem Titel «Arbeitsversuch», um eine Bestimmung, die erst nach dem Vernehmlassungsverfahren in die Vorlage eingefügt worden ist, um eine Bestimmung also, zu der es nie ein Vernehmlassungsverfahren gab. Ich beantrage Ihnen die Streichung dieser Bestimmung, weil sie grundsätzliche arbeitsrechtliche Prinzipien verletzt.

Was bedeutet diese Bestimmung? Es ist eine Bestimmung, die – das ist wichtig – in Zukunft alle treffen kann, weil sie bei den Integrationsmassnahmen eingefügt wird. Sie trifft also nicht nur die 17 000 Rentenbezüglerinnen und Rentenbezügler, die jetzt aufgrund dieser Vorlage ihre Rentenansprüche verlieren sollen, sondern alle, die in einem IV-Verfahren stecken, und es ist ja sehr schnell der Fall, dass man in einem IV-Verfahren steckt: Mit der Früherfassung kann das schon nach wenigen Monaten Arbeitsunfähigkeit der Fall sein. Alle diese Leute, die in einem IV-Verfahren stecken, und sei es auch nur im ersten Stadium, können nach dieser Bestimmung einem Arbeitgeber für eine bestimmte Arbeit zugewiesen werden. Diese Zuweisung ist nicht freiwillig, sie wird autoritär verfügt. Wer dieser Zuweisung nicht nachkommt und seine Pflichten verletzt, verliert aufgrund der in

diesem Gesetz erneut verschärften Sanktionen auf einen Schlag sämtliche Rentenansprüche.

Worin besteht der Arbeitsversuch? Die Betroffenen müssen sich allen Anordnungen des Arbeitgebers unterziehen und sind zur Befolgung seiner Weisungen verpflichtet. Sie müssen alle arbeitsrechtlichen Pflichten bis hin zur Leistung von Überstunden erfüllen. Umgekehrt haben sie kein Recht auf eine Lohnzahlung. Sie bleiben beim Taggeldbezug oder, was die bisherigen IV-Rentnerinnen und -Rentner angeht, bei der Rente. Den Arbeitgeber kosten diese Leute nichts; sie müssen für ihn Gratisarbeit leisten. Bei dieser Bestimmung geht es also um Gratisarbeit für einen privaten Arbeitgeber und um die drohende Sanktion des Verlusts aller Rechte gegenüber der IV, wenn jemand sich dem nicht unterzieht. So etwas ist, wenn man es juristisch bewertet, nichts anderes als eine indirekte Form von Zwangsarbeit.

Wir unterstützen das Integrationsziel grundsätzlich; es ist ja bereits im ursprünglichen IV-Gesetz von 1960 verankert: Integration vor Rente. Aber man muss sich einmal vergegenwärtigen, wie weit es damit in der Realität, namentlich in der Realität der Arbeitswelt, inzwischen gekommen ist. Das zeigt sich vor allem bei diesem Extrembeispiel der Zuweisung zu Gratisarbeit bei einem Arbeitgeber unter faktischem Zwang. Auf der einen Seite werden in der Realität der Arbeitswelt in den Firmen Kostensenkungsprogramme durchgeführt. Weniger leistungsfähige, vor allem ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vielleicht wiederholt krank waren, werden aus den Betrieben hinausgedrängt und weg-rationalisiert. Auf der anderen Seite werden dieselben gesundheitlich angeschlagenen Leute, die vielleicht nach Jahrzehnten getreuer Pflichterfüllung einfach den Arbeitsplatz verlieren, dem gleichen Unternehmen per Verfügung der IV im Rahmen von Gratisarbeit wieder zur Verfügung gestellt und zwangsweise zugewiesen nach dem Motto: Alle Pflichten für die Betroffenen, alle Rechte und möglichst keine Pflichten für die Arbeitgeber. Sie haben das ja gerade mit den Quoten zum Ausdruck gebracht. Das ist der Gedanke, der dieser Vorlage zugrunde liegt: Keine Pflichten für die Arbeitgeber, alle Pflichten ausschliesslich für die Betroffenen. Es geht hier rechtlich um eine Extrembestimmung. Es ist eine übers Knie gebrochene Erfindung, die vielleicht gut gemeint gewesen sein mag, aber bei der alle rechtsstaatlichen Warnlampen versagt haben. Grundrechtliche Überlegungen haben hier – wie Sie sofort sehen – nicht Platz gegriffen, grundrechtliche Überlegungen, die Sie ja sonst sofort herausstellen, wenn in Ihre eigenen Rechtspositionen eingegriffen wird, beispielsweise im Fiskalbereich. Ein Arbeitsvertrag ist ein Vertrag auf Gegenseitigkeit, ein sogenannter synallagmatischer Vertrag mit gegenseitigen Rechten und Pflichten. Hier werden diese Prinzipien fundamental verletzt. Wenn der Arbeitnehmer nur Pflichten und umgekehrt der Arbeitgeber nur Rechte hat, dann ist das eine Verletzung grundrechtlich geschützter Positionen. Solche Positionen sollte man nicht über Bord werfen, sie sind in einem Rechtsstaat unverzichtbar.

**Robbiani Meinrado** (CEg, TI): La réinsertion dans le marché du travail de personnes qui présentent des problèmes de santé est un processus visiblement délicat et incertain. Il apparaît donc utile, même indispensable, que la réinsertion puisse jouir d'un large éventail de mesures et que celles-ci puissent être utilisées de manière assez flexible.

Après avoir facilité par d'autres articles l'accès aux mesures qui favorisent la réinsertion, on élargit les mesures à disposition avec l'article 18a relatif au placement à l'essai. Il faut admettre que l'insertion dans une activité professionnelle peut, des fois, passer par des étapes préliminaires qui permettent de vérifier si l'objectif de réinsertion est concevable et réalisable. Et le placement à l'essai répond justement à cette logique. Il permet en effet de vérifier si l'on est en présence de conditions suffisantes pour viser la réinsertion.

Il paraît donc raisonnable de laisser ouverte cette possibilité de placement à l'essai qui, pour être viable et attractive, ne doit pas, selon l'avis de notre groupe, instaurer déjà à ce stade un rapport de travail. Parce que si cela était le cas, le

bénéficiaire de rentes se sentirait déjà largement poussé dans une activité professionnelle et l'entreprise, de son côté, se sentirait chargée d'une responsabilité excessive envers la personne invalide ou inapte au travail.

Il peut y avoir des risques d'abus, et ce sont les collaborateurs mêmes de l'AI qui doivent veiller à éviter que cela ne se produise. Ce sera plutôt dans une phase suivante, quand l'insertion dans le marché du travail apparaîtra plausible, que le bénéficiaire d'indemnités journalières ou d'une rente pourra être placé dans une activité professionnelle par le biais d'un rapport explicite de travail. C'est donc aussi à ce stade qu'il pourra bénéficier d'allocations d'initiation au travail, et lui-même comme l'entreprise dans laquelle il travaillera pourront bénéficier de conseils et d'un suivi, comme cela est prévu par les autres articles de la loi.

Le groupe PDC/PEV/PVL vous invite donc à soutenir la proposition de la majorité introduisant dans la loi ce nouvel instrument.

**Prelicz-Huber Katharina** (G, ZH): Diese Arbeitszuweisung oder dieser indirekte Arbeitszwang geht unserer Meinung nach nicht, auch wenn er nur versuchsweise oder für einige Monate ausgeübt wird. Es steht leider eine deutlich sichtbare Haltung dahinter: Man geht davon aus, dass behinderte Menschen nicht arbeiten wollen, dass eine Zuweisung nötig ist, dass sonst bei diesen Menschen nichts passiert.

Die Realität ist aber leider eine ganz andere. Es hat viel zu wenige Arbeitsplätze, obwohl der Wille der behinderten Menschen, einer Arbeitstätigkeit nachzugehen, vorhanden wäre. Freiwillig einen solchen Dienst zu tun, könnte sehr wohl sinnvoll sein, aber sicher nicht unter Zwang oder mittels Zuweisung. Für diese Freiwilligkeit sind ja bereits Instrumente im Gesetz vorhanden, beispielsweise die Einarbeitungszuschüsse. Dieser Artikel ist also völlig unnötig.

Grundsätzlich soll ein Arbeitsverhältnis ein Austausch von Arbeit gegen Lohn sein, eine Leistung sowohl seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch seitens der Arbeitgeber. Selbstverständlich soll es auch beidseitig Rechte geben. Das jetzige Konzept aber, die Zuweisung seitens der IV an private Arbeitgeber, ist, wie bereits gesagt, eigentlich eine indirekte zwangsweise Zuweisung einer Person an einen privaten Arbeitgeber. Es ist nicht einmal ein Minimum an Lohn vorgesehen, den der Arbeitgeber bezahlen muss. Selbstverständlich liegen alle Pflichten aufseiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bis hin zu der Leistung von Überstunden; aber sie haben keine Rechte. Das kann wohl nicht die Zukunft für behinderte Menschen sein. Dazu kommt, dass sie sozusagen als Bestrafung den Verlust von sämtlichen Leistungen erleiden, wenn sie sich weigern. Das ist wider die Menschenwürde. Sogar ein Lehrling hat einen Lohn und hat selbstverständlich Rechte, und das ist auch absolut richtig so. Dasselbe soll für Menschen mit Behinderung gelten. Es geht also um eine grundrechtliche Problematik.

Auf Anweisung der IV kann Gratisleistung, eben faktisch Zwangsarbeit, angeordnet werden. Dagegen sind wir Grünen ganz klar. Wir sind – das haben wir jetzt mehrmals betont – für eine Integration der behinderten Menschen, aber eine Integration mit Rechten, mit Pflichten und mit einem Lohn, wie das bei allen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch der Fall ist.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der grünen Fraktion, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

**Triponez Pierre** (RL, BE): Für mich ist es, um es klar zu sagen, beinahe unglaublich, und ich habe grösste Mühe damit, dass diese innovative Bestimmung der Vorlage bekämpft wird. Ich bitte Sie eindringlich, hier der Kommissionsmehrheit und damit dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen. Artikel 18a bedeutet zweifellos eine der wertvollsten Neuerungen zur Wiedereingliederung von Rentenbezügern. Mit einem auf 180 Tage, also ein halbes Jahr, befristeten, echten Arbeitsversuch, während welchem der versicherten Person die Rente ohne jede Kürzung weiter ausbezahlt wird und mit welchem noch kein Arbeitsverhältnis im eigentlichen

Sinn eingegangen wird, aber eben doch die Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sinngemäss anwendbar sind, wird doch dem Rentenbezüger und dem potenziellen Arbeitgeber, den Sie ja einbinden wollen, eine echte Chance gegeben, im gemeinsamen Interesse zu einem dauerhaften Arbeitsverhältnis zu finden.

In diesem Sinne erachte ich Artikel 18a als eine der Schlüsselbestimmungen für die Wiederintegration, die zwar vielleicht nicht in jedem Einzelfall zum Erfolg führt, es aber in jedem Fall ermöglicht, eins zu eins auszuprobieren, ob ein permanentes Arbeitsverhältnis – das schönste Ziel, das wir anvisieren können – möglich ist. Ausgerechnet das wollen Herr Rechsteiner und Frau Prelicz verhindern, wie wir soeben gehört haben. Der Arbeitsversuch, der, wie erwähnt, richtigerweise auf ein halbes Jahr begrenzt ist, sollte nach Überzeugung der FDP-Liberalen Fraktion als erfolgversprechende Innovation gesetzlich verankert und mit der Revision 6a eingeführt werden.

Ich bitte Sie, mit der Mehrheit dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen.

**Goll Christine (S, ZH):** Neu soll versicherten Personen unter dem Titel «Arbeitsversuch» auch arbeitsrechtlich nichtabgesicherte Zwangsarbeit ohne Lohn zugewiesen werden können. Wir beantragen Ihnen, diese Bestimmung, die übrigens erst nach erfolgter Vernehmlassung in die Vorlage eingefügt wurde, zu streichen. Wir beantragen Ihnen diese Streichung im Wesentlichen aus den folgenden Gründen:

1. Ich muss Ihnen sagen, dass ich in unserer Kommission schon etwas erstaunt war: Arbeitsversuche statt Quoten, so lautete das Credo von Bundesrat, FDP und SVP. Dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer testen können, ob sie einer beruflichen Tätigkeit gewachsen sind, und Arbeitgeber ausloten können, ob die in ihrer Erwerbsfähigkeit eingeschränkte bzw. nach Krankheit oder Unfall wieder erwerbsfähige Person ihre Arbeit zufriedenstellend ausführt, und deshalb eine Probezeit, wie sie in der Praxis ja existiert, vereinbart wird, ist durchaus sinnvoll und kann auch dazu beitragen, auf beiden Seiten Barrieren abzubauen. Aber: Auch eine Probezeit muss in einem geregelten Rahmen erfolgen. Das ist bei diesen Arbeitsversuchen nicht der Fall. So erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der vorgesehenen sechs Monate keinen Lohn, sondern lediglich Taggelder oder eine Rente, sofern solche Leistungen von der IV überhaupt verfügt wurden. Zudem sind keinerlei arbeitsrechtliche Regelungen vorgesehen. Ein solcher rechtloser Zustand ist für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, egal, ob sie gesundheitlich eingeschränkt sind oder nicht, unzumutbar.

2. Würden diese Arbeitsversuche Realität, könnte die IV künftig verfügen, dass eine gemeldete Person einem privaten Arbeitgeber zugewiesen wird und ein arbeitsrechtlich ungesichertes Arbeitsverhältnis eingehen muss. Tut diese Person das nicht, dann wird sie mit dem Entzug der Leistungen bestraft. Das wäre eine Form von moderner Sklavenarbeit, sanktioniert von der IV. Herr Triponez, selbst wenn die Person eine Rente oder ein Taggeld erhält, ist das kein Lohn; das ist ein Lohnersatz. Ich hoffe, Sie wissen, dass die durchschnittliche IV-Rente im Moment rund 1600 Franken pro Monat beträgt.

3. Sie haben sich geweigert, griffige Bestimmungen zugunsten der Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderungen in die Vorlage einzubauen, und Sie können nun mit Fug und Recht von Missbräuchen bei den Sozialwerken sprechen: Dieselbe Wirtschaft, die mit Rationalisierungsmassnahmen, Sparpaketen und prekären Arbeitsbedingungen IV-Fälle produziert, profitiert davon, dass der Staat Gratisarbeit zur Verfügung stellt beziehungsweise verfügt und erst noch bezahlt. Arbeitgeber, die Menschen mit gesundheitlichen Problemen an die IV abschieben, missbrauchen tatsächlich unsere Sozialwerke. Auch diese Arbeitsversuche sind missbrauchsanfällig, das zeigen vergleichbare Instrumente wie die Einarbeitungszuschüsse gemäss IV- und Arbeitslosengesetzgebung, eigentliche Subventionen an Betriebe, die in der Arbeitslosenversicherung nachgewiesenermassen im-

mer wieder missbraucht werden. Deshalb sagen wir Ja zur Arbeitsintegration, selbst auf Probe, gemäss der Probezeit, wie sie heute existiert – aber bitte mit Pflichten für die Arbeitgeberseite und nicht mit einseitigem Zwang für die Arbeitnehmerseite!

**Zemp Markus (CEg, AG):** Frau Kollegin, Sie haben von «Sklavenarbeit» gesprochen. In der Wandelhalle sind behinderte Kinder, welche diese Debatte hier vor dem Bildschirm verfolgen müssen. Ist das nicht Kinderarbeit?

**Goll Christine (S, ZH):** Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

**Zemp Markus (CEg, AG):** Ist das nicht Kinderarbeit, was Sie heute in der Wandelhalle mit diesen behinderten Kindern machen?

**Goll Christine (S, ZH):** Herr Zemp, ich muss Ihnen sagen: Ich habe keine Beziehung zu Kindern, die in der Wandelhalle draussen sitzen. Ich kenne diese Leute nicht; ich habe auch keine Kinder gesehen. Ich glaube aber, Sie haben nicht verstanden, worum es bei dem neuen Instrument geht, das hier in die IV-Gesetzgebung eingefügt werden soll. Dieses neue Instrument Arbeitsversuch beinhaltet, dass die IV Personen, die gesundheitlich beeinträchtigt sind, zwangsweise einem Arbeitgeber zuweisen kann, ohne dass arbeitsvertragliche Regelungen getroffen werden und ohne dass ein Lohn bezahlt wird. Das muss man tatsächlich als eine moderne Form der Sklavenarbeit bezeichnen. Das gibt es auf dem Arbeitsmarkt nicht. Heute gibt es Probezeiten, die vereinbart werden können; aber Sie wissen, dass auch in der Probezeit der volle Lohn bezahlt werden muss.

**Triponez Pierre (RL, BE):** Frau Kollegin, Sie haben quasi gesagt, es gehe um einseitige Pflichten nur des Arbeitnehmers und nicht des Arbeitgebers. Ich bitte Sie nun doch, den Text nachzulesen, den wir hier behandeln. Da steht klar und deutlich, dass folgende Bestimmungen des Arbeitsvertragsrechts anwendbar seien – es sind z. B. die Sorgfalts- und Treuepflicht, die Haftung des Arbeitnehmers, der Schutz der Persönlichkeit des Arbeitnehmers; es sind eigentlich sämtliche OR-Bestimmungen. Sind Sie sich bewusst, dass sämtliche OR-Bestimmungen im Arbeitsversuch absolut Geltung haben sollen? Entschuldigung, wenn ich es doch noch sage: Hier von «Sklavenarbeit» zu reden, finde ich ein bisschen traurig.

**Goll Christine (S, ZH):** Ich kann Ihnen versichern, ich habe nicht nur den neuen Artikel 18a, den Sie jetzt zitiert haben, genau gelesen, ich habe auch Artikel 7b genau gelesen, wo es um Sanktionen geht. Ich habe das vorher ausgeführt, vielleicht haben Sie das nicht gehört. Es ist so: Wenn eine Person, der ein solcher Arbeitsversuch zugewiesen wird, nicht bereit ist, dies zu tun, kann sie sanktioniert werden. Das heisst, die versicherte Person muss im schlimmsten Fall mit der Streichung der gesamten Rente oder der IV-Leistungen, des Taggeldes, rechnen. Es sind nicht nur einseitige Pflichten, sondern – ich betone es nochmals – ich habe von einseitigem Zwang gesprochen!

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Wenn man diese Geschichte oberflächlich betrachtet, könnte man natürlich behaupten, die Linke sage, es wollten ja alle arbeiten – aber jetzt, wo sie eine Möglichkeit dazu hätten, wollten sie doch nicht! Das wäre eigentlich der Schluss, den man daraus ziehen könnte. Die Sache ist meines Erachtens jedoch wesentlich einfacher, als sie hier dargestellt wird. Was soll dieser Arbeitsversuch? Dieser Arbeitsversuch ist ein weiteres Instrument für die IV; sie hat damit -zusammen mit den heute bestehenden Instrumenten wie Umschulung usw. – ein weiteres Element zur Verfügung, um die Integration der betroffenen Rentnerinnen und Rentner zu verbessern. Etwas anderes ist es nicht. Gegen den Willen eines Betroffenen eine Zuweisung durchzusetzen, das ist doch Unsinn! Beim Lesen der Botschaft

können Sie feststellen, dass es natürlich nichts bringt, wenn der Wille eines Betroffenen nicht vorhanden ist, ernstlich an einem solchen Arbeitsversuch teilzunehmen und damit vielleicht die Möglichkeit zu schaffen, dann den Arbeitsplatz zu erhalten. Dass Anspruch auf Taggeld besteht, zeigt, dass der Arbeitsversuch Teil der Eingliederungsbemühung der IV ist und ihr etwas mehr Flexibilität ermöglicht. Ich glaube, das ist sozialpolitisch richtig – und das ist entscheidend! Es ist auch nicht davon auszugehen, dass dann scharenweise Leute aus der IV Betrieben zugewiesen werden. Das ist doch absurd. Hier findet also, scheint mir, eine völlige Fehlbeurteilung dieser neuen Regelung statt.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen und der Mehrheit zuzustimmen und solche Arbeitsversuche in Zukunft für alle Rentnerinnen und Rentner zuzulassen. Ich glaube, das ist Teil einer positiven Entwicklung in der IV.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Je dois vous dire que c'est le seul point dans tout le débat – qu'on a eu en commission et maintenant au plénum – qui m'a surpris. Je m'attendais à tout, mais vraiment pas à un débat gauche/droite sur la question du placement à l'essai.

C'est une grande surprise pour deux raisons. La première, c'est que le placement à l'essai est à l'évidence une chance, il est utile pour tout le monde dans l'opération de la réintégration. Surtout, ce qui m'étonne beaucoup, c'est qu'il est présenté ici comme une nouveauté qui n'aurait pas été totalement pensée, qui n'est pas encore mûre, alors même qu'on a pratiquement le même instrument dans l'assurance-chômage. C'est pourquoi je ne vois vraiment pas de problème avec cette disposition, et pas de débat gauche/droite, du moins théoriquement – il faut croire qu'on en crée un lorsqu'on n'en a même pas besoin.

En effet, l'assurance-chômage offre la possibilité de faire des stages professionnels. Ces stages professionnels permettent de faire une expérience – il y a des stages de six mois. Il n'y a pas non plus de salaire pour ces stages professionnels, on touche l'indemnité journalière. Donc on a à peu près le même instrument. L'assurance-chômage propose également des stages de formation, qui sont à peu près du même type, aussi sans salaire et avec une indemnité journalière. En fait, c'est tout simplement la mise en conformité de l'AI avec ce qui se passe dans d'autres domaines de manière à pouvoir, comme pour les autres assurances, progresser dans le domaine de la réintégration avec l'ensemble des instruments.

J'ai vraiment le sentiment qu'il y a un malentendu, et que vous dramatisez la situation. Même la minorité devrait se rendre compte que c'est dans l'intérêt de la réintégration que l'on doit prévoir à peu près les mêmes mesures pour l'assurance-invalidité que pour l'assurance-chômage. D'ailleurs, de plus en plus, pour la réintégration, le fait que l'on vienne plutôt de l'assurance-chômage, de l'assurance-invalidité ou de l'aide sociale devient secondaire. L'important est de retrouver du travail, de réintégrer la vie professionnelle. L'objectif est tout simplement de préparer l'assuré à une réinsertion sur le marché primaire du travail. Ce placement est une mesure de réinsertion qui n'a pas lieu en institution, mais sur le marché primaire du travail. C'est mieux, c'est plus réel et c'est vraisemblablement aussi plus porteur de succès.

Vous avez présenté tout à l'heure, à plusieurs reprises, dans vos prises de position, cette proposition – ce nouvel instrument pour l'AI qui dans son essence, je le répète, n'est pas nouveau dans les assurances sociales – comme quelque chose qui n'aurait pas de cadre. Je rappelle que pendant la période d'essai, la personne a tous les droits qui précèdent de l'AI: elle touche sa rente ou l'indemnité journalière; tant l'entreprise que l'assuré ont des droits et des obligations pendant le placement à l'essai.

L'article 18a alinéa 3 précise les dispositions du droit du travail qui sont applicables par analogie. Le Conseil fédéral fixera par ailleurs les conditions auxquelles il sera possible d'interrompre le placement à l'essai avant terme, l'objectif étant de permettre une interruption immédiate si nécessaire. Le Conseil fédéral estime donc non seulement que la me-

sure est justifiée, mais qu'en plus elle correspond à la volonté d'orienter l'ensemble des assurances sociales vers un concept d'intégration. De plus, c'est une mesure de bon sens.

Nous sommes vraiment de l'avis qu'au moins une partie de la minorité devrait se rallier à ces arguments et également accepter cette disposition. Elle ne doit pas y voir le diable caché dans des détails, car ce n'est vraiment pas le cas. Le seul but est de servir la cause essentielle de la réintégration dans le marché du travail.

**Wehrli** Reto (CEg, SZ), für die Kommission: Die Kommissionsmehrheit erachtet dieses neukonzipierte Instrument als einen essenziellen Fortschritt, den die IV-Revision 6a bringt – für Menschen mit Behinderungen einerseits, und für die Arbeitgeber andererseits bietet es eine klare rechtliche Grundlage für einen Arbeitsversuch im ersten Arbeitsmarkt. Stellen Sie sich vor, eine IV-Rentnerin will und kann versuchen, wieder in einem Betrieb Fuss zu fassen. Mit dem Instrument des Arbeitsversuchs wird es für alle drei Beteiligten einfacher: Die versicherte Person erhält weiterhin Rente oder Taggeld; der Arbeitgeber hat keine eigentlichen arbeitsvertraglichen Verpflichtungen und Risiken; die IV-Stelle kann dank Beratung und Begleitung sicherstellen, dass die gewünschten Zielsetzungen erreicht werden. Diese Norm wird vor allem vonseiten der Arbeitgeber als ein grosser Fortschritt der IV-Revision 6a betrachtet, und auch die Kommission hat mit 13 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen für diese Bestimmungen votiert.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Ici, il est question du placement à l'essai. La 5e révision de l'AI a introduit une allocation d'initiation au travail accordée durant la période d'initiation en lieu et place des indemnités journalières. Or, pour placer durablement un assuré sur le marché primaire de l'emploi, il s'avère nécessaire de disposer d'un instrument qui permette de tester sa capacité de travail, tout en laissant ouverte la possibilité de poursuivre avec les allocations d'initiation au travail. Ce nouvel instrument est justement le placement à l'essai prévu par l'article 18a.

Les offices AI appliquent déjà ce type de mesures sous l'appellation «reclassement professionnel». La présente révision clarifie donc la situation juridique.

La réglementation ne doit pas seulement s'appliquer aux nouvelles réadaptations de bénéficiaires de rentes, mais à tous les assurés. Le placement à l'essai vise essentiellement à évaluer la capacité de travail réelle de l'assuré sur le marché primaire de l'emploi pendant une période de six mois au maximum. On attend de cet instrument qu'il augmente les chances de réinsertion pour de nombreux assurés.

Cette norme est très favorable à la réinsertion. Elle permet à l'employeur d'embaucher une personne sans courir trop de risques. Elle permet à la personne à l'AI de continuer de bénéficier des prestations AI et à l'assurance-invalidité de vérifier que les buts de réinsertion puissent être atteints.

La minorité Rechsteiner Paul propose de biffer cet article. Elle estime qu'il s'agirait d'une violation du marché du travail, d'une obligation pour l'assuré au bénéfice de prestations AI d'accepter un travail sans les droits qui vont avec. Selon la minorité, l'employeur aurait ainsi accès à des prestations de travail payées par l'Etat.

La majorité estime par contre que cette disposition est essentielle dans l'architecture de cette révision 6a, qu'il s'agit d'une disposition novatrice et d'une incitation fondamentale qui permet en plus d'obtenir un appui important de l'économie.

C'est donc par 13 voix contre 4 et 2 abstentions que la commission vous invite à rejeter la proposition de la minorité Rechsteiner Paul et à suivre la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4883)

Für den Antrag der Mehrheit ... 142 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 35 Stimmen

**Art. 18b; 18c; 18d***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 18b; 18c; 18d***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 21***Antrag der Mehrheit**Abs. 3*

... müssten, so muss dem Versicherten ...

*Abs. 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Weber-Gobet, Fehr Jacqueline, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Abs. 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 21***Proposition de la majorité**Al. 3*

... invalide est tenu de participer aux frais.

*Al. 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Weber-Gobet, Fehr Jacqueline, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Al. 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Die 6. IV-Revision sieht auch im Bereich der Hilfsmittelbeschaffung Veränderungen vor. Mehr Wettbewerb unter den Anbietern ist angesagt, um die hohen Preise zu senken, und zwar zugunsten der IV wie auch der Menschen mit einer Behinderung.

Es ist grundsätzlich zu begrüssen, dass die IV mit der Schaffung einer gesetzlichen Basis für die Beschaffung von Hilfsmitteln nicht nur die bestehenden Instrumente – Tarifverträge, von der Behörde festgesetzte Höchstbeträge und Pauschalen – wirkungsvoller einsetzen kann, sondern auch die Möglichkeit haben wird, Vergabeverfahren, z. B. Ausschreibungen, durchzuführen.

Mein Minderheitsantrag zu Artikel 21 Absatz 3 betrifft Hilfsmittel, die Gegenstände ersetzen, welche auch ohne Invalidität angeschafft werden müssen, etwa eine Bratpfanne, ein Dosenöffner, eine Schere oder Schuhe. Das sind Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die aber in der Form eines Hilfsmittels angeschafft werden, weil die normalen Ausführungen den behinderungsbedingten Bedürfnissen der Versicherten nicht entsprechen. Das heisst: Weil es keine normalen Gegenstände sind, sind sie teurer; sie können auch nicht in einem herkömmlichen Laden eingekauft werden.

Schon heute decken die IV-Versicherten einen stetig zunehmenden Teil der Hilfsmittelkosten selber. Einige können sich dies leisten, andere nicht. Es gilt deshalb abzuwägen, ob dem Versicherten eine Kostenbeteiligung auferlegt werden soll oder nicht.

Im Namen der Minderheit bitte ich Sie, die Version des Ständerates, die der Version des Bundesrates entspricht, anzunehmen und damit bei der Kann-Formulierung zu bleiben.

Im Übrigen möchte ich im Namen der grünen Fraktion darauf hinweisen, dass wir die Einführung des Vergabeverfahrens nur unterstützen, wenn der Bundesrat garantiert, dass der Zuschlag mehreren Anbietern erteilt wird, um die unterschiedlichen Versorgungsbedürfnisse auch in Zukunft abzudecken und, wenn der Anpassungsprozess zu keinem befriedigenden Ergebnis führt, den Wechsel zu einer anderen Marke zu ermöglichen.

Weiter möchten wir, dass beim Zuschlag darauf geachtet wird, dass für komplexe Behinderungen und anspruchsvolle berufliche Situationen weiterhin eine zweckmässige Versorgung – z. B. bei den Hörgeräten – ermöglicht wird. Wir möchten, dass keine Lieferengpässe entstehen, dass Ersatzteile für Reparaturen rasch geliefert werden können und dass Ausschreibungen nach kurzer Zeit erneuert werden, um neue innovative Geräte zuzulassen.

Die grüne Fraktion lehnt es ab, dass Dienstleistungen wie die Anpassung der Geräte dem Ausschreibungsverfahren unterstellt werden. In Anbetracht der grossen Anzahl regionaler und lokaler Betriebe und der notwendigen Vertrauensbeziehung zwischen Dienstleistern und Kunden ist eine solche Ausschreibung weder sinnvoll noch durchführbar.

**Weibel Thomas (CEg, ZH):** Im zu diskutierenden Artikel geht es nicht um Wettbewerb und Vergabeverfahren im Hilfsmittelmarkt, also nicht um das Thema, das Kollegin Weber-Gobet ausführlich besprochen hat. Es geht lediglich um die Gegenstände, welche auch ohne Invalidität zu beschaffen sind; es geht um die Kostenbeteiligung, darum, ob es eine Kann- oder eine Muss-Formulierung sein soll.

Frau Weber-Gobet hat es gesagt: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen eine Muss-Formulierung. Herr Bundesrat Burkhalter hat den entsprechenden Antrag in der Kommissionssitzung unterstützt, da er aus seiner Sicht nicht mit Problemen verbunden ist. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat ausgeführt, dass eine Muss-Formulierung der heutigen Praxis entspreche; eine Kostenbeteiligung werde heute schon verlangt. Die Gesetzesänderung wird die Praxis also nicht ändern. Das wird unterstrichen durch das gültige Kreisschreiben des Bundesamtes für Sozialversicherungen, welches festlegt, dass nur invaliditätsbedingte Mehrkosten übernommen werden. Da die Formulierung gemäss Mehrheit der heutigen Regelung entspricht, werden kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand und keine Mehrkosten anfallen. Die Mehrheit will die gängige Lösung im Gesetz verankern, und die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt die Mehrheit.

**Schenker Silvia (S, BS):** Wenn man auf der Fahne Artikel 21 anschaut und sieht, dass es nur einen Minderheitsantrag gibt, den Minderheitsantrag Weber-Gobet, der lediglich einer kleinen Differenz zum ursprünglichen Plan des Bundesrates entspricht, dann mag das erstaunen, hat doch im Vorfeld der Debatte um dieses erste Massnahmenpaket der 6. IV-Revision gerade dieses Thema, nämlich die Hilfsmittel, Schlagzeilen gemacht und die Gemüter sehr bewegt. Der Bundesrat will sich bei den Hilfsmitteln eine zusätzliche Möglichkeit geben.

Bisher gab es folgende Instrumente für die Beschaffung und Vergütung von Hilfsmitteln: erstens das Festsetzen von Pauschalbeträgen, zweitens das Aushandeln von Tarifverträgen und drittens die Festsetzung von Höchstbeträgen. Es hat sich gezeigt, dass bei gewissen Hilfsmitteln, insbesondere bei Hörgeräten, die Preise sehr hoch und die Gewinnmargen der Branche beträchtlich sind. Die Verhandlungen mit der Branche haben nicht zu wesentlichen Preissenkungen geführt.

Aus diesem Grund hat das BSV vorgeschlagen, dass Hilfsmittel zusätzlich mit einem Ausschreibungsverfahren angeschafft werden können. Das BSV war ursprünglich der Meinung, dies sei ohne entsprechende gesetzliche Grundlage im IVG möglich. Es kam zu einem Rechtsstreit in dieser Frage, und das Verwaltungsgericht hat den Klägern Recht gegeben. Das Verwaltungsgericht hat gesagt, es sei eine Grundlage im IVG notwendig. Im Rahmen dieser IV-Revision soll nun die gesetzliche Grundlage für das Ausschreibungsverfahren geschaffen werden. Wir alle waren zu diesem Thema einer intensiven Lobbyarbeit ausgesetzt. Ob die Intensität der Lobbyarbeit in einem direkten Zusammenhang mit der Höhe der Gewinne steht, die bei den Hörgeräten erzielt werden können, vermag ich nicht zu beurteilen; der Schluss liegt aber nahe.

In der Kommission ist es nach einer intensiven Debatte gelungen, einen Konsens zu finden. Es wurde vorgeschlagen,

das Ausschreibeverfahren ins Gesetz aufzunehmen, gleichzeitig aber festzuhalten, dass vorher alle anderen Möglichkeiten geprüft werden müssen. Auf dieses Vorgehen konnte sich die Kommission einigen.

Lediglich in einem Punkt hat die Mehrheit der Kommission anders entschieden als der Ständerat. Es geht um die Kostenbeteiligung, die Versicherten auferlegt werden kann, wenn es um Hilfsmittel geht, die auch ohne Invaliderstellung angeschafft werden müssen. Die Mehrheit war der Meinung, es sei richtig, die Kann-Formulierung in eine Muss-Formulierung umzuwandeln. Es wurde in der Kommission gesagt, dass in den meisten Fällen eine Kostenbeteiligung verlangt werde. Wir sollten dem BSV aber die Möglichkeit offenhalten, in Ausnahmefällen keine Kostenbeteiligung zu verlangen.

Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, hier der Minderheit zu folgen.

**Stahl Jürg** (V, ZH): Bei Artikel 21 Absatz 3 handelt es sich nicht um einen Schlüsselartikel; es ist eine kleine Änderung, die Ihnen die Mehrheit der Kommission beantragt. Der Bundesrat hat bei der Kostenbeteiligung für Gegenstände, die auch ohne Invaliderstellung angeschafft werden müssen, eine Kann-Formulierung vorgeschlagen. Die Mehrheit der SGK will mit ihrem Antrag diese schwammige Kann-Formulierung in eine verbindliche Muss-Formulierung umwandeln.

Die SVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass diese Mehrheitslösung die richtige ist, insbesondere weil sich – es scheint mir wichtig, das hier zu betonen – in der Praxis herauskristallisiert hat, dass diese Kostenbeteiligung auch so angewendet wird. Darum ist es folgerichtig, anlässlich dieser Revision das Vorgehen, das sich in der Praxis bewährt hat, verbindlich ins Gesetz aufzunehmen.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe libéral-radical soutient la proposition de la majorité.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: En fait, que vous votiez pour la majorité ou pour la minorité ne changera pratiquement rien; cela revient au même. Et là non plus cela ne pose pas un problème de démantèlement. Il s'agit par exemple du cas des chaussures orthopédiques: c'est typiquement quelque chose qu'on devrait de toute façon acquérir en remplacement d'objets, même si on n'était pas tenu d'acquérir cela en tant qu'invalide. Ainsi, à ce moment-là, l'assurance-invalidité va fixer, par voie d'ordonnance, le montant de la participation aux coûts. Et dès le moment où ce montant est fixé par voie d'ordonnance, l'assuré est tenu de participer aux frais.

Dès lors, qu'on opte pour une «Kann-Formulierung» ou pour une «Muss-Formulierung» – comme on le dit en bon français –, cela ne change rien dans les faits. Il est vrai que la formulation de la majorité est dans ce sens-là plus claire, car dès le moment où une participation aux coûts peut raisonnablement être exigée, ce sera de toute manière fait par voie d'ordonnance.

Nous vous proposons donc de soutenir la majorité mais, encore une fois, ça ne change rien à la réalité des faits.

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: Hilfsmittel sind für alle Menschen mit Behinderung wichtig. Dennoch sind auch in diesem Bereich vertretbare und gezielte Sparmassnahmen möglich. Die Kommissionsmehrheit ist in Bezug auf Artikel 21 Absatz 3 der Ansicht, dass für Gegenstände, die auch ohne Invaliderstellung angeschafft werden müssten, ein obligatorischer Selbstbehalt verankert werden soll und nicht, wie von Ständerat und Bundesrat vorgesehen, ein bloss möglicher Selbstbehalt – dies zu diesem Absatz, den die Kommission mit 15 zu 7 Stimmen so gutgeheissen hat.

Zuhanden des Amtlichen Bulletins möchte ich noch Folgendes erklären: Im Rahmen der 6. IV-Revision hat die Kommission ebenfalls die vom Zentrum für Selbstbestimmtes Leben in Zürich am 26. Februar 2010 eingereichte Petition «Behin-

derte gegen Hilfsmittelmonopole» traktandiert. Das Anliegen der Petition wurde mit keinem Antrag explizit aufgenommen. In diesem Sinne wurde der Petition keine Folge gegeben.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Nous en sommes à la participation aux frais pour les moyens auxiliaires, soit à l'article 21.

Les moyens auxiliaires sont importants, nous le savons, pour toute personne invalide. L'assuré à qui un moyen auxiliaire a été alloué en remplacement d'objets qu'il aurait dû acquérir même s'il n'était pas invalide doit être appelé à une participation aux coûts. C'est en tout cas l'avis de la majorité de la commission.

La minorité Weber-Gobet, par contre, préfère la formulation du Conseil fédéral et du Conseil des Etats, qui prévoit que l'assuré «peut être tenu de participer aux frais».

Par 15 voix contre 7, la commission vous invite à soutenir la proposition défendue par la majorité.

Je profite aussi de ce thème pour vous dire que, dans le cadre de ses délibérations sur la 6e révision de l'AI, la commission a inscrit à son ordre du jour la pétition déposée le 26 février 2010 par le Centre de vie autonome de Zurich et qui porte le titre «Non aux monopoles de moyens auxiliaires». La commission n'a déposé aucune proposition allant dans le sens de l'objectif de cette pétition et a par conséquent décidé de ne pas y donner suite.

*Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4884)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen

**Art. 21bis; 21ter**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 21quater**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

Der Bundesrat wendet Vergabeverfahren nach Absatz 1 Buchstabe d nach Prüfung der Anwendung der Instrumente gemäss den Buchstaben a bis c an.

**Art. 21quater**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2*

Le Conseil fédéral procède par adjudication, conformément à l'alinéa 1 lettre d, après avoir examiné l'application des instruments selon les lettres a à c.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 22 Abs. 5bis, 5ter, 6; 23 Abs. 1bis, 3; Gliederungstitel vor Art. 26**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 22 al. 5bis, 5ter, 6; 23 al. 1bis, 3; titre précédent l'art. 26**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 26bis Abs. 1***Antrag der Kommission*

Der versicherten Person steht die Wahl unter den medizinischen Hilfspersonen, den Anstalten und Werkstätten oder im (allgemeinen) Arbeitsmarkt stehenden Betrieben, die Eingliederungsmassnahmen ...

**Art. 26bis al. 1***Proposition de la commission*

L'assuré a le libre choix entre le personnel paramédical, les établissements et les ateliers ou encore les entreprises présentes sur le marché (ordinaire) du travail qui appliquent ...

*Angenommen – Adopté*

**Art. 27 Abs. 1***Antrag der Mehrheit*

... und der medizinischen Hilfspersonen, Verträge zu schliessen ...

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Gilli, Goll, Fehr Jacqueline, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 27 al. 1***Proposition de la majorité*

... avec les associations des professions médicales et paramédicales, afin de régler ...

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Gilli, Goll, Fehr Jacqueline, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Le président** (Germanier Jean-René, président): La discussion et le vote valent également pour l'article 57 alinéa 1 lettre i.

**Schenker Silvia** (S, BS): Bei Artikel 27 Absatz 1 geht es nicht um eine inhaltliche Differenz zwischen der Mehrheit und der Minderheit, es geht lediglich um die Frage, ob eine Gesetzesänderung nötig und sinnvoll ist. Die Mehrheit, das BSV und auch die Minderheit sind der Meinung, dass Vereinbarungen mit den Leistungserbringern im Bereich der Massnahmen der beruflichen Art und der Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung von den IV-Stellen abgeschlossen werden sollen, weil die IV-Stellen näher an den Organisationen und Institutionen sind, als dies beim BSV der Fall ist. Dies wird, wie gesagt, auch von der Minderheit nicht bestritten. Uns wurde in der Kommission aber gesagt, dass man daran sei, dies auf Verordnungsstufe zu regeln, und dass es notwendig sei, die Gesetzesbestimmung so beizubehalten, wie sie im Moment ist.

Ich betone nochmals: In der Sache besteht keine Differenz zwischen der Minderheit und der Mehrheit. Ich bitte Sie, der Minderheit zuzustimmen. Wie ich vorhin gehört habe, wird auch der Bundesrat die Minderheit unterstützen, und er wird sicher auch noch erläutern, wo allenfalls Probleme entstehen, wenn wir das Gesetz anpassen.

**Gilli Yvonne** (G, SG): Gerne möchte ich mich den Ausführungen von Frau Schenker anschliessen. Hier wird geregelt, mit welchen Organen, die gesamtschweizerisch im Bereich der Wiedereingliederung tätig sind, Verträge abgeschlossen und Tarife erlassen werden können. Es ist eigentlich ein technischer Artikel. Nach einer längeren Diskussion in der Kommission beschloss die Mehrheit, auf den Begriff «Anstalten und Werkstätten» zu verzichten. Man war der Meinung, das könne auf Verordnungsebene gelöst werden. Unter die Kategorie «Anstalten und Werkstätten» fallen aber auch die Spitäler, und diese stehen unter kantonaler Hoheit. Will der Bundesrat die Möglichkeit, in diesem Bereich Tarifverträge mit Spitälern abzuschliessen, braucht er dazu eine gesetzlich-

che Grundlage; eine Lösung auf Verordnungsebene reicht dazu nicht aus.

Ich denke, es handelt sich um ein Missverständnis, nicht um eine Meinungsverschiedenheit, und bitte Sie deshalb, der Minderheit Schenker Silvia zu folgen und der Stellungnahme des Bundesrates Beachtung zu schenken.

**Goll Christine** (S, ZH): Ich möchte mich zunächst an Herrn Zemp wenden, der mir vorhin in der Debatte eine Frage gestellt bzw. mir unterschoben hat, ich würde Sklavenarbeit mit behinderten Kindern unterstützen. Er hat auf die Wandelhalle verwiesen, und ich möchte hier folgende Erklärung abgeben:

Ich war vorhin in der Wandelhalle. Dort sitzt eine Gruppe von erwachsenen Menschen mit Behinderungen, viele von ihnen in Rollstühlen. Es sind auch Angehörige dieser behinderten Menschen und eine minderjährige Person dabei. Ich möchte Herrn Zemp hiermit auffordern, sich bei dieser Gruppe von Menschen draussen in der Wandelhalle zu entschuldigen, weil er ihnen unterstellt hat, sie liessen sich in irgendeiner Art und Weise instrumentalisieren. Ich bitte Sie, Herr Zemp, entschuldigen Sie sich draussen in der Wandelhalle bei der Gruppe von Menschen, die nichts anderes macht, als gespannt unsere Beratungen zu verfolgen. Sie haben vor allem Interesse an der Frage des Assistenzbeitrages, den wir noch beraten werden.

Nun zu Artikel 27: Ich möchte hier die Argumente, die genannt wurden, nicht wiederholen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass mit der Mehrheitsfassung die Anstalten und Werkstätten, die Eingliederungsmassnahmen machen, aus der Gesetzesbestimmung ausgeschlossen werden. Ich möchte Herrn Bundesrat Burkhalter bitten, uns hier zu erläutern, welche Auswirkungen das in der Praxis hätte. Zu den sogenannten Anstalten, die hier erwähnt sind, gehören ja unter anderem auch die Spitäler, die den Kantonen unterstehen. Unserer Meinung nach wäre es nicht haltbar, dem Bundesrat diese Kompetenz zu entziehen.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe libéral-radical soutient la proposition de la majorité.

**Humbel Ruth** (CEg, AG): Ich möchte gleich bei dem ansetzen, was Frau Goll gesagt hat, denn es geht bei diesem Artikel um eine Aufgabenteilung, nämlich um eine Aufgabenteilung zwischen dem Bundesrat und den IV-Stellen. Die Kommissionsmehrheit will die Kompetenzen des Bundesrates auf Verträge mit der Ärzteschaft und den Berufsverbänden der Medizinalpersonen und der medizinischen Hilfspersonen beschränken und die Kompetenz für den Abschluss von Vereinbarungen mit Leistungserbringern im Bereich der Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung den IV-Stellen überbinden. Ich sehe nicht ein, was das mit Spitälern und mit kantonalen Hoheiten zu tun haben sollte, wie das von Vorrednerinnen gesagt worden ist, sondern das schafft Klarheit: Jede Stelle soll das machen, was sie am besten kann, und wenn es um Fragen der Integration, der Wiedereingliederung, geht, sind es die IV-Stellen, die diese Kompetenzen haben und auch die örtlichen Verhältnisse kennen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, bei Artikel 27 Absatz 1 der Kommissionsmehrheit zu folgen. Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird dies tun.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe de l'Union démocratique du Centre soutient la proposition de la majorité.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Je propose au groupe UDC, au groupe libéral-radical et au groupe PDC/PEV/PVL d'attendre la réponse du Conseil fédéral. En effet, très franchement, vous n'avez là pas raison et il ne faut pas, là non plus, mener un débat en bloc. Vous créez une divergence si vous le voulez, mais ce n'est pas nécessaire. On pourrait s'en passer et prendre un peu plus de temps sur les points essentiels.

De quoi s'agit-il ici? Il faut traiter les articles 27 et 57 ensemble. Il s'agit de savoir où inscrire les compétences. A l'article 27, on donne la compétence au Conseil fédéral de conclure des conventions avec toute une série d'éléments et notamment avec les établissements et les ateliers qui appliquent les mesures de réadaptation. Il est juste d'inscrire cela au niveau de la loi.

La majorité, quant à elle, souhaite déplacer cela du côté des offices AI, c'est-à-dire des structures cantonales. Et dans ces discussions et conventions avec les établissements et les ateliers qui appliquent les mesures de réadaptation, il y a en effet certains éléments qui concernent les hôpitaux et les établissements de soins, pour lesquels des tarifs sont discutés au niveau national. La loi, dans sa teneur actuelle, telle que le Conseil des Etats l'a approuvée et telle que la veut le Conseil fédéral, est la bonne disposition, qui permet de mettre les bonnes compétences aux bons endroits.

Il faut donc soutenir la minorité, à l'article 27 alinéa 1, qui demande de suivre la décision du Conseil des Etats, c'est-à-dire la version du Conseil fédéral. Il n'y a là aucun problème idéologique. Je vous invite à soutenir cette proposition et à éviter ainsi de devoir vraisemblablement régler cela par la suite lors de la procédure d'élimination des divergences. Si vous ne m'écoutez pas, à ce moment-là, on le fera quand même lors de l'élimination des divergences.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: A cet article, nous avons la tâche de défendre la position de la majorité. Même après avoir entendu les explications précédentes, je crois que nous n'avons pas le droit de retirer la proposition de la majorité. Ce sera évidemment au Conseil des Etats de régler la question définitivement.

Dans la version du Conseil fédéral, adoptée par le Conseil des Etats, cet article donne – c'est ainsi que nous l'avons compris et interprété – au Conseil fédéral la possibilité de conclure sur le plan national des conventions avec des établissements et des ateliers qui appliquent les mesures de réadaptation. La majorité a été de l'avis que le fait de conclure des conventions avec ces prestataires devait par contre être de la responsabilité des offices AI et, donc, qu'elles devaient être mieux adaptées aux situations cantonales locales parce qu'en effet, la réadaptation a toujours lieu au niveau local.

Il semble donc correct que les prestataires de mesures de réadaptation – établissements, ateliers, etc. – puissent conclure des conventions avec l'office AI cantonal. Dans l'esprit de la commission, cela permet d'établir une collaboration plus étroite entre les offices AI et les partenaires sociaux afin de renforcer les procédures de réinsertion, en particulier la recherche de travail pour les personnes qui doivent être réinsérées.

La commission a pris sa décision par 13 voix contre 7. Pour les raisons exposées ci-dessus, elle vous invite à soutenir la proposition de la majorité à l'article 27 alinéa 1 et en même temps à l'article 57 alinéa 1 lettre i.

**Wehrli** Reto (CEg, SZ), für die Kommission: Die Neuerung in Artikel 27 Absatz 1 ist im Zusammenhang mit dem neuen Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe i zu sehen. Die Kommission erachtet es als sinnvoll, wenn neu die IV-Stellen Vereinbarungen mit Anstalten und Werkstätten im Bereich der Eingliederungsmassnahmen abschliessen können. Eingliederung findet immer vor Ort statt, und deshalb muss auch eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit vor Ort stattfinden können. Anders als bei Medizinaltarifen oder Hilfsmitteln sind hier nationale Einheitspreise und Bedingungen nicht sinnvoll und auch nicht richtig möglich.

Deshalb kann dieser Bereich in Artikel 27 Absatz 1 angenommen werden. So jedenfalls lautet die Mehrheitsmeinung der SGK, die mit 13 zu 7 Stimmen entschieden hat. Es wird sich im Feuer der Differenzbereinigung erweisen, ob die Einwände, die wir soeben vom Bundesrat gehört haben, einschlägig sind. Wir müssen also abwarten. Das Ziel ist für beide Seiten dasselbe.

#### *Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4885)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 72 Stimmen

#### **Art. 31**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### *Antrag der Minderheit*

(Bortoluzzi, Baettig, Estermann, Müri, Parmelin, Scherer, Stahl)

*Abs. 1*

Kann oder könnte eine rentenberechtigte Person wegen Verbesserung ihres gesundheitlichen Zustandes neu ein Erwerbseinkommen erzielen oder ein bestehendes Einkommen ...

#### **Art. 31**

*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Proposition de la minorité*

(Bortoluzzi, Baettig, Estermann, Müri, Parmelin, Scherer, Stahl)

*Al. 1*

Si, en raison d'une amélioration de son état de santé, un assuré ayant droit à une rente perçoit, ou pourrait percevoir, un nouveau revenu ou que son revenu existant augmente ...

#### **Art. 32**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### *Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Robbiani, Rossini, Weber-Gobet)

*Abs. 1 Bst. a*

a. sie im Laufe der fünf auf die Herabsetzung ... zu mindestens 40 Prozent arbeitsunfähig wird;

#### **Art. 32**

*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Robbiani, Rossini, Weber-Gobet)

*Al. 1 let. a*

a. si, au cours des cinq ans qui suivent ... il présente une incapacité de travail d'au moins 40 pour cent;

**Bortoluzzi** Toni (V, ZH): Man hat mich in der Zwischenzeit davon überzeugt, dass mein Anliegen bei Artikel 31 Absatz 1 durch das ATSG erfüllt werde und kein Problem darstelle. Ich kann es damit kurz machen und einen Beitrag zur Effizienz leisten: Der Minderheitsantrag ist zurückgezogen.

**Schenker** Silvia (S, BS): Ich kann es leider nicht so kurz machen, weil ich meinen Minderheitsantrag nicht zurückziehen kann. In diesem Artikel geht es um den Rettungsschirm für die Menschen, die den Schritt aus der Invalidenversicherung in die Arbeitswelt wagen. Sie sollen, falls der Schritt nicht gelingt und sie aus Krankheitsgründen wieder arbeitsunfähig werden, den Anspruch auf eine sogenannte Übergangsleistung haben. Diese Möglichkeit ist für die Betroffenen ausserordentlich wichtig. Wir müssen uns bewusst sein, dass diejenigen, welche eine Rente erhalten, sehr häufig bereits eine lange und leidvolle Geschichte hinter sich haben. Entgegen dem, was immer wieder kolportiert wird, kommt man nicht so einfach zu einer IV-Rente. Wenn nun also Rentnerinnen und -Rentner aus der IV in den ersten Arbeitsmarkt wechseln sollen oder müssen, macht ihnen das in vielen Fällen Angst; Angst, den Anforderungen des Arbeitsplatzes nicht gerecht zu werden, Angst aber auch, materielle Risiken

einzugehen, wenn sie die Rente verlieren, die ihnen die Existenz gesichert hat.

Richtigerweise wurde darum ein Instrument gesucht, um dieser Angst zu begegnen. Die Betroffenen sollen bei einem Rückfall Anspruch auf eine Übergangsleistung haben. Die Übergangsleistung entspricht entweder der ursprünglich ausbezahlten Rente oder, im Falle einer Kürzung der Rente, dem Betrag, um den gekürzt wurde. Der Bundesrat hat vorgeschlagen, dass der Anspruch auf eine Rente während drei Jahren bestehen soll, und dies nur dann, wenn jemand zu 50 Prozent arbeitsunfähig wird.

Ich beantrage Ihnen mit meiner Minderheit, die Frist auf fünf Jahre zu verlängern und für den Anspruch eine Arbeitsunfähigkeit von 40 Prozent festzusetzen. Warum fünf Jahre? Drei Jahre scheinen eine lange Zeit zu sein. Wenn jemand während drei Jahren in einem stabilen Zustand ist und es am Arbeitsplatz gutgeht, hat man den Eindruck, damit sei die Integration geglückt. In vielen Fällen mag das stimmen. Wir sollten aber auch an die Fälle denken, bei denen der Verlauf schwankend ist und Rückfälle in grösseren Zeitabständen auftreten. Diesen Betroffenen gibt es eine viel grössere Sicherheit, wenn sie während fünf Jahren Anspruch auf eine Übergangsleistung haben. Ich behaupte, dass die Verlängerung dieser Frist keine allzu hohen Kosten verursacht. Für die Betroffenen bedeutet sie aber ein hohes Mass an zusätzlicher Sicherheit.

Der zweite Teil meines Minderheitsantrages betrifft den Grad der Arbeitsunfähigkeit, bei dem die Übergangsleistung zum Tragen kommen soll. Hier schlage ich Ihnen vor, bei 40 Prozent anzusetzen; 40 Prozent ist auch der Mindestinvaliditätsgrad. Das scheint mir sinnvoll und kohärent mit der übrigen Gesetzgebung.

Ich bitte Sie, meinem Minderheitsantrag zuzustimmen. Im Moment sind Rettungsschirme in anderen Zusammenhängen immer wieder ein Thema. Ich bin der Meinung, dass Menschen, die es wagen, den Schritt aus der IV in die Arbeitswelt zu machen, das Recht auf einen Rettungsschirm haben, der diesen Namen auch verdient.

**Goll** Christine (S, ZH): Die SP-Fraktion wird die Minderheit Schenker Silvia unterstützen. Wir bitten Sie, dasselbe zu tun.

In Artikel 32 geht es um die Übergangsleistungen bei Arbeitsunfähigkeit, genauer gesagt: bei einer erneuten Arbeitsunfähigkeit, wenn eine Person nach längerer Abwesenheit vom Arbeitsmarkt wiedereingliedert werden konnte bzw. ihre Erwerbstätigkeit ausweiten konnte. Es handelt sich um eine eigentliche Schutzfrist, und es ist absolut notwendig, dass diese Schutzfrist gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag in der Vorlage verbessert wird. Diese soll dann gelten, wenn eine eingegliederte Person erneut arbeitsunfähig wird. Die Schutzfrist muss unserer Meinung nach auf fünf Jahre ausgeweitet werden, und eine Übergangsleistung muss zudem ab einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent gesprochen werden können. Alles andere ist mehr als unvernünftig, weil betroffene Personen sonst zwischen Stuhl und Bank fallen können. Was heisst das konkret? Konkret würde das bedeuten, dass die Eingliederung in den Arbeitsmarkt scheitern würde, dass aber gleichzeitig auch die IV-Rente unwiderruflich gestrichen wäre.

Der Minderheitsantrag ist alles andere als übertrieben, und er ist auch keine Erfindung der Minderheit Schenker Silvia, denn bereits die Eidgenössische AHV/IV-Kommission, die ja den Auftrag hat, den Bundesrat zu beraten, hat sich für diese Ausgestaltung ausgesprochen. Wer die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ernst nimmt und Betroffene nicht einfach kurzfristig ruhigstellen und aus der IV abschieben will, weiss, dass eine dauerhafte und sinnvolle Eingliederung von teilweise langjährigen Rentnern und Rentnerinnen nur mit einem gutausgebauten Rückfallschutz gelingen kann. Es ist absolut unverständlich, weshalb gerade in diesem Bereich ein Abbau stattfinden soll. Der Rückfallschutz muss fünf Jahre dauern, die Eintrittsschwelle muss auf einen Invaliditätsgrad von 40 Prozent festgelegt werden.

Das ist unser Antrag, denn behinderte Menschen brauchen die Sicherheit, nicht einfach fallengelassen zu werden, sollten sie wieder erkranken und deshalb nicht mehr erwerbstätig sein können.

**Prelicz-Huber** Katharina (G, ZH): Auch die Grünen werden bei Artikel 32 Absatz 1 dem Antrag der Minderheit zustimmen. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, dass wir dafür sorgen, dass die Wiederintegration in den Arbeitsprozess nach der Aufhebung oder auch der Herabsetzung einer Rente – wir sprechen ja hier oft von Personen, die schon sehr lange Jahre eine Rente bezogen haben – auch klappen kann. Das ist für die betroffenen Menschen oft ein schwieriger, langsamer Prozess. Gerade bei psychisch kranken Menschen ist es ein Prozess, der mit Hochs und Tiefs verbunden ist. Einmal geht es gut, einmal geht es wieder schlechter. Der Druck, die Arbeitsintegration positiv durchlaufen zu müssen oder auch zu wollen, ist und bleibt sehr hoch. Es braucht nicht noch den Druck der Existenzsicherung, den Druck, dass dann beispielsweise die Rente ausgesetzt werden könnte. Drei Jahre – Frau Schenker hat das gut ausgeführt – sind für viele Menschen zu kurz, obwohl es nach einer langen Zeit tönt. Fünf Jahre wären eine adäquate Dauer. Auch das Anfordernis einer 50-prozentigen Arbeitsunfähigkeit ist zu hoch, bereits 40 Prozent sind viel; aber das ist das Minimum für den Bezug einer Rente. Deshalb bitten wir Sie, hier 40 Prozent festzusetzen.

Wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, dass wir bei der Arbeitsintegration grosszügig sind. Es ist wichtig, dass die Integration gelingen kann und dass wir uns dem Tempo der Betroffenen anpassen, damit sie die Wiederintegration individuell, gemäss ihren Möglichkeiten schaffen können. Den Druck auf die Betroffenen noch zu erhöhen ist hier sehr kontraproduktiv. Erhöhter Druck kann sogar wiederum eine 100-prozentige Arbeitsunfähigkeit nach sich ziehen.

Wir bitten Sie inständig, der Minderheit zuzustimmen.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe libéral-radical et le groupe de l'Union démocratique du Centre soutiennent la proposition de la majorité.

**Humbel** Ruth (CEg, AG): Artikel 32 ist ein Rettungsschirm, wie dies von Frau Schenker dargelegt worden ist. Die Frage ist nun: Wie lange darf das Angebot eines Rettungsschirms bestehen? Darin liegt die Differenz zwischen der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit. Das Angebot eines Rettungsschirms ist begrenzt, und es ist dann immer die Frage, welche Begrenzung angemessen ist und welche nicht. Braucht es vielleicht einen bestimmten Druck, um sich bewusst zu werden, dass eine Grenze besteht? Oder kann man ohne diese Grenze leben oder diese Grenze ausdehnen? Wir sind der Meinung, dass die Dauer von drei Jahren angemessen ist und dass wir einen Invaliditätsgrad von 50 Prozent berücksichtigen sollen. Wenn Frau Schenker angetönt hat, dass der Mindestinvaliditätsgrad für den Bezug einer Rente 40 Prozent beträgt und hier eine Angleichung stattfinden soll, muss dem entgegengehalten werden, dass es hier um eine andere Situation geht; diesen 50 Prozent liegt die Annahme zugrunde, dass eine 50-prozentige Leistungseinschränkung eine erhebliche Einbusse an Einkommen für den Versicherten wie auch eine Einbusse an Arbeitsleistung für den Arbeitgeber darstellt. Die 50 Prozent sind auch nicht eine absolute Zahl, sondern sind in Relation zur Erwerbstätigkeit zu sehen. Wenn eine Person nur zu 50 Prozent erwerbstätig ist und eine 50-prozentige Arbeitsunfähigkeit erleidet, ist sie noch zu 25 Prozent arbeitsfähig. Diese 50 Prozent sind also in Relation zur Erwerbstätigkeit zu sehen. Bei den Fristen ist auch an eine Koordination mit dem BVG zu denken.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion erachtet drei Jahre als angemessen und 50 Prozent als zumutbar und wird den Mehrheitsanträgen zustimmen.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Pourquoi cinq ans sont-ils devenus trois ans? Et pourquoi une incapacité de travail d'au moins 40 pour cent au lieu de 50 pour cent?

Plus exactement, pour ce qui est du droit à une prestation transitoire durant trois ans suivant la réduction ou la suppression de la rente, l'avant-projet envoyé en consultation prévoyait deux ans. Nous avons cherché une solution en tenant compte des problématiques liées au deuxième pilier. La coordination a pu être trouvée pour une période de trois ans. Compte tenu de cette solution en lien avec le deuxième pilier, qui prévoit que l'institution de prévoyance reste tenue de fournir des prestations dans la même mesure qu'avant la tentative de réadaptation, il faut renoncer à dépasser la durée de trois ans.

Après analyse des résultats de la consultation, nous avons donc augmenté la durée de deux ans à trois ans, mais c'est la limite. La conciliation avec le deuxième pilier est une mesure très importante pour que les employeurs jouent vraiment le jeu de la réadaptation, pour que cette mesure puisse rester solide. C'est ce qui explique qu'il faut prévoir une durée de trois ans et ne pas l'augmenter à cinq ans.

La Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité, dont on a parlé tout à l'heure, est en effet favorable à une durée de trois ans et elle a soutenu cette proposition. En revanche, il est vrai qu'elle était défavorable à la deuxième proposition: l'incapacité de travail de 40 pour cent au lieu de 50 pour cent. L'article 28 alinéa 1 lettre b LAI prévoit que l'assuré a droit à une rente à condition d'avoir «présenté une incapacité de travail d'au moins 40 pour cent en moyenne». Cette valeur de 40 pour cent correspond précisément à une moyenne; parfois cette valeur est plus élevée, évidemment, puisque c'est une moyenne. Et, surtout, elle concerne une période bien plus longue, de l'ordre d'une année, alors que le droit à la prestation transitoire naît après trente jours d'incapacité de travail.

La prestation transitoire constitue une solution dont l'accès est très facile – c'est ce que nous voulons d'ailleurs –, dont la mise en oeuvre est rapide. Elle est accordée, je le répète, par exemple non seulement si la période d'incapacité de travail est réduite, mais aussi en cas d'absence de causalité.

Pour ces raisons, la proposition de la minorité doit être rejetée. C'est cette décision qu'a prise le Conseil fédéral après avoir consulté la Commission fédérale de l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité qui, elle, en effet, proposait 40 pour cent.

Nous vous invitons à suivre la majorité et, par conséquent, à ne pas modifier cet article selon la proposition de la minorité.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Cette disposition garantit qu'en cas de nouvelle diminution de la capacité de travail pour raisons de santé, dans les trois ans après la réduction ou la suppression d'une rente, une prestation transitoire sous forme de rente est accordée rapidement et sans tracasseries administratives. De la sorte, l'assuré a pendant trois ans la garantie de ne pas être fortement désavantagé sur le plan financier pour avoir tenté de se réinsérer.

Cette disposition profite également à l'employeur. Si celui-ci a conclu une assurance d'indemnités journalières en cas de maladie, il est, en règle générale, dispensé d'annoncer le dommage à son assurance, puisque le délai d'attente est très souvent de 60 à 90 jours. Il évite ainsi le relèvement de primes qui pourrait s'ensuivre et le risque que, dans le pire des cas, l'assurance d'indemnités journalières résilie son contrat après la survenance d'un dommage. L'employeur est ainsi protégé contre un risque qu'il assumait jusqu'à présent. Cette disposition est une incitation importante pour créer des postes de travail pour les personnes recevant une rente AI. Elle est beaucoup plus importante, aux yeux de la majorité, que le système des quotas.

La minorité Schenker Silvia propose d'étendre ce droit de l'assurance de trois à cinq ans et de diminuer le taux d'incapacité de travail de 50 à 40 pour cent pour profiter de la rente.

La commission, par 14 voix contre 9, estime que la proposition du Conseil fédéral et du Conseil des Etats est suffisam-

ment raisonnable et qu'une extension des droits de l'assuré ne se justifie pas ici.

**Wehrli** Reto (CEg, SZ), für die Kommission: Die Revision 6a hat zum Ziel, dass Menschen, die heute eine IV-Rente beziehen, wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dieser Schritt bedarf auch aufseiten der Betroffenen einer gewissen Absicherung. Wer den Mut zur Veränderung aufbringt, der soll während einer bestimmten Zeit abgesichert sein. So können Ängste überwunden werden. Bundesrat, Ständerat und Kommissionsmehrheit stehen dieser Hilfeleistung, dieser Abfederung, so, wie sie in Artikel 32 neu verankert wird, positiv gegenüber.

Der Minderheitsantrag will nun die Leistungsvoraussetzungen senken: Der Schutz soll während fünf statt drei Jahren bestehen, und er soll nicht erst dann greifen, wenn eine Arbeitsunfähigkeit von 50 Prozent besteht, sondern die Leistung soll bereits ab einer Arbeitsunfähigkeit von 40 Prozent erfolgen.

Dieser Ausweitung steht die Kommission ganz klar negativ gegenüber. Sie ist der Ansicht, dass das neue Instrument gemäss Ständerat bzw. Bundesrat ausreichend ist. Ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit – der Entscheid fiel mit 14 zu 9 Stimmen –, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

*Art. 31*

**Le président** (Germanier Jean-René, président): La proposition de la minorité a été retirée.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit  
Adopté selon la proposition de la majorité*

*Art. 32*

*Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4886)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 65 Stimmen

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Ce vote est également valable pour la modification du droit en vigueur, chiffre 6, article 26a alinéa 1.

**Art. 33; 34**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 38 Abs. 3**

*Antrag der Minderheit*

(Bortoluzzi, Borer, Estermann, Humbel, Müri, Parmelin, Scherer, Stahl, Wehrli)

Kinderzulagen, die nach dem Familienzulagengesetz ausgerichtet werden, werden von der Kinderrente in Abzug gebracht.

**Art. 38 al. 3**

*Proposition de la minorité*

(Bortoluzzi, Borer, Estermann, Humbel, Müri, Parmelin, Scherer, Stahl, Wehrli)

Les allocations pour enfants conformément à la loi sur les allocations familiales sont déduites de la rente pour enfant.

**Bortoluzzi** Toni (V, ZH): Wir beantragen Ihnen, Artikel 38 mit einem neuen Absatz 3 zu ergänzen.

Die Ausrichtung von Kinderrenten erfolgt an IV-Rentenbezüger, das als Vorbemerkung. Eine Kinderrente beträgt 40 Prozent der Rente und ist im Schnitt in etwa mit 540 Franken monatlich zu beziffern. Bei Bezüger einer Rente der berufli-

chen Vorsorge kommen weitere 20 Prozent der Rente dazu. Der Bundesrat, das möchte ich auch festhalten, beabsichtigt, die Frage der Kinderrenten in der Vorlage 6b anzugehen und dort Vorschläge zu machen. In der Vernehmlassung zur Vorlage 6b hat er aufgezeigt, in welche Richtung es gehen soll.

Bei meinem Antrag geht es nun aber nicht um eine generelle Anpassung der Kinderrenten für IV-Bezüger, sondern um den Einbezug der Familienzulagen. Seit Bestehen der neuen Familienzulagenordnung des Bundes, also seit dem 1. Januar 2009, stehen Familienzulagen auch Nichterwerbstätigen zu. Die Kinderzulage wird bei Nichterwerbstätigen durch die Kantone ausbezahlt. Das heisst, die durchschnittliche Kinderrente von IV-Rentnern wird so oder so um mindestens 200 Franken pro Monat erhöht, wobei die bereits bestehende Kinderzulage von allenfalls erwerbstätigen Partnern hier nicht einbezogen ist. Bei meinem Antrag geht es nun darum, diese neue Leistung, also die Kinderzulage für Nichterwerbstätige, aber auch die Kinderzulage von erwerbstätigen Partnern mit der Kinderrente, die aus der IV-Rente entsteht, zu koordinieren. Das ist erst seit Kurzem möglich, weil nämlich ein nationales Register für die Kinderzulagen eingeführt wurde. Wir haben das im Juni dieses Jahres hier verabschiedet. Vorher wäre eine Beurteilung überhaupt nicht möglich gewesen. Ich nehme an, dass die Einführung dieses Registers im Gange ist oder dass sie zu Beginn des nächsten Jahres geschehen wird. So wird also diese Koordinierung, wie ich sie mit dem Minderheitsantrag vorschlage, möglich.

Ich möchte Ihnen diesen Minderheitsantrag ans Herz legen, denn das sind typische, sozialpolitisch unnötige Doppelleistungen, die der Glaubwürdigkeit von Sozialversicherungen Schaden zufügen. Solche Doppelleistungen hinterlassen immer den Eindruck, man gehe mit den Beiträgen, die man bezahlt, gleichgültig um. Das war bis heute nie ein Thema, aber es dürfte gelegentlich eines werden, wenn solche Vorgänge einmal öffentlich bemerkt werden. Wenn solche Doppelleistungen festgestellt werden, trägt das nicht zur Stabilisierung unserer Sozialversicherungen bei.

Ich möchte Sie bitten, meinem Minderheitsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

**Prelicz-Huber Katharina (G, ZH):** Ich möchte Sie im Namen der Grünen bitten, den Antrag der Minderheit Bortoluzzi abzulehnen.

Die IV ist eine Existenzsicherung, wenn keine oder nur eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit möglich ist. Wenn Kinder da sind, braucht es in allen Familien mehr Geld, das ist logisch, seien die Eltern nun behindert oder nicht behindert. Damit die Kinder nicht unter der Situation der Eltern, die nur teilweise oder gar nicht erwerbstätig sein können, leiden müssen, gibt es zur Existenzsicherung dieser Familie zusätzlich eine Kinderrente. Diese Kinderrente ist, wie auch die IV-Rente, grundsätzlich nicht fürstlich bemessen und oft nur knapp existenzsichernd. Die Familien- oder Kinderzulagen, die hier angesprochen werden, sind hingegen eine Zulage für alle, und zwar – Herr Bortoluzzi hat es jetzt gerade ausgeführt – mittlerweile auch für die Selbstständigerwerbenden. Die Familienzulage gibt es für alle Familien, die Kinder haben, ob reich oder arm. Es ist eine Anerkennung des Staates, dass die Kinder etwas kosten, sogar viel Geld kosten, wenn man sie ein Leben lang erzieht – was die Eltern hoffentlich auch gut tun. Es ist ein Zustupf an das Haushaltsbudget, es ist längst keine Existenzsicherung, es ist lediglich ein Zustupf, und es ist eine Anerkennung an die Leistung, Kinder grosszuziehen. Dies geschieht im Wissen darum, dass es für einen Staat, für eine Gesellschaft wichtig ist, Kinder zu haben. Wieso also sollen gerade hier die behinderten Menschen benachteiligt werden? Sie haben, wenn sie Kinder haben, ebenso einen Anspruch auf Familienzulagen wie alle andern Eltern auch. Diese Zulagen kommen zur Rente hinzu wie sie bei anderen Menschen entweder zusätzlich zum Lohn oder eben zu den Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit hinzukommen. Das ist Gleichberechtigung und keine Doppelleistung, Herr Bortoluzzi, das ist Gleich-

stellung von Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung, wenn sie Kinder haben.

Ich bitte Sie also, den Antrag der Minderheit deutlich abzulehnen und zum Mehrheitsantrag Ja zu sagen.

**Scherer Marcel (V, ZG):** Frau Kollegin Prelicz-Huber, können Sie uns sagen, wie hoch das in Franken ist, die Kinderzulagen plus die Renten?

**Prelicz-Huber Katharina (G, ZH):** Die Höhe dieses Betrages ist nicht bei allen gleich, bei den Kinderzulagen oder Familienzulagen geht es – das wissen Sie bestens, darüber haben wir hier vor kurzer Zeit abgestimmt – um ein einheitliches Gesetz. Bei den Kinderrenten geht es um die Existenzsicherung, die damit möglich ist; das ist kein Luxusprodukt!

**Meyer-Kaelin Thérèse (CEg, FR):** Au nom de la majorité nette du groupe PDC/PEV/PVL, je vous demande de rejeter la proposition de la minorité à l'article 38 alinéa 3.

En préambule, je vous rappelle que cette 6e révision de l'AI comporte deux volets: le volet 6a – que nous traitons aujourd'hui –, qui traite de la réinsertion, de la contribution d'assistance et d'un nouveau financement, et le volet 6b, en consultation actuellement, qui traite des prestations et comporte une proposition concernant la rente pour enfant.

La proposition de la minorité Bortoluzzi a donc été parachutée là sous une forme qui, à notre avis, est tout à fait inadéquate. Si la question de surindemnisation peut se poser, elle doit se résoudre en instaurant un cumul maximum de rentes. Ainsi, les personnes touchées par une incapacité de gain qui percevraient des revenus qu'elles n'auraient jamais pu gagner en restant actif professionnellement ne recevraient pas une somme plus importante.

La minorité, au contraire, propose une solution linéaire pour déduire, dans tous les cas, les allocations familiales qui sont un complément de salaire. Elle veut déduire ces allocations familiales de la rente pour enfant. C'est une solution qui est malheureusement mal pensée et qui va toucher de plein fouet les familles en difficulté. N'oublions pas que la rente complète d'invalidité se situe entre 1160 et 2320 francs par mois, avec une moyenne de 1600 francs, et que la rente pour enfant se situe à 40 pour cent de la rente pour adulte. Les personnes les plus touchées par cette disposition sont en premier lieu les paysans, qui n'ont souvent que le premier pilier – les indépendants, en fait; et toutes les personnes qui n'ont que le premier pilier ou qui ont un tout petit deuxième pilier.

Voici deux exemples. Un père de famille est frappé d'invalidité et a une incapacité totale de gain. Admettons qu'il ait droit à la rente moyenne en vigueur en Suisse, c'est-à-dire 1600 francs par mois et qu'il ait droit à une rente supplémentaire pour enfant de 640 francs. Son revenu total est de 2240 francs. Son épouse, qui s'occupe de l'enfant et de lui-même, travaille pour un salaire de 2000 francs et elle aurait droit à une allocation de 200 francs. Le revenu de la famille sera de 4440 francs, donc presque en dessous du seuil de pauvreté. Et, dans ce cas-là, vous voulez couper cette allocation familiale à cette famille qui a déjà beaucoup de peine à pouvoir s'assumer financièrement!

Le deuxième exemple est encore plus criant. Un père de famille a droit à une demi-rente, en moyenne 800 francs, et à une rente pour enfant de 320 francs. S'il travaille à raison de 50 pour cent de sa capacité et qu'il reçoit un salaire de 2500 francs, il a bien sûr droit à l'allocation familiale de 200 francs, mais il aura en tout un revenu de 4000 francs. Et vous voulez lui enlever ces 200 francs qui sont le complément de son salaire parce qu'il a un enfant! Je trouve que c'est un peu honteux de pénaliser ainsi ces familles en difficulté, car l'invalidité est un malheur qui s'abat sur une famille.

D'autre part, dans le système suisse actuel, la rente n'est jamais octroyée selon le revenu du conjoint. Si vous voulez prendre en compte une surindemnisation éventuelle, ce n'est pas l'instrument qu'il faut choisir.

Nous avons essayé de vous proposer des solutions dans le cadre de l'assurance-accidents, mais vous avez renvoyé tout le projet au Conseil fédéral, alors que nous aurions pu entrer en matière sur ces questions de surindemnisation.

Alors, de toutes mes forces, je vous demande de ne pas adopter cette proposition de minorité inadéquate, mal pensée, très dommageable pour les familles et qui, finalement, n'atteint pas son but. Je vous demande donc de voter la proposition de la majorité de la commission.

**Fehr Jacqueline (S, ZH):** Auch die SP-Fraktion empfiehlt Ihnen, den Antrag der Minderheit Bortoluzzi abzulehnen. Die sehr detaillierten Ausführungen meiner Vorrednerin ermöglichen es mir, es etwas kürzer zu machen.

Ich habe Ihnen grundsätzlich zwei Argumente zu präsentieren. Erstens, das wurde gesagt, ist es der falsche Moment, um über diese Frage zu entscheiden; wir würden einen Entscheid übers Knie brechen. Wennschon müsste das mit allen Auswirkungen, wie sie Frau Meyer eben skizziert hat, in der Vorlage 6b ausführlich und detailliert behandelt werden, um zu gewährleisten, dass nicht ein grosses Problem geschaffen statt eines gelöst wird.

Zweitens sind die inhaltlichen Argumente zu bedenken. Kinderrente und Kinderzulage sind zwei komplett unterschiedliche Dinge, sie fassen jedoch auf derselben Logik. Bei beiden Leistungen geht es darum, einen Ausgleich zwischen Menschen mit Kindern und Menschen ohne Kinder zu schaffen. Die Kinderrente will diesen Ausgleich innerhalb der Gruppe der Behinderten schaffen: Eltern mit Behinderungen haben gegenüber Behinderten ohne Kinder höhere Lasten zu tragen, weil sie eben einen Haushalt mit Kindern zu finanzieren haben. Hier soll die Kinderrente einen Ausgleich schaffen; die Kinderrente soll Eltern mit Behinderungen unter die Arme greifen. Auch Kinderzulagen stellen einen Ausgleich zwischen Kinderlosen und Eltern her, allerdings über die gesamte Bevölkerung hinweg. Kinderzulagen sollen allen Eltern zur Verfügung stehen und einen Ausgleich gegenüber Haushalten ohne Kinder schaffen.

Es ist nicht einzusehen, weshalb Eltern mit Behinderungen jetzt durch den Minderheitsantrag Bortoluzzi plötzlich gegenüber Eltern ohne Behinderungen schlechter gestellt werden sollen, indem bei ihnen die beiden Leistungen gegeneinander verrechnet werden, obwohl sie aus einer je unterschiedlichen Logik heraus auf beide Leistungen Anrecht haben.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen, den Minderheitsantrag Bortoluzzi abzulehnen.

**Triponez Pierre (RL, BE):** Namens der FDP-Liberalen Fraktion empfehle ich Ihnen hier ebenfalls, den Antrag der Minderheit Bortoluzzi abzulehnen.

Es ist zwar richtig, und ich möchte das hier laut und deutlich sagen, dass bei den Kinderrenten offensichtlich eine Problematik besteht, indem gemäss dem Entwurf des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates die Kinderrente ohne Berücksichtigung der Kinderzulagen nach Familienzulagen-gesetz festgelegt wird. Das ist nicht befriedigend. Deshalb habe ich Verständnis für die Minderheit Bortoluzzi, welche hier neue Lösungen vorschlägt, und ich glaube, dass auch gute Argumente vorhanden sind, um die Situation im Bereich der Kinderrenten zu überprüfen. Das Problem der Koordination muss angegangen werden. Wie ich vorhin von Frau Kollegin Jacqueline Fehr gehört habe, sieht selbst sie in diesem Bereich Handlungsbedarf.

Nun hat aber – das ist für mich der entscheidende Punkt – der Bundesrat in Aussicht gestellt, dass die Problematik der Kinderrenten im Rahmen der Revision 6b in Angriff genommen werden soll. Er hat uns versprochen, dort die Problematik anzugehen. Im Vertrauen darauf empfiehlt Ihnen die FDP-Liberale Fraktion, hier der Mehrheit, also dem Bundesrat und dem Ständerat, zu folgen, aber vielleicht dann in der Revision 6b Druck zu machen und nicht zu vergessen, dass hier etwas geschehen muss.

**Scherer Marcel (V, ZG):** Meinem Vorredner ist es anscheinend schwergefallen, sich der Mehrheit zuzuwenden; er hat

die Problematik eigentlich gesehen. Ich bitte Sie, hier die Minderheit Bortoluzzi zu unterstützen. Herr Bortoluzzi hat es erklärt: Artikel 38 hatte in früheren Zeiten, nämlich bevor das Familienzulagen-gesetz in Kraft trat, eine wichtige Funktion. Wie bekannt erhielten vor allem Erwerbslose und auch ein Teil der Bauern keine Kinderzulagen. Nun aber, da allen Kindern eine Zulage zusteht, hat diese Bestimmung an Bedeutung verloren.

Die Minderheit Bortoluzzi will die Kinderzulagen nicht streichen. Sie will auch nicht, dass die Kinder von Rentenbezüglern keine zusätzliche Rente bekommen. Nein, die Minderheit will einzig, dass die Kinderzulagen bei den Renten in Abzug gebracht werden. Der Bundesrat stellt diese Korrektur grundsätzlich nicht infrage. In der Diskussion in der Kommission wurde gesagt, dass es hier tatsächlich eine Korrektur brauche, diese aber in der Vorlage 6b behandelt werden solle. Das sehen wir nicht so. Wenn etwas zu korrigieren ist, muss man es jetzt tun.

Ich bitte Sie, die Minderheit zu unterstützen und damit eine vor Kurzem entstandene Ungleichheit wieder auszuräumen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Oui, Monsieur Scherer, quand quelque chose doit être corrigé, il faut le faire, mais il faut bien le faire et il faut également le faire selon les règles de consultation et de discussion qui sont celles de la politique suisse. Et je vais donc vous expliquer pourquoi le Conseil fédéral vous prie en effet de rejeter la proposition visant aujourd'hui et de cette manière à ce que les allocations pour enfants versées conformément à la loi sur les allocations familiales soient déduites de la rente pour enfant. Il y a plusieurs raisons à cela.

Tout d'abord, il y a des raisons de principe, de forme. La rente pour enfant de l'assurance-invalidité correspond à une compensation de la perte de revenu des parents invalides. Donc, encore une fois, la rente pour enfant, ce n'est pas la rente d'enfants handicapés, mais c'est bien la rente d'enfants de personnes handicapées et ça compense une perte de revenu des parents invalides. Alors que l'allocation pour enfants, c'est une façon de promouvoir la famille, par le biais d'un complément de revenu. Ces deux prestations remplissent des objectifs clairement différents, une fois de politique familiale, une fois de politique sociale.

Ensuite, nous sommes en train de traiter une révision, partielle il est vrai, mais qui forme un paquet – la révision 6a – et le Conseil fédéral souhaite véritablement que vous vous en teniez à ce qui se trouve dans la révision 6a, de manière aussi compacte que possible, de façon à ce que les objectifs de cette révision puissent véritablement être atteints. Ce sont ces éléments-là qui ont été mis en consultation, qui ont fait l'objet d'un message et qui ont été discutés. C'est une révision importante, difficile et nécessaire, et il faut s'en tenir à ces éléments-là.

Nous vous présenterons en temps voulu d'autres mesures. La question des rentes pour enfant sera traitée dans le cadre de la révision 6b, donc de la prochaine partie de la révision. La procédure de consultation à cet effet a eu lieu; elle s'est achevée. Le message et le rapport sur la procédure de consultation suivront. Les informations concernant les rentes pour enfant et les propositions du Conseil fédéral également à ce titre suivront aussi. Vous aurez alors un dossier complet. Vouloir anticiper ce débat dans le cadre de la révision 6a, c'est inopportun et ça pourrait poser des problèmes dans l'équilibre qu'il faut obtenir dans chacune de ces révisions importantes des assurances sociales.

Sur le fond maintenant, cette proposition pose problème, car son adoption aurait des répercussions négatives. Par exemple, vous le savez, seules les rentes pour enfant en Suisse seraient adaptées. Pourquoi? parce que les rentes pour enfant à l'étranger ne le seraient pas, dans la mesure où les personnes travaillant à l'étranger n'ont pas droit aux allocations familiales suisses. Et je ne suis pas convaincu que c'est ce que la minorité veut, soit que les rentes pour enfant en Suisse soient touchées, et pas uniquement les rentes pour enfant à l'étranger. De plus, la coordination à mettre en place engendrerait d'importantes charges administratives.

J'ajoute que deux dispositions permettent déjà d'éviter que les bénéficiaires de rentes avec enfants soient avantagés par rapport aux autres familles. Il y a une règle de réduction en cas de surassurance qui a déjà été introduite avec la 5e révision de l'AI et qui prévoit que les rentes pour enfant sont réduites dans la mesure où, ajoutées à la rente du père ou à celle de la mère, le montant total dépasserait 90 pour cent du revenu annuel moyen déterminant pour le calcul de la rente du père ou de la mère. Par ailleurs, les allocations familiales destinées aux personnes sans activité lucrative ne sont normalement pas versées aux bénéficiaires de rentes sans activité lucrative car les personnes touchant des prestations complémentaires ou dont le revenu dépasse 41 000 francs n'y ont pas droit.

Pour toutes ces raisons, sur la forme, il faut laisser de côté les éléments de la révision 6b et en discuter après l'analyse des résultats de la consultation. Il faut traiter aujourd'hui la révision 6a. Sur le fond, comme je viens de vous le dire, il ne faut pas modifier la disposition de cette manière. La proposition de la minorité n'est pas mûre et elle est inopportune à ce stade. Je vous demande de la rejeter.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: A l'article 38, «Montant des rentes pour enfant», à l'alinéa 3, la minorité Bortoluzzi veut introduire une coordination entre deux choses différentes, d'une part la rente pour enfant liée à l'invalidité des parents, qui correspond à une compensation de revenus manquants, et, d'autre part, les allocations pour enfants qui sont une mesure de politique familiale pour favoriser la naissance d'enfants. Les allocations pour enfants ne sont pas une compensation, mais bien un complément de revenu. Cette minorité demande de déduire les allocations familiales, introduites entre-temps, des rentes AI versées aux enfants.

Nous avons déjà mené cette discussion, vous vous en souvenez, lors du débat sur le registre des allocations familiales, qui entrera en vigueur le 1er janvier 2011. Le but d'une coordination entre les différentes assurances sociales est d'éviter le versement redondant de prestations financières et un cumul non désiré de ces prestations.

Comme cette question est abordée dans le cadre du volet 6b de la 6e révision de l'AI, la commission, par 13 voix contre 11, vous propose de renvoyer ce débat dans le cadre du volet 6b.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: [Beilage – Annexe 10.032/4915](#))

Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

Dagegen ... 108 Stimmen

#### **Art. 42 Abs. 6; 42bis Abs. 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 42 al. 6; 42bis al. 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 42ter Abs. 2**

*Antrag der Mehrheit*

Unverändert

*Antrag der Minderheit*

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Kleiner, Müri, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 42ter al. 2**

*Proposition de la majorité*

Inchangé

#### *Proposition de la minorité*

(Triponez, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Kleiner, Müri, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### **Art. 42quater**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1, 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 3*

... Minderjährige einen Anspruch ...

*Antrag der Minderheit*

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Steiert, Weber-Gobet)

*Abs. 1 Bst. c, Abs. 2, 3*

Streichen

#### **Art. 42quater**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1, 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 3*

... les personnes mineures ont droit à ...

*Proposition de la minorité*

(Prelicz-Huber, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Rielle, Rossini, Schenker Silvia, Steiert, Weber-Gobet)

*Al. 1 let. c, al. 2, 3*

Biffer

#### **Art. 42quinquies**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

...

b. Streichen

*Abs. 2*

Für Hilfeleistungen von Assistenzpersonen, welche mit der versicherten Person verheiratet sind, mit ihr in eingetragener Partnerschaft leben oder eine faktische Lebensgemeinschaft führen oder mit ihr in gerader Linie verwandt sind, kann höchstens ein Drittel des Assistenzbeitrages verwendet werden.

*Antrag der Minderheit*

(Triponez, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Kleiner, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2*

Streichen

*Antrag Prelicz-Huber*

*Abs. 1*

Die Versicherung entrichtet einen Assistenzbeitrag an Hilfeleistungen, die von der versicherten Person benötigt und regelmässig erbracht werden.

*Schriftliche Begründung*

Gemäss Bundesrat sollen mit dem Assistenzbeitrag nur Leistungen von natürlichen Personen entschädigt werden, die von der versicherten Person im Rahmen eines Arbeitsvertrags angestellt worden sind (Arbeitgebermodell). Diese Beschränkung ist sachlich nicht gerechtfertigt. Das Arbeitgebermodell ist nur eines von verschiedenen Modellen mit einem indirekt stark diskriminierenden Element. Es muss daneben möglich sein, Assistenzleistungen über Organisationen und Institutionen zu beziehen bzw. einzukaufen, ohne dass dazu ein eigener Arbeitsvertrag abgeschlossen wird. Das ist für viele Menschen mit einer Behinderung eine zentrale Voraussetzung, damit sie vom Assistenzbeitrag Gebrauch machen können. Ansonsten wären sie ausgeschlossen. Abklärungen zeigen, dass auch bei offener Vertragsform nur eine kleinere Anzahl von Menschen mit Behinderung den Assistenzbeitrag beanspruchen wird, sodass die Kosten unter den Berechnungen des Bundesrates liegen

werden. Beispiele von behinderungsspezifischen Diskriminierungen: Menschen mit einer Sinnes-, einer psychischen oder einer geistigen Behinderung können sehr wohl die Qualität der Leistung beurteilen, die sie bekommen. Sie sind aber oft darauf angewiesen, dass eine Fachstelle die Glaubwürdigkeit, Eignung und spezifischen Fertigkeiten eines Assistenten beurteilt. Der Arbeitsvertrag wird in diesem Fall zwischen Fachstelle und Assistent vereinbart, und mit dem Assistenznehmer besteht ein Auftragsverhältnis. Mehrfachbehinderte benötigen oft verschiedene Assistenzdienstleistungen, beispielsweise Vorleser für den Verkehr mit Versicherungen und Ämtern, Kommunikationsassistenten für den Besuch beim Arzt, Begleitung beim Einkaufen. Menschen mit geistiger Behinderung benötigen eventuell für einzelne Stunden Sozial- und Sonderpädagogen, können aber für die weiteren Assistenzleistungen auf anders qualifizierte Personen zurückgreifen. Mit jedem einzelnen Assistenten einen Arbeitsvertrag abschliessen zu müssen ist unsinnig und wenig praktikabel. Damit die Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen wirklich vom Assistenzbeitrag profitieren können, ist die Anpassung dieses Artikels zentral.

#### Art. 42quinquies

##### *Proposition de la majorité*

###### Al. 1

...

###### b. Biffer

###### Al. 2

Les prestations d'aide fournies par la personne avec qui l'assuré est marié, vit sous le régime du partenariat enregistré ou mène de fait une vie de couple ou par des parents en ligne directe peuvent être financées par un tiers au plus de la contribution d'assistance.

##### *Proposition de la minorité*

(Triponez, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Kleiner, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

###### Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

###### Al. 2

Biffer

##### *Proposition Prelicz-Huber*

###### Al. 1

L'assurance verse une contribution aux prestations d'aide dont l'assuré a besoin et qui lui sont fournies régulièrement.

#### Art. 42sexies

##### *Antrag der Mehrheit*

###### Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

###### Abs. 2

Der Aufenthalt in stationären und teilstationären Institutionen reduziert den für Hilfeleistungen im Rahmen des Assistenzbeitrags anrechenbaren Zeitbedarf entsprechend.

##### *Antrag der Minderheit*

(Stahl, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Estermann, Müri, Parmelin, Scherer)

###### Abs. 4 Bst. bbis

bbis. die Definition des Kriteriums Vermeidung eines Heimaufenthalts, welches Vorbedingung zur Erlangung eines Assistenzbeitrages ist;

#### Art. 42sexies

##### *Proposition de la majorité*

###### Al. 1, 3, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

###### Al. 2

Lors du calcul de la contribution d'assistance, le temps passé dans un établissement hospitalier ou semi-hospitalier est déduit en conséquence du temps nécessaire pour les prestations d'aide.

##### *Proposition de la minorité*

(Stahl, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Estermann, Müri, Parmelin, Scherer)

###### Al. 4 let. bbis

bbis. le critère selon lequel la prestation d'aide permet d'éviter à son bénéficiaire le placement dans un home, qui constitue une condition préalable à l'obtention d'une contribution d'assistance;

**Triponez Pierre** (RL, BE): Ich spreche zu Artikel 42ter Absatz 2, und ich bitte Sie im Namen der Minderheit der Kommission, dem Bundesrat und dem Ständerat zu folgen, welche die Hilflosenentschädigung für jene Personen, die sich in einem Heim aufhalten, gegenüber dem geltenden Recht um die Hälfte reduzieren wollen.

Die Kürzung der Hilflosenentschädigung für die Versicherten in Heimen ist im Zusammenhang mit der Einführung des Assistenzbeitrages zu sehen. Auf der einen Seite wird der Assistenzbeitrag, den wir unter Artikel 42quater ff. noch im Detail beraten werden, für die Invalidenversicherung jährlich neue Kosten in der Höhe von etwa 50 Millionen Franken verursachen. Auf der andern Seite werden die Kantone dadurch, dass dank dem von allen Seiten begrüßten Assistenzbeitrag Menschen mit Behinderungen nicht oder nicht mehr in einem Heim betreut werden müssen, Kosten in der Grössenordnung von 60 bis 70 Millionen Franken einsparen können. Mit der Halbierung der Hilflosenentschädigung für Versicherte in Heimen entstehen somit für die Kantone unter dem Strich keine Mehrbelastungen, und die Versicherten selber, die in einem Heim leben, sind von dieser Massnahme nicht direkt betroffen.

Dies sind die wesentlichen Überlegungen, weshalb die Minderheit Ihrer Kommission Ihnen beantragt, bei der Version des Bundesrates und beim Entscheid des Ständerates zu bleiben und den Antrag der Mehrheit abzulehnen. Um es deutlich zu sagen: Wenn Sie das nicht tun, wenn Sie nicht für die Minderheit stimmen, dann vergrössern Sie das Defizit der Invalidenversicherung jährlich um 50 Millionen Franken. Ich danke Ihnen, wenn Sie die Minderheit unterstützen.

**Prelicz-Huber Katharina** (G, ZH): Der Assistenzbeitrag ist wichtig, er ist zentral, um nicht gerade zu sagen, er sei eigentlich das einzige Positive an dieser Vorlage. Der Assistenzbeitrag ist eine alte Forderung der Menschen mit Behinderungen und auch der Grünen. Es gibt mit einem Assistenzbeitrag sehr viel mehr Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, sei es durch eine persönliche Assistenzperson oder sei es, je nach Situation der behinderten Menschen, durch eine Person, vielleicht auch verschiedene Personen, die stundenweise da sind – wie gesagt, je nachdem, was die Menschen mit Behinderungen brauchen. Deshalb ist es auch wichtig, nicht allein das Arbeitgebermodell zu kennen, und darum auch mein Einzelantrag.

Selbstständig ein Leben in der eigenen Wohnung und nicht im Heim führen zu können, selbstständig ein Leben in der Gesellschaft oder in der Arbeitswelt führen zu können ist seit langer Zeit ein Wunsch der Menschen mit Behinderungen. Es ist aber wichtig, für den Assistenzbeitrag nicht, wie das jetzt in der Mehrheitsvorlage mit der ganz beschränkten Möglichkeit der Zulassung gemacht wird, eine Einschränkung vorzusehen. Der Assistenzbeitrag soll nicht nur für diejenigen Menschen mit Behinderungen sein, die sogenannten handlungsfähig sind, die erwerbsfähig sein können. Das Ziel der Assistenz ist die bessere Integration, der höhere Grad an Selbstbestimmung und die Chancengleichheit, und das gilt für alle Menschen mit Behinderungen, ob sie jetzt sogenannte geistig normal und in die Arbeitswelt integrierbar sind oder ob sie geistig behindert sind, ob sie ein Kind sind oder ob sie vielleicht Mehrfachbehinderungen haben, die keine Integration in die Arbeitswelt erlauben; eine soziale Integration und vor allem mehr Selbstbestimmung sind immer möglich.

Ich nenne ein Beispiel, einen Menschen mit Autismus: Diese Menschen haben eine individuelle Betreuung nötig. Bei einer individuellen Betreuung sind grosse Fortschritte möglich,

diese Menschen sind förderbar, sogar bis zu einer Erwerbsfähigkeit; Voraussetzung ist aber eine Einzelbetreuung. Oft müssen Menschen mit Autismus ruhiggestellt werden, damit sie eine Gruppensituation überhaupt aushalten können, sie sind dort nämlich oft überfordert. Einzelbetreuung aber würde die Förderbarkeit erhöhen.

Es ist also wichtig, den Assistenzbeitrag für alle Bedürfnisse bereitzustellen. Es braucht auch keine Angst vor übermässigen Kosten aufzukommen, denn nicht alle Menschen mit Behinderungen wollen diesen Assistenzbeitrag. Die Heime sind weiterhin wichtig, weil die Gruppe oder eben das Heim für viele der bessere Ort oder der Ort ist, den sie selbst wünschen. Vielleicht haben wir dann endlich keine Wartelisten mehr. Gemäss Umfragen von Behindertenorganisationen sind die Kosten sogar tiefer, als der Bund sie budgetiert hat, weil weniger Menschen den Assistenzbeitrag beantragen werden. Alle sollen aber die Möglichkeit dazu haben, falls sie das wollen, damit sie mehr Selbstständigkeit haben – im Privatbereich, für die soziale Integration oder für die Integration in die Arbeitswelt; gemäss dem Behindertengleichstellungsgesetz sollen für alle die gleichen Möglichkeiten bestehen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Minderheit der SGK, ihrem Antrag zuzustimmen und bei der Assistenz keine Beschränkung einzuführen.

**Stahl Jürg (V, ZH):** Mit meinem Minderheitsantrag zu Artikel 42sexies führe ich die Konzeption des Assistenzbudgets fort. Mit der definitiven Einführung der Assistenz kann die Eigenständigkeit der betroffenen behinderten Menschen gestärkt werden. Das ist eine Zielsetzung, die aus sozialpolitischer Sicht richtig und wichtig ist. Aus ökonomischer Sicht jedoch muss die Zielsetzung der Assistenz zu weniger Aufenthaltstagen in den entsprechenden Heimen respektive Institutionen führen. Es ist mir klar, dass dieser Effekt nicht unmittelbar erzielt werden, sondern erst nach einer gewissen Zeit zum Tragen kommen kann.

Mit meinem Minderheitsantrag füge ich ein zusätzliches Kriterium ein, um die erwünschten Effekte erreichen und überprüfen zu können. Es geht mir hier keinesfalls darum, das Konzept der Assistenz gegen die Institutionen auszuspielen. Aber was ich nicht will – und darum mein Minderheitsantrag –, ist, dass wir auf der einen Seite mehr Geld zur Verfügung stellen, um die Assistenz zu ermöglichen, auf der anderen Seite aber alles beim Alten bleibt. Das geht nicht, das ist nicht konsequent.

Darum bitte ich Sie im Sinne dieser IV-Revision, die unter dem Stern der Integration steht, meiner Minderheit zu folgen und hier ein wichtiges und richtiges Zeichen zu setzen.

**Triponez Pierre (RL, BE):** Mit meinem Minderheitsantrag zu Artikel 42quinquies bitte ich Sie, bei Absatz 1 Buchstabe b dem Ständerat zu folgen und Absatz 2, wie ihn die Mehrheit der Kommission beantragt, zu streichen.

Gemäss Bundesrat und Ständerat soll ein Assistenzbeitrag dann gewährt werden, wenn zugunsten einer versicherten Person Hilfeleistungen durch eine Assistenzperson im Rahmen eines Anstellungsvertrages erbracht werden, nicht aber, wenn diese Hilfeleistung vom Ehepartner bzw. einer Person, die in faktischer Lebensgemeinschaft mit der versicherten Person lebt, geleistet wird, die somit zum Bezug von Hilflosenentschädigung berechtigt ist. Die Mehrheit möchte demgegenüber erreichen, dass auch Angehörige der versicherten Person einen Assistenzbeitrag erhalten können, wenn sie Hilfeleistungen innerhalb der Familie erbringen.

Bei allem Verständnis für diesen Wunsch ist nochmals zu betonen, dass den Angehörigen bereits mit der Hilflosenentschädigung Betreuungsleistungen im Umfang eines Drittels des Unterstützungsbedarfs abgegolten werden. Auch Spitex-Leistungen kann man über die Hilflosenentschädigung finanzieren. Von daher ist es folgerichtig, dass Bundesrat und Ständerat einen Assistenzbeitrag nur dann gewähren möchten, wenn ein Anstellungsverhältnis im Rahmen eines Arbeitsvertrages mit einer Person ausserhalb der Familie vorliegt.

Ich beantrage Ihnen deshalb, den Buchstaben b von Absatz 1 nicht zu streichen und dem Ständerat zu folgen.

**Weibel Thomas (CEg, ZH):** Die CVP/EVP/glp-Fraktion befürwortet den Assistenzbeitrag. Er führt zu mehr Eigenverantwortung und ermöglicht den Behinderten, ihr Leben stärker selbst zu bestimmen. Zudem können Heimeintritte vermieden werden. Diese Aussagen mache ich aufgrund der Resultate einer fünfjährigen Pilotphase.

Das Ziel des Bundesrates ist es, den Assistenzbeitrag kostenneutral einzuführen. Dies gelingt jedoch nur mit der Lösung gemäss Bundesrat und Ständerat, die jetzt von der Minderheit Triponez aufgenommen worden ist, wenn also bei Artikel 42ter Absatz 2 der Halbierung der Hilflosenentschädigung bei Heimaufenthalt zugestimmt wird. Herr Triponez hat es bereits erklärt: Es werden damit jährlich rund 50 Millionen Franken für den Assistenzbeitrag freigesetzt, und auf der andern Seite werden Kantone und Gemeinden nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Ein Teil der CVP/EVP/glp-Fraktion wird der Mehrheit zustimmen. All jene, denen die kostenneutrale Einführung wichtig ist, unterstützen jedoch den Minderheitsantrag.

Zur Anspruchsberechtigung in Artikel 42quater: Gegenüber der bundesrätlichen Vorlage hat der Ständerat Korrekturen und Anpassungen vorgenommen. Erwachsene mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit werden weniger diskriminiert, indem jetzt die Regel ist, dass auch solche Personen anspruchsberechtigt sind. Zudem hat der Ständerat beschlossen, dass ausnahmsweise für Minderjährige Assistenzbeiträge ausgerichtet werden können. Die Minderheit Prelicz-Huber beantragt hier eine vollkommene Öffnung; sie fordert Gleichbehandlung und will damit auch die Integration fördern.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt in diesem Bereich die Mehrheit.

Die letzte Frage, die ich hier anspreche, betrifft den Antrag der Minderheit Triponez zu Artikel 42quinquies. Es geht um die Anstellung von Angehörigen. Der Assistenzbeitrag bezweckt, dass Behinderte eigenverantwortlich Privatpersonen als persönliche Assistenten anstellen können. Bundesrat und Ständerat und eben auch die Minderheit Triponez wollen, dass es sich dabei nicht um Angehörige handeln soll. Angehörige sind Eltern, Kinder, Partner, Partnerinnen. Die Mehrheit der Kommission hat festgelegt, dass ein Drittel des Betrages für Angehörige verwendet werden darf. Selbstverständlich brauchen die Angehörigen weiterhin zusätzliche Unterstützung. Das war in der Kommission die Begründung für den Entscheid, dass nicht der ganze Betrag für die Angehörigen eingesetzt werden darf. Mit dieser Lösung leisten wir unserer Ansicht nach einen Beitrag zur Anerkennung der Leistung der Angehörigen. Wir sehen sie aber auch als Teil der Eigenverantwortung derjenigen Personen, welche eben Assistenzbeiträge beziehen können, und in diesem Sinne unterstützen wir die Mehrheit.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Mener une vie autonome et responsable est le souhait de nombreuses personnes souffrant d'un handicap; il est tout à fait légitime. Qui, dans cette salle, ne le voudrait pas?

Le groupe des Verts approuve la décision de principe du Conseil fédéral qui prévoit l'allocation d'une contribution supplémentaire destinée à financer le surplus de coûts générés, pour les personnes vivant hors institution, par leur handicap. La contribution d'assistance constitue une nouvelle prestation qui s'inscrit en complément de l'allocation pour impotent. Une allocation pour impotent est versée à une personne qui a besoin, de façon permanente, de l'aide d'autrui ou d'une surveillance personnelle pour accomplir des actes élémentaires de la vie quotidienne, ainsi que de l'aide prodiguée par les proches et en alternative à l'aide institutionnelle.

D'un montant de 30 francs par heure, cette contribution permet à des handicapés d'engager eux-mêmes des personnes leur fournissant l'aide dont ils et elles ont besoin et de gérer leur besoin d'assistance de manière plus autonome et res-

ponsable. L'objectif ici visé est de promouvoir les soins ambulatoires et, ce faisant, de retarder l'entrée dans un établissement hospitalier ou semi-hospitalier, voire même d'en permettre la sortie.

Malheureusement, la version du Conseil fédéral, soutenue par le Conseil des Etats et par la majorité de notre commission, désavantage gravement divers groupes de personnes souffrant de handicap, notamment les personnes ayant un handicap mental, psychique, auditif ou visuel. La contribution d'assistance représenterait, aussi pour ces groupes de personnes handicapées, une avancée importante vers la réalisation de l'égalité.

C'est pourquoi le groupe des Verts souhaite que deux éléments du projet pilote «Budget d'assistance» soient repris dans la contribution d'assistance.

1. Chaque personne mineure ou majeure avec une allocation pour impotent de l'AI doit pouvoir bénéficier de cette nouvelle prestation. Cela signifie la suppression de la lettre c de l'alinéa 1 et de l'alinéa 2 de l'article 42quater, comme le demande la minorité Prelicz-Huber.

2. Il est possible d'utiliser un tiers de la contribution d'assistance pour rémunérer les membres de la famille. Cela signifie qu'il faut suivre la majorité à l'alinéa 2 de l'article 42quinquies.

Nous soulignons que la liberté de choisir un mode de vie autodéterminé et responsable à domicile n'est pas gratuite, mais qu'elle ne doit pas pour autant échouer en raison de son coût.

Die Einführung eines Assistenzbeitrags als neue Leistung in der IV ist eine Investition, welche der Gleichstellung dient und die IV und damit die gesamte Gesellschaft etwas kosten darf. Deshalb wehrt sich die Fraktion der Grünen vehement gegen den Vorschlag des Bundesrates, die Kosten für den Assistenzbeitrag mit der Halbierung der Hilflosenentschädigung für Menschen, die in Institutionen leben, zu finanzieren. Das ist schlichtweg zynisch.

Warum? Ein sehr grosser Teil der Heimbewohnerinnen und -bewohner sind Menschen mit geistiger Behinderung. Auch nach der leichten Verbesserung der Vorlage durch den Ständerat und gemäss dem Antrag der Mehrheit unserer Kommission werden Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischen Krankheiten nur ausnahmsweise Zugang zum Assistenzbeitrag haben. Es ist stossend, dass ausgerechnet diejenigen Menschen, die kaum vom Assistenzbeitrag profitieren werden, ihn hauptsächlich finanzieren müssen. Die Folge davon wäre, dass die behinderten Menschen in Heimen die Auswirkungen der Halbierung der Hilflosenentschädigung direkt zu spüren bekämen und die Kantone die um die Hälfte reduzierte Hilflosenentschädigung durch einen erhöhten Ergänzungsleistungsbetrag kompensieren müssten. Das erhöht den bereits bestehenden Druck auf Heimbewohnerinnen und -bewohner weiter und schafft nur Probleme – für die betroffenen Menschen in den Heimen und für die Kantone.

Die Fraktion der Grünen bittet Sie deshalb, bei Artikel 42ter Absatz 2 der Kommissionsmehrheit zu folgen und beim geltenden Recht zu bleiben. Im Übrigen bitten wir Sie, den Einzelantrag unserer Kollegin Katharina Prelicz-Huber zu Artikel 42quinquies Absatz 1 zu unterstützen, die für die Anstellung von Hilfspersonen nicht nur das Arbeitgebermodell vorsehen möchte.

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Ich spreche zu Artikel 42ter Absatz 2, und zwar zugunsten des Antrages der Minderheit Triponez. Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin sehe ich hier keine Probleme für die Behinderten, sondern ich sehe in diesem Artikel einen Ausgleich der Zahlungsströme zwischen der IV und den Kantonen, der die Behinderten eigentlich nicht betrifft. Der Mechanismus ist so: Grundsätzlich wollen wir ja die IV sanieren, wir wollen nicht zusätzliche Kosten generieren. Gleichzeitig wollen wir eine ganz wichtige Neuerung einführen, nämlich die des Assistenzbeitrages. Das ist für viele behinderte Mitmenschen ein sehr, sehr wichtiges Anliegen. Damit durch diese Neuerung keine zusätzlichen Kosten entstehen – dieser Assistenzbeitrag wird ungefähr

50 Millionen Franken kosten –, wollen wir in den Heimen die Hilflosenentschädigungen um die Hälfte kürzen. Das wird aber, wenn es richtig gemacht wird, nicht die behinderten Menschen treffen. Vielmehr müssen das die Kantone finanzieren, die ja dank der Einführung dieses Assistenzbeitrages ungefähr 60 Millionen Franken einsparen werden, denn wenn mehr Menschen zu Hause betreut werden, fallen in den Heimen weniger Kosten an. Es ist eigentlich nur ein Ausgleichsfinanzierungsmechanismus.

Darum möchten wir Sie bitten, dem Antrag der Minderheit Triponez zuzustimmen. Er wird nicht die Behinderten treffen; die Kantone müssen etwas daran zahlen, dass dank den Segnungen dieses Assistenzbeitrages viele Menschen aus den Heimen austreten und zu Hause betreut werden können. Der Antrag der Minderheit Triponez ist unterstützenswert.

Ich möchte Sie bitten, auch den nächsten Antrag der Minderheit Triponez zu unterstützen, sodass die Angehörigen nur über die Hilflosenentschädigung Beiträge erhalten können und die Assistenzbeiträge jenen Menschen vorbehalten bleiben, die nicht Familienangehörige sind. Nicht zuletzt geht es auch darum zu vermeiden, dass Angehörige überlastet werden.

**Ingold Maja (CEg, ZH):** Haben Sie sich auch überlegt, dass diese Halbierung der Hilflosenentschädigung dann auch für alle Betagten in Pflegeinstitutionen gilt, die mit der neuen Pflegefinanzierung bereits sehr, sehr belastet sind, dass deren Heimkosten in belastender Weise ansteigen werden, wenn sie auf die Hälfte verzichten müssen?

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Das habe ich jetzt, muss ich Ihnen ehrlich sagen, nicht bedacht. Durch die neue Pflegefinanzierung sind die Menschen im Allgemeinen entlastet worden, vor allem jene, die selber Vermögen haben, und die Kantone und Gemeinden sind belastet worden. Aber diesen Aspekt, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, habe ich nicht bedacht. Ich habe mich auf die Invalidenversicherung und den Assistenzbeitrag der Invalidenversicherung bezogen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** An sich wäre es gerechtfertigt, hier etwas mehr Redezeit zu beanspruchen, weil es um ein neues Element geht, das in der IV eingeführt wird.

Die Einführung der Assistenzentschädigung ist eine sozialpolitisch sinnvolle Entwicklung in der Invalidenversicherung. Es gilt allenfalls eine Einschränkung zu machen: Sie ist dann sinnvoll, wenn sie der wirtschaftlich unter Druck stehenden IV hilft und Heimeintritte verhindert; Frau Kleiner hat das eben ausgeführt, und von verschiedenen andern Rednern wurde es auch bereits gesagt. Es ist aber auch wichtig, dass die Assistenzentschädigung den Betroffenen hilft. Diese Revisionsvorlage ist eine gute Vorlage, weil sie beiden Anliegen, die ich eben genannt habe, gerecht wird und weil sie vor allem sozialpolitisch versucht, Leistungsbezüger in Bezug auf ihre Möglichkeiten zu stärken, über Eingliederung und über das neue Element der Assistenzentschädigung.

Zu den Artikeln 42ter, 42quater und 42sexies: Zum Antrag bezüglich der Hilflosenentschädigung hat sich Frau Kleiner bereits geäussert, und ich kann auf detaillierte Ausführungen verzichten. Mit der Halbierung der Hilflosenentschädigung im Heim wird ein Teil der Einsparungen der Kantone kompensiert, welche neu von der IV übernommen werden. Diese Kompensation macht 50 Millionen Franken aus. Das ist natürlich entscheidend: Wenn Sie der Mehrheit zustimmen, belasten Sie die IV unnötigerweise mit zusätzlichen 50 Millionen Franken. Mit der Einführung der Assistenzentschädigung werden für die Kantone so oder so weniger Belastungen anfallen. Das gilt es auch noch zu sagen. Sie werden also auch mit dieser in Artikel 42ter vorgesehenen Kompensation immer noch leicht entlastet. Es sollte etwa 20 Millionen Franken ausmachen.

Bei Artikel 42quater bitte ich Sie, beim Beschluss des Ständerates zu bleiben. Ich habe Ihnen beim Eintreten gesagt, dass wir keinen einseitigen Ausbau der IV akzeptieren. Mit dem Antrag der Mehrheit zu Artikel 42quinquies Absatz 2

wird der Assistenzbeitragsanspruch auf Angehörige ausgedehnt. Das ist sozialpolitisch eine schöne Entwicklung, natürlich. Aber auch hier gilt: Es ist eine zusätzliche Belastung für die IV, und zudem, ist es falsch, bei der Einführung dieses neuen Elementes der Assistenzentschädigung zu grosse Schritte zu machen. Bleiben Sie bei Bundesrat und Ständerat, die hier ein schrittweises Vorgehen vorschlagen. Ich meine, dass das der richtige Weg ist. Wenn ich mich recht erinnere, hat die IV ein finanzielles Problem, und wir haben hier eine Vorlage, die beabsichtigt, die IV in einem ersten Schritt teilweise zu sanieren. Sie haben der Bevölkerung versprochen, eine Sanierung der IV an die Hand zu nehmen. Dann geht es aber nicht an, dass Sie mit der Mehrheit unnötige grössere Ausgaben in der IV beschliessen.

Der CVP/EVP/glp-Fraktion möchte ich sagen: Partner, die gar nicht sanieren wollen, sind doch keine Partner, nicht wahr? Sie verbinden sich in diesen Mehrheitsanträgen mit der Linken, die eigentlich gar keine Sanierung will. Halten Sie sich an Partner, die das Ziel der Sanierung nicht aus den Augen verlieren wollen!

Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, die IV in Ordnung zu bringen, unterstützen Sie die Anträge der Minderheiten Triponez und Stahl.

**Schenker Silvia (S, BS):** Der Vorteil ist, dass Herr Bortoluzzi und ich wissen, dass wir in dieser Frage keine Partner sind. Sie alle kennen Situationen, in denen Sie für kurze oder längere Zeit auf die Hilfe fremder Menschen angewiesen sind. Der Bruch eines Handgelenks, eine Operation am Fuss, eine heftige Grippe – es gibt verschiedene Umstände, die dazu führen können. Sie alle erleben in solchen Momenten, wie schwierig es ist, die Hilfe fremder Menschen anzunehmen. Je intimer die Hilfestellungen sind, die man braucht, umso schwerer fällt es.

Für Menschen, die aufgrund einer Behinderung ständig auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, sind solche Situationen nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verständlich, dass es der Wunsch vieler Betroffener ist, möglichst autonom darüber zu entscheiden, wer die Hilfeleistungen erbringt und wie sie erbracht werden. Der Assistenzbeitrag ist genau für diese Personen eine sehr gute Möglichkeit. Er erlaubt ihnen, sich von den Menschen helfen zu lassen, die sie dafür bestimmt haben.

In der Ausgestaltung des Assistenzbeitrags gibt es verschiedene Elemente, die zu Diskussionen Anlass gaben. Eine wichtige Frage ist die der Finanzierung. Der Bundesrat hatte beschlossen, die Einführung des Assistenzbeitrags müsse für die IV kostenneutral erfolgen. Um dies zu erreichen, sollte – wir haben es schon gehört – im Gegenzug die Hilflosenentschädigung für Heimbewohnerinnen und -bewohner halbiert werden. Wenn ich den Bundesrat richtig verstanden habe, dann wollte er nur die Hilflosenentschädigung für Heimbewohnerinnen und -bewohner im IV-Alter halbieren. Aber dazu werden wir sicher noch etwas hören.

Begründet wird dieser Entscheid damit, dass die Kantone so in die Finanzierung mit einbezogen werden. Es ist sicher nicht verwunderlich, dass die Kantone diese Art der Kostenüberwälzung nicht schätzen. Einmal mehr entscheidet der Bund oder das Bundesparlament über eine Mehrbelastung für die Kantone. Die Mehrheit der Kommission liess sich davon überzeugen, dass dies der falsche Weg ist.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist die Frage, wer alles zum Kreis der Anspruchsberechtigten gehört. Der Bundesrat wollte, dass nur handlungsfähige Personen einen Assistenzbeitrag beantragen können; im Ständerat wurde entschieden, dem Bundesrat einen gewissen Spielraum zu eröffnen, um auch Menschen mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufzunehmen. Uns geht das zu wenig weit. Wir unterstützen bei Artikel 42quater den Antrag der Minderheit Prelicz-Huber.

Eine wesentliche Verbesserung gegenüber der Version des Ständerates hat die Mehrheit Ihrer Kommission in Artikel 42quinquies Absatz 2 eingefügt: Es soll nämlich möglich sein, einen Teil des Assistenzbeitrags für Hilfeleistungen

durch Angehörige zu verwenden. Pflegende Angehörige sind ein wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft. Ihre Arbeit wird aber mit einer gewissen Selbstverständlichkeit hingenommen; nur selten machen wir uns Gedanken darüber, was geschehen würde, wenn die unbezahlte Arbeit von betreuenden Angehörigen nicht mehr geleistet würde. Wenn nun dieser Assistenzbeitrag für betreuende Angehörige verwendet werden kann, ist das für die Betroffenen nicht nur materiell wichtig, sondern es ist auch ein Zeichen der Anerkennung ihrer Arbeit durch die Politik.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, bei den Artikeln 42ter, 42quinquies und 42sexies der Mehrheit zu folgen; bei Artikel 42quater unterstützen wir die Minderheit Prelicz-Huber.

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Mir ist vorhin von Frau Ingold eine Frage gestellt worden, die ich nicht beantworten konnte. Ich habe den Sachverhalt unterdessen abgeklärt; es ist wichtig, dass wir hier die volle Wahrheit kennen: Die Halbierung der Hilflosenentschädigung in Heimen betrifft nur den IV-Bereich und nicht den Pflegebereich, wie Frau Ingold gesagt hat. Darum dürfen Sie wirklich der Minderheit Triponez zustimmen.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Je peux d'emblée confirmer ce que vient de dire Madame Kleiner sur ce point en vous précisant que cela se trouve dans le message: «Die Hilflosenentschädigung der AHV bleibt unverändert.» Madame Ingold, ne vous faites donc pas de souci sur ce point. Cela fait un point de réglé.

De manière générale, je veux dire ici que vous devez prendre une décision très importante. A notre avis, c'est très important, car c'est véritablement la possibilité, dans cette révision, d'augmenter l'autonomie sans augmenter les coûts. La construction de ce mécanisme est en effet assez compliquée mais, à la fin, c'est un progrès réel si l'on accepte toutes les étapes de ce mécanisme. J'aimerais le dire ici: il est tout spécialement intéressant de pouvoir faire cela, alors qu'il s'agit d'une révision très difficile, qui doit permettre de combler le déficit structurel, je vous le rappelle, d'un milliard de francs par année. Malgré tout, on a la possibilité de faire un progrès réel d'augmentation de l'autonomie. Encore une fois, il est responsable de le faire sans augmenter les coûts pour la Confédération, l'assurance-invalidité et également pour les cantons.

Je vais essayer d'expliquer comment tout cela se passe. Pour que cela fonctionne, il faut soutenir pratiquement partout le projet du Conseil fédéral, adopté par le Conseil des Etats. Le Conseil des Etats a apporté quelques nuances, mais ce sont des détails. Pour l'essentiel, c'est bien la construction telle que la voulait le Conseil fédéral et telle que l'a confirmée le Conseil des Etats qu'il faut soutenir. Le Conseil fédéral prévoit une nouvelle prestation pour favoriser l'autonomie et la responsabilité des personnes handicapées avec cette contribution d'assistance. Les personnes handicapées qui engagent des personnes pour leur fournir l'aide dont elles ont besoin au quotidien percevront à l'avenir une contribution destinée à couvrir ces frais d'assistance à raison de 30 francs l'heure. L'objectif est clair: on veut faire bénéficier ces personnes d'une plus grande autonomie avec une assistance adaptée à leurs besoins. Ceci doit leur permettre de mener leur vie de manière plus autonome et de mieux s'intégrer dans la société et dans le monde du travail.

J'aimerais expliquer d'emblée que cette contribution d'assistance s'ajoute aux prestations existantes. Il n'y a donc pas de prestations existantes qui tombent. L'allocation pour im-potent, le supplément pour soins intensifs, les prestations aux organisations de soins à domicile, ainsi que les services de tiers sont maintenus. Cela veut dire que les aides fournies par les familles et par les organisations existent par d'autres moyens. Elles sont complétées par la contribution d'assistance lorsque ces prestations sont insuffisantes, pour permettre une augmentation de l'autonomie.

La contribution d'assistance permettra aux cantons de réaliser des économies par les entrées dans un home évitées et

par les sorties de home rendues possibles. On estime l'économie ainsi réalisée du côté des cantons à environ 64 millions de francs par an en moyenne. Afin de financer la mesure qui permet ces économies, c'est-à-dire la contribution d'assistance, il faut que, par effet de miroir, une partie des économies ainsi réalisées revienne à l'assurance-invalidité, puisque c'est elle qui finance la contribution d'assistance. A cette fin, le Conseil fédéral propose de diviser par deux l'allocation pour impotent octroyée aux assurés séjournant en home.

Vous avez donc la construction suivante: la Confédération économise environ 50 millions de francs par la réduction de moitié du montant de l'allocation pour impotent dans les homes dans le domaine de l'assurance-invalidité; en revanche, la Confédération dépense 50 millions de francs de plus pour la contribution d'assistance; parallèlement, les cantons auront, eux, davantage de coûts pour l'allocation pour impotent, mais davantage d'économies par le fait que les sorties de home seront rendues possibles.

Il est donc très important que vous souteniez à l'article 42ter la minorité Triponez, c'est-à-dire la version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats, de manière à ce qu'il n'y ait pas de situation négative du point de vue financier.

Du point de vue des personnes, la quasi-totalité des personnes qui séjournent dans un home perçoit des prestations complémentaires. Or, comme il est prévu que les prestations complémentaires compenseront entièrement la réduction de l'allocation pour impotent, la grande majorité des assurés ne sera donc pas touchée par cette mesure. Et, je vous le dis encore une fois, elle ne concerne pas les personnes qui sont dans le cadre de l'AVS, mais uniquement dans celui de l'AI. A l'article 42quater qui concerne le droit à la prestation, le Conseil fédéral peut se rallier à la version de la majorité – qui est pratiquement celle du Conseil des Etats et est très proche de celle du Conseil fédéral.

A l'article 42quinquies, la majorité de la commission propose que la contribution d'assistance puisse couvrir en partie les prestations fournies par des membres de la famille. Outre le fait qu'une telle extension engendrerait un surcoût de 10 à 20 millions de francs, elle nous semble inopportune. Le fait de ne pas retenir ici les membres de la famille concerne uniquement la contribution d'assistance et non l'allocation pour impotent qui couvre en moyenne un tiers des besoins d'assistance et permet d'indemniser le travail des membres de la famille. Cette possibilité est maintenue. La contribution d'assistance ne fait que s'y ajouter.

Nous vous demandons donc de ne pas soutenir là la proposition de la majorité, mais bien celle de la minorité Triponez. La même remarque peut également être faite pour la proposition Prelicz-Huber. Nous vous demandons de la rejeter et de ne pas élargir le soutien par la contribution d'assistance aux organisations. Je rappelle que là aussi les prestations existantes permettent déjà d'indemniser les organisations. En fait, avec cela on risquerait d'avoir un transfert des coûts vers l'assurance-invalidité. J'aimerais surtout dire que, pour ce qui concerne la contribution d'assistance, les organisations ne correspondent pas ici réellement aux besoins des assurés; le projet pilote l'a bien montré: les participants ont préféré engager des personnes privées et n'ont fait appel à des organisations que dans de rares cas. Lorsqu'ils ont mandaté des organisations, c'était la plupart du temps les services d'aide et de soins à domicile, qui sont financés par l'assurance-maladie et les communes. Il faut donc s'en tenir au projet du Conseil fédéral et ne pas élargir le soutien des organisations par la contribution d'assistance, ce soutien pouvant se faire par d'autres moyens.

Enfin, à l'article 42sexies, nous vous demandons de ne pas soutenir la minorité Stahl. Il n'est en effet pas possible d'évaluer si un séjour en institution sera évité ou non. Ce qui est déterminant dans ce domaine, ce n'est pas l'état de santé ou les atteintes à la santé de l'assuré, mais l'environnement familial et le cercle des proches. La question est de savoir s'il y a suffisamment de personnes prêtes à fournir de l'aide et en mesure de le faire, en termes de compétences, de forme et de disponibilité. Par ailleurs, la contribution d'assistance a

aussi pour but, encore une fois, d'encourager l'autonomie et d'améliorer la qualité de vie des personnes handicapées. Si l'on ne prenait que le critère du séjour en home, ce serait beaucoup trop restrictif pour accorder une aide par la contribution d'assistance.

Il faut donc là aussi rejeter la minorité et s'en tenir au projet du Conseil fédéral, soit à la version de la majorité et du Conseil des Etats.

**Müller Walter (RL, SG):** Herr Bundesrat, gemäss seinem Entwurf will der Bundesrat in Artikel 42ter Absatz 2 die Hilflosenentschädigung für Behinderte, die sich in einem Heim aufhalten, auf einen Viertel kürzen. Das führt letztendlich einfach dazu, dass mehr Ergänzungsleistungen ausbezahlt werden müssen. Meine Frage ist: Sehr viele Behinderte sind einerseits in einem Heim und halten sich andererseits an den Wochenenden und in den Ferien zu Hause auf. Werden die Hilflosenentschädigungen generell gekürzt, also auch dann, wenn die Kinder oder die Behinderten an den Wochenenden und in den Ferien zu Hause bei den Eltern sind? Ich wäre froh, wenn Sie zur Klärung der Sachlage diese Frage beantworten könnten.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Non, la réduction est prévue pour les personnes invalides qui résident dans un home. Quand il y a une solution un peu différente, telle que celle que vous mentionnez, le cas doit vraisemblablement être revu; on devra examiner au cas par cas. La réduction ne concerne que les personnes résidant dans un home.

**Wehrli Reto (CEg, SZ), für die Kommission:** In dieser Behandlungskaskade wird sich nachher Herr Kollege Cassis zu den Artikeln 42quater und 42sexies äussern; ich werde die Artikel 42ter und 42quinquies behandeln.

Zunächst zu Artikel 42ter Absatz 2 betreffend Hilflosenentschädigung: Bei dieser Frage geht es bereits um den Assistenzbeitrag, den wir nachfolgend explizit behandeln werden, denn in Artikel 42ter wird indirekt die Finanzierung der neuen Leistungen betreffend Assistenzbeitrag behandelt. Bundesrat und Ständerat wollen mit der Einführung des Assistenzbeitrages die heutige Hilflosenentschädigung an Personen, die im Heim wohnen, halbieren. Dadurch ergeben sich für die IV Einsparungen von ungefähr 50 Millionen Franken, aber für die Kantone entsprechende Mehrausgaben in den Bereichen Ergänzungsleistung und Finanzierung ihrer Behinderteninstitutionen.

Die Kommission hat diese Frage besprochen, und eine Mehrheit votiert, entgegen Bundesrat und Ständerat, für die Beibehaltung des heutigen Rechts. Damit wird die Hilflosenentschädigung nicht halbiert, und dies führt in der Konsequenz dazu, dass bei der Einführung des Assistenzbeitrages die zusätzlichen Gesamtkosten voll in der IV-Rechnung anfallen werden. Dies erscheint aber sinnvoller, denn wenn man eine neue IV-Leistung einführen will, soll sie auch als IV-Leistung in der IV-Rechnung abgebildet werden. Das belastet die IV-Rechnung zusätzlich im Rahmen der erwähnten 50 Millionen Franken pro Jahr; eine Lastenverschiebung hin zu den Kantonen und hin zur Ergänzungsleistung erscheint uns politisch als nicht opportun. Jedenfalls ist die Kommissionsmehrheit – der Entscheidung fiel mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung – dieser Meinung.

Zu Artikel 42quinquies: Die Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, wie die Hilfestellung von Ehegatten und Verwandten anerkannt und angerechnet werden soll. Die Mehrheit der Kommission hat sich auf einen Antrag Humbel und Weber-Gobet hin bei Absatz 2 entschieden, die Leistungen zwar anzurechnen, aber nur bis zu einem Drittel des Assistenzbeitrages. Schon diese Lösung führt zu gewissen Mehrkosten, die der Kommissionsmehrheit indes als systemkonform erscheinen. Nicht nur die Hilfe Dritter soll abgegolten werden, sondern auch jene von Angehörigen. Die Minderheit möchte diese familiäre Unterstützung überhaupt nicht anrechnen, dies mit dem Nachteil, dass dann statt der so oder so günstigeren Hilfeleistung durch Angehörige eine

gewisse Flucht in die Anstellung Dritter entstehen wird mit der Folge, dass noch höhere Mehrkosten anfallen.

Als Kommissionssprecher bitte ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen bzw. den Minderheitsantrag abzulehnen; das Stimmenverhältnis betrug 16 zu 4 bei 5 Enthaltungen.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Je m'exprime au sujet de l'article 42quater. La contribution d'assistance constituée, vous l'aurez compris, une nouvelle prestation en complément de l'allocation pour impotent et de l'aide prodiguée par les proches, et c'est une alternative à l'aide institutionnelle. D'un montant de 30 francs par heure, elle permettra à des handicapés d'engager eux-mêmes des personnes leur fournissant l'aide dont ils ont besoin et de gérer leurs besoins d'assistance de manière plus autonome et responsable.

La commission soutient largement cette contribution d'assistance qui apporte un élément novateur dans ce paquet centré essentiellement sur les économies. Toutefois, tout n'est pas clair et la commission vous invite à décider sur quelques points. Vous en avez entendu deux et il en reste encore deux.

Selon l'alinéa 1 lettre c et les alinéas 2 et 3, pour avoir droit à une contribution d'assistance, l'assuré doit être majeur. Ainsi en a décidé le Conseil des Etats, qui a préféré cette définition à la version du Conseil fédéral qui parlait d'assuré qui a «l'exercice des droits civils au sens de l'article 13 du Code civil». Le Conseil des Etats a décidé, aux alinéas 2 et 3, que le Conseil fédéral devait fixer les conditions auxquelles les personnes dont la capacité d'exercice des droits civils est restreinte n'ont droit à aucune contribution d'assistance, ainsi que les conditions auxquelles les mineurs y ont exceptionnellement droit.

Par contre, la minorité Prelicz-Huber propose de biffer ces deux alinéas et ainsi d'étendre cette nouvelle prestation à tous les assurés qui perçoivent une allocation pour impotent et qui vivent chez eux. Cet élargissement des prestations changerait le public cible qui passerait de 20 000 à 38 000 bénéficiaires, doublant ainsi les coûts et mettant en danger cette nouvelle prestation. Cela n'est pas cohérent avec l'esprit de cette réforme qui a pour but de rééquilibrer les finances de l'AI et non pas de les faire encore plus dérapier.

Par 14 voix contre 9 et 2 abstentions, la commission vous invite donc à suivre la majorité et à rejeter la proposition de la minorité Prelicz-Huber.

A l'article 42sexies alinéa 2, la commission a modifié le texte et précisé la règle du calcul des prestations. Il est en effet correct de ne pas prendre en compte le temps passé dans un établissement de soins. Elle s'est prononcée par 11 voix contre 0 et 10 abstentions.

A l'article 42sexies alinéa 4 lettre bbis, la minorité Stahl demande au Conseil fédéral de définir le critère selon lequel la prestation d'aide permet d'éviter à son bénéficiaire le placement dans un home. Selon cette minorité, la contribution d'assistance devrait être allouée seulement si un placement dans un home peut être évité. La majorité de la commission partage l'idée à la base de cette proposition. La contribution d'assistance a justement comme but d'éviter des placements dans un établissement de soins. Mais la règle formulée ici est beaucoup trop rigide. La médecine n'est pas une science exacte et, dans la réalité, une telle norme serait quasiment inapplicable.

Pour ces raisons, par 11 voix contre 9 et 4 abstentions, la commission vous invite à rejeter la proposition de la minorité Stahl et à soutenir la majorité.

*Art. 42ter Abs. 2 – Art. 42ter al. 2*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4916)

Für den Antrag der Minderheit ... 106 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 75 Stimmen

*Art. 42quater*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4917)

Für den Antrag der Mehrheit ... 117 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

*Art. 42quinquies Abs. 1 – Art. 42quinquies al. 1*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4918)

Für den Antrag der Minderheit ... 92 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 91 Stimmen

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4919)

Für den Antrag der Minderheit ... 119 Stimmen

Für den Antrag Prelicz-Huber... 64 Stimmen

*Art. 42quinquies Abs. 2 – Art. 42quinquies al. 2*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4920)

Für den Antrag der Minderheit ... 106 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 78 Stimmen

*Art. 42sexies*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 10.032/4921)

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 65 Stimmen

**Art. 42septies; 42octies; 47 Abs. 1, 1bis, 1ter; 48; 53 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 42septies; 42octies; 47 al. 1, 1bis, 1ter; 48; 53 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 57**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

...

i. der Abschluss von Vereinbarungen mit den Leistungserbringern in den Bereichen der Massnahmen der beruflichen Art und der Integrationsmassnahmen zur Vorbereitung auf die berufliche Eingliederung;

j. Koordination der medizinischen Massnahmen mit dem Kranken- und Unfallversicherer.

*Abs. 4*

Die IV-Stellen können beratende Kommissionen einrichten, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften Einsitz nehmen. Die Kommissionen unterstützen die IV-Stellen bei der Stellensuche für die an Wiedereingliederungsmassnahmen teilnehmenden Versicherten und werden zu den Wiedereingliederungszielen und zur Umsetzung der Wiedereingliederungsmassnahmen konsultiert.

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Gilli, Goll, Fehr Jacqueline, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini)

*Abs. 1 Bst. i*

Streichen

*Antrag der Minderheit*

(Weber-Gobet, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Abs. 1 Bst. j*

Streichen

**Art. 57***Proposition de la majorité**Al. 1*

...

i. conclure des conventions avec les prestataires dans le cadre des mesures d'ordre professionnel et des mesures de réinsertion préparant à la réadaptation professionnelle;  
j. coordonner les mesures médicales avec l'assureur-maladie et l'assureur-accidents

*Al. 4*

Les offices AI peuvent instituer des commissions consultatives, composées de représentants des associations des employeurs et des organisations syndicales. Les commissions soutiennent les offices AI dans la recherche de places de travail pour les assurés participant à des mesures de réinsertion et sont consultées sur les objectifs de nouvelle réinsertion ainsi que sur la réalisation des mesures visant la réinsertion.

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Gilli, Goll, Fehr Jacqueline, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini)

*Al. 1 let. i*

Biffer

*Proposition de la minorité*

(Weber-Gobet, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Al. 1 let. j*

Biffer

*Abs. 1 Bst. i – Al. 1 let. i*

**Le président** (Germanier Jean-René, président): En ce qui concerne la proposition de la minorité Schenker Silvia à l'alinéa 1 lettre i, la décision a déjà été prise à l'article 27 alinéa 1.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*  
*Adopté selon la proposition de la majorité*

*Abs. 1 Bst. j – Al. 1 let. j*

**Weber-Gobet Marie-Thérèse** (G, FR): Artikel 57 regelt die Aufgaben der IV-Stellen. Als neue Aufgabe sollen die IV-Stellen die Koordination der medizinischen Massnahmen mit dem Kranken- und Unfallversicherer wahrnehmen. Nach Meinung der Minderheit Ihrer Kommission ist es zum heutigen Zeitpunkt kein verantwortungsvoller Entscheid, die IV-Stellen mit dieser Aufgabe zu betrauen. Der Grund liegt in der Definition der medizinischen Massnahmen: Damit Menschen mit einer Behinderung weiterhin einer gleichwertigen Erwerbstätigkeit nachgehen können, das heisst, einen vergleichbaren Verdienst erzielen oder in ihrem bisherigen Arbeitsbereich tätig bleiben können, werden sie von der IV mit verschiedenen Eingliederungsmassnahmen unterstützt. Die medizinischen Massnahmen sind im Sinne von Eingliederungsmassnahmen bei minderjährigen – ich betone: minderjährigen – IV-Versicherten zu verstehen. Die IV übernimmt bei Versicherten vor dem vollendeten 20. Altersjahr die Kosten für medizinische Massnahmen, die unmittelbar auf die berufliche Eingliederung gerichtet und geeignet sind, die Erwerbsfähigkeit dauernd und bedeutend zu verbessern oder wesentliche Beeinträchtigungen der Erwerbsfähigkeit zu verhindern. In diesem Rahmen kann die IV die Kosten für die ärztliche Behandlung – ambulante oder in der allgemeinen Abteilung eines Spitals –, für die Behandlung durch medizinische Hilfspersonen wie z. B. Physiotherapeuten und -therapeutinnen oder für anerkannte Arzneimittel übernehmen. Bei Versicherten vor dem vollendeten 20. Altersjahr mit einem Geburtsgebrechen übernimmt die IV alle zur Behandlung des Geburtsgebrechens notwendigen medizinischen Massnahmen, und zwar ohne Rücksicht auf die künftige Erwerbsfähigkeit. Die als Geburtsgebrechen anerkannten Leiden, für die ein Anspruch auf IV-Leistungen besteht, sind in

einer Liste aufgeführt, die vom Bundesrat zusammengestellt wird.

Die IV kennt im Vergleich zur Krankenversicherung keine Selbstbehalte. Anders als die Krankenkassen übernimmt die IV die vollen Kosten, ohne Selbstbehalte oder Franchisen. Es wäre eine Weichenstellung von fundamentaler Wichtigkeit, würde man in Zukunft die medizinischen Massnahmen der IV unter das Regime des Krankenversicherungsgesetzes stellen. Das hätte weitreichende Konsequenzen für die betroffenen behinderten Minderjährigen und ihre Familien. IV und KVG sind zwei verschiedene Paar Schuhe, was die Finanzierungsmechanismen anbelangt, aber auch, was die ethische Verankerung anbelangt.

Die Annahme von Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe j würde eine Art Präjudiz dafür schaffen, die medizinischen Massnahmen der IV ins KVG zu transferieren, ohne im Detail Klarheit über die Konsequenzen eines solchen Transfers für die verschiedenen institutionellen Akteure, für die behinderten Kinder und Jugendlichen und ihre Familien zu haben. Daher bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

**Humbel Ruth** (CEg, AG): In Artikel 3b des Gesetzes haben wir neu auch den Krankenversicherern ein Melderecht eingeräumt. In Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe j geht es nur um eine Koordination der medizinischen Massnahmen der IV mit denjenigen der Kranken- und Unfallversicherungen.

Es geht hier nicht um minderjährige Behinderte. Bei minderjährigen Behinderten mit Geburtsgebrechen, für die die IV vollkommen zuständig ist, gibt es nichts mit der Krankenversicherung zu koordinieren. Aber bei erwachsenen Behinderten geht es sehr wohl um eine Koordination.

Mit der 5. IV-Revision haben wir Artikel 12 eingeführt, wonach medizinische Massnahmen bei Erwachsenen nicht mehr von der IV bezahlt werden, sondern von den Krankenversicherern. Das bedeutet, dass die IV Massnahmen, Abklärungen, Therapien und Untersuchungen verfügen kann, die dann von den Krankenversicherern bezahlt werden müssen. In diesem Bereich braucht es eine Koordination. Eine solche Koordination liegt durchaus im Interesse der Versicherten. Versicherte werden heute zu Untersuchungen, Abklärungen und Therapien angehalten, welche für sie nicht unbedingt in jedem Fall angenehm, vor allem aber teilweise überflüssig sind, wenn bei Krankenversicherern einsehbar wäre, welche Therapien bereits gemacht oder eingeleitet worden sind, welche erfolgreich waren und welche nicht.

Es geht hier um die Belastung der Versicherten, und es geht auch um unnötige Kosten, welche von den Krankenversicherern bezahlt werden müssten, obwohl die entsprechenden Unterlagen schon vorhanden wären. Das Ziel dieser neuen Bestimmung ist eine qualitativ optimierte Behandlung der versicherten Person. Es geht nicht darum, Behinderten, insbesondere Jugendlichen, Leistungen vorzuenthalten, sondern es geht um eine Koordination von Leistungen dort, wo dies angezeigt ist, eben bei Erwachsenen. Es geht hier um nichts anderes. Ich habe daher auch nicht so richtig verstanden, was die Minderheitssprecherin, Frau Weber-Gobet, hier ausgeführt hat.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion wird die Kommissionmehrheit unterstützen.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse** (G, FR): Sehr geehrte Frau Kollegin, können Sie mir sagen, wie die IV medizinische Massnahmen definiert? Das, was ich Ihnen vorgelesen habe, ist die Definition gemäss IV-Gesetz.

**Humbel Ruth** (CEg, AG): Die IV kann Abklärungen veranlassen – psychiatrische, somatische Abklärungen –, und diese Abklärungen müssen dann die Krankenversicherer bezahlen; um diese Leistungen geht es.

**Gilli Yvonne** (G, SG): Es ist unbestritten, dass wir die Koordination zwischen den einzelnen Leistungserbringern weiter verbessern können und müssen, und in diesem Artikel geht es um die Koordination. Es geht um die Koordination von medizinischen Massnahmen mit dem Kranken- und Unfall-

versicherer. Das ist im Sinne aller Beteiligten, auch der Versicherten; unnötige Doppelabklärungen bei verschiedenen Ärztinnen und Ärzten oder unnötige Doppelbehandlungen seien als Beispiel erwähnt. Sie verursachen nicht nur mehr Kosten, sondern können in bestimmten Fällen, beispielsweise bei Operationen, auch eine erhöhte Gefährdung der Versicherten nach sich ziehen.

Mit der gewählten Formulierung «Koordination der medizinischen Massnahmen» eröffnet sich für mich aber ein Ermessensspielraum, wie diese Formulierung in Zukunft ausgelegt werden kann; wir hatten darüber in der Kommission eine reichlich verwirrlende Diskussion. Die jetzige Formulierung wurde in der Kommission mit einem Beispiel unterlegt. Es könne sein, dass die Krankenkasse nie Rechnungen für psychiatrische Abklärungen und Behandlungen bezahlt habe. Jetzt veranlasse die IV eine psychiatrische Abklärung, obwohl die Krankenkasse ihre Rechnungen dahingehend interpretiert habe, dass bei diesem Patienten ein körperliches und nicht ein psychisches Leiden vorliege. Durch die Koordination der medizinischen Massnahmen durch die Versicherer könne so aufgrund der Vorinformation eines Versicherers eine überflüssige medizinische Massnahme, beispielsweise eben eine psychiatrische Abklärung, verhindert werden.

Die Entscheidung, ob und welche medizinischen Massnahmen notwendig sind, muss zwingend durch die behandelnden Ärztinnen und Ärzte entschieden werden. Die Notwendigkeit medizinischer Massnahmen kann auch nicht aus Diagnosen abgeleitet werden, die den Versicherern vorliegen. Das ist klar eine ärztliche Aufgabe und nicht die Aufgabe des Versicherers.

Es wäre unhaltbar, wenn in Zukunft ein Versicherer unter wirtschaftlichem Druck entscheiden könnte, dass gewisse medizinische Massnahmen unnötig und somit nicht vergütbar seien. Die Koordination und Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Leistungserbringern ist eine unbestrittene Aufgabe, die aber nicht gesetzlich verankert werden muss. Sie kann allenfalls an verschiedenen Stellen in die Verordnung einfließen. Falls mit der vorliegenden Formulierung die Koordination zwischen Leistungserbringern gemeint ist, ist sie missverständlich.

Aus diesen Gründen bittet die grüne Fraktion Sie, auf die Aufnahme von Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe j zu verzichten und die Minderheit Weber-Gobet zu unterstützen.

**Goll Christine (S, ZH):** Ich muss Ihnen gestehen: Mir ist immer noch nicht ganz klar, was die Mehrheit mit ihrem Antrag hier eigentlich bezweckt. Ich sage das deshalb, weil die ursprüngliche Antragstellerin, Frau Humbel, vorhin in ihrem Votum ja erwähnt hat, dass diese Bestimmung mit den Artikeln 3b und 3c in Zusammenhang steht, in denen es um die Meldung an die IV bzw. um das Verfahren bei der IV geht. Im Zusammenhang mit diesen Artikeln verstehe ich das Anliegen sehr wohl – und in diesem Zusammenhang lehnen wir diesen Mehrheitsantrag ab.

Grundsätzlich ist es ja kaum vorstellbar, dass heute zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern keine Koordination in Bezug auf die medizinischen Massnahmen stattfindet. Ich gehe davon aus, dass die unnötigen Kosten, die Sie erwähnt haben, Frau Humbel, in der Praxis gar nicht entstehen können, weil diese Koordinationsarbeit heute bereits gemacht wird. Aber ich habe verstanden, dass es Ihnen um etwas anderes geht. Sie möchten vor allem den Krankenversicherern einen anderen Stellenwert einräumen. Das war auch Ihr ursprüngliches Anliegen bei den Artikeln 3b und 3c. Dort verlangten Sie nämlich, dass die Krankenversicherer, also die Krankenkassen, auch eine Meldung an die IV machen können und im Gegenzug dafür Informationen von der IV erhalten. Das ist in unseren Augen unhaltbar – wir haben das bereits in der Debatte zu den Artikeln 3b und 3c begründet –, und zwar aus Gründen des Datenschutzes. Wir wollen nicht, dass der Datenschutz durchlöchert wird, wenn es um sensible Daten geht, und Angaben zum Gesundheitszustand versicherter Personen sind sensible Daten.

Jetzt möchte ich Sie daran erinnern, dass wir in der Kommission nicht unbedingt eine ausgedehnte Diskussion über

diese Anträge führten, auch nicht über den hier zur Diskussion stehenden Antrag. Hingegen hat der Bundesrat angeboten, uns einen Bericht zu unterbreiten, damit wir diese Frage in aller Ruhe und fundiert prüfen können. Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass es einen solchen Bericht nicht brauche, und hat in der Abstimmung einen solchen Bericht abgelehnt. Das heisst: Wir haben bis heute keine qualifizierte Stellungnahme des Bundesrates auf dem Tisch, um die Frage überhaupt klären zu können. Aus diesen Gründen vermuten wir nach wie vor, dass es vor allem um eine Kostenverschiebung zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern geht und nicht etwa um die Vermeidung von unnötigen Kosten, wie das Frau Humbel hier skizziert hat. Wir gehen davon aus, dass vor allem Kosten abgeschoben werden sollen, in diesem Falle vom KVG zur IV. Deshalb bitten wir Sie, den Antrag der Mehrheit abzulehnen und es beim geltenden Recht zu belassen bzw. dazu zu stehen, dass es eigentlich heute schon möglich ist, in der Praxis eine Koordination vorzunehmen.

**Le président (Germanier Jean-René, président):** Le groupe libéral-radical et le groupe de l'Union démocratique du Centre soutiennent la proposition de la majorité.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** J'ai l'impression que vous lancez là un débat qui n'a vraiment pas lieu d'être. Il n'est d'ailleurs pas directement lié aux articles 3a et 3c. Il s'agit ici des attributions des offices AI. Les offices AI ont une série d'attributions, lesquelles sont énumérées à l'alinéa 1 de l'article 57. Il s'agit notamment de déterminer, de surveiller, de mettre en oeuvre les mesures d'intervention précoce et d'examiner le fonctionnement de tout cela. Dans ce cadre-là, il va de soi que les attributions des offices AI comprennent également la coordination avec les autres intervenants. Cela peut être l'assurance-maladie, l'assurance-accidents; il n'est donc pas nécessaire de le préciser dans la loi. Sur le plan pratique, cette coordination a déjà lieu. Et le fait de l'inscrire maintenant dans la loi semble soulever d'énormes problèmes, alors que, dans les faits, on n'en a aucun.

Nous vous le disons encore une fois, aucune modification légale n'est nécessaire ici pour que la coordination ait lieu entre l'assurance-maladie, l'assurance-accidents et l'assurance-invalidité lorsque l'une ou l'autre de ces assurances finance des mesures. Il est normal, à ce moment-là, qu'il y ait une coordination. Elle est définie dans le cadre des attributions des offices AI mentionnées à l'article 57.

Nous vous demandons de ne rien modifier ici, c'est-à-dire de soutenir la proposition de la minorité étant donné que, encore une fois, le problème ne se pose même pas dans la pratique.

**Wehrli Reto (CEg, SZ), für die Kommission:** Der Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren kommt vor allem bei der beruflichen Eingliederung eine grosse Bedeutung zu. Oft ist unklar, ob eine berufliche Massnahme der IV überhaupt erst nach vorgängigen oder begleitenden medizinischen Massnahmen, die in den Leistungsbereich der Kranken- oder der Unfallversicherung gehören, gelingen kann. Denken wir an die Auflage, ein Magenbanding machen zu lassen oder sich einer Psychotherapie zu unterziehen. Hier muss eine Zusammenarbeit zwischen den Systemen IV und KV erfolgen.

Die Kommissionsmehrheit beantragt deshalb, dass die IV-Stellen mit dieser Koordinationsaufgabe betraut werden. Wir bitten Sie um Unterstützung dieser Aufgabenzuweisung. Macht man im Gesetz keine Zuordnung, so kann das, wie die Erfahrung zeigt, zu negativen Kompetenzkonflikten führen, das heisst, dass sich hier niemand um die Koordination kümmert und die betreffenden Personen zwischen Stuhl und Bank fallen können. Diese Gefahr kann mit dieser einfachen Norm stark vermindert, wohl aber nicht ganz ausgeschlossen werden, insbesondere wenn man an die Voten von Frau Gilli und Frau Goll denkt. Ich glaube, dass gewisse Dinge, die sie gesagt haben, nicht unrichtig sind. Man kann aber

darauf vertrauen, dass auch hier die Differenzvereinbarung, so nötig, eine Lösung bringt. Selbstverständlich sind auch der Weisheit des Bundesrates bei der Ausarbeitung der Verordnung keine Grenzen gesetzt.

#### *Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4922)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

#### *Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

#### **Art. 66c**

##### *Antrag der Mehrheit*

###### *Abs. 1*

Zweifelt die IV-Stelle an der körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit, die zum sicheren Führen von Motorfahrzeugen notwendig ist, kann sie die versicherte Person der zuständigen kantonalen Behörde (Art. 22 SVG) melden.

###### *Abs. 2*

Die IV-Stelle informiert die versicherte Person über diese Meldung.

###### *Abs. 3*

Auf Anfrage im Einzelfall stellt die IV-Stelle der kantonalen Behörde die entsprechenden Unterlagen zu.

##### *Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Goll, Prelicz-Huber, Weber-Gobet)

Streichen

#### **Art. 66c**

##### *Proposition de la majorité*

###### *Al. 1*

En cas de doutes sur les capacités physiques ou psychiques de l'assuré à conduire un véhicule motorisé en toute sécurité, l'office AI peut signaler l'assuré à l'autorité cantonale compétente (art. 22 LCR).

###### *Al. 2*

L'office AI informe l'assuré du fait qu'elle l'a signalé à l'autorité compétente.

###### *Al. 3*

L'office AI remet, au cas par cas et sur demande, les documents correspondants à l'autorité cantonale.

##### *Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Goll, Prelicz-Huber, Weber-Gobet)

Biffer

**Schenker Silvia** (S, BS): Diese Bestimmung wurde nach einer äusserst kurzen Diskussion in die Vorlage eingefügt. Sie war in der Vernehmlassungsvorlage nicht enthalten; sie wurde auch im Ständerat nicht diskutiert. Die Bestimmung stammt aus dem Paket Via sicura, dem Handlungsprogramm für mehr Sicherheit im Strassenverkehr.

Ich habe schon in der Kommission den Antrag gestellt, diese Bestimmung nicht aufzunehmen. Ich gebe zu, dass es damals eher mein Bauchgefühl war, das mich geleitet hat. Nachträglich habe ich mir die Botschaft Via sicura angeschaut und sah meine Befürchtungen bestätigt. Die Bestimmung wurde im Zusammenhang mit der Frage der Fahrtauglichkeit eingefügt. In der Botschaft Via sicura wird ausgeführt, bei wem man davon ausgeht, dass die Fahrtauglichkeit infrage gestellt ist. In einem Leitfaden mit dem Titel «Verdachtsgründe fehlender Fahreignung; Massnahmen; Wiederherstellung der Fahreignung» sind die Tatbestände aufgeführt, die eine Fahreignungsuntersuchung als angezeigt erscheinen lassen. Neben der Alkohol- und Betäubungsmittelabhängigkeit, die in der Botschaft aufgeführt sind, habe ich folgende Aussage gefunden: «... sowie psychische Störungen, die zur Arbeitsunfähigkeit führen.» Mit anderen Worten geht man davon aus, dass eine psychische Krankheit, die zur Arbeitsunfähigkeit führt, einen – wie ebenfalls in der Botschaft steht – Anfangsverdacht fehlender Fahreignung begründe. Ich kann nicht akzeptieren, dass

solch diskriminierende pauschale Aussagen nicht hinterfragt werden – das haben wir nämlich in der Kommission nicht gemacht – und eine Bestimmung ins Gesetz eingefügt wird, die diese zementiert.

Mir ist bewusst, dass es sich nicht um eine grosse Sache handelt. Mit der Bestimmung wird den IV-Stellen die Kompetenz eingeräumt, jene Personen den Behörden zu melden, bei denen sie den Verdacht haben, sie seien nicht fahrtauglich. Ich bin davon überzeugt, dass behandelnde Ärzte und Ärztinnen oder andere involvierte Institutionen näher bei den Leuten sind und eine solche Meldung machen können.

Darum bitte ich Sie, diese Bestimmung zu streichen.

**Prelicz-Huber Katharina** (G, ZH): Ich bin eigentlich einig mit Herrn Wehrli, der in der Kommission diesen Antrag gestellt hat, dass für die Teilnahme am Strassenverkehr selbstverständlich eine genügende Fahrtauglichkeit vorhanden sein muss. Auch damit, dass es für das Autofahren eine ausreichende körperliche und geistige Leistungsfähigkeit braucht, sind wir einverstanden. Aber das Prüfen von körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit ist Sache der Medizin bzw. Sache der Ärzte und Ärztinnen, wie bei allen anderen Menschen auch. Da darf es doch nicht plötzlich für handycapierte Menschen eine Ausnahme geben. Wir haben vorhin Frau Schenker gehört. Sie sprach über diesen Leitfaden zu Via sicura, der mehr als diskriminierend ist und davon ausgeht, dass Menschen mit psychischen Behinderungen oder Störungen a priori nicht fahrtüchtig sind. Das darf nicht die Art und Weise sein, wie wir Gesetze legislieren.

Die IV ist dafür nicht zuständig, sie ist zu wenig nahe bei den Leuten. Die Situation kann sich auch ändern, beispielsweise bei psychischen Erkrankungen, je nachdem, wie die medikamentöse Einstellung ist. Das ist Sache der Ärzte und Ärztinnen, die das wissen, die dann eben auch wissen, wie gut die Fahrtüchtigkeit ist. Sie sollen abschliessend beurteilen können, ob jemand im Strassenverkehr zugelassen werden kann oder nicht. Wenn die IV Bedenken bezüglich der Fahrtüchtigkeit hat, kann sie selbstverständlich eine Meldung an den Arzt oder die Ärztin machen. Diese wiederum machen dann die Meldung an das Strassenverkehrsamt. Aber es soll nicht so sein, dass die IV direkt ans Strassenverkehrsamt gelangt.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Grünen, Nein zu sagen zum Antrag der Mehrheit und Ja zu jenem der Minderheit.

**Triponez Pierre** (RL, BE): Es ist richtig, dass es sich bei Artikel 66c um eine neue Bestimmung handelt, die im Entwurf des Bundesrates nicht vorgesehen war und die auch im Ständerat nicht diskutiert worden ist, und es ist sicher auch kein Kernelement dieser Revision. Trotzdem bitte ich Sie mit Überzeugung, der Mehrheit Ihrer Kommission zuzustimmen. Wir stehen hier vor einer Kann-Vorschrift, die schlicht und einfach so lautet: Wenn eine IV-Stelle bei einer Person an der Leistungsfähigkeit zweifelt, die zum sicheren Führen von Motorfahrzeugen notwendig ist, kann sie diese Person der zuständigen kantonalen Behörde melden – sie darf sie also melden – und muss dann auch diese Person informieren. Eine solche Vorschrift ist zumindest sinnvoll und meines Erachtens sogar im Interesse der Versicherten. Von daher ist es für mich schwer zu verstehen, weshalb die Minderheit gegen diese Neuerung Opposition macht. Ich würde Ihnen sogar zurufen: Es ist eigentlich, wenn Sie so wollen, Pflicht von jedermann – und jeder Frau – zu verhindern, dass jemand, der aus körperlichen oder eben auch aus anderen Gründen die Voraussetzungen zum Autofahren nicht erfüllt, sich selber und andere Personen einer Gefahr aussetzt.

Man kann darüber diskutieren, ob die Formulierung das Gelbe vom Ei ist. Jedenfalls scheint es mir richtig und wichtig zu sein, dass Sie diesem Artikel 66c zustimmen. Es ist dann auch eine Differenz zum Ständerat; vielleicht ergibt sich dadurch noch eine Verbesserungsmöglichkeit. Aber dass eine solche Meldung möglich sein soll, halte ich nun wirklich für einen Grundsatz, dem man ohne falsche Hemmungen zustimmen kann.

**Scherer Marcel** (V, ZG): Ich bitte Sie, bei Artikel 66c die Mehrheit zu unterstützen.

Auch hier haben wir wieder etwas, das unbedingt selbstverständlich sein sollte. Dass die Linke gegen diesen Artikel ist, ist unbegreiflich. Sie trägt damit die Verantwortung, wenn Unfälle passieren, weil so die Meldungen an die zuständigen Behörden unterbunden würden. Worum geht es? Zweifelt eine IV-Stelle an der Fahrtüchtigkeit einer handicapierten Person, soll sie dies den zuständigen Behörden, also dem Strassenverkehrsamt des zuständigen Kantons, melden können. Dies soll nicht ohne entsprechende Information an die betroffene Person passieren. Im Einzelnen muss die IV-Stelle der zuständigen kantonalen Behörde entsprechende Unterlagen zur Verfügung stellen.

An diejenigen in diesem Saal, die dies nicht wollen: Wir sprechen von *Via sicura*, wir suchen nach Möglichkeiten, unsere Strassen immer sicherer zu machen – aber hier, in diesem Gesetz, will man dann die Augen vor möglichen Gefahren schliessen.

Stimmen Sie bitte mit der Mehrheit. Es geht nicht gegen handycapierte Leute, sondern es geht um mehr Sicherheit.

**Goll Christine** (S, ZH): Es ist tatsächlich so, dass es bei dieser Frage auch Interessenkonflikte geben kann. Die Fragen, die wir uns stellen müssen, sind folgende: Wird mit einer solchen Massnahme, wie sie in der Kommission mehrheitlich beschlossen worden ist, die Sicherheit auf der Strasse tatsächlich erhöht? Oder ist es nicht vielmehr so, dass mit einer solchen Bestimmung eben auch Personen diskriminiert werden, die durchaus fahrtüchtig sind und die, um überhaupt mobil zu sein und soziale Kontakte pflegen zu können, auf ein Fahrzeug angewiesen sind?

Sie haben es bereits von der Antragstellerin der Minderheit, von Frau Schenker, gehört: Diese Bestimmung ist Inhalt der Botschaft *Via sicura*. Diese Botschaft liegt bereits auf dem Tisch des Hauses, wurde aber weder in der Kommission noch im Parlament beraten. Das heisst, dass die Diskussion zu dieser Frage nicht stattgefunden hat. Ich muss Ihnen sagen, dass sie im Rahmen der Botschaft *Via sicura* in einem erweiterten Rahmen stattfinden soll. Dort geht es dann nicht nur um die Frage der Fahrtüchtigkeit von Menschen mit Behinderungen, sondern auch um die Fahrtüchtigkeit von älteren Menschen; auch der Konsum von legalen oder illegalen Drogen soll als Kriterium hinsichtlich der Beurteilung der Fahrtüchtigkeit herangezogen werden.

Ich kann Ihnen heute nicht mit Bestimmtheit sagen, ob eine solche Bestimmung Sinn macht oder nicht. Ich kann aber mit Bestimmtheit Folgendes sagen – und das ist auch der Grund, weshalb unsere Fraktion den Minderheitsantrag unterstützt –: Es macht keinen Sinn, sondern kann im Gegenteil gar schädlich sein, eine solche Bestimmung in der IV-Gesetzgebung einzufügen, ohne vertiefte Abklärungen getroffen zu haben, ohne eine vertiefte Diskussion darüber geführt zu haben und insbesondere ohne den Datenschutzbeauftragten in dieser Frage konsultiert zu haben.

Von daher möchte ich Sie bitten, diesen neuen Artikel, der in aller Eile zusammengeschustert worden ist, nicht in diese Vorlage einzufügen, sondern zuerst die Diskussion darüber zu führen, wenn auch nicht im Rahmen der 6. IV-Revision, sondern im Rahmen der Botschaft *Via sicura*.

**Humbel Ruth** (CEg, AG): Es geht bei diesem Artikel um ein Abwägen zwischen der öffentlichen Sicherheit und der persönlichen Freiheit. Es geht um die Sicherheit auf der Strasse. Es ist richtig, dass heute schon Ärzte eine Meldung bezüglich der Fahrtauglichkeit eines Versicherten machen können. Aber wir wissen auch, wie zurückhaltend von diesem Recht Gebrauch gemacht wird. Denn schliesslich geht es immer um das Vertrauensverhältnis des Patienten zum Arzt, und wenn ein Arzt dem Patienten, dem Versicherten, klarmachen muss, dass er nicht mehr fahrtüchtig ist, dann zieht das immer eine Beeinträchtigung dieses Verhältnisses nach sich.

Wir möchten nun das Melderecht auf die IV-Stelle ausdehnen. Wie Sie gehört haben, ist diese Massnahme in die Bot-

schaft *Via sicura* aufgenommen worden. Es ist also darüber nachgedacht worden, ob diese Massnahme tauglich ist. Wir von der CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützen diese Massnahme. Die Teilnahme am Strassenverkehr erfordert immer mehr eine genügende Fahrtauglichkeit und bedingt eine ausreichende körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Wir wissen auch, dass diese individuell geprüft werden müssen. Wir sprechen uns ja nicht gegen die angepassten Fahrzeuge von Behinderten aus – es ist richtig, dass es sie gibt; sie ermöglichen den Behinderten eine Teilnahme am Strassenverkehr. Wir denken hier vielmehr an jene Menschen, die sich auch selber gefährden, wenn sie sich in den Strassenverkehr begeben. Frau Goll hat wieder davon gesprochen, dass wir den Datenschutzbeauftragten nicht gefragt hätten. Ich möchte hier einmal mehr die Frage zurückgeben: Wer ist hier der Gesetzgeber, der Datenschutzbeauftragte oder wir? Ich meine, wir haben die Gesetze zu machen, und der Datenschutzbeauftragte hat im Rahmen dieser Gesetze seine Aufgabe wahrzunehmen.

Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Je vous l'ai dit depuis le début, le Conseil fédéral ne souhaite pas que vous ajoutiez des dispositions à cette révision 6a. Mais ici, on est dans un cas intermédiaire, un peu spécial.

Le Conseil fédéral a proposé une disposition similaire dans le cadre du message concernant *Via sicura*, qui fera l'objet d'un prochain débat. Si vous souhaitez intégrer cette disposition déjà ici, dans ce cadre, nous nous réservons la possibilité de réexaminer tout cela de manière plus détaillée dans le cadre du débat au Conseil des Etats, pour ne pas allonger le débat ici.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: L'incapacité au travail à l'origine de l'obtention d'une rente AI peut avoir des répercussions sur la capacité de conduire un véhicule à moteur. Pensons par exemple aux invalides dont, pour des raisons de consommation de drogues ou des raisons psychiques, la capacité à conduire pourrait diminuer.

Jusqu'ici, l'AI n'avait pas le droit de communiquer à l'autorité cantonale compétente ses doutes sur la capacité à conduire d'un assuré, ni de lui transmettre les informations susceptibles de permettre une évaluation médicale du cas. Le service des automobiles peut donc demander des examens médicaux qui, peut-être, ont déjà été effectués par les services médicaux de l'AI. Tous ces coûts sont supportés par la collectivité. En plus, la maladie peut créer un danger pour les autres usagers de la route.

Pour cette raison, votre commission vous recommande, par 15 voix contre 4 et 3 abstentions, de vous prononcer dans le même sens qu'elle.

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: Die Teilnahme am Strassenverkehr erfordert eine genügende Fahrtauglichkeit; das ist gänzlich unbestritten geblieben. Besonders das Führen von Motorfahrzeugen setzt eine ausreichende körperliche und geistige Leistungsfähigkeit voraus. Dies zeigt auch die bereits vielzitierte Botschaft zu *Via sicura*.

Wenn eine IV-Stelle im Rahmen ihrer Abklärungen, z. B. im Hinblick auf eine AHV-Hilflosenentschädigung, feststellt, dass eine gesundheitliche Beeinträchtigung gegeben ist, welche die Fahrtüchtigkeit infrage stellt, soll sie der Strassenverkehrsbehörde Meldung machen können. Ganz explizit soll damit das gezielte und bewusste Teilhaben von Menschen mit Behinderungen am Strassenverkehr eben nicht infrage gestellt werden. Das sind reine Unterstellungen, die jetzt hier vorgetragen wurden. Die IV finanziert ja zum Beispiel gerade auch Umbauten an Motorfahrzeugen und sorgt dafür, dass diese Leute weiterhin am Strassenverkehr teilnehmen können. Die Teilnahme dieser Personen am Strassenverkehr ist also mit dieser Norm überhaupt nicht infrage gestellt.

Ein Melderecht erlaubt es jedoch der Behörde, individuell konkrete Abklärungen für den Einzelfall zu veranlassen. Das war übrigens früher, bis vor einigen Jahren, bereits möglich;

es wurde dann aber vom berühmten Datenschutzbeauftragten in eigener Regie abgestellt. Er hat also eine sinnvolle Meldekultur, die bereits bestand, abgestellt.

Im Übrigen wurde der Antrag, wie er jetzt vorliegt, nicht zum ersten Mal vorgebracht. Frau Goll, es wurde also überhaupt nichts übers Knie gebrochen, sondern der Antrag lag textgleich bereits im Rahmen der 5. IV-Revision vor. Wir haben das Anliegen schon damals behandelt; es ist also nichts Neues. Man will niemanden diskriminieren. Das wird mit dieser Norm nicht der Fall sein; ich betone es noch einmal. Ich kann Sie aber mit Fällen dokumentieren, die zeigen, dass IV-Bezüger Strassenverkehrsunfälle verursacht haben, die gerade mit ihrer Behinderung etwas zu tun hatten. Wenn jemand den Arm nicht mehr richtig bewegen kann und trotzdem Auto fährt, dann gibt es ein Problem.

Die Kommissionsmehrheit bittet Sie also um Zustimmung zu dieser formalgesetzlichen Grundlage, die ein auch datenschutzrechtlich sauberes Meldeverfahren möglich macht. Die Kommission fällt diese Entscheidung mit 15 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4923)

Für den Antrag der Mehrheit ... 118 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

### **Art. 68quinquies; 77 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

### **Art. 68quinquies; 77 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

### **Art. 78**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1–4, 6*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 5*

... der Versicherung, andererseits aber mindestens 37,7 Prozent der jährlichen Ausgaben der Versicherung, wovon der Beitrag an die Hilflosenentschädigung nach Artikel 77 Absatz 2 abgezogen wird.

*Antrag der Minderheit*

(Rechsteiner Paul, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Robbiani, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

*Abs. 2*

... jährlich an die Veränderungsrate der Mehrwertsteuereinnahmen angepasst ...

*Abs. 3*

Streichen

### **Art. 78**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1–4, 6*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 5*

... de l'assurance et au minimum à 37,7 pour cent des dépenses annuelles de l'assurance; la contribution à l'allocation pour imputent visée à l'article 77 alinéa 2 en est déduite.

*Proposition de la minorité*

(Rechsteiner Paul, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Robbiani, Rossini, Schenker Silvia, Weber-Gobet)

*Al. 2*

... de la taxe sur la valeur ajoutée. Les recettes de la taxe ...

*Al. 3*

Biffer

**Rechsteiner Paul (S, SG):** Bei Artikel 78 geht es um die Finanzierung der IV, um eine zentrale Bestimmung des ganzen IV-Rechts, nämlich um die Frage, wie viel der Bund in Zukunft an die Finanzierung der IV beitragen muss. Die Botschaft, die der Bundesrat unterbreitet hat, ist zwiespältig ausgefallen. Einerseits hat der Bundesrat gesagt: Wenn das Ziel der Revision erreicht wird und die Rentenzahl und damit die Ausgaben der IV sinken, soll die IV vom Bund nicht weniger erhalten, sondern der Bundesbeitrag soll an den bisherigen Werten, die an die IV-Finanzierung beigesteuert worden sind, gemessen werden. Gleichzeitig hat er in derselben Botschaft zur Finanzierung aber auch gesagt: Das Risiko IV kann dem Bund nicht mehr zugemutet werden. Und so sind jetzt auch die Anträge, die gestellt worden sind, zwiespältig. Insgesamt ist es positiv, wenn die Finanzierung von der Ausgabenentwicklung abgekoppelt wird, sofern sich die Vorgaben erfüllen und man in Zukunft effektiv nicht mehr Rentenausgaben in der gleichen Höhe hat. Aber wenn es umgekehrt ist, dann muss mindestens der heutige Bundesbeitrag gewährleistet sein. Die Kommission hat meinem entsprechenden Antrag zugestimmt, mit dem die bisherige Bestimmung beibehalten wird, dass mindestens diese 37,7 Prozent Bundesbeitrag erhalten bleiben sollen.

Eine Streitfrage bleibt offen; das ist der Antrag, den ich aufrechterhalten habe. Ich bitte Sie, hier der Minderheit zuzustimmen. Es geht um die Frage: Kann der Bund bei der zukünftigen Finanzierung einen Abdiskontierungsfaktor mitberücksichtigen? Kann er also bei der zukünftigen Finanzierung der IV mittels Mehrwertsteuereinnahmen noch einen Abzug vornehmen?

Die Kopplung an die Mehrwertsteuereinnahmen ist nicht bestritten. Es ist auch richtig begründet worden, dass diese Einnahmen der Wirtschaftsentwicklung folgen. Nicht logisch ist es aber, darauf noch einen Abzug vorzunehmen. Dieser Abzug, dieser Abdiskontierungsfaktor, ist faktisch ausschliesslich durch das Ziel begründet – technisch wird er mit dem Mischindex begründet –, für den Bund Einsparungen zu bewirken. Im Bericht an die Kommission wurde klar geschrieben, das sei eine Folge des Konsolidierungsprogramms des Bundes, der Bund wolle hier Einsparungen vornehmen, auf Kosten der IV.

Es ist ein Betrag, der aufgrund seiner Grössenordnung doch ins Gewicht fällt. Wenn man ihn über fünfzehn Jahre aufkaptalisiert, sind es fast 2 Milliarden Franken, die der IV hier entgehen und im Bundeshaushalt bleiben. Was bedeutet das im Effekt? Es kommt der AHV nicht zugute. Wir sind heute in der Situation, dass die IV bei der AHV mit rund 14 Milliarden Franken in der Kreide steht. Die Verzinsung wird jetzt vorübergehend vom Bund übernommen und garantiert. Aber jemand muss diese Schulden bei der AHV irgendwann zurückzahlen. Wie soll das geschehen, wenn der Bund selber auf den Mehrwertsteuereinnahmen, die in Zukunft für die IV reserviert werden, noch einen Abdiskontierungsfaktor in Abzug bringt, um sich finanziell besserzustellen?

Ich meine deshalb, dass es im Interesse einer soliden Finanzierung des Sozialwerks IV liegt, aber vor allem auch im Interesse der AHV, wenn der Bund auf dieser Finanzierung, die sonst eigentlich in Ordnung ist, nun nicht noch einen Abzug macht.

**Rossini Stéphane (S, VS):** Au nom du groupe socialiste, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité Rechsteiner Paul.

Il est évident que, dans le fonctionnement et dans le développement des assurances sociales, la contribution des pouvoirs publics est quelque chose d'essentiel. C'est essentiel pour l'ensemble des assurances sociales et plus particulièrement pour l'assurance-invalidité, parce que dans cette assurance, il y a à prendre en charge toute une série de problèmes, notamment les infirmités congénitales qui expriment le fait que l'on a affaire à l'ensemble de la société.

Ce financement par les pouvoirs publics doit avoir un ancrage solide et doit véritablement permettre une approche à long terme de l'assurance-invalidité. Ce financement par les

pouvoirs publics, et plus particulièrement le financement de la Confédération, parce que c'est ce qui nous intéresse ici, est une reconnaissance de la légitimité d'intervention de l'assurance en question et c'est surtout une reconnaissance des problèmes sociaux et de la solidarité que nous devons avoir pour les régler.

Actuellement, le financement par les pouvoirs publics est lié aux dépenses. Plus les dépenses augmentent, plus la part de la Confédération augmente quantitativement. Cet élément est cohérent et il permet d'éviter que l'assurance-invalidité augmente son déficit lorsque ses dépenses augmentent.

Or la part des pouvoirs publics est aujourd'hui reconsidérée dans son principe avec la 6<sup>e</sup> révision de l'AI. On postule, dans le discours en tout cas, qu'il y aura une baisse des dépenses, qui induira proportionnellement une baisse de l'engagement de la Confédération. Ce postulat d'une baisse des dépenses semble peu réaliste, car tous les indicateurs montrent clairement que les dépenses de l'assurance-invalidité ne diminueront pas à long terme, à moins, bien évidemment, que l'on décide de couper drastiquement dans les prestations qui seront couvertes par le régime.

L'introduction du nouveau mécanisme, qui supprime donc le lien entre les dépenses et la part de la Confédération, en le remplaçant par un lien entre la contribution de la Confédération et le taux de variation des recettes de la taxe sur la valeur ajoutée – taux de variation qui, lui-même, est corrigé par un facteur d'escompte – ne nous convainc pas. Ce nouveau mécanisme reste peu clair, tant dans la motivation qui sous-tend son introduction que dans ses effets, et c'est cela qui pose véritablement problème: la maîtrise des effets de ce nouveau mécanisme.

La minorité Rechsteiner Paul ne reproche pas fondamentalement ce lien à la TVA, quand bien même celui-ci pourrait être considéré comme discutable; par contre, elle propose de biffer la partie de la modification proposée qui concerne la correction par un facteur d'escompte. Notre crainte renvoie tout simplement à un souci de maîtrise des effets de cette modification sur le financement du régime et, par conséquent, au risque de fluctuation de la contribution de la Confédération, alors même que nous avons besoin d'une certaine stabilité et d'une sécurité sur l'engagement de la Confédération pour financer cette assurance sociale. La rupture entre l'évolution des dépenses et celle des contributions de la Confédération que l'on introduit ne doit pas fragiliser le régime de l'assurance-invalidité.

Par conséquent, je vous invite à soutenir la proposition de la minorité Rechsteiner Paul.

**Parmelin Guy (V, VD):** Ici, c'est le mécanisme du financement de l'assurance-invalidité que le projet veut revoir. Le simple fait qu'avec le système actuel la contribution de la Confédération augmente lorsque les dépenses de l'AI croissent, sans qu'on puisse agir directement sur les structures, n'est pas tenable. De même, il est tout aussi absurde et démotivant que chaque franc économisé par l'AI pour améliorer ses propres finances ne lui bénéficie pas intégralement. Il est donc normal de vouloir réviser ce mécanisme pervers. Il faut être conscient que si l'on conservait tel quel le même système, ce n'est pas 1,1 milliard de francs de déficit structurel qu'il faudrait combler, mais bien 1,7 milliard de francs qu'il faudrait trouver. Le nouveau mécanisme de financement, même – et c'est vrai – s'il transfère à l'AI le risque d'une baisse des recettes lorsque la conjoncture se détériore et celui d'une augmentation des dépenses si le nombre de nouvelles rentes augmente, va apporter malgré tout un plus incontestable à l'AI. En effet, chaque franc économisé va bénéficier pleinement à l'assurance. La Confédération va par conséquent perdre pour son budget le bénéfice des efforts consentis jusqu'ici par l'AI. En fait, cela revient donc quelque part à ce que la Confédération concède une prestation à l'AI, sous forme de contribution supplémentaire.

Et je rends déjà attentifs ici celles et ceux qui critiquent le projet que cela constitue près de la moitié des mesures d'assainissement qui figurent dans ce premier paquet soumis à

révision. Si cet aspect de la révision échoue, il faudra trouver de nouvelles mesures d'économies structurelles, certainement autrement plus dures, afin de combler la part de déficit annuel de l'assurance nécessaire pour l'assainir définitivement.

La minorité Rechsteiner Paul s'attaque ici au facteur d'escompte, qui doit corriger annuellement le taux de variation des recettes de la TVA. En effet, pour que la contribution de la Confédération reflète l'évolution de l'économie générale, il faut qu'elle s'adapte à l'évolution des recettes de la TVA. Et étant donné que la croissance des recettes de la TVA est légèrement plus rapide que celle des dépenses de l'assurance-invalidité liée à des facteurs exogènes, il faut une certaine correction.

C'est précisément ce facteur d'escompte qui tient compte du fait que le système des rentes ne suit pas l'évolution générale des salaires, mais bien celui de l'indice mixte, qui est la moyenne des indices des salaires et des prix. Cette mesure – ce facteur de correction – vise avant tout à prévenir des dépenses supplémentaires disproportionnées aux dépenses de la Confédération. Naturellement, c'est un choix purement politique. Supprimer ce facteur correctif, cela revient à accepter de prendre le risque d'avoir des dépenses supplémentaires aux dépens de la Confédération.

Je vous invite ici à soutenir la majorité de la commission et à rejeter fermement cette proposition de minorité.

**Weibel Thomas (CEg, ZH):** Der Bundesrat beantragt Ihnen bei diesem Artikel einen Systemwechsel für die Finanzierung der IV. Bisher hat die Bundeskasse 37,7 Prozent der Ausgaben der IV übernommen. Neu soll ein anderer Automatismus eingesetzt werden. Basierend auf den Ausgaben der Versicherungen in den Jahren 2010/11 soll der Beitrag des Bundes parallel zu den veränderten Einnahmen der Mehrwertsteuer angepasst werden. Die Anpassung soll aber nicht auf dem direkten Wachstum der Mehrwertsteuer basieren, sondern es wird eben, wie es genannt worden ist, eine Diskontierung vorgeschlagen.

Zuerst die Tatsache: Die Einnahmen der Mehrwertsteuer wachsen stärker als die IV-Ausgaben. Wenn wir diesen Mechanismus, wie ich ihn vorgestellt habe, eins zu eins übernehmen würden, würde die IV unverhältnismässig profitieren. Dies wird mit der Diskontierung berücksichtigt. Ein Grossteil der Ausgaben, die mit den IV-Renten zu decken sind, wachsen eben nicht eins zu eins wie die Mehrwertsteuer, sondern etwa im Umfang des Mittels von Lohn- und Preisindex.

Der Minderheitsantrag, welcher diese Diskontierung streichen will, führt für die Jahre 2012 bis 2027 im Durchschnitt zu jährlichen Mehrausgaben für die Bundeskasse von sage und schreibe 118 Millionen Franken. In der Budgetdiskussion waren wir uns einig, dass wir den Bundeshaushalt nicht übermässig mit Mehrausgaben belasten wollen, und hier wird gewissermassen über das Hintertürchen ein namhafter Betrag eingestellt, wenn Sie dem Minderheitsantrag zustimmen.

Herr Rechsteiner ist zwar mit dem neuen System einverstanden, aber er will eben die Abdiskontierung streichen. Das ist aus der Sicht der Kommissionsmehrheit nicht richtig. Das ergäbe eine versteckte Kostenverlagerung der Finanzierung der IV-Rechnung zur Bundeskasse. Das lehnt die Mehrheit der Kommission ab, und das lehnt auch die CVP/EVP/glp-Fraktion ab.

Wir unterstützen den Mehrheitsantrag und lehnen den Minderheitsantrag Rechsteiner Paul ab.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Le groupe des Verts soutient la proposition selon laquelle la contribution de la Confédération ne dépendra plus de l'évolution des dépenses de l'AI, mais devra tenir compte de l'émergence de facteurs exogènes qui grèvent l'AI – par exemple, le nombre d'assurés, l'adaptation des rentes à l'évolution des prix et des salaires. En revanche, nous rejetons l'idée d'un taux de variation de ce montant adapté à l'évolution des recettes de la TVA, escomptée à la baisse.

Die Kopplung des Beitrages der öffentlichen Hand an die Ausgaben der IV – es handelt sich um einen Bundesbeitrag in der Höhe von rund 38 Prozent der jährlichen Ausgaben der IV – war in den Jahren des stetigen Ausgabenwachstums für die Versicherung ein Vorteil. Im Zeichen der aktuellen Ausgabenkürzungen und der Sparmassnahmen, die folgen sollen, erweist sich diese Kopplung aber als Nachteil, denn mit jeder Senkung der Ausgaben sinkt auch der Beitrag des Bundes. Damit wird der Spareffekt teilweise aufgehoben: Um ein Defizit von 1,1 Milliarden Franken mit Ausgabenkürzungen zu beseitigen, müssen die Ausgaben um 1,7 Milliarden Franken gekürzt werden.

Deshalb ist die Abkopplung des Bundesbeitrages von der Entwicklung der IV-Ausgaben, wie sie in der Revision 6a vorgesehen ist, im Hinblick auf das mittelfristige Ziel einer Sanierung der IV sinnvoll. Dies gilt allerdings nur unter der Bedingung, dass mit der neuen Regelung langfristig sichergestellt ist, dass der Bundesbeitrag mit der demografischen Entwicklung und der Entwicklung der Löhne und Preise Schritt hält und dass er sich nicht proportional zu den Belastungsfaktoren, welche die IV beeinflussen, verringert. Andernfalls würde die IV wieder zur Verliererin.

Konkret schlägt der Bundesrat vor, dass der Bundesbeitrag in Zukunft der satzberinigten Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen folgen soll. Allerdings soll für die Anpassung des Bundesbeitrages nicht die volle Veränderung der Mehrwertsteuereinnahmen massgebend sein, sondern nur die abdiskontierte Veränderungsrate, wobei der Diskontierungsfaktor der Quotient aus dem in AHV und IV massgebenden Rentenindex einerseits und dem Lohnindex andererseits wäre. Diese Abdiskontierung hat folgende konkrete Auswirkungen: Wächst die Wirtschaft im Jahr um 1 Prozent und steigen die Mehrwertsteuereinnahmen entsprechend um 1 Prozent, so wird der Bundesbeitrag nur etwa um 0,5 bis 0,7 Prozent wachsen, je nachdem, wie weit Preise und Löhne auseinandergehen. Steigen die Mehrwertsteuereinnahmen hingegen um mehr als 1 Prozent, so vergrössert sich der Unterschied entsprechend.

Dass der Bundesbeitrag nicht dem realen Wirtschaftswachstum und den effektiven Bundeseinnahmen folgen soll, begründet der Bundesrat damit, dass die Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen primär der Lohnsumme folgt. Die exogene Ausgabenentwicklung der IV werde dagegen im Wesentlichen durch den bei den Rentenanpassungen massgebenden Mischindex zwischen Preis- und Lohnentwicklung bestimmt. Deshalb sei eine Abdiskontierung nötig. Diese Behauptung ist nicht korrekt: Mehrwertsteuern werden auf den Preisen erhoben und nicht auf den Löhnen, womit ihre Entwicklung von der Höhe der Preise und der Menge abhängt. Folgerichtig müsste der Bundesbeitrag eher auf- und nicht abdiskontiert werden. Nur die bestehenden IV-Renten werden vom Mischindex bestimmt. Die Neurenten hängen dagegen von der Lohnentwicklung ab. Mit der Abdiskontierung des Anpassungssatzes wird die IV somit aus sachfremden Motiven langfristig geschwächt, und letztlich werden die Bundesfinanzen geschont.

Die Fraktion der Grünen bittet Sie daher, den Antrag der Minderheit Rechsteiner Paul zu unterstützen, der bewirkt, dass die Entwicklungsrate der Mehrwertsteuereinnahmen nicht mehr um einen Diskontierungsfaktor korrigiert wird, sondern dass an die reine Mehrwertsteuerentwicklung angepasst wird.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le groupe PDC/PEV/PVL et le groupe libéral-radical soutiennent la proposition de la majorité.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Pour vous remercier d'accepter ce nouveau mécanisme de financement, je précise ce qui suit. Ce nouveau mécanisme permet en résumé à l'assurance-invalidité d'économiser 200 millions de francs par année à terme.

Nous nous rallions à la proposition de la commission à l'alinéa 5. En revanche, nous vous demandons de suivre la majorité de votre commission aux alinéas 2 et 3.

**Wehrli** Reto (CEg, SZ), für die Kommission: Mit der 4. und 5. Revision, mit den Revisionen 6a und 6b und wahrscheinlich auch noch weiteren Revisionen erreichen wir eine bessere Eingliederung, weniger Neurenten sowie mögliche Sparmassnahmen auf der Ausgabenseite der IV. Auf der Einnahmenseite haben wir bekanntlich eine befristete Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer. Überdies übernimmt der Bund neu auch die Zinskosten. Nun geht es noch um den ordentlichen Beitrag des Bundes. Er ist darin begründet, dass viele Menschen mit Behinderungen nie und nimmer einigermaßen risikogerechte Prämien entrichten können – denken wir an Geburtsbehinderte oder Junginvaliden.

Wie soll der Bundesbeitrag nun definiert werden? Die Kommission schliesst sich hier im Grundsatz dem Ständerat an. Der Bundesbeitrag soll sich der Entwicklung der Versicherung anpassen. Anders aber und zusätzlich sollen zwei Schranken festgelegt werden. Zum einen wird die verfassungsmässige Schranke von Artikel 112 Absatz 4 der Bundesverfassung beachtet: Der Bund muss maximal 50 Prozent bezahlen. Zum anderen erscheint die Schranke von 37,7 Prozent, die auf den 1. Januar 2008 eingeführt wurde, ebenfalls als sinnvoll und soll in Absatz 5 verankert werden. Die neue Finanzierungsbestimmung erlaubt es, dass sich der Bundesbeitrag zwischen diesen beiden Schranken bewegen kann. Entwickelt sich die Finanzlage des Sozialwerkes so, wie wir es uns erhoffen, so sinkt auch der Bundesbeitrag. Falls sich die Kosten aus unerwarteten Gründen anders entwickeln sollten, so hat der neue IV-Fonds, der ja ab dem 1. Januar 2011 aktiv ist, mit dem Bund einen treuen Finanzierungspartner.

Die Kommission wollte keinen Finanzierungsschlüssel, der das Risiko der Finanzentwicklung einseitig dem Sozialwerk anlastet. Wir hoffen alle, dass nach dem Ablaufen der befristeten Zusatzfinanzierung die Finanzen der IV im Lot sein werden. Aber jetzt schon übermütig zu werden ist nicht angebracht. Die Minderheit will auf eine Diskontierung des Bundesbeitrages verzichten. Bundesrat und Ständerat, aber auch die Kommissionsmehrheit möchten an dieser Konstruktion festhalten; aber, wie gesagt, mit je einer Schranke auf beiden Seiten.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, die Anträge der Minderheit zu den Absätzen 2 und 3 abzulehnen und den Anträgen der Kommissionsmehrheit, namentlich jenem zu Absatz 5, zuzustimmen.

#### *Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4924)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 57 Stimmen

#### *Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

#### *Abstimmung – Vote*

*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4925)*

Für Annahme der Ausgabe ... 171 Stimmen

*(Einstimmigkeit)*

#### *Das qualifizierte Mehr ist erreicht*

*La majorité qualifiée est acquise*

#### *Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen*

*Le débat sur cet objet est interrompu*

#### *Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr*

*La séance est levée à 13 h 05*

## Vierzehnte Sitzung – Quatorzième séance

Donnerstag, 16. Dezember 2010

Jeudi, 16 décembre 2010

15.00 h

10.032

### 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

#### 6e révision de l'AI. Premier volet

*Fortsetzung – Suite*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBI 2010 1817)

Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

#### Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)

#### Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)

##### Ziff. II

*Antrag der Mehrheit*

*Bst. a Titel*

a. Überprüfung der Renten, die bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage gesprochen wurden

*Bst. a Abs. 1*

Renten, die bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage gesprochen wurden, werden innerhalb von drei Jahren ...

*Bst. a Abs. 2–4; Bst. b Titel, Abs. 1, 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Bst. c Titel*

c. Verpflichtung von Grossunternehmen

*Bst. c Text*

Artikel 8b IVG tritt zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ausser Kraft.

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Rossini, Steiert, Weber-Gobet)

*Bst. a Titel, Abs. 1–4*

Streichen

*Antrag der Minderheit*

(Weber-Gobet, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Bst. a Abs. 4*

... Änderung das 50. Altersjahr ...

*Antrag der Minderheit*

(Triponez, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Müri, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

*Bst. c Titel, Text*

Streichen

*Antrag Humbel*

*Bst. a Abs. 5*

Änderungen von IV-Rentenansprüchen nach Buchstabe a der Schlussbestimmungen bewirken keine Anpassung von Rentenansprüchen gemäss UVG (Komplementärrente) und bewirken auch keine anderen Ausgleichsansprüche der Versicherten.

*Schriftliche Begründung*

Werden IV-Renten teilweise oder ganz aufgehoben, so hat die Unfallversicherung – sofern ein Unfall die Invaliditätsursache darstellt – gemäss Unfallversicherungsverordnung ihre Komplementärrente anzupassen. In der Botschaft geht der Bundesrat davon aus, «dass der Komplementärrentenmechanismus bei der Herabsetzung der Rente der IV zu einer Erhöhung der Invalidenrente der obligatorischen UV führen kann» (Botschaft S. 1928f.). Es muss daher verhindert werden, dass der Invaliditätsgrad und damit die IV-Rente herabgesetzt werden, in der Folge aber die UV-Rente erhöht werden muss. Kostenverlagerungen auf andere Sozialversicherungen müssen verhindert werden. Die Massnahmen müssen in der ganzen Sozialversicherungsgesetzgebung kohärent sein und daher konsequent koordiniert werden. Eine Aufhebung der Rente (ganz oder teilweise) darf auch nicht andere Ausgleichsansprüche der Versicherten auslösen. Dies gilt auch für Haftpflichtfälle, wo die IV oft IV-Leistungen ganz oder teilweise als Kapitalabfindung von den Haftpflichtversicherern regressiert hat. Dieses Regresssubstrat soll nicht als Ausgleichsanspruch geltend gemacht werden können, wenn die Rente wegfällt.

#### Ch. II

*Proposition de la majorité*

*Let. a titre*

a. Réexamen des rentes octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique

*Let. a al. 1*

Les rentes octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique seront réexaminées dans un délai de trois ans ...

*Let. a al. 2–4; let. b titre, al. 1, 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Let. c titre*

c. Obligations des grandes entreprises

*Let. c texte*

L'article 8b LAI devient caduc dix ans après l'entrée en vigueur de la présente loi.

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Rossini, Steiert, Weber-Gobet)

*Let. a titre, al. 1–4*

Biffer

*Proposition de la minorité*

(Weber-Gobet, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Rossini, Schenker Silvia)

*Let. a al. 4*

... qui ont 50 ans ...

*Proposition de la minorité*

(Triponez, Baettig, Borer, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Müri, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)

*Let. c titre, texte*

Biffer

*Proposition Humbel*

*Let. a al. 5*

Des modifications des droits à une rente AI selon la lettre a des dispositions finales n'entraînent aucune modification des droits à une rente selon la LAA (rente complémentaire) et ne donnent lieu à aucune autre prétention en compensation de la part des assurés.

**Schenker Silvia (S, BS):** Diese Schlussbestimmung muss ersatzlos gestrichen werden. Es gibt keine Kompromissvorschläge dazu. Wenn wir diese Schlussbestimmung akzeptieren, geben wir den Schwarzen Peter für die schwierige Situation der Invalidenversicherung an Menschen weiter, die zu den schwächsten dieser Gesellschaft gehören; und das nach einer Beratung in der Kommission, die den Namen Beratung nicht wirklich verdient.

Die SP-Fraktion hat vorgestern Abend das getan, was eigentlich die Kommission hätte tun müssen: Sie hat sich vertieft mit dem Bundesgerichtsurteil beschäftigt, das dieser unsäglichen Schlussbestimmung zugrunde liegt. Anwesend waren neben einem der Bundesrichter, die für dieses Urteil verantwortlich waren, eine Reihe von Fachleuten. Das Fazit aus dieser Sitzung zu ziehen ist nicht ganz einfach. Eines ist aber klar: Die Sache ist sehr komplex, und die Folgen dieses Urteils sind noch nicht absehbar. Worum geht es?

Das Bundesgericht hat beschlossen, dass durch eine somatoforme Schmerzstörung keine invalidisierende Arbeitsunfähigkeit entsteht und damit auch kein Anspruch auf eine IV-Rente. Damit auch die Renten angetastet werden können, die aufgrund eines solchen Beschwerdebildes gesprochen worden sind, hat der Bundesrat eine entsprechende Bestimmung ins Gesetz aufgenommen. Währenddem die Beratung der IV-Revision schon im Gang war, hat das Bundesgericht ein gleiches Urteil in Bezug auf das Schleudertrauma gefällt, und die Kommission hat auf Antrag der Verwaltung die vorliegende Formulierung ins Gesetz aufgenommen. Was sind die Folgen?

Darüber gibt es sehr unterschiedliche Meinungen, wir werden das noch hören. Meine Sicht und die der Minderheit ist folgende: Mit dieser Bestimmung wird eine Gruppe von Menschen, die dieses Beschwerdebild aufweisen, anders behandelt als alle anderen. Das ist eine klare Diskriminierung.

Unter diese Bestimmung können sehr viel mehr Personen fallen als jene mit somatoformen Schmerzstörungen und Schleudertrauma; neben mir befürchten auch viele andere, dass auch Menschen mit psychischen Krankheiten verschiedenster Art unter diese Bestimmung fallen. Wenn wir diese Formulierung ins Gesetz aufnehmen, stossen wir eine Türe auf, die wir nicht mehr schliessen können. Wir lassen eine ungleiche Behandlung von Menschen zu, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erwerbsfähig sind. Wir spielen Schiedsrichter und entscheiden, dass diese Diagnose zu einer Invalidisierung führen kann, jene aber nicht.

Das ist brandgefährlich und im höchsten Masse unsozial. Brandgefährlich ist es, weil es zu einem Dambruch führt, und unsozial, weil die Betroffenen kaum je eine Chance bekommen werden, anstelle der Rente eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt zu erhalten. Wir dürfen nicht zulassen, dass kranke Menschen unter den Fehlern der Politik, der Arbeitgeber und der ganzen Gesellschaft leiden müssen. Dass die IV in einer so prekären Situation ist, haben nicht sie zu verantworten. Wir müssen die Last der IV-Schulden auf viele Schultern verteilen, dann wiegt sie viel weniger schwer und niemand zerbricht an ihr.

Ich bitte Sie inständig: Folgen Sie dem Antrag meiner Minderheit, streichen Sie diese Schlussbestimmung ersatzlos.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Der Bundesrat schlägt vor, alle bisherigen Renten, die auf somatoforme Schmerzstörungen, eine Fibromyalgie oder ähnliche Sachverhalten zurückgehen, innerhalb von drei Jahren zu überprüfen und gegebenenfalls herabzusetzen oder aufzuheben. Einzig Personen, die über 55 Jahre alt sind, und Personen, die seit fünfzehn Jahren eine Rente beziehen, sollen ihren Rentenanspruch behalten. Bei allen andern Personen geht der Bundesrat davon aus, dass sie mit einer zumutbaren Willensanstrengung wieder arbeiten können.

Der Alterslimite von 55 Jahren bringt Ihre Kommission sehr grosse Skepsis entgegen, haben auf dem heutigen Arbeitsmarkt doch schon nichtleistungseingeschränkte Menschen ab dem 50. Altersjahr Schwierigkeiten, wenn sie ihre Stelle wechseln wollen oder nach Verlust einer Arbeitsstelle eine neue suchen. Auch muss angesichts des neusten Bundes-

gerichtsurteils zu Schleudertraumata davon ausgegangen werden, dass über die Rechtsprechung immer mehr Menschen mit spezifischen Krankheitsbildern von Leistungen der IV ausgeschlossen werden. Eine 53-jährige Person beispielsweise, welche während 12 Jahren eine Rente bezogen hat, wird kaum mehr eine Chance zur beruflichen Wiedereingliederung haben. Im Übrigen wurde bei der Einführung der Dreiviertelrenten anlässlich der 4. IV-Revision der Besitzstand aller Personen gewahrt, die das 50. Altersjahr vollendet hatten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Kommissionsminderheit zu unterstützen und die Alterslimite auf 50 Jahre zu senken.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Bei Patienten und Patientinnen, die an pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerden ohne nachweisbare organische Grundlage leiden – ein Zungenbrecher beim Aussprechen –, sollen die Renten, die vor 2008 gestützt auf diese Diagnose gesprochen wurden, überprüft werden.

Auf der Basis einiger weniger Bundesgerichtsurteile, die zudem ausschliesslich die erstmalige Beurteilung von Rentengesuchen betrafen, fand diese Gesetzesbestimmung Eingang in die 6. IV-Revision. Wir beschliessen damit, dass die Mehrheit der aus psychiatrischen Gründen gesprochenen Renten und die Mehrheit der Renten, die wegen eines Schleudertraumas gesprochen wurden – immer zwischen 1992 und 2007 –, verdächtig sind. Wir gehen davon aus, dass Menschen, die wegen dieser Diagnosen berentet wurden, möglicherweise gar nicht so schwer krank oder behindert sind, dass sie berechtigt sind, eine IV-Rente zu beziehen. Wir gehen davon aus, dass ein rechter Teil von ihnen den Einstieg ins Arbeitsleben wiederfinden wird.

Alle von Ihnen bekamen mehrfach Post von Behindertenorganisationen, von Rechtsgutachtern, aber auch von Ärztorganisationen. Ihnen gemeinsam ist die Kritik an der Auslegung der Bundesgerichtsurteile, die Eingang in dieses Gesetz finden. Die Kritik kann sowohl juristisch als auch ärztlich begründet werden.

Im Rechtsgutachten von Dr. Kieser werden drei Punkte beanstandet: Das ist einmal die Unklarheit des Begriffs «pathogenetisch-ätiologisch unklare syndromale Beschwerdebilder», was bei der Abklärung der Frage, welche Rentenbezügerinnen und -bezüger überhaupt überprüft werden sollen, zu grossen Schwierigkeiten führen wird. Dann haben sich die Bundesgerichtsurteile nur auf die Berentung bezogen, die erstmalig gesprochen wurde; sie haben nie von einer Überprüfung von bestehenden Renten gesprochen. Schliesslich erachtet der Gutachter diese Gesetzesbestimmung als Verletzung der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes bei bereits gesprochenen, laufenden Renten.

Mit dieser Gesetzesänderung gehen wir weiter als die wenigen und nicht unumstrittenen Urteile des Bundesgerichtes. Damit läuten wir einen grundsätzlich neuen Umgang mit dem Sozialversicherungsrecht ein. Wir schaffen zwei Kategorien von Krankheiten: solche, bei denen wir davon ausgehen, dass sie selbstverständlich schwere, zur Invalidität führende Folgen haben, was anerkannt wird, und solche, bei denen zur Invalidität führende Folgen im Grundsatz nicht gegeben sind. Es ist aber nicht die Diagnose, sondern die Schwere der Erkrankung, der Behinderung oder der Unfallfolgen, die zur IV-Berentung berechtigt. Das ist die ärztliche Kritik an dieser Bestimmung, und zwar unbestritten, sowohl von den Dachorganisationen der Ärzteverbände als auch von den psychiatrischen Fachkolleginnen und Fachkollegen. Nicht die Diagnose, sondern die Schwere der Krankheit ist entscheidend. Das gilt für körperliche und für psychische Erkrankungen. Das gilt, ob eine Ursache bekannt ist oder ob im Röntgenbild Veränderungen festgestellt werden können. So kann jemand, der querschnittgelähmt ist, ohne Weiteres zu 100 Prozent arbeitsfähig sein, und jemand, der körperlich unversehrt ist, aber Krieg oder Missbrauch erlebt hat, zu 100 Prozent arbeitsunfähig sein.

Die beantragte Regelung führt zur Diskriminierung von Psychischkranken und zur rechtungleichen Behandlung, was

eines hochgeachteten Rechtsstaates wie der Schweiz nicht würdig ist.

Die grüne Fraktion bittet Sie dringend, die Minderheit Schenker Silvia zu unterstützen und diesen Passus zu streichen. Sie bittet Sie ebenfalls, wenigstens der Minderheit Weber-Gobet zuzustimmen, nicht zuletzt auf der Basis der realen Schwierigkeiten, die ältere Rentnerinnen und Rentner erleben werden, wenn versucht wird, sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Ich bin in den letzten Tagen von vielen behinderten Mitmenschen angesprochen worden und habe auch E-Mails erhalten, und ich habe gespürt, dass sich im Zusammenhang mit diesem Artikel eine grosse Angst und eine starke Besorgnis angestaut haben. Ich möchte den Betroffenen zu erklären versuchen, dass diese Ängste nicht notwendig sind. Ich kann aber gut verstehen, dass diese Ängste vorhanden sein können, wenn jemand wegen einer Behinderung, auch wegen einer psychischen Behinderung, auf eine Rente angewiesen ist. Ich versuche aufzuzeigen, warum diese Ängste nicht nötig sind.

Mit der vorliegenden Bestimmung wird Recht, das für Neurenten gilt, auch für laufende Renten angewendet. Es geht dabei um pathogenetisch-ätiologisch unklare syndromale Beschwerdebilder ohne nachweisbare organische Grundlage; das ist wirklich ein Zungenbrecher. Es ist schwierig zu verstehen, was damit gemeint ist, aber es heisst eigentlich, dass es sich bei diesen Beschwerdebildern um vom Arzt in objektiver Weise nicht erfassbare Beschwerdebilder handelt, die mit klinischen Tests heute noch nicht messbar sind – vielleicht sind sie irgendwann einmal messbar –, wie zum Beispiel Fibromyalgie, Neurasthenie, dissoziative Bewegungsstörungen usw.

Es handelt sich nicht um Beschwerdebilder, bei denen gestützt auf klinische oder auch psychiatrische Untersuchungen eine klare Diagnose gestellt werden kann – das wurde hier meines Erachtens falsch gesagt –; z. B. Depressionen, Schizophrenien und Psychosen wie Zwangsstörungen, Essstörungen und Persönlichkeitsstörungen sind davon nicht betroffen.

Ich kann deshalb Kollegin Schenker, die sich sehr für psychisch behinderte Menschen eingesetzt hat, was ich sehr schätze, beruhigen. Denn Renten, die auf diesen Beschwerdebildern basieren, werden weiterhin keine Überprüfung durchlaufen müssen. Das hat man mir versichert.

Welches sind die Auswirkungen der neuen Formulierung? Sämtliche Beschwerdebilder, die von einem Arzt objektiv nicht erfasst werden können, werden überprüft, ganz gleich, ob sie zu einem Rentenanspruch führen oder nicht. Durch diese Schlussbestimmung steigt die Zahl der zu überprüfenden Renten nicht an, da bereits ähnliche Sachverhalte unter die Schlussbestimmung subsumiert worden sind. Es ist also so – das kann man nicht genug betonen –: Renten werden nicht einfach so gestrichen oder herabgesetzt, genauso wie Renten auch nicht einfach so zugesprochen werden können. Ausschlaggebend ist immer die Frage, ob eine Person trotz eines vorhandenen Leidens erwerbsfähig ist oder nicht, und zwar unabhängig davon, ob es sich um eine somatoforme Schmerzstörung oder z. B. um ein Schleudertrauma handelt. Das ist nicht neu, sondern entspricht geltendem Recht. Neu mit der Revision 6a ist nur, dass auch laufende Renten überprüft werden sollen, dies auch aus Gründen der Rechtssicherheit. Dabei sind der bisherige berechtigterweise erfolgte Rentenbezug sowie die dadurch entstandene Situation zu berücksichtigen – und hier sind auch IV-fremde Faktoren eingeschlossen. Zudem wird eine Härtefallregelung vorgesehen. Ich habe allen, die mir geschrieben haben, zurückgeschrieben: Überprüfen heisst nicht streichen. Dort, wo die Renten angebracht sind, gerade bei psychischen Krankheiten, werden sie weiterhin gesprochen und nicht gestrichen werden – sie werden nicht einmal überprüft.

**Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL):** Frau Kleiner, Sie können davon ausgehen, dass ich die Gerichtsurteile, die dieser Fassung zugrunde liegen, kenne. Sie haben jetzt ja

unter Beweis gestellt, dass Sie über ausgewiesene medizinische Kenntnisse verfügen, und haben erwähnt, was für Krankheitsbilder nicht darunterfallen. Können Sie bitte zuhanden der Materialien positiv festhalten, was für Krankheiten hier angesprochen sind, was für Diagnosen zu diesen Rentenrevisionen gemäss Schlussbestimmung führen, wie Sie sie jetzt vorgeschlagen haben?

Ich möchte noch eine Klammerbemerkung machen: Wir machen Gesetze für Bürgerinnen und Bürger. Gesetze sind dazu da, dass sie von den Betroffenen verstanden werden; darum ist es wichtig.

**Kleiner Marianne (RL, AR):** Ich habe es eigentlich ja schon gesagt: Was unter diese pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebilder ohne nachweisbare organische Grundlage fällt, sind zum Beispiel Fibromyalgie, Chronic Fatigue Syndrome, also Müdigkeitssyndrom, Neurasthenie, dissoziative Bewegungsstörungen oder Distorsion der Halswirbelsäule. Ich bin nicht Medizinerin, ich kann das wenig beurteilen, aber das ist das, was mir versichert wurde. Was für mich aber wichtig ist – und ich werde es gerne noch einmal wiederholen, denn ich bin auch noch Psychologin und Psychotherapeutin und weiss, was psychische Krankheiten bedeuten –: Nicht dazu gehören diagnostizierte Depressionen, Schizophrenie, Psychosen wie Zwangsstörungen, Essstörungen oder Persönlichkeitsstörungen. Das gehört nicht dazu. Es war für mich wichtig, dass man mir das versichert hat. Ich habe das schriftlich, und darum habe ich es auch nochmals wiederholt. Für mich ist wichtig, dass psychisch kranke Menschen mit dieser IV-Revision jetzt nicht irgendwie aus dem Raster fallen. Psychische Krankheiten sind Realitäten, die wir wirklich nicht vernachlässigen dürfen.

**Triponez Pierre (RL, BE):** Den Antrag der FDP-Liberalen Fraktion hat soeben Kollegin Kleiner erläutert: Zustimmung zur Mehrheit bei den Übergangsrnten.

Ich möchte noch auf einen Einzelantrag aufmerksam machen, den Sie auf dem Pult finden. Der Einzelantrag Humbel will den Buchstaben a mit einem Absatz 5 ergänzen, wonach Änderungen von IV-Rentenansprüchen nach Litera a der Schlussbestimmungen keine Anpassung von Rentenansprüchen gemäss UVG und auch keine anderen Ausgleichsansprüche der Versicherten bewirken. Dieser Antrag ist weder in der Kommission noch in der Fraktion im Detail behandelt worden, weil er nicht vorlag. Er ist aber – so beurteile ich es – nicht unberechtigt. Wenn nämlich IV-Renten ganz oder teilweise aufgehoben werden, so hat die Unfallversicherung – sofern ein Unfall die Invaliditätsursache darstellte – gemäss Unfallversicherungsverordnung ihre Komplementärrente anzupassen. Es muss aber verhindert werden, dass der Invaliditätsgrad und damit die IV-Rente auf der einen Seite herabgesetzt werden, in der Folge aber die Unfallversicherungsrente erhöht werden muss. Kostenverlagerungen auf andere Sozialversicherungen sollten verhindert werden, da sind wir uns sicher einig. Die Massnahmen müssen in der gesamten Sozialversicherungsgesetzgebung kohärent sein.

Das ist der Grund, weshalb ich Ihnen empfehle, diesem Einzelantrag, der allerdings nicht im Detail diskutiert worden ist, zuzustimmen. Wir sollten diesem Antrag auch zustimmen, um eine Differenz zum Ständerat zu schaffen, sodass dieser eine fundierte Beurteilung vornehmen kann.

**Schenker Silvia (S, BS):** Herr Triponez, sind Sie sich bewusst, dass Sie mit diesem Antrag Humbel zur Schlussbestimmung, den Sie jetzt als gute und sinnvolle Ergänzung anpreisen, die Situation für die Betroffenen noch schlimmer machen, wenn jetzt mit diesem Einzelantrag noch dafür gesorgt wird, dass die UVG-Rente nicht entsprechend erhöht wird?

**Triponez Pierre (RL, BE):** Der Antrag stammt von meiner Kollegin Humbel. Er will verhindern, dass eine Rente, die aus berechtigten Gründen gekürzt worden ist, durch eine

andere Versicherung wieder auf denselben Stand zurückgebracht wird bzw. dass die Kürzung rückgängig gemacht wird. Ich sage hier klar und deutlich, dass es meine persönliche Meinung ist, dass dieser Antrag Humbel vernünftig ist, und dass ich einfach empfehle, diesem Einzelantrag schon deshalb zuzustimmen, damit der Ständerat die Sachlage noch einmal im Detail beurteilen kann. Was ich zugebe, Frau Kollegin Schenker: Wir haben über diesen Antrag nicht im Detail beraten können. Aber wenn wir das nicht nochmals fundiert diskutieren, haben wir eine Chance vertan. Das wäre falsch.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Einzelantrag zuzustimmen.

**Weber-Gobet** Marie-Thérèse (G, FR): Herr Kollege Triponez, im Antrag Humbel heisst es, dass Änderungen von IV-Rentenansprüchen «auch keine anderen Ausgleichsansprüche der Versicherten» bewirken. Können Sie mir hundertprozentig garantieren, dass zum Beispiel die Ergänzungsleistungen ausgenommen sind? Oder sind Ergänzungsleistungen mitgemeint? Die Versicherten könnten dann nicht von ihnen profitieren.

**Triponez** Pierre (RL, BE): Frau Kollegin, Ihre Frage ist berechtigt. Ich gebe klar und offen nochmals zu, dass ich Ihnen nicht zu hundert Prozent zusichern kann, dass dies keine Konsequenzen auf andere Leistungen haben wird. Aber biteschön: Diesen Aspekt haben wir in der Kommissionsberatung – so sage ich jetzt einmal – schlicht und einfach übersehen. Frau Humbel hat hier einen Punkt aufgegriffen, über den zu diskutieren sich lohnt. Wenn wir eine seriöse Diskussion führen wollen, müssen wir heute also dem Antrag Humbel zustimmen, damit der Ständerat dann die entsprechenden Vertiefungen vornehmen kann.

**Humbel** Ruth (CEg, AG): Diese Schlussbestimmung schafft die rechtliche Grundlage zur Überprüfung von Renten, welche vor dem 1. Januar 2008, also vor dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision, gesprochen worden sind. Das Ziel dieser Bestimmung ist die rechtsgleiche Behandlung von altrechtlich gesprochenen und neuen Renten. Es geht also nicht um eine ungleiche Behandlung, wie von der Sprecherin der Minderheit erklärt worden ist, sondern um eine rechtsgleiche Behandlung.

Nach Artikel 7 Absatz 2 ATSG wird bei bestimmten Beschwerdebildern keine Rente gesprochen, sofern eine Erwerbstätigkeit nicht objektiv unzumutbar ist. Diese Bestimmung gilt aber nur für neue Renten, nicht hingegen für die Überprüfung laufender Renten. Aus Gründen der Rechtsgleichheit sollten Renten, welche vor dem 1. Januar 2008 gesprochen wurden, einer Überprüfung nach den Kriterien, die für neue Renten gelten, unterzogen werden können.

Ich möchte Sie auf den Wortlaut der Bestimmung hinweisen: Es ist klar von einer «Überprüfung der Renten» und nicht von einer Aufhebung oder Kürzung der Renten die Rede. Wenn die Überprüfung zu einer Reduktion oder Aufhebung der Rente führen sollte, hat die versicherte Person Anspruch auf Massnahmen zur Wiedereingliederung. Während längstens zwei Jahren wird die Rente weiterbezahlt. Wer das 55. Altersjahr erreicht hat oder mindestens seit 15 Jahren in Rente ist, wird von der Überprüfung ausgenommen.

Der Unterschied zwischen dem Antrag der SGK und dem Beschluss des Ständerates liegt darin, dass von der SGK der Fokus nicht mehr auf einzelne Krankheitsbilder gelegt, sondern der Sachverhalt allgemein umschrieben wird. Ihre Formulierung entspricht derjenigen des Bundesgerichtes. Sie klingt zweifellos kompliziert, ich möchte den als Zungenbrecher bezeichneten Artikel daher nicht wiederholen, aber sagen, was damit gemeint ist: Es ist damit gemeint, dass diagnostizierte Beschwerden einen überprüfbaren Ursprung haben müssen. Es geht daher nicht um eine Diskriminierung einzelner Krankheitsbilder oder darum, Menschen mit einem psychiatrischen Leiden generell von einer Rente auszuschliessen, wie behauptet worden ist. Seitens der Verwaltung wurde in der Kommission betont, dass klassische psychiatrische Störungen nicht betroffen sind, wenn sie

psychiatrisch ausgewiesen, also medizinisch erklärt und objektivierbar sind. Ich verweise auf die Antworten von Frau Kleiner zu diesen Fragen.

Die Minderheit will, dass auch für medizinisch nicht fassbare Beschwerdebilder eine Berentung möglich ist. Letztlich führt das dazu, dass jeder für sich selbst entscheiden kann, ob er eine Rente bekommt. Diese Mentalität hat in den Neunzigerjahren geherrscht und die IV wohl ins finanzielle Fiasko geführt. Wer damals eine Rente wollte, hat sie von einem Arzt verschrieben und von der IV-Stelle bestätigt oder dann von einem Arzt durchgesetzt bekommen. Diese Praxis wollen wir nicht mehr.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt daher die Kommissionsmehrheit sowohl bei Litera a als auch bei Absatz 4.

Herr Triponez hat vorhin meinen Einzelantrag unterstützt; ich bitte Sie, dies auch zu tun. Damit wird verlangt, dass sichergestellt wird, dass keine Komplementärrenten ausbezahlt werden. Worum geht es? Ich verweise hierzu auf die Botschaft des Bundesrates, wo auf Seite 1928f. darauf hingewiesen wird, dass der Komplementärrentenmechanismus bei der Herabsetzung der Rente der IV zu einer Erhöhung der Invalidenrente der obligatorischen Unfallversicherung führen könne. Es ist aber natürlich nicht der Wille der Kommission, dass eine andere Versicherung zum Tragen kommt, wenn der objektive Grund für eine Rente fehlt. Es geht um die Prüfung der Voraussetzungen, und diese müssen auch für andere Versicherungen gelten.

Es wurde gefragt, ob dann auch die Ergänzungsleistungen nicht mehr zum Tragen kämen. Die Ergänzungsleistungen haben einen anderen Rechtsgrund. Es sind nicht Komplementärrenten, sondern es sind Leistungen, welche nach individuellen Bedürfnissen ausgerichtet werden.

Ich bitte Sie auch im Namen unserer Fraktion, der Kommissionsmehrheit und meinem Einzelantrag zuzustimmen.

**Leutenegger Oberholzer** Susanne (S, BL): Frau Humbel, Sie haben von der Rechtsgleichheit gesprochen. Meine Frage: Kennen Sie den Unterschied zwischen den Voraussetzungen der normalen Rentenrevision nach ATSG und den Voraussetzungen der Rentenrevision, wie sie jetzt von der Mehrheit mit diesen Schlussbestimmungen vorgeschlagen werden?

**Humbel** Ruth (CEg, AG): Ja, ich kenne ihn.

**Rielle** Jean-Charles (S, GE): J'ai entendu des choses très graves tout à l'heure, par exemple que, dans les années 1990, les gens se faisaient «prescrire une invalidité»! Avez-vous déjà suivi une personne ayant effectué le parcours du combattant ou de la combattante, une personne qui souffrait et qui arrivait finalement à percevoir une rente de l'assurance-invalidité? Savez-vous combien de temps cela prend, combien d'experts cette personne doit voir? Croyez-vous vraiment que les gens se sont fait «prescrire une invalidité», comme ça, simplement? Avez-vous suivi une personne invalide, qui souffrait et effectuait le parcours du combattant, jusqu'à ce qu'elle perçoive l'AI?

**Humbel** Ruth (CEg, AG): Ja, Herr Rielle, ich möchte in Bezug auf Ärzte nicht polemisieren. Aber wir wissen, dass mit der 5. IV-Revision, bereits mit der 4. IV-Revision, die Berentung massiv zurückgegangen ist, weil eben nicht mehr die Hausärzte eine Invalidität bescheinigen können, sondern es seither die Kreisärzte tun. Wir wissen auch, dass in früherer Zeit viele Goodwill-Verschreibungen gemacht worden sind. Und das habe ich angesprochen.

**Rechsteiner** Paul (S, SG): Was die Kommissionsmehrheit hier bei der Schlussbestimmung vorschlägt, ist erneut ein Schnellschuss, ein Hüftschuss. Eingefügt wurde es während der Kommissionsberatungen, ohne jede vertiefte Abklärung, ohne Botschaft, ohne Bericht, ohne Vernehmlassung, ohne seriöse Auslotung der Konsequenzen, trotz gewaltiger und unabsehbarer Folgen für die Betroffenen, die Versicherten. Diese Bestimmung spottet somit jedes verantwortungsvollen

Gesetzgebungsverfahren. Das passt irgendwie zum ganzen Geist dieser Vorlage, die aus dem Boden gestampft worden ist, bevor auch nur die ersten Ergebnisse der 5. IV-Revision vorliegen, und treibt die Unseriosität noch auf die Spitze. Es ist umso bedenklicher, als die Verwaltung hier noch mitgemacht und angetrieben hat. Die Probleme beginnen bei der improvisierten Begrifflichkeit dieser neuen Gesetzesbestimmung, die mangels Botschaft nirgends auch nur im Ansatz erläutert worden ist.

Was verbirgt sich hinter dem Wortungetüm der «pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebilder ohne nachweisbare organische Grundlage»? Herr Bundesrat Burkhalter, wenn Sie das schon in der Kommission nicht erläutert haben – ebenso wenig wie die Verwaltung und die Kommissionsmehrheit –, erklären Sie es doch jetzt dem Plenum, auch zuhänden der Materialien. Denn wir sprechen hier über das Schicksal von Tausenden von Menschen, denen die Renten weggenommen werden sollen. Das Minimum für eine Diskussion ist doch, dass Sie uns erklären, was Sie mit diesem folgenschweren Begriff genau meinen. Auch der Fachwelt – soweit sie sich in der kurzen Zeit seit dem Kommissionsentscheid bereits geäußert hat – gibt der Begriff bisher nur Rätsel auf. Ein verrätter Begriff ist aber eine Zumutung, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Rechtsanwendung. Die Rechtsanwendung erfordert eine minimale Bestimmtheit und eine Voraussehbarkeit bezüglich der Interpretation der in einer Gesetzgebung verwendeten Begriffe.

Falls Sie mit dem dunklen Begriff bezwecken, eine unklare, unbestimmte Zahl von psychiatrischen Diagnosen schlicht vom Anspruch auf IV-Leistungen auszuschliessen, dann wäre das ein fundamentaler, gravierender Eingriff in den Invaliditäts- und den Krankheitsbegriff überhaupt. Eine Abspaltung der Psyche vom Körper würde uns im Verständnis der menschlichen Gesundheit und der Krankheit um viele Jahrzehnte zurückwerfen. Ein solcher Eingriff müsste auf der Ebene der Grundlagen der Sozialversicherung, also des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts und des Invaliditätsbegriffs überhaupt, angesiedelt werden.

Rechtlich hochgradig bedenklich ist auch das absolut neue und im Rechtssystem singuläre Vorgehen bei der Aufhebung laufender Renten. Es gibt gute und rechtlich zwingende Gründe, weshalb zwischen einem neuen Rentenverfahren und der Aufhebung einer laufenden Rente ein Unterschied gemacht wird. Man kann natürlich auch eine laufende Rente aufheben, es muss sich dabei aber irgendetwas Wesentliches geändert haben, etwa mit Blick auf die Gesundheit oder den Erwerb, oder die Verfügung muss von Anfang an offensichtlich unrichtig gewesen sein. Hat sich im konkreten Fall überhaupt nichts geändert, weder zum Positiven noch zum Negativen, müssen sich die Leute in einem Rechtsstaat darauf verlassen können, dass das gilt, was rechtmässig entschieden worden ist. Das verlangen die Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes. All diese bewährten Rechtsgrundsätze werden über Bord geworfen, wenn eine solche Übergangsbestimmung beschlossen wird. Deshalb muss ich Sie namens der SP-Fraktion bitten, auf diese gesetzgeberische Monstrosität zu verzichten.

Zum Antrag Humbel, der offensichtlich im Auftrag der Versicherungen gestellt worden ist und drastisch zeigt, was für eine Mentalität hier plötzlich zum Ausdruck kommt: Da geht es um die Kapitalsummen, welche die IV nach einem Unfall bei einem Haftpflichtigen kassiert hat; diese kommen ja nicht den Geschädigten zugute. Und da soll nun der Verunfallte nicht nur seinen Rentenanspruch verlieren, sondern gerade auch noch seinen Haftpflichtanspruch, der ja mit nichts anderem begründet worden ist als damit, dass der Unfall zur Invalidität geführt hat. Im Strafrecht wäre so etwas Betrug.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Es stellt sich hier natürlich wieder die Frage: Wollen Sie möglichst viele Renten beibehalten und verteilen, oder wollen Sie sich bemühen, diesen Leuten eine Chance geben, sich im Arbeitsprozess einzugliedern? Diese Frage ist hier auch wieder gestellt, und man hat den Eindruck, es gehe Ihnen vor allem darum, ja dafür besorgt

zu sein, dass möglichst viele Renten verteilt werden können. Das, meine ich, ist doch nicht im Sinne dieser Versicherung. Es ist ein schon länger bestehendes Anliegen von uns, dass man in der Invalidenversicherung die unklaren Zusammenhänge zwischen Erwerbsunfähigkeit und nichtnachweisbarer Krankheit und Einschränkung einmal einer genauen Überprüfung unterzieht.

Mit dieser Regelung, die uns hier vorliegt, wird das endlich getan; ich meine, dass es dringend nötig ist, dass man es tut. Ich kann hier wieder einmal festhalten, dass es der Glaubwürdigkeit der Sozialversicherung dient, wenn man dafür besorgt ist, dass Ordnung in der Sozialversicherung herrscht. Wir haben einmal den Ausdruck «Scheininvalidität» gebraucht; das hat dazu geführt, dass Korrekturen eingeführt wurden und dass Korrekturen weitergeführt wurden. Es ist dringend nötig, dass solche Korrekturen erfolgen.

Wenn man diese Problematik in der Invalidenversicherung erwähnt, muss man auch einmal die dafür Verantwortlichen bezeichnen; es sind mitunter die Mediziner, die über Jahre hinweg in einer wenig Sensibilität aufweisenden Art und Weise dafür gesorgt haben, dass die Sozialversicherung belastet wurde, und zwar in einer Art und Weise, wie es eben nicht nötig gewesen wäre und zu diesem Schuldenberg in der Invalidenversicherung geführt hat. Seit wir etwa vor fünf Jahren die regionalen ärztlichen Dienste eingeführt haben – übrigens auch Ärzte, auch Mediziner –, hat man feststellen können, dass Korrekturen in Bezug auf die Verrentung von Personen erfolgt sind; das ist stark zurückgegangen.

Ich erlaube mir nicht, eine medizinische Beurteilung abzugeben; das kann ich nicht. Aber ich kann Statistiken lesen, und hier muss man halt feststellen, dass vor allem in der Deutschschweiz Leute mit Schleudertraumata in einer Art und Weise in die Invalidenversicherung aufgenommen werden, die in keinem Vergleich steht beispielsweise mit der Romandie. Da muss man doch sagen, da stimmt etwas nicht. Solche Fälle, denke ich, müssen einmal überprüft werden.

Nun zum Ablauf, ich meine, zu dem, was hier zu der Frage gesagt wurde, was mit den Leuten passiere, die betroffen seien. Man muss auch nicht übertreiben. Wenn man feststellt, dass eine Rente abgesprochen wird, dann hat der Betroffene zwei Jahre Massnahmen zugute, Massnahmen, die eine Eingliederung zum Ziel haben. Während diesen zwei Jahren werden die Rente und alle Leistungen, die ihm einmal zugesprochen wurden, weiterhin bezahlt. Es ist also eine recht zurückhaltende Art und Weise, wie man damit umgeht. Es ist klar, es ist eine sehr sensible Arbeit, und die macht nötig, dass vorsichtig vorgegangen wird. Ich erwarte von den IV-Stellen, dass diese Arbeit auch mit der notwendigen Zurückhaltung vollzogen wird. Dazu ist wieder festzuhalten: Über 55-Jährige sind von dieser Massnahme nicht betroffen, und Personen, die seit über fünfzehn Jahren eine Rente beziehen, sind auch nicht betroffen.

Ich bitte Sie also, hier der Mehrheit zu folgen. Ich meine auch, dass man dem Einzelantrag Humbel zustimmen sollte. Ich kann im Moment nicht genau beurteilen, was die Folge ist, aber damit schaffen wir eine Differenz zum Ständerat, und es besteht die Möglichkeit, in diesem Verfahren diese Sache genau anzusehen. Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Herr Bortoluzzi, welches Ziel verfolgen Sie mit Ihren sich wiederholenden einseitigen Beschuldigungen von Berufsgruppen wie den Ärzten? Wir sind ja mit einer gesellschaftlichen Entwicklung konfrontiert, die bewirkt, dass Menschen psychisch erkranken, weil sie zunehmend dem Druck – unter anderem dem Druck am Arbeitsplatz – nicht gewachsen sind. Wenn diese Menschen in der Folge ihren Arbeitsplatz verlieren, müssen sie von Ärzten und mehreren Instanzen langfristig betreut werden. Und wenn anschliessend Rekurse im Falle von Berentungen richterlich gutgeheissen werden, sind wir immer noch mit der Situation konfrontiert, dass weite gesellschaftliche Kreise an diesem Prozess beteiligt sind.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Frau Kollegin Gilli, es geht mir natürlich darum, in der Sozialversicherung eine Besserung herbeizuführen, eine Situation, die dazu führt, dass die Beitragszahler – diese gibt es nämlich auch! – zu ihrer Sozialversicherung stehen. In den letzten Jahren wurden zu viele Fälle bekannt, bei denen ein Missbrauch augenfällig war. Für diesen Missbrauch sind diejenigen, die die Möglichkeit geschaffen haben, dass diese Leute in die Invalidenversicherung aufgenommen wurden, meines Erachtens mitverantwortlich. Es sind einzig und allein die Ärzte, die dafür verantwortlich sind.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Ich weiss, dass Sie Unternehmer sind, Herr Bortoluzzi. Wenn Sie in Ihrem Betrieb eine Stelle zu besetzen haben, und Sie bekommen zwanzig Bewerbungen – nehmen wir einmal an, das Altersspektrum dieser zwanzig Bewerber reicht von 25 bis 55 Jahren –, würden Sie dann eine über 50-jährige Person anstellen? Ich spreche jetzt von «Normalen».

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Das würde ich tun. Weil ich es schon mehr als einmal «eins zu eins» getan habe, kann ich Ihnen dies hier bestätigen.

**Schenker Silvia (S, BS):** Herr Bortoluzzi, wir haben ja jetzt mit Artikel 8a eine Möglichkeit, Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger wieder einzugliedern; das haben wir ja in das Gesetz geschrieben. Können Sie mir sagen, warum wir für die Menschen mit diesen speziellen Beschwerdebildern diese Schlussbestimmung brauchen? Können Sie mir da den Unterschied erklären?

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Es braucht diese Bestimmung, um den IV-Stellen klar den Auftrag zu geben, bei den Personen mit unklarer Klarheit die Überprüfung vorzunehmen. Das ist meines Erachtens eines der wichtigsten Elemente, um Rentenbezüger, die seit einigen Jahren eine Rente beziehen, überprüfen zu können. Damit kann man allenfalls auch ihre Fähigkeiten sauber abklären, und es lässt sich überprüfen, ob die Kompetenzen dieser Personen für eine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess genügen.

Ich möchte es noch einmal sagen: Die Invalidenversicherung ist nicht eine Versicherung, mit der man möglichst viele Renten verteilen muss, sondern sie hat den Auftrag, Personen, die gefährdet sind, zu unterstützen, damit sie in der Arbeitswelt wieder ihren Platz finden können. Das ist der Auftrag der Invalidenversicherung; er hat erste Priorität, und er hat Priorität für alle Beteiligten.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Nous devons trouver ici une solution qui respecte les principes d'équité et de sécurité du droit et qui soit à la fois claire et juste dans son application. L'objectif de cette disposition finale est que la législation en vigueur pour l'examen du droit à la rente s'applique également aux rentes en cours. Il ne s'agit pas d'une nouveauté dans l'assurance-invalidité. La pratique du Tribunal fédéral depuis 2004 concernant cette question – il a fixé à quelles conditions une incapacité de gain justifiait le droit à une rente AI – a été inscrite dans la législation dans le cadre de la 5e révision de l'AI; c'est à l'article 7 alinéa 2 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales. Elle a ensuite été précisée dans l'arrêt du Tribunal fédéral du 30 août 2010.

La question est maintenant de savoir s'il faut appliquer cette pratique aux rentes en cours et comment procéder. Pour le Conseil fédéral, un réexamen – et, le cas échéant, une adaptation des rentes en cours – s'impose, et ceci pour une question d'équité et d'égalité de traitement. Il s'agit de traiter les personnes souffrant d'affections identiques de la même manière. Il serait inadmissible aux yeux du Conseil fédéral qu'une personne touche une rente pendant vingt ans alors qu'une autre, souffrant de la même pathologie, n'obtienne pas de rente du tout, ceci simplement parce qu'elle s'est adressée à l'assurance-invalidité à quelques mois de diffé-

rence – soit avant, soit après le changement de la législation.

Si nous estimons, comme le fait le Tribunal fédéral et comme l'a fait le Parlement, que ces plaintes ne donnent pas droit à une rente, alors il est légitime de réévaluer les rentes existantes à cette lumière. Voilà pour le principe.

Les modalités d'application de ce principe sont très importantes. Il est impossible d'appliquer telle quelle la norme légale en vigueur; en effet, jusqu'à ce jour les personnes concernées ont perçu leur rente de façon légitime, et il faut donc en tenir compte de manière appropriée lors du réexamen de la rente. Les principes de la sécurité du droit et de la protection de la bonne foi, également, revêtent ici – je le répète – une très grande importance.

C'est la raison pour laquelle la révision prévoit, dans ses dispositions finales, une réglementation des cas de rigueur par le biais du dispositif suivant: les rentiers concernés auront droit à des mesures de réadaptation pendant deux ans après la réduction ou la suppression de la rente. La poursuite du versement de la rente pendant deux ans est garantie. Par ailleurs, pour les personnes âgées de 55 ans ou plus, comme pour celles qui touchent une rente depuis plus de quinze ans, le droit à la rente est garanti, car les chances de réadaptation sur le marché du travail sont plus faibles.

En ce qui concerne la mise en oeuvre de cette mesure, il est capital que chaque cas soit examiné avec soin. Le réexamen peut également déboucher sur l'octroi d'une rente partielle à la place d'une rente entière, ce qui peut d'ailleurs être avantageux pour l'assuré. En ce sens, je vous demande de garder à l'esprit le fait que cette disposition prévoit un réexamen complet et nuancé, dans l'optique, je le répète encore une fois, de l'égalité de traitement. Dans cet esprit, la disposition finale prévoit un réexamen des rentes en cours et non une suppression pure et simple de celles-ci. Pour qu'une rente soit réduite ou supprimée, il faudra que les conditions de réduction ou de suppression soient remplies au moment du réexamen, que la réduction ou la suppression soit conforme au principe de proportionnalité et que la personne ne bénéficie pas de la garantie des droits acquis, c'est-à-dire être âgée de 55 ans ou plus ou toucher une rente depuis quinze ans.

Par ailleurs, la commission propose une adaptation importante que le Conseil fédéral soutient pleinement. La formulation proposée par la commission prévoit: «... rentes octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique». Cette formulation reprend la terminologie employée par le Tribunal fédéral dans son arrêt le plus récent sur la question, donc l'arrêt du 30 août 2010.

Qu'est-ce que cela signifie? Que cela concerne les maladies dont les origines, les évolutions et les symptômes ne sont pas clairs et qui ne sont pas mesurables à l'aide de tests cliniques qui existent. Ce sont fréquemment des maladies géographiquement limitées, qui ne semblent exister qu'en Suisse ou dans une région définie du pays, telles que le syndrome de fatigue chronique, la fibromyalgie, le coup du lapin, etc.

En revanche – et j'aimerais que ce soit très clair ici puisqu'il y a des doutes à ce sujet – ne sont pas et ne seront jamais concernées par cette disposition les maladies telles que la dépression, les troubles de la personnalité, la schizophrénie, les troubles alimentaires, etc. Les craintes exprimées à ce sujet ces derniers jours dans plusieurs courriers qui vous ont été adressés sont injustifiées.

Cette nouvelle formulation proposée par la majorité de votre commission est nécessaire, et je vous demande de la soutenir. Elle permet de mettre l'accent sur les critères et sur le réexamen considéré sous l'angle du droit des assurances sociales, plutôt que de certains tableaux cliniques.

Le but est là à nouveau l'équité. Il faut, comme l'a précisé le Tribunal fédéral dans son dernier arrêt, que des pathologies similaires donnent lieu à un examen similaire. Il est donc nécessaire que tous les syndromes sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique soient traités de manière identique du point de vue du droit des

assurances sociales. Un examen au cas par cas doit ensuite établir si le syndrome a ou n'a pas un effet invalidant, ceci sur la base du droit en vigueur, c'est-à-dire des articles 7 et 8 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales, de l'article 28 de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité et de la jurisprudence.

Certains, dans le débat d'entrée en matière, ont laissé entendre que cette formulation conduirait – je les cite – à «exclure les maladies psychiques comme les troubles de la personnalité, les douleurs chroniques, les syndromes post-traumatiques ou les séquelles d'accidents». Il est faux d'affirmer cela. La formulation selon le Tribunal fédéral n'élargit pas la définition actuelle; elle la précise. Rien ne change quant au nombre de rentes qui seront réexaminées, c'est-à-dire 4500 rentes pondérées, car toutes les affections concernées se trouvaient déjà rangées dans la catégorie moins précise de «pathologies similaires».

Comme je viens de le mentionner, il ne s'agit en aucun cas d'exclure l'ensemble des maladies psychiques. Toutes celles qui peuvent être clairement établies au moyen d'examen cliniques, c'est-à-dire psychiatriques, ne seront pas concernées, soit – je cite à nouveau pour que ce soit vraiment clair – la dépression, la schizophrénie ou les psychoses comme les troubles compulsifs, les troubles alimentaires ou les troubles de la personnalité, par exemple.

De plus, je le répète, les rentes ne seront pas purement et simplement supprimées – comme elles ne sont pas d'ailleurs purement et simplement octroyées –, mais réexaminées de manière à estimer du point de vue du principe actuel de l'assurance sociale si la personne est, malgré sa pathologie, en mesure de travailler ou non, et si oui à quel degré. La nouvelle formulation n'élargit pas ce réexamen, mais le précise. Elle permet dès lors de tenir compte de la précision apportée par le Tribunal fédéral en août dernier, d'éviter une énumération qui risquerait de ne pas être exhaustive et de supprimer la marge d'interprétation contenue dans le terme «pathologies similaires», qui ouvre trop grand la porte à des inégalités de traitement.

Nous vous demandons donc de prendre acte de ces éclaircissements de la part du Conseil fédéral et de suivre ici votre commission afin d'assurer, je le répète, la sécurité du droit et l'équité.

J'ajoute quelques mots au sujet de la proposition Humbel à la lettre a alinéa 5.

Vous savez ce que je pense des propositions qui viennent au dernier moment dans cette révision 6a, je vous l'ai déjà dit à plusieurs reprises aujourd'hui: je ne suis pas favorable à ce qu'on vienne avec de nouvelles choses qui n'ont pas été très sérieusement étudiées. C'est une révision importante, qui est équilibrée, malgré les critiques qu'on a entendues au début de ce débat, et qui doit être acceptée telle quelle, sans grands changements.

Néanmoins, nous avons commencé à étudier cette proposition. Nous n'y sommes pas opposés sur le principe, mais nous souhaiterions avoir le temps de l'étudier. Il y a deux parties. La première concerne la modification des droits à une rente selon la loi sur l'assurance-accidents: vu la jurisprudence actuelle du Tribunal fédéral, les cas où l'assurance-invalidité réduit ou supprime une rente et pour lesquels la rente d'invalidité de l'assurance-accidents obligatoire doit en contrepartie être augmentée sont rares lorsque l'accident a eu lieu après le durcissement de la jurisprudence. Mais il peut arriver que l'assurance-accidents ait octroyé une rente qu'elle n'attribuerait plus à l'heure actuelle, vu l'évolution de la pratique du Tribunal fédéral. Si l'assurance-invalidité réduit ou supprime une rente sur la base des dispositions finales, il est possible en effet que la rente de l'assurance-accidents doive être relevée jusqu'au plafond de 90 ou 80 pour cent en raison des dispositions de coordination du droit des assurances sociales, étant donné que l'assurance-accidents ne connaît pas de disposition prévoyant la suppression de rentes en cours. Concernant les conséquences exactes, le nombre de cas ou les coûts que cela occasionnerait, les informations que j'ai pour le moment ne sont pas consolidées. De plus, il ne nous paraît pas néces-

saire de considérer la deuxième partie de votre proposition, puisque les prétentions dont vous parlez n'existent pas aujourd'hui dans les faits – je ne donne pas d'exemples, car cela serait un peu trop long.

Si vous décidez véritablement d'ajouter cet élément à cette révision à la dernière minute – ce que, encore une fois, je ne souhaite pas –, nous ferons un examen très sérieux pour la commission du Conseil des Etats; et c'est dans ce cadre-là que se prononcera le Conseil fédéral. Encore une fois, nous n'avons rien contre les propositions, mais dans une révision de ce type-là, il est souhaitable que de telles modifications n'arrivent pas comme cela au dernier moment.

**Meyer-Kaelin** Thérèse (CEg, FR): Monsieur le conseiller fédéral, en votant la modification de cet article, la commission n'a pas voulu introduire un changement matériel, ni élargir les critères portant au réexamen de la rente, mais elle a voulu adapter la formulation à celle utilisée par le Tribunal fédéral.

L'acceptation de cet article a provoqué une montagne de courrier de la part des avocats, des médecins et des personnes s'occupant des problèmes du handicap. J'ai entendu que vous aviez nommé les maladies qui n'étaient pas concernées, mais il a par exemple aussi été question du cancer qui ne donnerait plus droit à une rente. J'aimerais donc bien entendre encore une fois de votre part la liste des maladies qui ne seront pas touchées par un réexamen de la rente – parce qu'on ne parle pas de suppression.

Alors, Monsieur le conseiller fédéral, pouvez-vous me répondre?

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Ce qui est en cause ici, ce ne sont pas toutes les maladies psychiques, comme cela a été dit. Ce sont uniquement les maladies qui ne sont pas mesurables, qui ne sont pas objectivables par des tests cliniques. Je le redis ici: ne sont pas concernés la dépression, la schizophrénie, les troubles de la personnalité ou les troubles alimentaires, et le cancer encore moins – je ne l'ai pas mentionné auparavant car cela va de soi. Sont concernés en revanche le syndrome de fatigue chronique, la fibromyalgie, la neurasthénie, de nouveaux syndromes qui apparaissent géographiquement comme le coup du lapin dans la région zurichoise. Et je précise encore, puisque vous l'avez évoqué, que les rentes en question ne seront pas, même pour ces cas-là, simplement supprimées ou réduites. On ne pourra toutefois plus fonder l'octroi d'une rente sur ces seuls diagnostics.

**Roth-Bernasconi** Maria (S, GE): Je déclare d'abord mes intérêts: je suis présidente de Pro Mente Sana, association qui défend les intérêts des malades psychiques.

Nous avons demandé l'avis d'un médecin-chef en psychiatrie du Valais romand qui nous a dit que, dans le domaine de la médecine psychiatrique, les maladies psychiques n'ont par définition aucune pathogénèse ou étiologie clairement identifiables, pas plus qu'elles n'induisent de déficit organique.

Monsieur le conseiller fédéral, pourquoi alors avoir introduit cette disposition, puisque vous définissez d'autres maladies, ou cela s'applique effectivement aux maladies psychiques? Je ne comprends pas, au niveau de la sécurité du droit, comment on peut introduire, en dernière minute en plus, sans probablement avoir demandé l'avis d'un psychiatre, une telle disposition.

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Ecoutez, ce n'est clairement pas en dernière minute. C'est en fonction d'une proposition du Conseil fédéral basée sur l'état de la jurisprudence au moment où le message a été élaboré. Ensuite, cette jurisprudence a évolué, nous en avons tenu compte et je dois dire que je suis assez convaincu du fait que si nous ne l'avions pas fait, vous auriez été assez nombreux à nous demander pourquoi nous n'avions pas tenu compte du dernier état de la jurisprudence.

Maintenant, j'ai pris acte de ce que disait votre source médicale. Pour moi, il est évident qu'il y a des maladies psychiatriques qui peuvent être objectivées, qui sont objectives. Je vous ai donné la liste à quatre reprises – sauf erreur – depuis un quart d'heure. Je suis prêt à vous la donner une cinquième fois si vous le souhaitez, mais cela ne me paraît pas nécessaire. En revanche, il y a un certain nombre de troubles qui ne sont pas objectivables et cela ne donne pas droit automatiquement à une rente. Cela ne veut pas dire non plus que la rente en question qui est déjà octroyée sera automatiquement réduite ou supprimée dans un cas comme cela; cela veut dire qu'elle fera l'objet d'un réexamen pour cette catégorie de personnes, ceci pour assurer l'équité et l'égalité de traitement dans la mesure où la jurisprudence a été maintenant clairement définie différemment.

**Prelicz-Huber Katharina (G, ZH):** Was sagen Sie dazu: Die Ärzte und Ärztinnen, diejenigen, die jene Diagnosen, die wir alle hier nicht einmal aussprechen können, kennen und wissen, welche Diagnosen das sind, sagen, dieser Artikel dürfe nicht angenommen werden, weil die Definition unklar sei und die Menschen, die davon betroffen seien, diese Beschwerden hätten, ob es nun klar sei, was es sei, oder nicht; alle Ärzte und Ärztinnen sagen Nein.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Alors là, je ne suis pas certain du fait que «alle Ärzte und Ärztinnen sagen Nein». Das sagen Sie selbst.

J'aimerais vous redire une cinquième fois – parce que c'est nécessaire – ce qui sera fait. Nous n'avons pas, avec la nouvelle formulation, élargi le cercle des personnes concernées, donc il ne s'agit pas de toutes les maladies psychiques; il s'agit encore moins de parler des maladies liées au cancer. Les maladies concernées, encore une fois, sont le syndrome de fatigue chronique, la fibromyalgie, la neurasthénie et de nouveaux syndromes qui apparaissent de manière régionale, comme le coup du lapin à Zurich; ce doivent être des maladies qui ne sont pas objectivables par des tests cliniques.

Voilà la situation actuelle concernant l'octroi de rentes: ces maladies ne donnent pas lieu à l'octroi de rentes. Cela concernera la situation après la révision pour le réexamen des cas de personnes qui touchent des rentes dans ces différentes catégories-là. Ce réexamen sera fait selon les principes du droit et n'aboutira pas forcément à une suppression ou à une réduction de la rente selon les différents cadres, et notamment les limites qui ont été fixées par le Conseil fédéral puis confirmées par la majorité de votre commission.

**Le président (Germanier Jean-René, président):** Je vous demande de poser vos questions et de ne pas développer vos arguments.

**Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL):** Herr Bundesrat, nochmals zur positiv-rechtlichen Umschreibung der Diagnosen, die zu einer Überprüfung der Renten innert drei Jahren führen; Sie haben erwähnt: die somatoforme Schmerzstörung, die Fibromyalgie, das Chronic Fatigue Syndrome, das HWS-Trauma «etc.». Was verstehen Sie unter dem «etc.»?

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** J'englobe dans le «etc.» toutes les maladies qui apparaissent de manière régionale, pratiquement, et qui ne sont pas objectivables par des tests cliniques. Vous me pardonnerez de vous répéter pour la sixième fois la même chose. Mais comme c'est constamment la même question qui est posée sous une autre forme, le Conseil fédéral a l'habitude de toujours donner la même réponse, ce qui d'ailleurs exaspère parfois.

**Rielle Jean-Charles (S, GE):** Je signale d'abord mes intérêts: comme vous le savez, je suis médecin.

Monsieur le conseiller fédéral, je vous ai écouté très attentivement et vous avez notamment cité la fibromyalgie, en disant que c'était une maladie locale, suisse. (*Remarque intermédiaire Burkhalter Didier, conseiller fédéral: Non!*) Principale-

ment, cela a été mentionné tout à l'heure dans l'énumération des critères! Ceux-ci sont notamment établis par le Collège américain de rhumatologie, qui indique pour l'établissement d'un diagnostic de fibromyalgie 18 points dont 11 doivent être douloureux.

Vous avez affirmé que les maladies répondant positivement à des tests cliniques ne seraient pas concernées. Alors, êtes-vous prêt à exclure la fibromyalgie des maladies sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique, puisqu'il y a des tests cliniques qui permettent de diagnostiquer cette maladie, dont les critères ont été définis par le Collège américain de rhumatologie?

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Je ne suis pas médecin, je ne peux donc pas, en trente secondes, juger ce que vous venez de dire. En revanche, je peux vous expliquer le principe du point de vue politique. Je ne vous ai pas dit que la fibromyalgie, en particulier, était régionale; je vous ai dit que les nouveaux syndromes qui apparaissent de manière régionale et qui, étonnamment, n'existent par exemple que du côté de Zurich, nous posent en effet quelques problèmes, ce qui ne veut pas dire que pour tous les autres syndromes, c'est régional aussi. Je n'ai pas dit cela. En revanche, je vous ai dit que les maladies qui ne donnent pas lieu à une objectivabilité sur la base de tests cliniques sont considérées et concernées dans ce cas-là. S'il devait y avoir des tests cliniques qui prouvent le contraire, la situation évoluerait.

**Gilli Yvonne (G, SG):** Herr Bundesrat, wie beurteilen Sie für die Zukunft die Möglichkeit, dass die Diagnosenliste im Bereich der nichtobjektivierbaren Störungen, wie wir das heute erlebt haben, eine kontinuierliche Erweiterung erfährt – vom HWS-Beschleunigungsstrauma über die somatoformen Schmerzstörungen zum Chronic Fatigue Syndrome? Wir wissen ja, dass die Mehrzahl der psychiatrischen Diagnosen eben nicht objektivierbar, nicht naturwissenschaftlich diagnostizierbar ist.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Je ne partage pas votre avis selon lequel les maladies psychiatriques ne sont pas objectivables. Je pense, pour ma part, que les maladies que j'ai citées tout à l'heure et qui n'en font pas partie – notamment la schizophrénie, les troubles de la personnalité, les troubles alimentaires, etc. – sont objectivables. En revanche, je pense qu'avec la disposition que nous préparons maintenant, nous verrons moins de maladies non objectivables apparaître. C'est peut-être quelque chose à quoi il faut réfléchir: dans quelle mesure notre société doit-elle provoquer, quasiment, des maladies non objectivables? Ou doit-elle plutôt essayer de faire en sorte qu'au lieu de tomber dans ces espèces de maladies non objectivables, les personnes en sortent et réintègrent la société, et notamment le monde du travail, si possible? C'est cela que nous voulons et pas du tout toucher des dizaines de milliers de personnes qui méritent notre entier soutien.

Nous voulons au contraire faire en sorte que l'assurance-invalidité se concentre sur sa véritable tâche, c'est-à-dire autant que possible réintégrer les personnes et, si c'est impossible et qu'il s'agit d'un véritable problème d'invalidité fondamentale, offrir un soutien notamment par les rentes. Permettez-moi de vous le dire à la fin de ce débat: cela ne sera possible à long terme qu'avec une situation de l'assurance-invalidité assainie. Financièrement, cette assurance doit être assainie. Sur le plan humain, elle sera alors la plus forte.

**Schenker Silvia (S, BS):** Herr Bundesrat, Sie wissen sicher, dass das Urteil weitergezogen wurde. Was, wenn die Kläger vor der nächsten Instanz Recht bekommen?

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Madame Schenker, si jamais les choses devaient évoluer de manière à impliquer un changement de loi, le Conseil fédéral, évidemment, prendrait les mesures qui s'imposent, comme toujours. Mais nous sommes confiants dans le fait que la situation qui est

celle d'aujourd'hui peut être réglée sur la base de la jurisprudence actuelle et nous considérons que cette jurisprudence devrait être confirmée.

**Vischer** Daniel (G, ZH): Herr Bundesrat, ich hätte gerne Folgendes gewusst: Sind Sie nicht der Meinung, dass durch diese gesetzliche Änderung, die an ein Bundesgerichtsurteil anknüpft, das ja im Diskurs bestritten ist, eigentlich ein unbeirrter Rechtsgrundsatz des schweizerischen Rechts infrage gestellt wird, dass nämlich Leistungen, die rechtmässig zugesprochen worden sind, rückblickend nur dann infrage gestellt werden können, wenn neue Tatsachen vorliegen? Nun wollen Sie eine rückwirkende Überprüfung, ohne dass neue Tatsachen vorliegen, einfach weil jetzt eine geänderte Wahrnehmung der Beurteilung dieser medizinischen Fälle vorliegt. Sind Sie nicht der Meinung, dass die Schweiz damit einen fundamentalen Bruch mit ihrem bisherigen Rechtsverständnis vollzieht?

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: Non, Monsieur Vischer, pour la bonne et simple raison que, comme je vous l'ai dit au début de mon intervention précédente, ce n'est pas une nouveauté dans l'assurance-invalidité. La pratique du Tribunal fédéral depuis 2004 concernant cette question, qui a fixé à quelles conditions une incapacité de gain justifiait le droit à une rente, a été inscrite dans la législation dans le cadre de la 5e révision, à l'article 7 alinéa 2 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales. Elle a été reprise par la suite et précisée dans les arrêts du Tribunal fédéral qui ont suivi, mais ce n'est pas une nouveauté ni un changement fondamental que nous vivons aujourd'hui. C'est une confirmation de l'évolution – qui est aussi, il est vrai, un peu celle de la société –, que nous connaissons à peu près depuis le début des années 2000, ou en tout cas depuis quatre ou cinq ans.

**Maire** Jacques-André (S, NE): Monsieur le conseiller fédéral, merci d'avoir mis un peu de clarté dans le trouble gigantesque qui a été créé par la formulation de cette disposition. Une question précise: dans les troubles de la personnalité, qu'en est-il des troubles bipolaires?

De façon plus générale, quand on voit la longueur du débat, le nombre de questions suscitées par le texte et les avis d'experts qui seront eux-mêmes appelés à juger parfois – ces experts qui nous disent d'ailleurs eux-mêmes que la formulation n'est pas pertinente –, pensez-vous vraiment que cette formulation puisse être votée telle quelle? N'est-elle pas source de trouble et de confusion?

**Burkhalter** Didier, conseiller fédéral: S'agissant des troubles bipolaires, grâce à la compétence de Monsieur Cassis, conseiller national et médecin, qui m'a donné des précisions, j'ajoute qu'ils n'entrent pas dans les maladies concernées. Vous savez d'ailleurs qu'on connaît également des troubles bipolaires dans un autre domaine dans cette salle. Si l'on pouvait souffrir un peu moins de troubles bipolaires ici, nous en serions évidemment contents. Vous m'aurez permis ces quelques mots qui n'ont rien à voir avec l'invalidité, il est vrai.

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Cet article soulève de grandes émotions, vous l'avez vu. Il a aussi soulevé un grand débat en commission. On a discuté assez longuement sur cet article parce qu'il touche, en effet, un élément très sensible: il touche les rentes AI pour raisons psychiques et l'explosion du nombre de ces rentes qui a eu lieu dès la deuxième moitié des années 1990. 252 000 personnes touchaient une rente AI l'année passée, dont 100 000 pour des raisons psychiques. Il s'agit donc d'une proportion très importante.

L'augmentation du nombre de rentes est due spécialement à l'octroi de rentes aux personnes souffrant de troubles psychiques difficiles à définir. A cet égard, il convient de mentionner tout particulièrement la catégorie des «troubles réactifs du milieu ou psychogènes», le nombre de personnes en souffrant et recevant à ce titre une rente AI ayant augmenté

de 900 pour cent entre 1986 et 2006. Plus de 60 000 personnes ont été classées dans cette catégorie entre 1993 et 2006.

La Suisse, dans une comparaison internationale qui porte sur l'Allemagne, l'Autriche, la Norvège, les Pays-Bas, le Royaume-Uni, la Suède, présente le taux le plus élevé de maladies psychiques comme diagnostic donnant droit à une rente AI. En outre, c'est chez les jeunes que la fréquence de ces maladies augmente le plus. Comme la rente est jusqu'ici versée à vie, une telle évolution menace évidemment la solidité de l'assurance-invalidité.

Comment expliquer ce phénomène? Y a-t-il eu une épidémie de maladies psychiques en Suisse? Différentes études ont permis de comprendre cette évolution. On a mis en congé dans les années 1990 de plus en plus de personnes difficilement intégrables et on en a fait des rentiers AI. La souffrance sociale de ces personnes a donné lieu à une prise en charge médicale, en particulier psychiatrique, étendue, que l'on a interprétée de telle sorte qu'elle a donné naissance à un droit à la rente.

Des facteurs exogènes tels que la situation économique, le chômage, les transformations de la société et des valeurs expliquent cette évolution. A ceci s'ajoute une évolution particulière de la médecine: la construction sociale des maladies et spécialement la naissance sociale de maladies psychiques importées des Etats-Unis. La parution en 1994 de la quatrième version de la bible mondiale de la psychiatrie, le DSM, «Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders», a provoqué la tendance à l'inflation des pathologies. Le DSM est lui-même le fer de lance d'un mouvement plus large, celui de la médicalisation de nos existences. Elaborée par la seule association américaine des psychiatres, cette bible est une sorte de phénomène classificatoire qui génère à chaque version davantage de pathologies: phobie sociale, coup du lapin, hypersexualité, dépression, troubles somatoformes douloureux, syndrome de fatigue chronique, fibromyalgie. Qui est malade? Qui est sain d'esprit? Mais surtout, qui en décide? Chaque mise à jour de cette bible génère de nouvelles définitions qui tranchent entre la santé et la maladie et, en conséquence, l'invalidité.

La nouvelle catégorisation médicale des formes de souffrance sociale a créé des maladies et le nombre de psychiatres a augmenté parallèlement. C'est un phénomène de société. Toutes ces pathologies nouvelles, avec leur nom scientifique, nous rassurent et finalement elles nous arrangent. L'étiquetage a, sur l'anxiété de ceux qui souffrent, un effet calmant et il confère au médecin et à la société un sentiment de légitimité que nous n'aimons pas voir remis en cause.

A cette évolution sociétale s'ajoutent les problèmes de coordination dans le système des assurances sociales, la grande faiblesse de la surveillance des années 1990 – je pense à l'OFAS des années 1990 qui n'a pas fait son travail – et une pratique d'octroi des rentes favorable aux assurés.

Ce n'est qu'à partir de la 5e révision en 2008 qu'un certain ordre a été fait. Mais il porte exclusivement sur les nouvelles rentes. Il s'agit donc maintenant de créer la base légale nécessaire pour adapter les rentes en cours octroyées avant le 1er janvier 2008 en raison justement de troubles somatoformes douloureux, de fibromyalgie, du syndrome de fatigue chronique et de pathologies similaires.

Pourquoi ce groupe en particulier? Parce que, comme on l'a vu, il s'agit de personnes jeunes dont le potentiel de réinsertion n'a que peu été exploité. La commission a choisi de ne pas dresser une liste de pathologies, mais d'adopter la définition introduite par le Tribunal fédéral qui parle de «syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique». Cette définition a l'avantage de ne pas trop mêler la médecine et la politique. Nous avons vu tout à l'heure ce que cela donne quand on mêle trop la médecine et la politique! Un syndrome est un ensemble de symptômes, donc de troubles perceptibles par une personne indisposée ou malade; la pathogenèse est le mécanisme de développement d'une maladie et l'étiologie la cause de la maladie.

Les rentes liées à un tel diagnostic seront réexaminées de manière prioritaire dans un délai de trois ans, dans le but de vérifier si le handicap peut être surmonté par un effort de volonté raisonnablement exigible. Mesdames et Messieurs, ceci crée une égalité de traitement avec les personnes qui demandent une nouvelle rente; je ne cesserai pas de souligner cet aspect.

Une réduction ou une suppression de rente n'aura lieu qu'après un examen approfondi de la situation. Dans tous les cas, pour déterminer ce qui est raisonnablement exigible, il faut se baser sur les critères formulés par la jurisprudence, ceux qu'on appelle les «critères de Foerster». Les bénéficiaires qui dépassent l'âge de 55 ans ou qui sont au bénéfice d'une rente depuis plus de quinze ans seront par contre exemptés du réexamen.

La minorité Schenker Silvia s'oppose au réexamen prioritaire de cette population de rentiers, évoquant une discrimination de traitement entre les maladies physiques et les maladies psychiques.

La minorité Weber-Gobet propose d'abaisser le seuil d'exemption de 55 à 50 ans, pour tenir compte du marché du travail.

Par 16 voix contre 9, la commission vous invite à soutenir la proposition de la majorité et à rejeter les deux propositions de minorité.

**Rielle** Jean-Charles (S, GE): Cher collègue et cher confrère, je ne mêlerai pas politique et médecine, mais permettez-moi de mêler médecine et économie. Vous avez parlé d'explosion du nombre de cas de toutes les maladies psychiques, notamment. Ne croyez-vous pas que très souvent ce sont les employeurs qui, pour se débarrasser de personnes qui n'étaient pas totalement rentables, ont fait mettre de façon précipitée à l'AI un certain nombre de travailleuses et de travailleurs?

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Je vous réponds volontiers en vous relisant un passage de ce que je viens de dire: «On a mis en congé-maladie de plus en plus de personnes difficilement intégrables et on en a fait des rentiers AI. La souffrance sociale de ces personnes a donné lieu à une prise en charge médicale, en particulier psychiatrique, étendue, que l'on a interprétée de telle sorte qu'elle a donné naissance à un droit à la rente.» Vous avez absolument raison.

**Goll** Christine (S, ZH): Herr Cassis, ich möchte Sie, der Sie Arzt und Vorstandsmitglied der FMH sind, fragen, wie Sie sich dazu stellen, dass Ihre Standesorganisation uns allen einen Brief, eine Stellungnahme geschrieben hat und uns bittet, diese Bestimmung aus dem Gesetz herauszustreichen, weil nach Meinung der FMH Diagnosen oder Krankheitsbilder nicht in ein solches Gesetz gehörten. Wie stellen Sie sich dazu?

**Cassis** Ignazio (RL, TI), pour la commission: Cela démontre, Madame Goll, que je suis un politicien indépendant élu par la population tessinoise et non pas le lobbyiste de la FMH! (*Applaudissements partiels*)

**Wehrli** Reto (CEg, SZ), für die Kommission: Mit der 4. und mit der 5. IV-Revision wollte man die Rentenexplosion der Neunzigerjahre stoppen. Dieses Ziel wurde weitgehend erreicht, die Zahl der Neurenten ist im Vergleich zum Jahre 2003 um über 40 Prozent gesenkt worden – und die Senkung geht weiter. Mit welchen Mechanismen wurde dieses wichtige Ziel erreicht? Durch neue Instrumente und erhöhte Zumutbarkeitsbestimmungen im Gesetz, durch eine konsequente Umsetzung des Bundesrechtes durch die kantonalen IV-Stellen und auch durch eine begleitende Rechtsprechung der kantonalen Versicherungsgerichte und des Bundesgerichtes. Leider werden wir keine Quote gemäss Artikel 8b erreichen, die auch die Arbeitgeber etwas mehr verpflichtet hätte, aber vielleicht kommt man ja noch auf die Idee und

legt Listen auf, damit die Freiwilligkeit noch erstellt werden kann.

Wir stellen fest, dass nicht mehr allen Personen, denen in den Neunzigerjahren eine Rente zugesprochen wurde, heute auch noch eine Rente zugesprochen würde. Das Bundesgericht hat es mit dem Leitentscheid 8C 502/2007 vom 26. März 2009 aber abgelehnt, diese Fälle als blosser Revisionsfälle vollumfänglich neu zu überprüfen. Das Bundesgericht hat den Ball klar, bewusst und explizit ins Feld des Gesetzgebers gespielt. Wir müssen somit zwischen zwei wichtigen, sehr bedeutenden Rechtsgrundsätzen abwägen: Wollen wir Treu und Glauben priorisieren und jeder Person, die eine IV-Rente zugesprochen erhalten hat, diese bis zum AHV-Alter belassen, oder wollen wir im Rahmen der laufenden Rentenrevision die Person, deren Rente überprüft wird, gleich behandeln wie die Person, die neu eine Rente beantragt? Rechtsgleichheit oder Rechtssicherheit, das ist hier also die Frage. Sie lässt sich einfach klären: Es ist ein Grundsatz der Sozialversicherungen, dass jede Rente regelmässig überprüft wird.

Die Kommissionsmehrheit spricht sich deshalb klar und deutlich dafür aus, dass die Möglichkeiten für eine Revision in den Schlussbestimmungen möglichst breit und umfassend aufgelistet werden. Der Kern ist also: Im Sinne der Rechtsgleichheit sollen Neuanmeldungen und Revisionsfälle mit den gleichen Ellen gemessen werden.

Auch bei einer Rentenrevision wird die persönliche, medizinische und berufliche Situation der Versicherten umfassend gewürdigt. Gestützt auf diese Würdigung, die ja immer gerichtlich überprüfbar ist, soll die IV-Stelle also alle Fälle gleich entscheiden können. Es geht nicht um eine integrale Aufhebung von Renten, und es geht auch nicht um eine voraussetzungslose Revision. Wir sind uns bewusst, dass für diesen Eingriff massvolle Kriterien bereitgestellt werden müssen: Es wird ein Anspruch auf Massnahmen zur Wiedereingliederung begründet; es wird eine Übergangsfrist von zwei Jahren definiert, damit während der Zeit dieser Wiedereingliederungsmassnahmen die Rente weiterhin ausgerichtet wird; es wird zudem eine Altersgrenze von 55 Jahren festgelegt, die ältere Personen von der Rentenüberprüfung im Rahmen dieser neuen Schlussbestimmungen bewahrt.

Die Kommissionsmehrheit will also weder einen Tabularasa-Ansatz, noch will sie quasi einen ewigen Besitzstand sichern. Um die klassischen Voraussetzungen der Rentenrevision zu erweitern, hat die Kommission einen anderen Ansatzpunkt als Bundes- und Ständerat gewählt. Diese haben eine Auflistung von Krankheitsbildern gewählt. Es wurden Fälle mit Diagnosen von organisch nicht erklärbaren Schmerzzuständen wie anhaltende somatoforme Schmerzstörungen und ähnliche Schmerzverhalten bestimmt, bei denen eine quasi ausserordentliche Rentenrevision vorgenommen werden kann. Diese exemplarische Auflistung gemäss Bundes- und Ständerat erachten wir nicht als sinnvoll und im Übrigen auch nicht als ausreichend.

Unsere Kommission hat sich deshalb an der Rechtsprechung des Bundesgerichtes orientiert. Wenn für eine gesundheitliche Beschwerde keine klaren pathogenetisch-ätiologischen Kriterien bestehen, liegt Revisionswürdigkeit vor, und zwar vorgezogenermassen. Die Bereiche Recht und Medizin sind hier klar genug gefasst. Das Bundesgericht hat unter anderem in den Entscheiden 136 V 279 sowie 9C 510/2009 vom 30. August 2010 festgehalten: «Aus Gründen der Rechtsgleichheit ist es in der Tat geboten, sämtliche pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebilder ohne nachweisbare organische Grundlage den gleichen sozialversicherungsrechtlichen Anforderungen zu unterstellen.» Das heisst auf gut Deutsch: Dort, wo weder die Ursache noch der Entwicklungsmechanismus klar bezeichnet werden können, soll eine vorgezogene Überprüfung stattfinden können.

Genau diesen Ansatz gemäss Bundesgericht will nun die Kommissionsmehrheit aufnehmen. Neben den vom Bundesrat aufgelisteten und schon erwähnten Beschwerdebildern fallen unter diesen Begriffsmantel auch Dinge wie Schleudertrauma und Schlafsyndrom. Solche Fälle sollen einer Re-

vision im Sinne der Schlussbestimmungen unterzogen werden.

In den Kommissionsberatungen hat die Verwaltung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass klassische psychiatrische Störungen nicht unter diese Kategorie fallen. Diese Krankheitsbilder sind ja psychiatrisch ausgewiesen, medizinisch erkennbar, erklärbar und objektivierbar. Genau dies bezweckt die Kommissionsmehrheit: Es geht eben nicht um eine Ausgrenzung von Menschen mit psychiatrischen Störungen, sondern alleine darum, durch das Revisionsverfahren bei unklaren Sachlagen Klarheit zu schaffen. Renten mit psychiatrischer Begründung sind überprüfbar, aber sie werden im Sinne der Übergangsbestimmung zeitlich nicht vorgezogen.

Damit es nochmals klipp und klar gesagt ist: Die Bestimmung will keine generelle Aberkennung von Renten, sondern in diesen Fällen eine bedingungslose Überprüfung der Sachlage und eine Zusprache von Wiedereingliederungsmassnahmen. Wir installieren damit eine klare Priorisierung mit Blick auf die Zustände der Neunzigerjahre. Wir wollen eine Überprüfung, aber nicht a priori eine Streichung.

Eine Senkung der Alterslimite auf 50 Jahre erachtet die Mehrheit der Kommission als volkswirtschaftlich und finanziell nicht tragbar. So bittet denn die Mehrheit, die Abstimmung ergab ein Resultat von 16 zu 9 Stimmen, hier ihrem Antrag zu folgen.

Der Antrag Humbel lag unserer Kommission nicht vor und wird hier deshalb auch nicht kommentiert.

**Hämmerle** Andrea (S, GR): Ich habe vor Jahrzehnten gelernt, dass Gesetzestexte für durchschnittlich gebildete und informierte Bürgerinnen und Bürger aus sich selbst verständlich sein sollten. Wie kommt die Kommissionsmehrheit darauf, diesen Grundsatz mit «pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen» Formulierungen aufs Gröbste zu verletzen? Das versteht in der Schweiz kein Mensch.

**Wehrli** Reto (CEg, SZ), für die Kommission: Die Basisannahme Ihrer Frage trifft nicht ganz zu: Es sind nicht ganz alle Gesetze für alle Leute sofort erklärbar; aber das ist der Negativansatz. Ich habe vorher probiert, Herr Hämmerle, eine deutsche Umschreibung zu bringen, die nach Auskunft eines Mediziners so für alle fassbar ist. Es geht um Dinge, bei denen weder die Ursache noch der Entstehungsmechanismus beschrieben werden können.

Man hat eben diese Begriffe in den Neunzigerjahren auch verwendet, um die Rentenmöglichkeit auszuweiten. Man hat in den Neunzigerjahren eine neue Praxis begründet, die eben das wollte; man hat gesagt: Auch wo wir etwas nicht erklären können, geben wir eine Rente. Jetzt sagt man, dass man genau das nicht mehr will. Man bezieht sich also auf Erklärungsgrundsätze der Neunzigerjahre.

*Bst. a Abs. 4 – Let. a al. 4*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4927)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 69 Stimmen

*Bst. a Abs. 5 – Let. a al. 5*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4929)

Für den Antrag Humbel ... 109 Stimmen

Dagegen ... 67 Stimmen

*Bst. a Titel, Abs. 1–5 – Let. a titre, al. 1–5*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4926)

Für den Antrag der Mehrheit/Humbel ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Ce vote est valable pour la modification du droit en vigueur, chiffre 6, disposition finale.

*Bst. b Titel, Abs. 1, 2 – Let. b titre, al. 1, 2*  
*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*  
*Adopté selon la proposition de la majorité*

*Bst. c Titel, Text – Let. c titre, texte*

**Le président** (Germanier Jean-René, président): En ce qui concerne la proposition de la minorité Triponez, la décision a déjà été prise à l'article 8b.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*  
*Adopté selon la proposition de la minorité*

**Ziff. III, IV**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. III, IV**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Änderung bisherigen Rechts**  
**Modification du droit en vigueur**

**Ziff. 1–5**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. 1–5**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 6**

*Antrag der Mehrheit*

*Art. 26 Abs. 3; 26a; 49 Abs. 2 Ziff. 3a*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Schlussbestimmung Titel*

Überprüfung der Renten, die bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage gesprochen wurden

*Schlussbestimmung Text*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Robbiani, Rossini, Weber-Gobet)

*Art. 26a Abs. 1*

... während fünf Jahren ...

*Antrag der Minderheit*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Rossini, Steiert, Weber-Gobet)

*Schlussbestimmung*

Streichen

**Ch. 6**

*Proposition de la majorité*

*Art. 26 al. 3; 26a; 49 al. 2 ch. 3a*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Disposition finale titre*

Réexamen des rentes octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique

*Disposition finale texte*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rechsteiner Paul, Rielle, Robbiani, Rossini, Weber-Gobet)

*Art. 26a al. 1*

... durant cinq ans ...

*Proposition de la minorité*

(Schenker Silvia, Fehr Jacqueline, Gilli, Goll, Prelicz-Huber, Rielle, Rossini, Steiert, Weber-Gobet)

*Disposition finale*

Biffer

*Art. 26a Abs. 1 – Art. 26a al. 1*

**Le président** (Germanier Jean-René, président): En ce qui concerne la proposition de la minorité Schenker Silvia, la décision a déjà été prise à l'article 32.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

*Schlussbestimmung – Disposition finale*

**Le président** (Germanier Jean-René, président): En ce qui concerne la disposition finale, la décision a déjà été prise au chiffre II lettre a.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

*Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

**Ziff. 7, 8***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Ch. 7, 8***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/4928)

Für Annahme des Entwurfes ... 115 Stimmen

Dagegen ... 63 Stimmen

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*

10.032

## 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket

### 6e révision de l'AI. Premier volet

#### *Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBI 2010 1817)  
 Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)  
 Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
 Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)  
 Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)  
 Ständerat/Conseil des Etats 01.03.11 (Differenzen – Divergences)  
 Nationalrat/Conseil national 03.03.11 (Differenzen – Divergences)  
 Ständerat/Conseil des Etats 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)  
 Nationalrat/Conseil national 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

#### **Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket) Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)**

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Unser Rat hat dieses wichtige Geschäft anlässlich seiner Sitzung vom

15. Juni des vergangenen Jahres als Erstrat behandelt. Der Nationalrat beriet es in der Wintersession, und unsere Kommission führte die Beratung zur ersten Runde der Differenzbereinigung anlässlich ihrer Sitzung vom 31. Januar 2011 durch. Insgesamt gab es nach der nationalrätlichen Behandlung 15 Differenzen, über die die Kommission zu entscheiden hatte. Bei 7 Differenzen beantragt Ihnen die Kommission, sich dem Nationalrat anzuschliessen. Bei den übrigen Differenzen werde ich die entsprechenden Erläuterungen abgeben. Lediglich in einem Punkt im Rahmen der Schlussbestimmungen werden Sie zwischen einem Mehrheits- und einem Minderheitsantrag zu entscheiden haben.

#### **Art. 3b**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 2 Bst. I*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 3*

... Buchstaben b bis l haben ...

#### **Art. 3b**

*Proposition de la commission*

*Al. 2 let. I*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 3*

... lettres b à l, qui ...

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Der Nationalrat hat die Liste der zur Meldung berechtigten Versicherungsträger erweitert, indem er auch den Krankenversicherern dieses Recht explizit eingeräumt hat. Unsere Kommission hat sich diesem Entscheid mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung angeschlossen.

Konsequenterweise muss nun in Absatz 3 eine Ergänzung durch Buchstabe l vorgenommen werden. Es ist dabei zu beachten, dass auch die Unfallversicherer, wie unter Buchstabe g festgehalten, eine Meldemöglichkeit haben. Neben den Taggeldversicherten gibt es eine Reihe von Krankenversicherten, die keinen Anspruch auf ein Taggeld haben, jedoch ohne Weiteres in ein Vorstadium einer möglichen IV-Rente treten könnten, so zum Beispiel bei psychischer Erkrankung einer Hausfrau oder einer besonderen Erkrankung einer nicht UVG-unterstellten Person, zum Beispiel eines Kindes.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: J'aimerais simplement dire que nous approuvons l'idée de base, qui est au fond de renforcer encore la détection précoce avec l'ajout de l'assurance-maladie dans la liste de ceux qui sont habilités à faire des communications. Dans la pratique, il faudra toutefois veiller au fait – ou en tout cas en tenir compte – que l'assurance-maladie, en principe, ne connaît pas l'assuré et qu'il y a toute une série d'impératifs liés à la protection des données.

Mais avec ces remarques, nous estimons que nous pouvons en effet nous rallier à la solution du Conseil national et de votre commission qui élimine toute divergence à ce sujet.

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 3c Abs. 5**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### **Art. 3c al. 5**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 7b Abs. 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 7b al. 4***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Der Ständerat ist hier bei der ersten Beratung dem Bundesrat gefolgt. Der Nationalrat hat gegenüber dem bisherigen Recht insofern eine Änderung vorgenommen, als er entgegen Artikel 21 Absatz 1 ATSG die Möglichkeit des Kürzungsrechts lediglich auf Taggelder beschränkt, nicht aber auf die Hilflosenentschädigung ausdehnt. Ihre Kommission beantragt Ihnen hier, dem Nationalrat zu folgen, zumal dieser Absatz 1 von Artikel 21 ATSG nicht in direktem Zusammenhang mit der Eingliederung steht, sondern es sich um Versicherungsfälle handelt, die durch Verbrechen und Vergehen herbeigeführt werden.

In Absatz 4 sind die Sanktionen geregelt, die ergriffen werden können, wenn sich eine Person der Wiedereingliederung entzieht oder widersetzt. Der Nationalrat hat die Möglichkeit geschaffen, dass einer Person, deren Invalidität selbstverschuldet durch ein Verbrechen oder Vergehen herbeigeführt wurde, die Taggelder gestrichen werden, wenn sie sich den Eingliederungsmassnahmen entzieht oder widersetzt.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Sur ce point, nous pouvons aussi nous rallier à la décision du Conseil national et à la proposition de la commission du Conseil des Etats.

J'aimerais juste insister sur ce que cela veut dire. En effet, on peut mener beaucoup de discussions à propos de ces différents articles, mais en fait, il s'agit avant tout ici d'éviter une différence de traitement qu'on établirait entre d'une part la personne qui refuse de se soumettre à des injonctions de l'office AI – ce qui est traité en particulier dans le cadre de l'article 21 alinéa 4 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA) – et d'autre part la personne qui est devenue invalide suite à un acte criminel, par exemple un cambrioleur qui aurait eu un accident durant son cambriolage. Dans ce que nous avons proposé – dans le droit en vigueur en particulier –, il existait à ce niveau la possibilité d'une différence de traitement: dans le deuxième cas, soit celui d'une personne devenue invalide suite à un acte criminel, les indemnités journalières ne pouvaient pas être refusées, contrairement à ce qui était prévu pour le premier cas.

C'est la raison pour laquelle nous estimons qu'il est en effet juste de modifier l'article 21 alinéa 4 LPGA et nous nous rallions à la position du Conseil national.

*Angenommen – Adopté***Art. 11***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 21 Abs. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 21 al. 3***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Im Gegensatz zum Entwurf des Bundesrates und zum Beschluss unseres Rates hat der Nationalrat mit 117 zu 61 Stimmen hier beim Ersatz von Hilfsmitteln dem Versicherten eine zwingende Kostenbeteiligung auferlegt. Unsere Kommission hat sich diesem Entscheid angeschlossen.

*Angenommen – Adopté***Art. 21quater Abs. 2***Antrag der Kommission*

... nach Prüfung der Instrumente ...

**Art. 21quater al. 2***Proposition de la commission*

... avoir examiné les instruments ...

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Der Nationalrat hat bei diesem berühmten Beschaffungsartikel insofern eine Änderung vorgenommen, als er einen neuen Absatz 2 aufgenommen hat. Danach soll der Bundesrat das Vergabeverfahren nach Absatz 1 Buchstabe d dann anwenden, wenn er die Anwendung der Instrumente gemäss den Buchstaben a bis c geprüft hat.

Ihre Kommission vertritt nun die Auffassung, dass diese Formulierung insbesondere in der deutschen Fassung nicht klar dem Willen unseres Rates entspricht, das Vergabeverfahren als Ultima Ratio zu betrachten, und dass es zu unerwünschten gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen könnte. Vor allem das Wort «Prüfung» lässt Unsicherheiten in Bezug auf die Frage aufkommen, was damit nun effektiv gemeint ist. Müssen die Instrumente gemäss den Buchstaben a bis c zuerst zwingend angewandt werden, oder muss die Verwaltung nur die Anwendung, aber nicht die Instrumente für ihre Entscheidung prüfen?

Ich beantrage Ihnen deshalb, der Version Ihrer Kommission zuzustimmen. Sie schreibt explizit die Prüfung der Instrumente gemäss den Buchstaben a bis c vor; die Prüfung ist damit die gewünschte Voraussetzung dafür, dass das Vergabeverfahren nur als Ultima Ratio angewandt wird.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Il est en effet important de préciser, comme vient de le faire Monsieur Kuprecht, qu'il ne s'agit pas d'un changement de fond, mais d'une formulation plus claire. Et, en effet, elle est un peu plus claire, surtout dans la version allemande. Il s'agit de comprendre clairement que l'on ne peut passer à la procédure par adjudication que lorsque l'on a examiné les instruments selon les lettres a à c. Cela ne veut pourtant pas dire qu'on les a tous essayés concrètement, parce que pour certains moyens auxiliaires, il n'est tout simplement pas possible d'examiner l'ensemble des instruments dans la pratique. C'est dans ce sens qu'il faut comprendre la modification. Ce n'est donc pas un changement de fond.

Nous nous rallions donc à la version de la commission du Conseil des Etats qui précise l'intention telle qu'elle avait été souhaitée par le Conseil national.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Ich habe noch eine zusätzliche Bemerkung zu machen. Es gibt noch eine Petition «Behinderte gegen Hilfsmittelmonopole», eingereicht vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben. Ich sage das gleich an dieser Stelle: Bei der 6. IV-Revision hat die Kommission im Rahmen der Differenzbereinigung diese vom Zentrum für selbstbestimmtes Leben in Zürich am 26. Februar 2010 eingereichte Petition «Behinderte gegen Hilfsmittelmonopole» traktandiert, und zwar bei Artikel 21quater des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung, wo noch eine Differenz bestand. Das Anliegen der Petition wurde aber von keinem Kommissionsmitglied explizit mit einem Antrag aufgenommen. In diesem Sinne wurde der Petition hier keine Folge gegeben.

*Angenommen – Adopté***Art. 26bis Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 26bis al. 1***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

**Art. 27 Abs. 1***Antrag der Kommission*

Festhalten

(siehe auch Art. 57 Abs. 1 Bst. i)

**Art. 27 al. 1***Proposition de la commission*

Maintenir

(voir aussi art. 57 al. 1 let. i)

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Diese Bestimmung steht auch im Zusammenhang mit Artikel 57 Absatz 1 Buchstabe i. Der Nationalrat hat die Kompetenzdelegation an den Bundesrat, mit den Anstalten und Werkstätten, die Eingliederungsmassnahmen durchführen, entsprechende Verträge zu schliessen, gestrichen. Er ist der Meinung, dass die IV-Stellen die Kompetenz für derartige Vertragsabschlüsse haben sollten und es deshalb keine Gesetzesbestimmung braucht, sondern auf der Verordnungsstufe geregelt werden kann. Er beschränkt dieses Recht also auf die Ärzteschaft, die Berufsverbände der Medizinalpersonen und die medizinischen Hilfspersonen.

Ihre SGK ist der Auffassung, dass diese Delegationsnorm wie schon beim geltenden Recht weiterhin beim Bundesrat bleiben soll. Sie beantragt Ihnen deshalb Festhalten an unserem Beschluss.

Unter dem Begriff «Anstalten» können eben auch Spitäler verstanden werden. Es wäre jedoch für die IV-Stellen kaum möglich, infolge dieser Delegation neben den Abklärungen und den Eingliederungsmassnahmen auch noch Verträge abzuschliessen. Hingegen können auf Verordnungsstufe Massnahmen beruflicher Art den IV-Stellen überlassen werden, was seitens des BSV auch so vorgesehen ist. Die Wirkung derartiger Angebote kann durch die IV-Stellen am besten beurteilt werden.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: En effet, il s'agit d'un des rares points où il y a encore une divergence avec le Conseil national, d'autant plus que j'ai vraiment l'impression que le Conseil national peut se rallier à notre version. Il s'agit donc de l'article 27 alinéa 1, mais aussi de l'article 57 alinéa 1 lettre i. On verra ce dernier tout à l'heure, car les deux choses doivent être vues ensemble.

Au fond, le Conseil national voudrait que l'on délègue expressément aux offices AI la tâche supplémentaire qu'il a supprimée à l'article 27 alinéa 1. La version du Conseil fédéral et du Conseil des Etats est meilleure. Tout d'abord, il y a la délégation qui reste possible et qui est même souhaitée sur ce point; elle se fera plus rapidement par une adaptation du règlement.

Mais nous souhaitons également garder à l'article 27 alinéa 1 – c'est la deuxième raison – les établissements et les ateliers qui appliquent des mesures de réadaptation, parce que cela donne la possibilité légale pour le Conseil fédéral de conclure des conventions avec les hôpitaux et les établissements médicosociaux appliquant des mesures médicales, puisque ceux-ci sont considérés comme des «établissements». En conséquence, nous avons l'impression que la volonté du Conseil national est intégrée dans notre proposition qui, elle, permet davantage de marge de manoeuvre. C'est pour cette raison qu'il faut en effet maintenir la version du Conseil fédéral. Nous vous remercions de suivre votre commission.

*Angenommen – Adopté***Art. 42quater Abs. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 42quater al. 3***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 42sexies Abs. 2***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 42sexies al. 2***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Der Nationalrat hat hier eigentlich ohne inhaltliche Änderung eine andere Formulierung gewählt, indem er die negative Formulierung des Bundesrates in eine positive Formulierung umgewandelt hat. Die Kommission schloss sich dieser Rechtsetzung an. Dabei ist insbesondere festzuhalten, dass Empfängern von Assistenzbeiträgen im Falle eines temporären Spitalaufenthaltes die vereinbarten Entschädigungen nicht gekürzt werden. Sollte jedoch ein längerer Spitalaufenthalt notwendig sein, so könnte eine Kürzung unter Berücksichtigung von Kündigungsmöglichkeiten bei vertraglich vereinbarten Arbeitsverhältnissen vorgenommen werden.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: A part le fait que le Conseil fédéral ne vise jamais des «negative Formulierungen», je n'ai pas de remarque.

*Angenommen – Adopté***Art. 57***Antrag der Kommission**Abs. 1 Bst. i*

Streichen

*Abs. 1 Bst. j*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 4*

Streichen

**Art. 57***Proposition de la commission**Al. 1 let. i*

Biffer

*Al. 1 let. j*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 4*

Biffer

**Präsident (Inderkum Hansheiri, Präsident)**: Der Berichterstatter hat im Zusammenhang mit Artikel 27 Absatz 1 auf diese Bestimmung hingewiesen.

*Angenommen – Adopté***Art. 66c***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Dieser Artikel wurde im Nationalrat neu eingeführt und stammt aus dem Paket Via sicura, dem Handlungsprogramm für mehr Sicherheit im Strassenverkehr. Es handelt sich also um eine Rechtsgrundlage für eine prophylaktische Massnahme zugunsten der Sicherheit im Strassenverkehr. Unsere Kommission hat dieser neuen Bestimmung ohne Diskussion zugestimmt.

*Angenommen – Adopté***Art. 68quinquies Abs. 3***Neuer Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 68quinquies al. 3***Nouvelle proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Präsident** (Inderkum Hansheiri, Präsident): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie betreffend diesen Antrag eine Ergänzung zur Fahne erhalten haben.

**Kuprecht Alex** (V, SZ), für die Kommission: Entgegen den sonst üblichen Gepflogenheiten müssen wir hier und heute auf etwas zurückkommen, das im Prinzip keine Differenz mehr darstellt. Aufgrund der Intervention eines Bürgers hat die Kommission mit dem Einverständnis der Schwesterkommission anlässlich ihrer letzten Sitzung die Frage des Rückgriffs auf eine zu reintegrierende Person nochmals geprüft und sich vergewissert, was eigentlich das Ziel dieser Haftungsbestimmung war. Im bundesrätlichen Entwurf war das Rückgriffsrecht dann vorgesehen, wenn die Person einen Schaden vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht hat. Unsere Kommission nahm eine wesentliche Verschärfung vor, indem dieses Rückgriffsrecht bereits bei schuldhafter Verursachung besteht. Die Vorsätzlichkeit und die Grobfahrlässigkeit wurden also durch die leichte Fahrlässigkeit ergänzt, und damit wurde das Rückgriffsrecht zum Nachteil der gesamten Reintegrationsmassnahmen negativ verändert. Ich beantrage Ihnen deshalb namens der Kommission, auf den Beschluss des Ständerates zurückzukommen und sich wieder dem Entwurf des Bundesrates anzuschliessen.

*Angenommen gemäss neuem Antrag der Kommission  
Adopté selon la nouvelle proposition de la commission*

#### **Art. 78 Abs. 5**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### **Art. 78 al. 5**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Kuprecht Alex** (V, SZ), für die Kommission: Hier geht es im Grundsatz um den Bundesbeitrag an die IV. Der Nationalrat hat sich dem Bundesrat und unserem Rat mit einer ergänzend wirkenden Ausnahme angeschlossen. In Absatz 5 wird umschrieben, dass der Bundesbeitrag die Hälfte der Ausgaben der Versicherung beträgt. Hier geht nun der Nationalrat einen Schritt weiter und legt eine Untergrenze des Bundesbeitrages von 37,7 Prozent fest, wovon der Beitrag an die Hilflosenentschädigung nach Artikel 77 Absatz 2 abgezogen wird.

Ihre Kommission hat sich diesem Zusatz angeschlossen, handelt es sich doch im Prinzip um die Regelung gemäss Artikel 78 Absatz 1 des geltendes Rechtes.

*Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. II**

*Antrag der Mehrheit*

*Bst. a Titel, Abs. 1, 5*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag der Minderheit*

(Fetz, Altherr, Frick, Maury Pasquier)

*Bst. a Abs. 1*

... Änderung überprüft. Der Bundesrat zählt die damit erfassten Diagnosen in Übereinstimmung mit der entsprechenden Bundesgerichtspraxis auf. Sind ...

*Antrag Janiak*

*Bst. a Abs. 5*

Streichen

#### **Ch. II**

*Proposition de la majorité*

*Let. a titre, al. 1, 5*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition de la minorité*

(Fetz, Altherr, Frick, Maury Pasquier)

*Let. a al. 1*

... la présente modification. Le Conseil fédéral dresse une liste des diagnostics visés selon la pratique usuelle du Tribunal fédéral. Si les conditions ...

*Proposition Janiak*

*Let. a al. 5*

Biffer

*Bst. a Titel, Abs. 1 – Let. a titre, al. 1*

**Kuprecht Alex** (V, SZ), für die Kommission: Unter Buchstabe a hat der Nationalrat in Bezug auf die nichterklärbaren Schmerzzustände eine andere Formulierung gewählt, unsere Kommission hat sich dem Nationalrat mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angeschlossen. Es handelt sich hier zwar um eine Formulierung, die man fast nicht aussprechen kann, wie das für Laien bei medizinischen Fachbegriffen meistens der Fall ist, aber das Bundesgericht hat sich in einem Grundsatzentscheid zu dieser Problematik erst kürzlich dieser Terminologie bedient. Am Ziel des Absatzes, nämlich entsprechende Renten überprüfen zu können, ändert das jedoch nichts, einzig für die Ärzte bedeutet diese Formulierung eine bewusst gewollte Einschränkung in der Diagnoseerhebung. Ich gehe davon aus, dass der Herr Bundesrat noch explizit erwähnen wird, welche Krankheiten hier dann eben nicht gemeint sind.

**Fetz Anita** (S, BS): Hier bei den Schlussbestimmungen geht es darum, welche Renten innerhalb der vorgesehenen drei Jahre überprüft werden müssen, und zwar sind es solche, die bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage gesprochen wurden. Ich vermute, Sie wissen genauso wenig wie ich, was das genau ist. Wir müssen es nicht wissen, aber Mediziner müssen es wissen. Ich habe mehrere Personen, die unter anderem dann auch solche Fälle beurteilen, gefragt, und es sind riesige Unterschiede herausgekommen, was darunter verstanden wird. Es ist sehr wichtig, genau zu formulieren, was man hier meint, denn die Gefahr ist gross, dass sehr viele psychiatrische Diagnosen darunter subsumiert werden können. Ich habe unterdessen auch Beiträge von mehreren Juristen gelesen, die das bestätigen. Hier ist man offenbar nicht so einer Meinung, wie uns das in der Kommission geschildert worden ist. Ich erinnere mich daran, dass Bundesrat Burkhalter während der Debatte im Nationalrat die Negativliste aufgeführt hat, also alles, was nicht gemeint ist, und auch das hat zur Klärung nicht beigetragen. Deshalb meint die Kommissionsminderheit, dass es zwingend sei, dass diese Krankheiten genauer definiert werden, und sie will dem Bundesrat die Kompetenz geben, diese Krankheiten in einer Verordnung genau aufzulisten. Das hat auch den Vorteil, dass die IV-Stellen, die das nachher beurteilen müssen, genaue Listen haben und dass auch Gerichte, die nachher allfällige Streitfälle zu schlichten haben, wissen, welche Krankheiten genau gemeint sind. Zudem hat der Ordnungsweg den Vorteil, dass diese Liste der Krankheiten sofort ergänzt werden kann, sobald neue Erkenntnisse da sind.

Ich bitte Sie sehr, hier dem Antrag der Minderheit zuzustimmen, denn es ist wirklich eine sehr grosse Verantwortung, hier zu entscheiden, welche dieser Krankheiten keine organische Ursache haben und welche überwindbar sind – darum geht es ja bei all diesen psychischen Krankheiten und Schmerzzuständen, die hier vor allem gemeint sind.

**Kuprecht Alex** (V, SZ), für die Kommission: Ich habe es bereits zu Beginn gesagt: Dies ist die einzige Mehrheits-Minderheits-Situation, die wir bei dieser Differenzbereinigung haben. Die Minderheit verlangt vom Bundesrat, dass er eine Auflistung derjenigen Diagnosen macht, die zu einer Rentenüberprüfung führen; sie schlägt also de facto eine Art Positivliste, eine in sich abgeschlossene Aufzählung, vor. Die

Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass eine abschliessende – ich betone: eine abschliessende – Aufzählung, die eine Positivliste nun halt einmal ist, nicht vorgenommen werden sollte. Es würde die Gefahr bestehen, dass mögliche neue Diagnosen oder Bezeichnungen, auch wenn sie einen kausalen Zusammenhang mit Diagnosen auf der Positivliste haben, mangels Aufführung auf ebendieser Liste nicht zu einem Anspruch führen könnten. Die im Grundsatz von der Minderheit angestrebte Erhöhung der Rechtssicherheit hätte somit einen Pferdefuss, denn diese Liste würde zu einer unerwünschten Verminderung der Rechtssicherheit führen.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Minderheit abzulehnen und sich der Mehrheit anzuschliessen. Ich gehe davon aus, dass sich Herr Bundesrat Burkhalter zuhanden der Materialien noch dazu äussern wird. Es geht darum, Krankheiten mit Beschwerdebildern, die mit diesem Absatz eben gerade nicht gemeint sind, in den Materialien zu erwähnen.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zu folgen und für Klarheit zu sorgen.

**Maury Pasquier** (Liliane, S, GE): Pour ma part, vous l'avez vu, je soutiens la minorité de la commission. En effet, la formulation de la disposition finale telle qu'adoptée par le Conseil national est extrêmement large et, de l'avis de plusieurs spécialistes de la médecine et du droit, particulièrement malheureuse. Ce petit amendement pourrait ainsi avoir de grandes conséquences pour l'ensemble des personnes au bénéfice d'une rente, en raison de maladies dont l'origine, l'évolution et les symptômes ne sont pas clairs et qui ne sont pas mesurables à l'aide des tests cliniques existants. Parmi elles, les personnes souffrant de maladies psychiatriques non «objectivement surmontables» risquent de voir leur rente réexaminée et éventuellement réduite, voire supprimée. Cette formulation ouverte laisse en effet une importante latitude d'interprétation qui risque de produire des effets non voulus par le législateur.

Au cours des débats au Conseil national, ainsi qu'en commission, vous avez, Monsieur le conseiller fédéral, mentionné à plusieurs reprises quelques pathologies qui ne seront pas concernées par cette définition, comme la schizophrénie, la dépression et les troubles bipolaires. Mais il est important de dresser une liste exhaustive, ce qui est plus facile à faire pour les pathologies qui seront concernées par cette définition et qui conduiraient donc à un réexamen obligatoire des rentes. Cela permettrait également de garantir que la loi sera mise en oeuvre de la même manière par tous les offices AI à travers toute la Suisse, ce qui me semble particulièrement important pour la sécurité du droit.

La jurisprudence du Tribunal fédéral vise uniquement les troubles somatoformes douloureux persistants et la fibromyalgie. Si notre volonté est de reprendre cette jurisprudence, il faut que le Conseil fédéral limite la marge d'interprétation laissée aux instances bureaucratiques et qu'il dresse une liste claire et complète des diagnostics visés, une liste basée sur les différents arrêts du Tribunal fédéral.

Contrairement à la crainte exprimée à l'instant par le rapporteur de la commission, il ne s'agit donc pas de rajouter des maladies ou des diagnostics nouveaux, puisque nous avons, avec la disposition finale, à examiner des rentes déjà accordées par le passé. Il est donc clairement établi qu'elles sont le fait de maladies qui pourraient figurer ou non dans cette liste. Mais justement, l'élaboration d'une liste permet de donner la clarté et la sécurité du droit. Cette sécurité du droit n'est pas garantie par le caractère indéterminé de cette disposition, qui viole par là même la sécurité existentielle des bénéficiaires de rentes concernés, qui tremblent de se voir désigner demain comme de «faux invalides».

Ce sont les raisons pour lesquelles je vous invite à soutenir la proposition de la minorité Fetz.

**Forster-Vannini** (Erika, RL, SG): Neu ist ja, dass gemäss Buchstabe a diejenigen Renten überprüft werden sollen, bei denen kein etablierter Nachweis für eine Diagnose besteht. Es geht also um ganz spezifische Krankheitsbilder. Die klassischen psychiatrischen Störungen fallen nicht darunter; das

wurde von Herrn Bundesrat Burkhalter sowohl im Nationalrat wie auch in der Kommission unmissverständlich dargelegt; ich gehe davon aus, dass Sie das auch in diesem Rat wieder tun werden.

Damit aber den verschiedensten Befürchtungen Rechnung getragen werden kann, ist eine saubere Legiferierung massgebend. Wichtig ist meines Erachtens in diesem Zusammenhang, dass seitens des Bundesrates auf Verordnungsebene klar konkretisiert wird, wie anwendende IV-Organen vorzugehen haben. Der Bundesrat ist auch gefordert – das hat der Kommissionsprecher schon gesagt –, die Verordnung aufgrund neuer Erkenntnisse immer wieder zu konkretisieren. Ob dies dann eine Positivliste ist, wie das die Minderheit will, oder eine Negativliste, ist für mich eigentlich sekundär. Wichtig ist eben, dass der Vertrauensschutz und dass die Rechtssicherheit gewahrt werden.

Deshalb habe ich mich in der Kommission der Mehrheit angeschlossen. Ich gehe aber davon aus, Herr Bundesrat, dass Sie hier noch einmal erklären, dass Sie bereit sind, in der Verordnung eine Positiv- oder Negativliste zu machen. Wenn nicht, werde ich mich der Minderheit anschliessen.

**David Eugen** (CEg, SG): Ich glaube, es muss klar gesagt und diskutiert werden, was diese Bestimmung überhaupt will. Diese Bestimmung will eine gewisse Prioritätenordnung setzen, wie die IV-Stellen bei der Überprüfung des Rentenbestandes vorgehen sollen. Ich glaube, wenn der Gesetzgeber von den IV-Stellen eine Überprüfung erwartet – die Überprüfung ist ja jetzt schon im Gesetz vorgesehen, man kann seit je IV-Renten revidieren –, ist er aufgefordert, ihnen die Art dieser Revision etwas vorzugeben, ihnen vorzugeben, wie sie bei der Revision die Prioritäten setzen sollen.

Was mit dieser Bestimmung überhaupt nicht gesagt wird, ist, ob ein Rentenanspruch besteht oder nicht. Das ist vorne in Artikel 28 geregelt. Dort ist der Rentenanspruch geregelt, und an diesen Artikel müssen sich die IV-Stellen und nachher auch die Gerichte halten. Die Bestimmung, die wir hier behandeln, bedeutet nachher auch keinen Vorentscheid. Wenn es um den Rentenentscheid geht, sind die IV-Stelle und auch die Ärzte, die dort aktiv sind, in der Pflicht, klar nach jenen Vorschriften zu befinden, ob jetzt ein Anspruch besteht oder nicht. Hier wird aber eine gewisse Ordnung vorgesehen, wie die IV-Stellen vorzugehen haben. Bei einer Grössenordnung von 280 000 oder 300 000 Rentenbezügern ist es ja nicht möglich, den IV-Stellen zu sagen, es müssten alle Renten überprüft werden. Sie müssen eine gewisse Vorgabe haben.

Wenn ich jetzt diese Vorgabe an die IV-Stellen lese, wie sie vorgehen sollen, wenn es um die Überprüfung geht, stelle ich fest, dass die Formulierung für mich richtig ist. Denn sie besagt – das ist für mich das Hauptelement –, es müssten die unklaren Beschwerdebilder sein, hier im Speziellen die unklaren Beschwerdebilder im psychischen Bereich. Die andere Gruppe wären dann ja die klaren Beschwerdebilder. Wenn wir also nichts darüber sagen würden, dass wir die unklaren Beschwerdebilder zuerst haben wollen, dann würden – das müsste man einbeziehen – ja auch die klaren Beschwerdebilder in der Prioritätenordnung oben angesiedelt. Gerade das wollen wir nicht. Wir wollen die klaren psychischen Beschwerdebilder nicht in die Rentenrevision einbeziehen, jedenfalls nicht prioritär. Das finde ich genau den richtigen Ansatz. Man muss dort ansetzen, wo keine Klarheit besteht. Da sollen und dürfen die IV-Stellen die Prüfung ansetzen. Das zweite Element neben einem unklaren Beschwerdebild ist, dass es keine nachweisbare organische Grundlage hat.

Diese beiden Elemente unterstütze ich, und ich finde sie richtig. Dazu kommt, dass das auch das Bundesgericht aufgrund vieler Einzelfälle genau so festgelegt hat. Das Bundesgericht hat genau diese Formel gewählt, um die Unterscheidung zu treffen. Von daher gesehen finde ich es falsch, wenn der Gesetzgeber andere Regeln beschliesst als die jetzt vom Bundesgericht eingeführten Abgrenzungsregeln. Das würde nach meiner Meinung gerade das, was die Minderheit möchte, nämlich die Rechtssicherheit, gefährden. Es

würde Rechtsunsicherheit schaffen: Warum besteht ein Unterschied zwischen der bundesgerichtlichen Praxis und der Rechtsetzung, die wir hier machen, und was bedeutet er? Es gibt keine sachlichen Gründe dafür, hier andere Regeln zu beschliessen.

Ich unterstütze aber das Anliegen, das auch Frau Forster aufgebracht hat, dass man nämlich dem Bundesrat sagt, er solle für die IV-Stellen weitere Regeln entwickeln. Wenn sich auf der diagnostischen Seite klare Vorstellungen ergeben, dann kann man das schrittweise in einer Verordnung verankern, damit immer mehr Klarheit besteht, wie dieser Überprüfungsvorgang stattfinden soll. Was aber der Bundesrat nicht tun darf, das ist auch ganz klar: Der Bundesrat darf hier nicht quasi in einem Vorentscheid Rentenentscheide fällen; die Rentenentscheide fallen nicht bei der Festlegung des Überprüfungsrasters. Der Überprüfungsraster soll aber einigermassen verständlich sein, er soll auf objektiven Gründen beruhen, und er soll den IV-Stellen eine klare Richtung vorgeben.

In diesem Sinne, finde ich, ist diese Lösung richtig. Der Bundesrat soll sie nachher schrittweise verfeinern; er hat ja die Verordnungskompetenz. Nach meiner Meinung wäre aber die Vorstellung falsch, man könne jetzt gerade eine Liste kreieren und dann am Tag X, wenn das in Kraft tritt, stehe diese Liste. Wir werden dann den genau gleichen Streit erleben. Die Frage, ob diese Liste richtig oder falsch sei, kann man nicht in genereller Form entscheiden, sondern man muss sich hier an den Grundsätzen, die in dieser Gesetzesvorschrift enthalten sind, orientieren.

Darum bitte ich Sie, diesen Weg gemäss Mehrheit zu wählen.

**Gutzwiller Felix (RL, ZH):** Ich stimme mit meinem Vorredner überein, dass es hier darum geht, gewisse Leitplanken festzulegen, die aber, wie das auch gesagt worden ist, nachher auf der Ebene der IV-Stellen ausgelegt werden müssen. Ich stimme mit dem Vorredner nicht ganz überein, dass diese Leitplanken wirklich genügen. Ich glaube, man sieht sich an der Beunruhigung der Betroffenen, dass diese Leitplanken vielleicht spezifiziert werden sollten.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Begriffe im Text, auf diese etwas enigmatisch anmutende Formulierung «bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage». Es scheint mir adäquat, dass man hier den gleichen – ebenfalls fragwürdigen, aber immerhin gleichen – Begriff wählt wie das Bundesgericht. Würden wir nämlich eine andere Begrifflichkeit einführen, würde die Interpretationsbreite vermutlich noch grösser.

Was heisst der jetzige Text? Es lohnt sich vielleicht, ihn kurz einzudeutschen. Nach mir heisst er, dass bei dieser Überprüfung zwei Dinge erfüllt sein müssen: erstens, dass keine klare ursächliche Situation da ist, dass es also keine klar erkennbare Ursache für die Krankheit gibt, und zweitens, dass es keine organische Grundlage gibt. Es scheint mir wichtig klarzumachen, dass diese beiden Kriterien kumulativ gemeint sind. Das wurde bisher nämlich vielleicht zu wenig unterstrichen und ist wohl geeignet, einen Teil der Bedenken auszuräumen. Die Kriterien müssen kumulativ gemeint sein. Ich gebe ein Beispiel: Es gibt in der Schweiz etwa 100 000 Menschen mit Behinderungen wegen Hirnverletzungen, sogenannte Hirnverletzte. Die Ursache kann Hirnschlag, Hirnblutung, Verletzung oder Gewalt sein. In gewissen Fällen, in mittelschweren Fällen, fehlt trotz der Hirnverletzung die «organisch nachweisbare Grundlage». Es gibt auch eine gewisse Dynamik: Manchmal gibt es keine organisch nachvollziehbare Grundlage mehr; das heisst, das Bild kann sich nach zwei, drei, vier Jahren ändern. Nur wenn wir diese Formulierung kumulativ verstehen, kann man sagen: Weil ja eine Hirnverletzung dokumentiert ist, ist es klar, dass auch dann, wenn keine organische Grundlage für die Rente mehr vorhanden ist, es nicht angeht, diese Rente zu überprüfen, weil ja eben ihre Pathogenese, sprich ihre Ursächlichkeit, genau etabliert wäre. Aber das Beispiel zeigt vielleicht, dass es eben doch einen Ermessensspielraum gibt, der dort zur

Beunruhigung geführt hat, wo die Situation vielleicht noch unklarer ist als bei Hirnverletzten. Das ist der Fall bei gewissen psychischen Störungen, die hier ebenfalls betroffen sein könnten.

Deshalb ist mir letztlich auch nicht ganz einsichtig, weshalb man nicht den Versuch macht – auf Verordnungsebene selbstverständlich, nicht im Gesetz –, zumindest das zu präzisieren. Ich habe das ja auch in der Kommission eingebracht. Ich habe auch in Erwägung gezogen, ob man nicht eher eine Negativliste als eine Positivliste machen sollte. Das ist vielleicht sekundär. Aber ich denke schon, dass in einem derart wichtigen Bereich eben der Versuch gemacht werden sollte, genauer zu definieren, was hier gemeint ist. Das führt zu dem, was auch der Kommissionspräsident gesagt hat: Wenn neue Diagnosen anstehen, die in diese Kategorie gehören, dann können die Renten nicht einfach so, sozusagen aufgrund eines Verwaltungsaktes, überprüft werden. Damit, dass das eben eine Auseinandersetzung auf der Ebene der Verordnung braucht, ist hier eine gewisse Barriere eingebaut.

Ich muss sagen, dass ich in der Kommission keine sehr guten Argumente gehört habe, weshalb man das nicht auf der Ebene der Verordnung versuchen sollte. Ich habe mich denn auch der Stimme enthalten und werde mich jetzt je nachdem, wie befriedigend die Antworten ausfallen, der Minderheit Fetz anschliessen oder mich allenfalls von der Mehrheit überzeugen lassen.

**Recordon Luc (G, VD):** Je crois que nous avons entendu maintenant d'excellents arguments qui plaident pour une certaine clarté médicale et une certaine clarté juridique. Il faut savoir ce dont nous voulons parler, ne serait-ce que pour appliquer sereinement et sans querelle cette loi et que les gens sachent à quoi s'en tenir. Mais je voudrais insister sur un point où se rejoignent à mon avis des motifs d'humanité et d'efficacité pour, en effet, approuver la proposition de la minorité Fetz.

Il faut savoir, et nous ne l'ignorons pas d'ailleurs, qu'un très grand nombre de cas qui peuvent être visés par cette situation et qui sont de plus en plus importants dans l'assurance-invalidité sont les maladies psychiques et que bien entendu, assez logiquement, ce domaine est plus difficile à saisir, à définir et à catégoriser que les autres. Il y a donc déjà par nature un certain manque de clarté. Or, cette révision, qui est dure sur ce point en particulier, qui remet en question des rentes existantes, est particulièrement négative pour les personnes affectées de maladies psychiques parce que, d'une certaine façon, l'incertitude crée une mise sous pression qui aggrave leur état. On pourrait alors arriver à un effet absolument détestable tant sur le plan humain que sur celui de l'efficacité. En effet, avec une norme trop incertaine, nous risquons d'aggraver – voire à créer – des pathologies existantes, qui ne sont pas pour l'instant des cas soumis à l'AI. Nous pourrions donc d'une certaine manière rendre les gens plus malades et faire subir à l'AI un poids plus lourd du fait de ces situations. Ce serait véritablement complètement contre-productif et inhumain. Donc, on devrait pouvoir faire un petit effort de clarification. On ne peut pas, évidemment, résoudre tous les problèmes, tant s'en faut, avec cette proposition de minorité. Je ne m'en promets pas des miracles, mais elle est pleine de bon sens parce qu'elle permet une certaine clarification.

Je vous invite donc à soutenir la proposition de la minorité Fetz.

**Burkhalter Didier, conseiller fédéral:** Tout comme au Conseil national et en commission, il est nécessaire d'expliquer ici l'ensemble de la situation, et pas seulement quelles directives on donne aux offices AI – ce qui est évident. Toute l'intervention de Monsieur David est parfaitement dans la ligne de ce qu'on souhaite faire; il a parfaitement compris ce que recouvre cette disposition.

Mais avant de parler de liste ou pas et d'estimer s'il est absolument nécessaire d'établir une liste ou pas, il faut bien comprendre la situation générale et les conséquences de cette

disposition. L'objectif de cette disposition finale est que la législation en vigueur pour l'examen du droit à la rente s'applique également aux rentes en cours pour que, en quelque sorte, il n'y ait pas de différences entre les «époques». Il ne s'agit pas d'une nouveauté dans l'assurance-invalidité, comme on l'a d'abord cru au Conseil national. La pratique du Tribunal fédéral depuis 2004 sur cette question, qui a fixé à quelles conditions une incapacité de gain justifiait le droit à une rente AI, a été inscrite dans la législation dans le cadre de la 5e révision, à l'article 7 alinéa 2 de loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales (LPGA). Il était déjà prévu à l'époque que cette disposition s'applique tant aux nouvelles rentes qu'aux rentes en cours.

Dans des arrêts de l'année 2009, le Tribunal fédéral a en revanche estimé que l'article 7 alinéa 2 LPGA ne constituait pas une base légale suffisante pour adapter les rentes en cours. Par ailleurs, le Tribunal fédéral précisait: «Dans une telle constellation, il appartiendrait au législateur de prévoir l'examen et, le cas échéant, l'adaptation des rentes en cours – y compris les éventuelles mesures d'accompagnement – et d'en déterminer les conditions, s'il le jugeait approprié.» (ATF 135 V 215) C'est donc précisément ce que prévoit cette révision 6a qui crée la base légale nécessaire pour le réexamen et l'adaptation éventuelle des rentes en cours et qui fixe une série de mesures d'accompagnement nécessaires, pour des raisons de sécurité du droit et de protection de la bonne foi, comme vous l'avez souhaité. C'est précisément ce que nous faisons avec cette législation.

Ici, il s'agit bien d'un réexamen. Il s'agit de savoir quelles rentes et, si on les réexamine, de savoir ce qu'il advient de ces rentes. Un réexamen et, le cas échéant, une adaptation des rentes en cours s'imposent pour une question d'équité et d'égalité de traitement. Il s'agit de traiter les personnes qui souffrent d'affections identiques de la même manière, c'est-à-dire de ne pas se retrouver dans une situation où l'on aurait, par exemple, une personne qui touche une rente pendant vingt ans, alors qu'une autre n'en touche pas et qu'elle a la même situation de base, et ce parce qu'elle s'est adressée à l'assurance-invalidité juste quelques mois plus tard. Cela, c'est le principe.

J'en arrive maintenant à la question des modalités. Les personnes concernées ont perçu leur rente jusqu'à ce jour de façon légitime. Il faut donc en tenir compte de manière appropriée lors du réexamen de la rente. Les principes de la sécurité du droit et de la protection de la bonne foi revêtent à l'évidence une grande importance ici, et le Conseil fédéral en est parfaitement conscient.

C'est la raison pour laquelle la révision prévoit dans les dispositions finales une réglementation des cas de rigueur à travers tout un dispositif. D'abord, les rentiers concernés auront droit à des mesures de nouvelle réadaptation pendant deux ans après la réduction ou la suppression de la rente et la poursuite du versement de la rente pendant deux ans est garantie. Par ailleurs, pour les personnes de 55 ans et plus, comme pour celles qui touchent une rente depuis plus de quinze ans, le droit à la rente est garanti, car les chances de réadaptation sur le marché du travail dans ces cas sont évidemment plus faibles.

En ce qui concerne la mise en oeuvre de cette mesure, il est capital que chaque cas soit examiné avec soin. Cela est aussi un point important. Chaque personne et chaque cas sont importants. La possibilité de se réintégrer ou pas diffère selon les personnes, et le rôle des offices AI est de procéder à cet examen au cas par cas. Le réexamen peut également déboucher sur l'octroi d'une rente partielle en lieu et place d'une rente entière, ce qui peut aussi être une bonne chose pour l'assuré dans certains cas: il se réintègre progressivement.

Dans cet esprit, la disposition finale prévoit un réexamen des rentes en cours et non une suppression pure et simple de celles-ci. Il n'est pas question de parler de nouveau, comme vous l'avez dit, de «Scheininvaliden» ou de je ne sais quoi. Il s'agit de réexaminer de manière prioritaire chaque cas. Pour qu'une rente soit réduite ou supprimée, il faudra que les conditions de suppression soient remplies au moment du réexa-

men, que la réduction ou la suppression soit conforme au principe de la proportionnalité et que la personne ne bénéficie pas de la garantie des droits acquis, ce dont j'ai parlé auparavant pour les personnes de 55 ans et plus ou pour les personnes ayant une rente depuis plus de quinze ans.

Le Conseil national a en effet modifié la disposition: il a procédé, avec l'accord du Conseil fédéral, à deux adaptations du projet par rapport au projet initial du Conseil fédéral; il a reformulé la disposition; il a supprimé la date du 1er janvier 2008. Ces modifications ont été discutées en détail avec votre commission. Nous vous prions de les accepter pour les raisons suivantes.

J'aborde en premier la question de la nouvelle formulation. Celle-ci stipule le réexamen des «rentes octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique». Cette formulation reprend telle quelle la terminologie employée par le Tribunal fédéral dans son arrêt le plus récent sur la question, au mois d'août 2010 (ATF 136 V 279).

Qu'est-ce que cela signifie? Cela signifie que les maladies concernées sont celles dont les origines, l'évolution et les symptômes ne sont pas clairs, les maladies qui ne sont pas mesurables à l'aide des tests cliniques existants. Concrètement, il s'agit des maladies pour lesquelles le médecin ne peut établir son diagnostic que sur la base des déclarations forcément subjectives du patient. Ce sont fréquemment des «spécialités nationales», voire locales, c'est-à-dire des maladies qui ne semblent exister qu'en Suisse ou dans une région définie du pays. C'est le cas du syndrome de fatigue chronique, de la fibromyalgie et du coup du lapin.

En revanche, ne sont pas – et ne seront jamais – concernées par cet article les maladies telles que la dépression, les troubles de la personnalité, la schizophrénie ou les troubles alimentaires, qui sont établis au moyen d'exams cliniques, en l'occurrence d'exams psychiatriques.

Cette formulation est nécessaire. Elle permet de mettre l'accent sur les critères et sur le réexamen, considérés sous l'angle du droit des assurances plutôt que sous celui de certains tableaux cliniques. Voilà ce qui est important: que l'on puisse clairement mettre les critères du réexamen dans la loi, et non pas qu'on favorise certains tableaux cliniques par rapport à d'autres. Le but est à nouveau l'équité: il faut – comme l'a précisé le Tribunal fédéral dans un arrêt récent – que des pathologies similaires donnent lieu à un examen similaire. Il est donc nécessaire que tous les syndromes sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique soient traités de manière identique du point de vue du droit des assurances sociales.

Un examen au cas par cas doit ensuite établir si le syndrome a ou n'a pas un effet invalidant. Cela constitue une autre étape. Donc, dans la loi, on définit clairement les critères, et ensuite il y a l'examen au cas par cas, qui se fait évidemment sur la base de la législation existante, c'est-à-dire – comme l'a aussi rappelé Monsieur David tout à l'heure – les articles 7 et 8 LPGA, l'article 28 LAI et la jurisprudence.

Certains, au Conseil national en particulier, mais ici aussi, craignent que cette formulation conduise – je les cite – à «exclure les maladies psychiques comme les troubles de la personnalité, les douleurs chroniques, les syndromes post-traumatiques ou les séquelles d'accidents». Cette crainte est injustifiée. La formulation du Tribunal fédéral n'élargit pas la définition actuelle, mais la précise. Sur ce point, j'ai eu de la peine à comprendre Madame Forster tout à l'heure, parce que vous aviez sauf erreur accepté la première version du Conseil fédéral au cours du premier débat, avec la formulation de «pathologies similaires». C'était vraisemblablement la notion la moins claire, et cette formulation n'était ni souhaitée ni souhaitable pour le Tribunal fédéral. Nous estimons aussi qu'il est nécessaire d'être beaucoup plus clairs sur les critères. Ceux-ci ont été définis ainsi par le Tribunal fédéral, et il est très important de les reprendre tels quels de manière à ne pas faire deux versions, entre la jurisprudence du Tribunal fédéral, d'un côté, qui a évolué sur ce point, et le point de vue du législateur, de l'autre. La formulation du Tribunal fédéral précise donc la définition actuelle et ne change par

ailleurs rien au nombre de rentes qui seront réexaminées, soit environ 4500 rentes pondérées, car toutes les affections concernées se trouvaient déjà dans la première version, précisément sous la catégorie moins précise de «pathologies similaires».

Comme je viens de le mentionner, il ne s'agit en aucun cas d'exclure l'ensemble des maladies psychiques. Toutes celles qui peuvent être clairement établies au moyen d'examen cliniques, c'est-à-dire d'examen psychiatriques en l'occurrence, ne sont pas concernées. Et je les citerai à nouveau, afin que ce soit clair: la dépression, la schizophrénie, les psychoses – comme les troubles compulsifs –, les troubles alimentaires et les troubles de la personnalité. Bref, chaque fois que vous avez la possibilité de démontrer par un examen clinique la présence de ces maladies, celles-ci ne sont pas concernées, elles ne tombent pas sous le coup de cette disposition.

De plus – je le répète également – les rentes ne sont pas purement et simplement supprimées, comme elles ne sont d'ailleurs pas purement et simplement octroyées: elles seront réexaminées de manière à estimer, du point de vue du principe actuel de l'assurance sociale, si la personne est, malgré sa pathologie, en mesure de travailler ou non et, si oui, dans quelle mesure.

La nouvelle formulation permet de tenir compte de la précision qui a été apportée par le Tribunal fédéral en août dernier. Elle permet aussi d'éviter une énumération qui risquerait de ne pas être exhaustive et elle supprime la marge d'interprétation de l'expression «pathologies similaires» employée dans le projet du Conseil fédéral, dont j'ai parlé tout à l'heure et qui ouvrirait trop grand la porte à des inégalités de traitement. Il faut donc renoncer à une énumération des diagnostics comme l'envisage la minorité. L'objectif de la nouvelle formulation est justement d'éviter toute discrimination à l'égard de certains tableaux cliniques, en laissant le critère de base dans la loi et en laissant l'évolution se faire en fonction des décisions qui seront prises dans ces domaines.

J'en viens maintenant à la deuxième modification: la suppression de la date du 1er janvier 2008. Cette date doit être supprimée pour une série de raisons. La modification de l'article 7 alinéa 2 de la loi fédérale sur la partie générale du droit des assurances sociales a été introduite lors de la 5e révision, à savoir le 1er janvier 2008 précisément. Lors de l'élaboration de la disposition finale, on est parti du principe que plus aucune nouvelle rente ne serait octroyée pour les tableaux cliniques concernés objectivement surmontables, à savoir les troubles somatoformes douloureux, la fibromyalgie et les dites pathologies similaires. C'est la raison pour laquelle cette date a été inscrite à l'époque dans le texte. Cependant, le Tribunal fédéral a établi que les cas de type coup du lapin (Schleudertrauma) devaient être considérés comme des pathologies similaires; c'est le fameux arrêt du 30 août 2010 (ATF 136 V 279). Il est donc possible que de nouvelles rentes aient été octroyées après le 1er janvier 2008 pour des cas de coup du lapin, sans que l'assurance-invalidité ait examiné le respect des conditions fixées à l'article 7 alinéa 2 LPGA. En supprimant la date, on prévoit clairement que toutes les rentes en cours octroyées en raison d'un syndrome sans pathogenèse ni étiologie claires et sans constat de déficit organique doivent être contrôlées, même celles accordées à la suite d'un coup du lapin après le 1er janvier 2008.

Nous vous demandons donc de suivre là aussi votre commission, de supprimer cette date et de voter pour la proposition de la majorité.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 17 Stimmen

*Bst. a Abs. 5 – Let. a al. 5*

**Janiak** Claude (S, BL): Es ist aussergewöhnlich, dass jemand, der nicht der Kommission angehört, bei einer derart komplexen Geschichte einen Antrag stellt. Ich habe hier

keine speziellen Interessen offenzulegen. Immerhin war ich während siebzehn Jahren Jurist der Invalidenkommission meines Kantons, bin mit der Materie also doch einigermaßen vertraut.

Gemäss Absatz 5 sollen Änderungen von IV-Rentenansprüchen nach Litera a der Schlussbestimmungen keine Anpassung von Rentenansprüchen gemäss UVG und auch keine anderen Ausgleichsansprüche der Versicherten bewirken. Wenn Sie diesen Text lesen und da allein schon von der Sprache her drauskommen, dann ist das schon mal viel. Es ist hier von «anderen Ausgleichsansprüchen» die Rede. Welcher Art diese Ansprüche sind, wird nicht gesagt, und um welche Auswirkungen es geht, ebenso wenig. Es sollen Personen, deren Rente aufgrund von Absatz 1 herabgesetzt oder aufgehoben wird, keine Ausgleichsansprüche mehr haben. Wie gesagt, die Auswirkungen sind unklar, meines Erachtens ist das auch nicht genügend geprüft worden.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, und zwar von der Dachorganisationenkonferenz der privaten Behindertenhilfe, aber auch von Fachleuten, die sich mit der IV beschäftigen, dass diese Bestimmung absurde Folgen haben kann und zu Ungleichbehandlungen führen kann, beispielsweise zur Ungleichbehandlung von Menschen mit Teilinvalidität aufgrund eines Unfalls. Die Höhe der Rente aus der Unfallversicherung wäre demnach unterschiedlich, je nachdem, ob die Teilinvalidität zu Beginn eines Rentenabklärungsverfahrens oder im Rahmen einer Rentenrevision, gestützt auf eben die Revision, die wir hier vor uns haben, anerkannt wurde. So stünde beispielsweise eine verunfallte Person, deren Invalidität infolge dieser Revision von 100 Prozent auf 50 Prozent herabgesetzt würde, schlechter da, als wenn sie von Anfang an als zu 50 Prozent invalid anerkannt worden wäre.

Erlauben Sie mir, dies an einem Fall darzulegen – ich gehe immer von einem massgebenden Einkommen von 4000 Franken aus –: Frau X verunfallt und hat Anspruch auf eine ganze IV-Rente – ich nehme hier 1800 Franken an –, auf eine Kinderrente von 720 Franken sowie auf eine ganze UVG-Rente von 3200 Franken, was 80 Prozent des versicherten Verdienstes entspricht. Die Unfallversicherungsrente wird jetzt so weit gekürzt, dass sie zusammen mit den IV-Renten 90 Prozent des versicherten Verdienstes nicht übersteigt, d. h., die UVG-Rente wird auf 1080 Franken gekürzt. Das ist Fall 1.

Fall 2: Frau Y ist zu 50 Prozent invalid und erhält von der IV eine halbe IV-Rente von 900 Franken und eine halbe Kinderrente von 360 Franken und von der Unfallversicherung eine halbe Rente von 1600 Franken. Da die Renten zusammen 90 Prozent des versicherten Verdienstes nicht erreichen, wird hier die Rente der Unfallversicherung nicht gekürzt.

Die Unfallversicherung hat bisher den Verlust des IV-Ersatzeinkommens teilweise ausgeglichen. Wird nun der Invaliditätsgrad von Frau X von 100 auf 50 Prozent herabgesetzt, soll dies mit dem neuen Absatz 5 nicht mehr der Fall sein. Das führt am Schluss dazu, dass bei einer Invalidität von 50 Prozent die Person, die von Anfang an auf 50 Prozent eingestuft wurde, mehr hat als die Person, deren Invaliditätsgrad von 100 auf 50 Prozent gekürzt wurde. Damit schafft man mit diesem Absatz 5 der Schlussbestimmungen Ungleichbehandlungen, welche meines Erachtens nicht zu rechtfertigen sind und die sicher im UVG nicht vorgesehen sind. Besonders stossend mutet an, dass das Hauptargument zur Einführung dieser Schlussbestimmungen angeblich die Gleichbehandlung war.

Die Auswirkungen dieses Absatzes sind unklar. Ich habe mir die Mühe gemacht, das Amtliche Bulletin des Nationalrates zur Behandlung dieses Geschäfts anzuschauen. Zu Absatz 5 hat Herr Kollege Triponez damals in der nationalrätlichen Debatte ausgeführt, man nehme diese Bestimmung auf, «um eine Differenz zum Ständerat zu schaffen, sodass dieser eine fundierte Beurteilung vornehmen kann». (AB 2010 N 2118) Herr Bundesrat Burkhalter hat bestätigt, man müsse seriös überprüfen, worum es sich bei den «anderen Ausgleichsansprüchen» tatsächlich handle. Ich habe freundlicherweise auch noch das Protokoll der Sitzung der Kom-

mission erhalten, und wenn ich dort lese, was die Verwaltung zu diesem Absatz gesagt hat, dann ist das völlig unklar. Es wird einfach gesagt: «In Absatz 5 sind aber auch noch weitere 'Ausgleichsansprüche' aufgeführt; es geht dabei einerseits um den Regress bei den Haftpflichtversicherungen, andererseits um die Ergänzungsleistungen.» Um die Ergänzungsleistungen geht es aber gar nicht, da man ja von der Verfassung her einen Anspruch darauf hat. Die Auswirkungen auf die Fälle, wie ich sie vorhin geschildert habe, sind jedoch völlig offen.

Mich hat ein befreundeter Anwalt auch noch auf die Auswirkungen aufmerksam gemacht, die das bei den Haftpflichtversicherungen haben kann. Fällt die IV-Rente weg, wird also die UVG-Komplementärrente nicht neu berechnet, und es fällt dann auch die Pensionskassenrente weg, weil keine Invalidität im Sinne der IV mehr vorliegt. Nun wird aber in einem IV-Erlass ja auch bestimmt, dass keine weiteren Ausgleichsansprüche, sprich Haftpflichtansprüche, bestehen sollen. Das ist ja sicher ein Anwendungsfall, der hier zum Tragen käme.

Die Tragweite dieser Bestimmung ist nicht klar. Es zeigt sich einmal mehr: Wenn man eine Bestimmung in letzter Minute ins Gesetz aufnimmt, ist man nicht gut beraten; das ist in der Gesetzgebung immer sehr fragwürdig. Die Auswirkungen beispielsweise im Haftpflichtrecht sind unklar. Man würde damit auf der einen Seite der IV auch für vergangene, aber noch nicht erledigte Fälle den Regressanspruch abschneiden und so die finanzielle Situation der IV verschlechtern. Auf der anderen Seite könnte es sein, dass die IV das Geld behalten kann, das sie auf dem Regressweg auch für künftige Leistungen von einem Haftpflichtigen erhalten hat, obwohl sie dem Versicherten die künftigen Leistungen gar nicht mehr ausrichten muss. Sie hat also von der Haftpflichtversicherung im Rahmen des Regressverfahrens bereits etwas bekommen und kann es dann behalten. Abgesehen davon wird es natürlich am Schluss darauf hinauslaufen, dass die Leute dann bei der Sozialhilfe landen.

Für mich ist das eine Bestimmung, die derart viele Fragen offenlässt, dass ich Ihnen beantragen möchte, sie zu streichen – allein schon, damit im Differenzbereinigungsverfahren doch noch diese Klärungen vorgenommen werden können. Wenn Sie dieser Bestimmung jetzt zustimmen, dann verabschieden Sie eine Bestimmung, die, wie ich zu zeigen versucht habe, zu absurden Konstellationen führt und von der niemand weiss, was ihre wirklichen Auswirkungen sind.

**Kuprecht Alex (V, SZ)**, für die Kommission: Der Nationalrat will mit dem Einschub dieses Absatzes eigentlich vermeiden, dass aufgrund von Änderungen von IV-Ansprüchen eine Leistungsverlagerung zulasten des UVG stattfindet; er unterbreitet mit diesem Absatz die entsprechende Korrektur. Wir befinden uns immer noch im Bereich der Rentenrevision. Kommt man bei dieser Rentenrevision zum Schluss, dass die Erwerbsunfähigkeit tiefer bzw. die Erwerbsfähigkeit grösser ist, als man bis anhin bei der Rentensprechung angenommen hat, ist es eine logische Konsequenz, dass man nicht einfach bisher nicht erhaltene Anteile von einem Rentensystem ins andere Rentensystem verlagert. Wir müssen dann im Prinzip davon reden, dass sich die Erwerbsfähigkeit entsprechend gesteigert hat und somit diese grössere Erwerbsfähigkeit nicht durch Renten des UVG wieder zunichtegemacht wird. Das wäre eine völlig falsche Annahme. Wenn Rentenrevisionen zu tieferen Renten führen, liegt ihnen vielmehr automatisch eine höhere Erwerbsfähigkeit zugrunde.

Das UVG übernimmt im Prinzip den Invaliditätsgrad, den die IV festsetzt. Wenn wir aufgrund einer Neu Beurteilung der Erwerbsfähigkeit diese höher einschätzen und dementsprechend die Rente reduzieren, kann es doch nicht sein, dass diese reduzierte Rente einfach durch das andere Rentengefäss ausgeglichen wird. Das kann es nicht sein. Wir müssen uns an der Erwerbsfähigkeit und nicht am Ausgleich eines allenfalls verlorengegangenen Betrages orientieren. Es gilt deshalb zu schauen, inwieweit damit wieder ein ergänzendes Einkommen auf normalem Weg generiert werden kann.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den Antrag Janiak abzulehnen und der Mehrheit zu folgen. Im Übrigen bin ich mit meinen Ausführungen für den Rest dieser Differenzbereinigung fertig. Flasche leer, ich habe fertig.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: Le président de la commission a parfaitement expliqué la situation. Le Conseil fédéral se rallie à cet alinéa 5. En effet, l'alinéa 5 comble une lacune en ce qui concerne le réexamen des rentes. L'assurance-accidents obligatoire verse elle aussi des rentes d'invalidité. En vertu de l'article 20 alinéa 2 de la loi sur l'assurance-accidents, la rente d'invalidité de l'assurance-accidents correspond à la différence entre 90 pour cent du gain assuré et la rente de l'assurance-invalidité. De par cette règle de coordination visant à éviter la surindemnisation, l'adaptation d'une rente AI peut avoir des conséquences sur le calcul de la rente d'invalidité de l'assurance-accidents.

Après le Conseil national, il fallait apporter quelques précisions, notamment sur le nombre de personnes concernées et sur les coûts. C'est cela qui avait été dit à l'époque. Nous l'avons donc fait par la suite. Selon des estimations de la SUVA et de l'Office fédéral de la santé publique, cela concerne environ 50 cas. Conformément à cette formulation de l'alinéa 5, les rentes d'invalidité de l'assurance-accidents, à savoir les rentes complémentaires, resteront inchangées. En cas d'adaptation des rentes d'invalidité de l'assurance-invalidité, aucune conséquence financière n'est à prévoir. Sans cette disposition, c'est-à-dire si l'on biffe l'alinéa 5 selon la proposition Janiak, on table sur un transfert des coûts de l'assurance-invalidité vers l'assurance-accidents de l'ordre de 10 à 20 millions de francs. C'est pourquoi nous vous demandons de combler cette lacune. Il est en effet juste que, si un nouvel examen a été fait, il n'y ait pas une compensation par l'autre assurance, mais qu'il y ait un maintien de la situation dans l'autre assurance sans revenir en arrière suite à la décision qui aurait été prise dans le cadre de l'AI.

La deuxième partie de la phrase, «et ne donnent lieu à aucune autre prétention en compensation de la part des assurés», est moins utile à notre avis. Cela peut concerner d'autres législations, mais comme il y a déjà des législations spéciales, par exemple dans le deuxième pilier, cette deuxième partie de l'alinéa 5 ajoutée par le Conseil national est moins utile, sans toutefois être incompatible avec les autres réglementations en vigueur et elle peut aussi être adoptée.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 26 Stimmen

Für den Antrag Janiak ... 10 Stimmen

#### **Änderung bisherigen Rechts Modification du droit en vigueur**

##### **Ziff. 6**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### **Ch. 6**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: Sie haben es bereits gehört, die Behandlung des Geschäftes neigt sich dem Ende zu. Der Ständerat hat noch zwei Zusätze ins Gesetz eingefügt, nämlich erstens eine Option, gemäss der ein eigener Beitragssatz für Selbstständigerwerbende möglich sein wird, sofern die Kantone dies wollen; das ist in Artikel 16 Absatz 2bis so festgehalten. Die zweite Neuerung ist eine Plafonierung, nämlich die Plafonierung der Beiträge der Selbstständigerwerbenden, und zwar auf dem Niveau von höchstens dem, was dem versicherten Verdienst bei der obligatorischen Unfallversicherung entspricht. Das wurde in der SGK diskutiert und mehrheitlich für gut befunden, weshalb ich Ihnen hier im Auftrag der Kommission Annahme des Geschäftes in dieser Version empfehlen kann.

**Le président** (Germanier Jean-René, président): Le Conseil fédéral renonce à prendre la parole.

*Angenommen – Adopté*

10.032

## 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket 6e révision de l'AI. Premier volet

### *Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBI 2010 1817)  
Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)  
Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)  
Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)  
Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)  
Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)  
Ständerat/Conseil des Etats 01.03.11 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 03.03.11 (Differenzen – Divergences)  
Ständerat/Conseil des Etats 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Nationalrat/Conseil national 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Text des Erlasses (BBI 2011 2723)  
Texte de l'acte législatif (FF 2011 2545)

## Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket) Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)

**Art. 3b Abs. 3; 21quater Abs. 2; 27 Abs. 1**  
*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 3b al. 3; 21quater al. 2; 27 al. 1**  
*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 57**  
*Antrag der Mehrheit*  
*Abs. 1 Bst. i*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
*Abs. 4*  
Festhalten

*Antrag der Minderheit*  
(Triponez, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Frehner, Kleiner, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)  
*Abs. 4*  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 57**  
*Proposition de la majorité*  
*Al. 1 let. i*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats  
*Al. 4*  
Maintenir

*Proposition de la minorité*  
(Triponez, Bortoluzzi, Cassis, Estermann, Frehner, Kleiner, Parmelin, Ruey, Scherer, Stahl)  
*Al. 4*  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Triponez Pierre** (RL, BE): Wir haben es tatsächlich fertiggebracht, bei diesem Geschäft, der 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket, eine einzige Differenz zum Ständerat aufrechtzuerhalten. Es ist eine Differenz, die tatsächlich kein Tummelplatz für ideologische Grabenkämpfe ist. Denn materiell besteht schlicht und einfach kein Unterschied zwischen dem, was die Mehrheit beschlossen hat, und dem, was ich Ihnen mit meinem Minderheitsantrag vorschlage. Warum schlage ich es dann trotzdem vor? Die Minderheit will ganz einfach die Differenz zum Ständerat weghaben und bei der Lösung bleiben, die der Bundesrat vorgeschlagen und der Ständerat beschlossen hat und welche Ihnen eben jetzt die Kommissionsminderheit durch mich beliebt machen will. Dann wäre diese Revision unter Dach und Fach. Worum geht es konkret bei diesem Absatz 4 von Artikel 57? Auf Seite 6 der Fahne sehen Sie, dass die Mehrheit an folgendem Text festhält: «Die IV-Stellen können» – nicht müssen, nicht dürfen, nicht wollen! – «beratende Kommissionen einrichten, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften Einsitz nehmen. Die Kommissionen unterstützen die IV-Stellen ...» Tatsächlich können die IV-Stellen für ihre wichtige Tätigkeit Berater beiziehen, Kommissionen einrichten, aber sie müssen nicht.

Aus diesem Blickwinkel ist es doch wirklich nicht richtig, wenn man ausdrücklich eine Bestimmung aufnimmt zu etwas, was schlicht und einfach nicht notwendig ist und was dann noch einschränkt. Wenn es nämlich so formuliert ist wie hier, führt es eher zu Unsicherheiten, weil die IV-Stellen ja auch andere Kommissionen, die anders zusammengesetzt sein könnten, zur Erfüllung ihrer Aufgaben beiziehen wollen.

Kurz und gut, der Bundesrat hat keine solche Kann-Bestimmung vorgesehen, obwohl er das könnte, und der Ständerat empfiehlt Ihnen Streichung dieses Absatzes.

Als Vertreter der Kommissionsminderheit empfehle ich Ihnen ebenfalls, hier das Kriegsbeil zu begraben und dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

**Robbiani Meinrado** (CEg, TI): Le groupe PDC/PEV/PVL est favorable au maintien de cette disposition, qui a d'ailleurs été introduite par notre conseil. Il est clair que la réadaptation et surtout la réinsertion de personnes ayant des difficultés de santé constitue un objectif central qui reflète justement la priorité attribuée à l'intégration par rapport à l'octroi de rentes. Sa réalisation est toutefois tout sauf simple et facile. On est aujourd'hui dans un marché du travail de plus en plus exigeant et sélectif. Les aptitudes, les capacités, les compétences requises par les entreprises vont s'intensifier en parallèle à la progression de la compétition qui s'est instaurée dans le domaine économique. Là, et seulement là où les offices AI le jugent utile, il apparaît donc opportun qu'ils puissent compter sur la collaboration des partenaires sociaux – employeurs et syndicats –, et cela si possible dans un cadre structuré et stable fixé par la loi. Ce faisant, les offices AI peuvent s'appuyer sur des partenaires, des sujets qui ont un rôle clé dans le marché du travail, où les offices AI sont appelés à opérer, mais qui est mieux connu naturellement par les partenaires sociaux eux-mêmes. La contribution de ces partenaires sociaux consisterait à faciliter le contact avec les entreprises, à rappeler à ces dernières leurs responsabilités et, là où cela s'avère néces-

saire, à les mobiliser autour de l'objectif de la réinsertion. Cet instrument, c'est-à-dire la collaboration et l'implication des partenaires sociaux, revêt d'ailleurs encore plus d'importance suite au choix qui a été fait par les chambres, c'est-à-dire de renoncer à l'introduction de quotas.

On a préféré responsabiliser directement les entreprises. Il apparaît donc complémentaire, et même logique, qu'on responsabilise aussi leurs associations afin de donner encore plus de poids à cet appel à la responsabilité. Le fait de codifier, dans la loi, cette disposition – qui est d'ailleurs potestative, c'est-à-dire qu'on laisse libres les offices AI de l'appliquer là où ils en perçoivent l'opportunité – attribue évidemment un poids plus significatif à cette collaboration et la valorise de manière explicite.

Je vous invite donc à suivre la majorité.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Wir behandeln die letzte Differenz in einer Abbauvorlage, die den einen oder anderen Lichtblick wie den Assistenzbeitrag oder eben Artikel 57 Absatz 4, über den ich jetzt spreche, beinhaltet. Die Fraktion der Grünen bittet Sie, bei dieser letzten Differenz der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen. Warum?

Ziel dieser Vorlage ist es, rund 17 000 Rentenbeziehende nach dem Motto «Eingliederung aus Rente» wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Ob die dafür notwendigen Arbeitsstellen gefunden werden können, ist mehr als unsicher. Eine verbindliche Quote für Arbeitgeber, die etwas mehr Sicherheit gegeben hätte, wurde auch von diesem Rat abgelehnt. Alle, die gegen die Quote waren, haben beteuert, dass sie bereit sind, von sich aus entsprechende Schritte zu unternehmen – freiwillig und ohne Zwang.

Genau hier setzt Absatz 4 von Artikel 57 an: Die Sozialpartner, also die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, die in der Arbeitswelt verankert sind, sollen im Bereich der Wiedereingliederung in die Aufgaben der IV-Stellen eingebunden werden. Die spezifischen Kompetenzen der Sozialpartner in Fragen der Arbeitswelt und ihre Nähe zu den Betrieben sollen den IV-Stellen in Form von paritätisch organisierten beratenden Kommissionen zur Verfügung stehen. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften könnten so bei der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen Verantwortung übernehmen, aber auch mitreden, wenn es um die Festlegung von Wiedereingliederungszielen und die Umsetzung der Wiedereingliederungsmassnahmen geht.

Kompetenzzentren für Fragen der Arbeitswelt könnten diese beratenden Kommissionen für die IV werden. Ähnliches gibt es bereits auf Ebene der Arbeitslosenversicherung.

Die Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den IV-Stellen und den Sozialpartnern zu verstärken macht im Hinblick auf das Hauptziel dieser Revision durchaus Sinn. Darum bittet Sie die Fraktion der Grünen, die Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zur Schlussabstimmung: Hier wird die Mehrheit unserer Fraktion der Vorlage nicht zustimmen können, weil sie zu viele bittere Pillen enthält, als dass man sie noch schlucken könnte. Mit dem ersten Massnahmenpaket, wie es heute vorliegt, werden viele Betroffene mit Massnahmen konfrontiert, die mit Leistungskürzungen verbunden sind. Besonders stossend ist die Schlussbestimmung, laut welcher Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger mit bestimmten Diagnosen eine Sonderbehandlung erfahren. Auf diese IV-Rentnerinnen und -Rentner finden nicht die geplanten Bestimmungen über die eingliederungsorientierte Rentenrevision Anwendung, die mit flankierenden und begleitenden Massnahmen abgerundet werden. Bei ihnen können rechtskräftig zugesprochene IV- und BVG-Renten auch ohne Verbesserung des Gesundheitszustandes einfach aufgehoben oder reduziert werden. Das ist nicht akzeptabel.

Der Assistenzbeitrag, eine neue Leistung, wird kostenneutral eingeführt und dafür die Hilflosenentschädigung bei Heimaufenthalt halbiert. Die dabei entstehende Lücke müssen die Kantone schliessen, da diese für die Heimfinanzierung zuständig sind. Das findet die Mehrheit unserer Fraktion nicht korrekt. Wir unterstützen die Förderung einer

eigenverantwortlichen Lebensführung von Menschen mit Behinderung, möchten aber den Assistenzbeitrag in einer separaten Vorlage realisiert sehen.

In diesem Sinn betrachtet die Mehrheit der Fraktion der Grünen diese Vorlage als nicht unterstützungswürdig. Zu gross ist der Preis, der für die Pluspunkte von vielen Betroffenen bezahlt werden muss, und zu gross die Unsicherheit darüber, ob der Return on Investment für die IV wirklich so positiv sein wird wie in der Botschaft verkündet.

**Schenker Silvia (S, BS):** Ich werde im jetzigen Moment darauf verzichten, eine Gesamtwürdigung der Vorlage vorzunehmen; ich werde dies anlässlich der Schlussabstimmung am letzten Sessionstag noch tun. Im Moment beschränke ich mich auf ein Votum zur letzten Differenz, die wir noch haben.

Die IV-Stellen haben eine Herkulesaufgabe vor sich. Sie müssen erstens eine grosse Anzahl von bisherigen Rentnerinnen und Rentnern wieder in die Arbeitswelt integrieren. Wer in diesem Bereich tätig und aktiv ist, weiss, was das an Arbeit bedeutet. Sie müssen zweitens aber gleichzeitig auch noch versuchen, den Arbeitsplatz von allen Betroffenen, die bei der IV gemeldet oder angemeldet werden und noch einen Arbeitsplatz haben, zu erhalten. Diese beiden Aufgaben fordern viel von allen Beteiligten. Es ist klar, dass die IV-Stellen diese Arbeit nicht allein bewältigen können. Sie müssen sich in ihren Regionen gut vernetzen.

Ihre Kommission und der Rat haben darum die Bestimmung in die Vorlage aufgenommen, dass die IV-Stellen Kommissionen bilden sollen oder können, in denen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zusammen mit den IV-Stellen beraten, wie diese riesige Aufgabe am besten zu bewältigen sei. Der Ständerat hat diese Bestimmung leider wieder gestrichen. Gestern Morgen haben wir in der SGK noch einmal darüber beraten. Die Mehrheit war der Meinung, es sei an dieser Idee festzuhalten.

Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, der Mehrheit zu folgen und damit gegenüber den IV-Stellen ein klares Signal zu setzen. Aus meiner Sicht geht es um viel mehr als nur um Kommissionen, die Sitzungen abhalten, wie es in der SGK etwas abschätzig hiess. Es geht darum, aufzuzeigen und festzuhalten, dass die Verantwortung für die berufliche Eingliederung von Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Nur wenn wir sie gemeinsam anpacken, können wir sie auch bewältigen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Dies ist die letzte Differenz bei dieser Vorlage. Dabei geht es nicht nur darum, dem Ständerat zuzustimmen, damit keine Differenz mehr besteht; es geht auch um inhaltliche Fragen.

Mit der 5. IV-Revision haben wir eine meines Erachtens wichtige Weichenstellung vorgenommen. Wir erwarten, dass Renten zugunsten der Erhaltung von Arbeitsplätzen verhindert werden. Das heisst, die IV-Stellen sind seit dieser Revision besonders gefordert, und ihre Ausrichtung hat sich verändert. Das spürt man zum Teil – das ist positiv zu vermerken –, indem die Anzahl der Renten gesenkt werden konnte.

Mit dieser Vorlage soll die Bemühung um Eingliederung verstärkt werden. Das heisst, die Kontakte mit den Arbeitgebern, die die Arbeitsplätze anbieten und vermitteln können, müssen nochmals verstärkt werden. Das erreicht man nicht, indem man «Kommissionli» schafft und so die Bürokratie vergrössert. Das bringt keine Arbeitsplätze. Oftmals sind solche «Pöstli» vor allem dazu da, Verbandsfunktionäre zu beschäftigen. Der praktische Bezug dieser Leute zu den Betrieben ist zu wenig ausgeprägt. Ich nehme die Vertreter der Arbeitgeber nicht aus, sie sind im gleichen Spital krank wie die Funktionäre der Gewerkschaften: Ihnen fehlt der tatsächliche Bezug zu den Betrieben, die die Arbeitsplätze anbieten. Es sind vor allem die Beauftragten der IV, die dafür sorgen müssen, dass die Beziehung zu den Betrieben hergestellt wird. Im Vordergrund muss die Bereitschaft stehen, diesen Kontakt herzustellen. Darum braucht es solche Kom-

missionen nicht. Es braucht eine gute Aufsicht über die IV-Stellen und eine Begleitung, die sicherstellt, dass sie ihre Arbeit so vollziehen, wie es der Gesetzgeber will.

Damit bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen. Ich bin gerne bereit, die Fragen des Gewerkschafters zu beantworten.

**Chopard-Acklin Max** (S, AG): Ich habe eine Frage, Herr Bortoluzzi. Bei allem Verständnis für Ihre Stellungnahme hier stelle ich doch mit Erstaunen Folgendes fest: Wenn es dann um den zivilen Ersatzdienst geht, können nicht genug Kommissionen gegründet und irgendwelche Fragen gestellt werden, um Hürden aufzubauen. Wieso verniedlichen Sie diese wichtigen Kommissionen dermassen und fordern auf der anderen Seite, beim zivilen Ersatzdienst, genau solche Massnahmen?

**Bortoluzzi Toni** (V, ZH): Das eine hat ja mit dem anderen nichts zu tun. Aber wenn Sie so fragen, nehme ich an, dass bei den Zivildienstleistenden eine Kommission feststellen kann, ob der Missbrauch im Vordergrund steht oder eine ernsthafte Bedrohung für das Gewissen gegeben ist; da geht es um Fragen, die für die Betroffenen wesentlich bedeutender sind. Hier gehe ich davon aus, dass die Verwaltungen in den IV-Stellen ihre Aufgaben korrekt und richtig im Sinne des Gesetzgebers wahrnehmen und dass es keine Vertreter von Gewerkschaften und Arbeitgeberseite braucht, die sie dabei unterstützen.

**Burkhalter Didier**, conseiller fédéral: La seule question qui se pose maintenant est celle de savoir si cette dernière divergence est utile pour l'objectif du premier volet de la 6e révision de l'AI, qui est de renforcer la réintégration dans le monde du travail. Pour le Conseil fédéral, la situation est claire: l'alinéa 4 n'est pas nécessaire.

Il ne l'est pas, premièrement parce que des commissions, il y en a déjà, en particulier la Commission fédérale de l'AVS/AI, qui réunit tous les partenaires et est chargée de prendre position là où il est nécessaire qu'une commission le fasse; deuxièmement, parce que l'objectif est véritablement de trouver des solutions adaptées à chaque cas particulier. Il s'agit donc d'intensifier la collaboration entre les entreprises et les offices AI en particulier. Or, cela ne se fait pas forcément en augmentant le nombre de commissions.

En effet, on peut déjà utiliser les contacts et les commissions existants, que ce soient les chambres de commerce ou les associations de branches, par exemple. Ce qu'il faut véritablement, c'est orienter tous les efforts vers le fonctionnement au cas par cas pour trouver des solutions adaptées à chaque personne. Dans ce sens-là, Monsieur Robbiani, il est préférable de passer moins de temps dans des commissions qui parlent plutôt théoriquement et de manière générale – même si, encore une fois, elles existent et ont un rôle –, et il faut surtout s'orienter vers une utilisation de notre temps pour l'action et la résolution des problèmes de chaque personne.

Voilà pourquoi je vous demande de suivre la minorité Triponez, non seulement pour éliminer la dernière divergence de ce dossier, ce qui serait également bon en soi, mais surtout parce qu'il est utile de poursuivre cet effort là où il doit se situer et de ne pas exagérer la «commissionnite» en la matière.

**Wehrli Reto** (CEg, SZ), für die Kommission: In den 1990er Jahren gab es eigentlich keine sozialpolitischen Probleme, mindestens offiziell nicht und ganz besonders im Bereiche der IV nicht. Das EDI hat keine solchen erkannt, das BSV, zumindest an oberster Stelle, wollte keine solchen erkennen. Das Ergebnis dieses Augenschliessens kennen Sie: aufgehäuften Schulden von über 10 Milliarden Franken, jährliche weitere Defizite von über einer Milliarde; wir haben dies hier zur Genüge behandelt.

Seit Beginn der 2000er Jahre hat sich der Wind gedreht. Wir hatten die 4. IV-Revision, wir hatten die auch an der Urne gegen Widerstand bestätigte 5. IV-Revision. Wir hatten da-

zwischen noch eine Änderung des IV-Verfahrens. Wir sind jetzt daran, mit Erfolg die IV-Revision 6a abzuschliessen, und können als Zwischenfazit sagen: Gegenüber den Zahlen von 2003 gibt es eine beinahe 50-prozentige Senkung der jährlichen Neuberentung und erstmals auch eine Verbesserung der absoluten Zahlen in der IV. Die IV, zu Unrecht vielgeprügelter Knabe, für alle Missbräuche politischer Rhetorik scheinbar geeignet, hat sich in den letzten Jahren als das einzige grosse Sozialwerk erwiesen, das überhaupt steuerbar ist und in dem effektiv Fortschritte erzielt werden können.

So gesehen befinden wir uns jetzt ganz sicher bei einem minimalen, man kann beinahe schon sagen Luxusproblem. Am Ende der Beratungen zur Revision 6a können wir uns jetzt noch darüber unterhalten, ob es gemäss Artikel 57 Absatz 4 IVG solche Kommissionen geben soll. Als Sprecher der Kommission kann ich Ihnen drei kurze Überlegungen mitteilen, wieso es überhaupt dazu gekommen ist:

1. Wir haben beschlossen, keine Quoten ins Gesetz einzuführen, leider auch keine übergangsweisen Quoten von zehn Jahren. Das hat dazu geführt, dass man sich gesagt hat, immerhin soll es als kleinen Ersatz solche Kommissionen geben, wo diese einschlägigen Fragen diskutiert und einem guten Ergebnis zugeführt werden können. Man will damit die Sozialpartner besser in den Prozess der IV und insbesondere der Rückführung an den Arbeitsplatz einbinden. Kommissionen wären mögliche Träger des Netzwerkes Arbeit usw.

2. Es besteht nach dem Gesetzestext kein Obligatorium. Sie sehen: «Die IV-Stellen können», das ist der Beginn dieses Absatztextes. Es ist eine blosses Kann-Bestimmung. Es ist gemäss dieser Bestimmung ein kantonaler Entscheid mit durchaus politischen Implikationen, ob man solche Kommissionen sinnvoll und notwendig findet.

3. Das dritte ist in diesem technischen Bereich jetzt das entscheidende Argument und muss anhand der Materialien erklärt werden: Selbst die Gegner dieser Übung, selbst der Vertreter der Minderheit und alle weiteren Sprecher haben gesagt, es brauche diese gesetzliche Grundlage gar nicht, um solche Kommissionen ins Leben zu rufen. Wir haben also ein Potemkinsches Dorf, wir haben das Problem eines nichtexistierenden Problems. Man hat erklärt – die Verwaltung hat das bereits auch in der Kommission gemacht –, das brauche es gar nicht. Das Einzige, was solchen Kommissionen noch drohen könnte, wäre die Erklärung der Befürworter dieser Kommissionen, dass diese ohne gesetzliche Grundlage nicht möglich seien. Dieser Super-GAU ist wahrscheinlich sogar für Gewerkschafter und Arbeitgebervertreter der zu verhindernde Fall, womit man sagen kann, man könne eigentlich beinahe stimmen, wie man wolle: So oder so können die Kantone solche Kommissionen ins Leben rufen – wenn sie denn wollen.

So indifferent darf ich aber nicht sein, sondern ich empfehle Ihnen im Auftrag der SGK, im Sinne der Mehrheit Ja zu stimmen.

**Cassis Ignazio** (RL, TI), pour la commission: Je ne peux que répéter la même chose que Monsieur Wehrli: ceci n'est pas un point clé de la révision de la loi. Il a effectué un survol des différentes réformes de l'AI, de la 4e révision à la 5e révision, en passant par l'augmentation de la TVA, pour arriver à la 6e révision, dont nous sommes en train de conclure la première partie, qui est très importante, dans le but de consolider nos assurances sociales. Là, permettez-moi quand même de vous le dire: nous nous permettons un peu le luxe de discuter de détails.

La commission, par 13 voix contre 10, est d'avis qu'on doit maintenir l'article 57 alinéa 4 dans la loi.

L'intention est de permettre une meilleure discussion en réseau, une meilleure connexion entre les acteurs, afin que les places de travail soient trouvées plus facilement au niveau cantonal. Cette commission serait là pour favoriser le dialogue, pour favoriser la mise en réseau des différents acteurs. Le Conseil fédéral vous l'a dit, même si la disposition ne fi-

gure pas dans la loi, ce genre de commission existe déjà.  
Donc, vous avez le choix de soutenir ou non cet article.  
La commission vous invite, par 13 voix contre 10, à soutenir  
l'article 57 alinéa 4.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/5104)

Für den Antrag der Minderheit ... 88 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 75 Stimmen

*Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

**Art. 68quinquies Abs. 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 68quinquies al. 3**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

10.032

**6. IV-Revision.  
Erstes Massnahmenpaket  
6e révision de l'AI.  
Premier volet**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBl 2010 1817)

Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 01.03.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 03.03.11 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2011 2723)

Texte de l'acte législatif (FF 2011 2545)

**Huber Gabi (RL, UR):** Die heute verabschiedete Reform ist ein wichtiger Schritt in einer Kette von notwendigen Massnahmen, darunter die 5. IV-Revision und die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer. Im Jahr 2003 drohte die IV ausser Kontrolle zu geraten. Unser Versprechen gegenüber dem Volk war und ist klar: Bis 2018 muss eine 6. IV-Revision greifen, damit die Mehrwertsteuererhöhung wieder abgeschafft werden kann. Zu diesem Versprechen stehen wir. Deshalb ist es gut, dass mit dem ersten Teil der 6. IV-Revision ein wichtiges Zwischenziel auf einem schwierigen Weg erreicht wird.

Die Revision umfasst zwar harte Massnahmen, doch seien wir uns einer Sache bewusst: Angesichts von 15 Milliarden Franken Schulden müssen wir all jene Reformen einleiten, welche das Werk eben erfordert. Die Revision 6a leistet nicht nur einen massgeblichen Beitrag zur finanziellen Gesundung der IV, sondern legt auch den Hauptakzent auf die Eingliederung von Menschen mit Behinderung und erhöht ihre Autonomie. Sie setzt damit den eingeleiteten Kulturwandel fort. Wenn immer möglich sollen Personen ihren Lebensunterhalt selbstständig verdienen. Das bedeutet kurzfristig Herausforderungen für die Betroffenen, mittelfristig sind das aber Chancen, die wir nicht verpassen sollten.

Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt diese zielgerichtete und ausgewogene Revision und ersucht Sie, dies ebenfalls zu tun. Nur so können die Renten auch in Zukunft gewährleistet werden.

**Schenker Silvia (S, BS):** Wir sagen Nein zu dieser Vorlage, weil sie ein Etikettenschwindel ist; wir sagen Nein zu dieser Vorlage, weil sie der Bevölkerung Sand in die Augen streut; wir sagen Nein zu dieser Vorlage, weil sie versucht, einen bitteren Geschmack mit Zuckerguss zu überdecken.

Die Vorlage ist ein Etikettenschwindel, weil sie vorgibt, Menschen bei der Integration in die Arbeitswelt zu unterstützen. In Tat und Wahrheit schliesst sie mit der Schlussbestimmung vor allem Menschen von der Invalidenversicherung aus. Nicht mehr die Frage, ob jemand aus Krankheitsgründen nicht mehr erwerbsfähig ist, entscheidet über das Recht auf IV-Leistungen, sondern die Diagnose. Die Vorlage streut Sand in die Augen, weil sie das unrealistische Ziel vorgibt, 17 000 Menschen von der Invalidenversicherung in den Arbeitsmarkt zu führen. Tatsache ist, dass es die benötigten Arbeitsplätze nicht gibt. Verpflichtende Quoten für die Arbeitgeber sind nicht vorgesehen. Die Vorlage ist ein bitterer Zuckerguss, weil sie mit der Einführung des Assistenzbeitrags ein seit Langem bestehendes Anliegen der Behinderten erfüllt und so die Behindertenorganisationen ins Dilemma stürzt.

Die SP setzt sich für eine Politik des Miteinanders ein. Dazu gehört, dass man auf die Schwächsten Rücksicht nimmt. Das tut diese IV-Revision nicht; wir lehnen sie deshalb ab.

**Weber-Gobet Marie-Thérèse (G, FR):** Auf der einen Seite ist der Bundesrat bereit, ohne mit der Wimper zu zucken zur Kenntnis zu nehmen, dass der Staatskasse in Bund, Kantonen und Gemeinden mit der Unternehmenssteuerreform II in den nächsten zehn Jahren 4 bis 6 Milliarden Franken entgehen werden. Im laufenden Jahr sind es übrigens bereits 1,2 Milliarden. Auf der anderen Seite ist eine Mehrheit von National- und Ständerat bereit, den Sparhebel bei den Schwächsten anzusetzen, und das mit einer Vorlage, die unrealistische Ziele wie die Eingliederung von rund 17 000 Rentenbezügerinnen in den Arbeitsmarkt verfolgt. Die Fraktion der Grünen will und kann dazu grossmehrheitlich nicht Hand bieten und wird das erste Massnahmenpaket der 6. IV-Revision ablehnen.

Gebetsmühlenartig hören wir seit Jahren, in der IV müsse gespart werden – und es wird gespart, Vorlage um Vorlage. Auch das erste Massnahmenpaket zur 6. IV-Revision ist eine Sparvorlage. Als Folge werden viele Betroffene mit Massnahmen konfrontiert, die mit einschneidenden Leistungskürzungen verbunden sind. Besonders stossend ist, dass eine Kategorie von Betroffenen eine Sonderbehandlung erfährt. Für Rentenbezügerinnen und -bezüger mit unklaren Beschwerdebildern gelten nicht die geplanten Bestimmungen über die eingliederungsorientierte Rentenrevision mit flankierenden und begleitenden Massnahmen, sondern bei ihnen können rechtskräftig zugesprochene IV- und BVG-Renten auch ohne Verbesserung des Gesundheitszustandes einfach aufgehoben oder reduziert werden. Das wird Tausende von IV-Rentnerinnen und -Rentnern mit Diagnosen, die organisch nicht erklärbar sind, treffen.

Pour le groupe des Verts, il est inacceptable que des rentes acquises soient supprimées ou que de nouvelles rentes soient refusées parce que les dispositions finales du projet de loi prévoient d'exclure certaines maladies ou les séquelles d'accidents comme le coup du lapin. Les personnes qui présentent ces symptômes se trouvent discriminées, sans aucune considération pour le degré de gravité de leur état. Ce qui en résultera, c'est un transfert des coûts vers l'aide sociale, et donc vers le budget des cantons et des communes.

Der Assistenzbeitrag als neue Dienstleistung ist an und für sich eine gute Sache. Dass er kostenneutral eingeführt wird und dass dafür die Hilflosenentschädigung bei Heimaufenthalt halbiert wird, ist aber mehr als fragwürdig. Die dabei entstehende Lücke müssen die Kantone schliessen, da diese für die Heimfinanzierung zuständig sind. Das findet eine Mehrheit unserer Fraktion nicht korrekt. Wir unterstützen die Förderung einer eigenverantwortlichen Lebensführung von Menschen mit Behinderung, möchten aber den Assistenzbeitrag in einer separaten Vorlage realisiert sehen. Machen wir die Unternehmenssteuerreform II rückgängig und anschliessend eine 6. IV-Revision, die der Präambel der Bundesverfassung gerecht wird, die da lautet: «... dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.» In diesem Sinn betrachtet die Fraktion der Grünen diese Vorlage als nicht unterstützungswürdig und bittet Sie, diese abzulehnen.

**Wehrli Reto (CEg, SZ):** In der Sozialpolitik, bei diversen IV-Revisionen und auch wieder heute: Die Linke präsentiert sich hier als Spiegel der rechten Agitation. In den Neunzigerjahren war das EDI unter der Kontrolle der SP. Zum fraglichen Zeitpunkt war das BSV unter der Kontrolle der SP. Gerade zu dieser Zeit haben die kantonalen IV-Stellen einen Brief nach Bern gesandt. Dieser Brief hat die wesentlichen Mängel der IV, die wir bis heute diskutieren, schon damals benannt. Reaktion erfolgte keine: Es erfolgte keine materielle Reaktion, und es gab nicht einmal eine Eingangsbestätigung.

Diese Ignoranz, diese De-facto-Arbeitsverweigerung hat sich ganz ohne Dialektik materialisiert. Wir sprechen heute von einem Schuldenberg von 15 Milliarden Franken. Wir

sprechen von einer jährlichen Neuverschuldung von einer Milliarde Franken. Das sind wesentliche Elemente, die diese rechte Agitation zum Schaden dieses sehr guten Sozialwerkes überhaupt möglich gemacht haben, diese unselige Debatte, die wir hier zum Schaden der IV-Versicherten und überhaupt des Sozialstaates Schweiz geführt haben.

Diese Elemente sind deshalb der Spiegel der Linken, weil die Linken sich jeder Verbesserung verweigern. Zum Teil wider besseres Wissen, ganz sicher aber gegen jede Statistik stellen sie hier fortgesetzt die Behauptung auf, man mache den Sozialstaat kaputt, und folgerichtig bieten sie niemals Hand zu irgendeiner konstruktiven Lösung. Sie waren gegen die 4. IV-Revision, sie waren gegen die Verfahrensbestimmungen, die wir revidiert haben. Sie sind überall gegen die 5. IV-Revision angetreten. Einzig als es darum ging, neues Geld zu sprechen, waren sie dabei. Da war auch die politische Mitte dabei, weil es ein Akt der Vernunft war.

Wir haben jetzt bis 2017 noch einmal Frischluft erhalten, um diese IV zu revidieren. Das ist unsere Aufgabe: sie finanziell ins Gleichgewicht zu bringen. Das geschieht notabene überhaupt nicht als reine Abbauübung. Kein anderer Staat hat in den letzten Jahren noch zusätzliches Geld in die Sozialpolitik gepumpt, wie wir es hier tun. Hunderte von Millionen werden dafür aufgewendet, dass die IV endlich eine Integrationsversicherung wird, nachdem sie das eigentlich schon seit 1960 hätte sein sollen. Das ist ein grosser Aufwand, um ein gutes Sozialwerk zu stützen. Der Beweis dafür, dass man auch schwierige Dinge hier in diesem Land steuern und zu einem guten Ende bringen kann, kam massgeblich aus der politischen Mitte.

Gefehlt hat nur die Ankündigung des Referendums. Das erstaunt mich, und ich bitte hier die Linke, das Referendum zu ergreifen. Es wäre nämlich das Beste, wir hätten auch hier eine Volksabstimmung, damit die Sache geklärt würde und die Legitimationsfrage – wie in allen Abstimmungen, die wir in den letzten Jahren zur IV hatten – auf den Punkt gebracht würde.

Die CVP/EVP/glp-Fraktion unterstützt dieses Projekt, nicht weil es in allen Punkten Glück bringen wird, sondern weil es Ausdruck praktischer politischer Vernunft ist. Praktische politische Vernunft hat dieses Land zum Erfolg geführt, hat es für die Leute lebens- und liebenswert gemacht. Das ist die Politik, die hier vertreten werden muss. Rechte Agitation und linke Realitätsverweigerung werden uns nicht weiterbringen.

**Hassler Hansjörg (BD, GR):** Die IV-Revision 6a ist ein weiterer Schritt hin zum Ziel, Menschen mit Behinderungen ins Berufs- und Gesellschaftsleben einzugliedern. Erste Schritte haben wir bereits mit der 4. und 5. IV-Revision eingeleitet, und diese Schritte sind grundsätzlich richtig und auch nötig. Die allermeisten Personen mit Behinderungen wollen ja arbeiten, wenn sie dies tun können. Wir müssen aber auch die Voraussetzungen schaffen, damit dies möglich wird.

Die in den letzten Jahrzehnten ausgesprochenen Renten sind kaum mehr finanzierbar. Darum ist es richtig, jetzt eine eingliederungsorientierte Rentenrevision vorzunehmen. Damit wird ein Paradigmenwechsel eingeleitet. Bisher hiess es: Einmal Rente – immer Rente. Nun gehen wir über zu einer Rente als Brücke zur Eingliederung.

Ein ebenfalls wichtiger Punkt dieser Revision ist die finanzielle Sanierung der IV. Es müssen jährlich 1,7 Milliarden Franken eingespart werden, damit die IV nachhaltig und langfristig wieder eine ausgeglichene Rechnung ausweisen kann.

Insgesamt betrachtet die BDP-Fraktion die vorliegende Revision als angemessen und notwendig. Sie muss aber – und das ist der BDP-Fraktion wichtig – mit der nötigen Sorgfalt und mit Augenmass umgesetzt werden. Die Massnahmen dieser Revision treffen Mitmenschen mit Behinderungen. Diese gehören nicht zu den Bevorteilten unserer Gesellschaft; das dürfen wir bei der Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen nie vergessen. Die Massnahmen sind aber grundsätzlich nötig und auch unausweichlich.

Darum wird die BDP-Fraktion der Revision 6a der IV zustimmen.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Sie haben zu einem früheren Zeitpunkt unser Konzept zur Sanierung der IV abgelehnt und haben dem Sanierungsprozess mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer letztlich einen schlechten Dienst erwiesen. Unter diesen Voraussetzungen ist es ausserordentlich schwierig, die notwendigen strukturellen Korrekturen in der IV auch durchzusetzen. Das hat sich in der Beratung gezeigt. Es zeigt sich aber auch hier mit den Äusserungen der Vertreterinnen der linken Parteien. Sie haben sich vom Sanierungsprozess verabschiedet und glauben, alle Probleme letztlich mit dem Geld der anderen Leute zudecken zu können.

Diese Teilvorlage zeigt an sich gute Ansätze, geht aber eindeutig noch zu wenig weit. Zudem ist inhaltlich der Mangel vorhanden, dass auch hier wieder dazu gegriffen wird, die Bundesbeiträge auf kaltem Weg etwas zu erhöhen, um so der maroden Versicherung wieder mehr Geld zufließen zu lassen.

Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass die SVP-Fraktion die Vorlage ohne Begeisterung und trotz dieser Mängel und dieser wenig erfreulichen Entwicklungen unterstützen wird.

**Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)**

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 10.032/5308)

Für Annahme des Entwurfes ... 125 Stimmen

Dagegen ... 57 Stimmen

10.032

**6. IV-Revision.  
Erstes Massnahmenpaket  
6e révision de l'AI.  
Premier volet**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Botschaft des Bundesrates 24.02.10 (BBl 2010 1817)

Message du Conseil fédéral 24.02.10 (FF 2010 1647)

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.12.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 01.03.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 03.03.11 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 18.03.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2011 2723)

Texte de l'acte législatif (FF 2011 2545)

---

**Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (6e révision de l'AI, premier volet)**

*Abstimmung – Vote*

Für Annahme des Entwurfes ... 33 Stimmen

Dagegen ... 7 Stimmen

(3 Enthaltungen)

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Entrer en matière

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 10:56:52**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	o	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	*	S	ZH	Loepfe	*	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	o	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	*	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	*	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabar Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	*	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	o	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	*	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	*	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	*	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	o	S	SO	Nussbaumer	o	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	o	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	*	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	*	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	*	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	o	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	*	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	*	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	o	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	29		30	2	56		121
= Nein / non / no				17		28		1	46
o Enth. / abst. / ast.				2		6			8
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	7	3	3	3	4		21
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (entrer en matière)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Prelicz-Huber (ne pas entrer en matière)

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Proposition de renvoi

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 10:57:47**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenker Silvia	+	S	BS
Baettig	o	V	JU	Galladé	*	S	ZH	Loepfe	*	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	*	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	*	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	*	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	*	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	*	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	*	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	*	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	*	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	30		31		55		120
= Nein / non / no				20		36		1	57
o Enth. / abst. / ast.							1		1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	6	2	2	3	4		18
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (ne pas renvoyer au CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia (renvoyer au CF)

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 3b, al. 2, let. I (vaut également pour l'art. 3c, al. 5)

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 11:27:12**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	*	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	*	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	*	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	*	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	*	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	*	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	*	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	31		29		54		118
= Nein / non / no				21		38		1	60
o Enth. / abst. / ast.									0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	5	1	4	1	6		18
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 7b, al. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 12:05:46**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	*	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	*	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	o	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	*	CEg	FR	Hodgers	*	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	*	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	30		31		56		121
= Nein / non / no				19		37		1	57
o Enth. / abst. / ast.				1					1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	6	2	2	2	4		17
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Goll

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 7b, al. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 12:06:39**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	*	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	*	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	o	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	*	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	31		31		57		123
= Nein / non / no				19		37		1	57
o Enth. / abst. / ast.				1					1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	5	2	2	2	3		15
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Prelicz-Huber

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 7b, al. 4

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 12:07:37**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	=	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	*	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	=	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	=	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	o	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	=	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	=	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	*	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	=	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	=	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	=	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	*	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	=	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	=	CEg	FR	Hodgers	*	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	*	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	19		31		56		110
= Nein / non / no			11	20		36		1	68
o Enth. / abst. / ast.			1						1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	5	2	2	3	4		17
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Goll

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 8a, al. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 12:38:09**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	=	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	=	V	BE	Föhn	=	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	*	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	=	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	=	V	BE	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	=	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	o	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	=	V	BL	Fuglistaller	=	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	=	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	*	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	=	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	=	CEg	AI	Scherer	=	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	=	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	=	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	*	V	AG	Lustenberger	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	*	CEg	VS
Bigger	=	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	*	V	SZ
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glauser	=	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	=	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	=	V	SO	Gobbi	=	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	=	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	=	V	BE	Miesch	=	V	BL	Stahl	=	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	=	V	AG
Brönnimann	=	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	=	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	=	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	=	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	=	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	+	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	*	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	=	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	=	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	=	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	+	RL	GR	Heer	*	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	=	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	=	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	*	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	=	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	=	V	NE	von Siebenthal	=	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	*	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	=	V	SH	Pfister Gerhard	=	CEg	ZG	Walter	=	V	TG
Estermann	=	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	=	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	=	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	=	V	ZH	Joder	=	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	=	V	GE	Wobmann	=	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	=	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	=	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fiala	o	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	*	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	=	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	=	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		3	25	21	29	37		1	116
= Nein / non / no			2				55		57
o Enth. / abst. / ast.					2				2
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	9	1	2	2	5		21
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Bortoluzzi

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 8a, al. 4

**Abstimmung vom / Vote du: 14.12.2010 12:39:04**

Abate	+	RL	TI	Fluri	*	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	*	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	*	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	*	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	*	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	%	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	*	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	*	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	*	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	*	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	*	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	=	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	*	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehri	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	*	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		3	26		30		55		114
= Nein / non / no			3	21		34		1	59
o Enth. / abst. / ast.									0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					1	2			3
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	7	1	3	5	5		23
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Weber-Gobet

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 8b

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 08:54:55**

Abate	o	RL	TI	Fluri	o	RL	SO	Kunz	o	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	o	V	BE	Föhn	o	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	o	RL	VD	Landolt	o	BD	GL	Roux	o	CEg	VS
Amherd	=	CEg	VS	Frehner	o	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	o	RL	VD
Amstutz	o	V	BE	Freysinger	o	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	o	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	o	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	o	V	BL	Fuglistaller	o	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	o	V	BE
Bader Elvira	=	CEg	SO	Gadient	o	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	o	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	o	CEg	AI	Scherer	o	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	o	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	o	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	o	RL	GE	Schluer	o	V	ZH
Baumann J. Alexander	o	V	TG	Giezendanner	o	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	=	CEg	ZH
Bäumle	=	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	=	CEg	VS
Bigger	o	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	o	RL	BS	Schneider-Schneiter	o	CEg	BL
Binder	o	V	ZH	Glanzmann	=	CEg	LU	Markwalder	o	RL	BE	Schwander	o	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	o	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	o	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	o	V	AG	Meier-Schatz	=	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	*	CEg	TI
Borer	o	V	SO	Gobbi	o	V	TI	Messmer	o	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	o	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	=	CEg	FR	Spuhler	o	V	TG
Bourgeois	o	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	o	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	o	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	o	RL	VD	Stamm	o	V	AG
Brönnimann	*	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	o	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	o	V	VD	Moser	=	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	o	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	o	RL	GE	Grunder	o	BD	BE	Müller Philipp	o	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	o	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	=	CEg	SG	Teuscher	+	G	BE
Büchler	o	CEg	SG	Häberli-Koller	o	CEg	TG	Müller Walter	o	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	o	V	VD	Haller	o	BD	BE	Müri	o	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	o	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	o	RL	TI	Hany	=	CEg	ZH	Nidegger	o	V	GE	Triponez	o	RL	BE
Cathomas	=	CEg	GR	Hassler	o	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	o	RL	GR	Heer	o	V	ZH	Noser	o	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	o	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	o	RL	GE	Parmelin	o	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	o	CEg	VS	Hochreutener	=	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	=	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	=	RL	TI	von Rotz	o	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	o	RL	UR	Perrin	o	V	NE	von Siebenthal	o	V	BE
Eichenberger	o	RL	AG	Humbel	=	CEg	AG	Perrinjaquet	o	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	o	RL	NW	Hurter Thomas	o	V	SH	Pfister Gerhard	o	CEg	ZG	Walter	o	V	TG
Estermann	o	V	LU	Hutter Markus	o	RL	ZH	Pfister Theophil	o	V	SG	Wandfluh	o	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	o	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	o	RL	BE
Favre Charles	o	RL	VD	Ingold	=	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	o	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	o	V	SG	Wehrl	o	CEg	SZ
Fehr Hans	o	V	ZH	Joder	o	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	=	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	o	V	GE	Wobmann	o	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	o	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	o	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	o	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	*	CEg	ZH	Zemp	=	CEg	AG
Flück Peter	*	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	o	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	o	V	AG	Kleiner	o	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	o	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si		1	22	1	37	2	1	64
=	Nein / non / no		21		1				22
o	Enth. / abst. / ast.	5	10		30		57		102
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					2			2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4		2	2	1		9
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la minorité I Prelicz-Huber

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition Ingold

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 8b

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 08:57:05**

Abate	=	RL	TI	Fluri	=	RL	SO	Kunz	=	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	=	V	BE	Föhn	=	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	=	RL	VD	Landolt	=	BD	GL	Roux	=	CEg	VS
Amherd	=	CEg	VS	Frehner	=	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	=	RL	VD
Amstutz	=	V	BE	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	=	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	*	V	BL	Fuglistaller	=	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	=	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	=	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	=	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	=	CEg	AI	Scherer	=	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	=	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	=	RL	GE	Schluer	=	V	ZH
Baumann J. Alexander	=	V	TG	Giezendanner	=	V	AG	Marra	=	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	=	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	=	RL	BS	Schneider-Schneiter	=	CEg	BL
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	=	CEg	LU	Markwalder	=	RL	BE	Schwander	=	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	=	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	=	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	=	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	*	CEg	TI
Borer	=	V	SO	Gobbi	=	V	TI	Messmer	=	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	=	V	TG
Bourgeois	=	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	=	V	BE	Miesch	=	V	BL	Stahl	=	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	=	RL	VD	Stamm	=	V	AG
Brönnimann	*	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	=	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	=	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	=	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	=	RL	GE	Grunder	=	BD	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	=	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	=	CEg	SG	Teuscher	+	G	BE
Büchler	=	CEg	SG	Häberli-Koller	=	CEg	TG	Müller Walter	=	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	=	V	VD	Haller	=	BD	BE	Müri	=	V	LU	Theiler	=	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	=	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hany	=	CEg	ZH	Nidegger	=	V	GE	Triponez	=	RL	BE
Cathomas	=	CEg	GR	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	=	RL	GR	Heer	=	V	ZH	Noser	=	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	=	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	=	RL	GE	Parmelin	=	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	=	CEg	VS	Hochreutener	=	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	=	RL	TI	von Rotz	=	V	OW
Egger	=	CEg	AG	Huber	=	RL	UR	Perrin	=	V	NE	von Siebenthal	=	V	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	=	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	=	RL	NW	Hurter Thomas	=	V	SH	Pfister Gerhard	=	CEg	ZG	Walter	=	V	TG
Estermann	=	V	LU	Hutter Markus	=	RL	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	=	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	=	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	=	RL	BE
Favre Charles	=	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	=	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	=	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	=	V	ZH	Joder	=	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	=	V	GE	Wobmann	=	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	=	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	=	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	=	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	*	CEg	ZH	Zemp	=	CEg	AG
Flück Peter	=	RL	BE	Killer	=	V	AG	Rime	=	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kleiner	=	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	=	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si			14	22		37		1	74
= Nein / non / no		5	18		33		58		114
o Enth. / abst. / ast.									0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			4		1	2	2		9
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Triponez

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 21, al. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 09:50:15**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	*	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	*	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	*	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	=	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	*	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	*	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	o	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	=	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	*	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	*	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	*	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehri	+	CEg	SZ
Fehr Hans	*	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	*	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	28		32		53		117
= Nein / non / no			1	22		37		1	61
o Enth. / abst. / ast.			1						1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	6		2	2	7		18
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Weber-Gobet

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 27, al. 1

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 10:05:30**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	*	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	=	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	=	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	=	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenker Silvia	=	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	o	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	*	V	AG	Meier-Schatz	=	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	=	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	*	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	=	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	*	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	=	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	=	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	o	RL	TI	Hany	*	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	=	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	*	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	=	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	*	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	o	RL	VD	Ingold	=	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrli	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	*	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	*	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		5	24		25		53		107
= Nein / non / no			10	22	2	37		1	72
o Enth. / abst. / ast.					3				3
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2		4	2	7		15
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia (selon Conseil des Etats)

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 32, al. 1

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 10:26:37**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	*	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	=	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	*	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	*	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	=	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	=	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	*	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezol	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	*	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	*	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	=	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	*	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	28		30		57		119
= Nein / non / no			4	22		38		1	65
o Enth. / abst. / ast.									0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	4		4	1	3		13
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 38, al. 3

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 10:53:13**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	*	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	=	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	=	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	=	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	=	V	BE	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	=	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	=	V	BL	Fuglistaller	=	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	=	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	=	V	BS
Baettig	=	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	=	CEg	AI	Scherer	=	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	=	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	=	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	=	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	=	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	=	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	=	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	=	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	=	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	*	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	*	V	SO	Gobbi	=	V	TI	Messmer	=	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	=	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	=	V	BE	Miesch	=	V	BL	Stahl	=	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	=	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Gross	=	V	VD	Moser	=	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	=	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	*	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	=	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	*	CEg	SG	Teuscher	+	G	BE
Büchler	=	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	=	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	=	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	=	V	LU	Theiler	*	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	=	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	=	RL	GR	Heer	=	V	ZH	Noser	*	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	=	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	=	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	*	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	=	V	OW
Egger	=	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	=	V	NE	von Siebenthal	=	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	=	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	*	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	=	CEg	ZG	Walter	o	V	TG
Estermann	=	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	=	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	=	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	=	V	SG	Wehrl	=	CEg	SZ
Fehr Hans	=	V	ZH	Joder	=	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	=	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	=	V	GE	Wobmann	=	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	*	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	*	S	ZH	Kaufmann	=	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	*	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	=	V	AG	Rime	=	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	=	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	4	23	22	22	35	1	1	108
=	Nein / non / no		10		6		50		66
o	Enth. / abst. / ast.						1		1
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4					2			2
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3		6	4	8		22
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Bortoluzzi

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 42quater

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 11:49:23**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	o	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	=	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	=	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	=	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	=	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	*	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	o	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	*	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	*	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	26		31		56		117
= Nein / non / no			6	22		37		1	66
o Enth. / abst. / ast.			2						2
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	2		3	2	4		12
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Prelicz-Huber

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 42quinquies, al. 1, let. b

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 11:50:27**

Abate	=	RL	TI	Fluri	=	RL	SO	Kunz	=	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	=	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	=	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	=	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	=	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	=	RL	VD
Amstutz	=	V	BE	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	=	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	=	V	BL	Fuglistaller	=	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	=	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	=	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	=	CEg	AI	Scherer	=	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	=	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	=	RL	GE	Schluer	=	V	ZH
Baumann J. Alexander	=	V	TG	Giezendanner	=	V	AG	Lustenberger	=	CEg	LU	Schmid-Federer	o	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	=	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	o	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	=	RL	BE	Schwander	=	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	=	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	=	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	=	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	=	V	SO	Gobbi	=	V	TI	Messmer	=	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	=	V	TG
Bourgeois	=	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	=	V	BE	Miesch	=	V	BL	Stahl	=	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	=	RL	VD	Stamm	=	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	=	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	=	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	=	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	=	V	SG	Gysin	=	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	+	G	BE
Büchler	=	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	=	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	=	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	=	V	LU	Theiler	=	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hany	=	CEg	ZH	Nidegger	=	V	GE	Triponez	=	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	=	RL	GR	Heer	=	V	ZH	Noser	*	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	=	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	=	RL	GE	Parmelin	=	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	*	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	=	RL	UR	Perrin	=	V	NE	von Siebenthal	=	V	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	=	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	=	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	=	CEg	ZG	Walter	=	V	TG
Estermann	=	V	LU	Hutter Markus	=	RL	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	=	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	=	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	=	RL	BE
Favre Charles	=	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	*	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	=	V	SG	Wehri	+	CEg	SZ
Fehr Hans	=	V	ZH	Joder	=	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	=	V	GE	Wobmann	=	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	=	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	=	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	=	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	=	RL	BE	Killer	=	V	AG	Rime	=	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kleiner	=	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	=	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	26	22		37	1	1	91
= Nein / non / no			7		30		55		92
o Enth. / abst. / ast.			1		1				2
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	2		3	2	4		12
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Triponez

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 42quinquies, al. 1

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 11:51:21**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	o	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	o	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	=	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	*	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	*	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	=	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	*	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	28		31		56		119
= Nein / non / no			4	22		37		1	64
o Enth. / abst. / ast.			2						2
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	2		3	2	4		12
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la minorité Triponez

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition Prelicz-Huber

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 42quinquies, al. 2

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 11:52:13**

Abate	=	RL	TI	Fluri	=	RL	SO	Kunz	=	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	=	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	=	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	=	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	=	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	=	RL	VD
Amstutz	=	V	BE	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	=	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	=	V	BL	Fuglistaller	=	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	=	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	=	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	=	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	=	CEg	AI	Scherer	=	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	=	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	=	RL	GE	Schluer	=	V	ZH
Baumann J. Alexander	=	V	TG	Giezendanner	=	V	AG	Muscher	=	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	=	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	=	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	=	RL	BS	Schneider-Schneiter	=	CEg	BL
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	=	RL	BE	Schwander	=	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	=	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	=	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	=	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	=	V	SO	Gobbi	=	V	TI	Messmer	=	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	=	V	TG
Bourgeois	=	RL	FR	Graber Jean-Pierre	=	V	BE	Miesch	=	V	BL	Stahl	=	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	=	RL	VD	Stamm	=	V	AG
Brönnimann	=	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	=	V	VD	Moser	=	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	=	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	=	RL	GE	Grunder	=	BD	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	=	V	SG	Gysin	=	RL	BL	Müller Thomas	=	CEg	SG	Teuscher	*	G	BE
Büchler	=	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	=	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	=	V	VD	Haller	=	BD	BE	Müri	=	V	LU	Theiler	=	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	=	RL	TI	Hany	=	CEg	ZH	Nidegger	=	V	GE	Triponez	=	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	=	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	=	RL	GR	Heer	=	V	ZH	Noser	*	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	=	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	=	RL	GE	Parmelin	=	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	=	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	*	V	OW
Egger	=	CEg	AG	Huber	=	RL	UR	Perrin	=	V	NE	von Siebenthal	=	V	BE
Eichenberger	=	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	=	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	=	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	=	CEg	ZG	Walter	=	V	TG
Estermann	=	V	LU	Hutter Markus	=	RL	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	=	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	=	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	=	RL	BE
Favre Charles	=	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	*	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	=	V	SG	Wehri	+	CEg	SZ
Fehr Hans	=	V	ZH	Joder	=	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	=	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	=	V	GE	Wobmann	=	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	=	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	=	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	=	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	=	CEg	AG
Flück Peter	=	RL	BE	Killer	=	V	AG	Rime	=	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kleiner	=	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	=	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si			19	21		37		1	78
= Nein / non / no		4	15		31		56		106
o Enth. / abst. / ast.									0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	2	1	3	2	4		13
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Triponez

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 42sexies, al. 4, let. b bis

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 11:53:29**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	=	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	=	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	+	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	=	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	=	V	BE	Freysinger	=	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	=	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	=	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	=	V	BL	Fuglistaller	=	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	=	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	=	V	BS
Baettig	=	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	=	CEg	AI	Scherer	=	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	=	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	=	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	=	V	ZH
Baumann J. Alexander	=	V	TG	Giezendanner	=	V	AG	Lustenberger	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	+	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	=	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	=	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	=	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	=	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	=	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	=	V	SO	Gobbi	=	V	TI	Messmer	=	RL	TG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Bortoluzzi	=	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	=	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	=	V	BE	Miesch	=	V	BL	Stahl	=	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	=	V	AG
Brönnimann	=	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	=	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	=	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	=	V	SG	Gysin	=	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	*	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	=	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	=	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	=	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	=	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	=	V	ZH	Noser	*	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	=	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	=	V	VD	Vischer	+	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	*	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	=	V	NE	von Siebenthal	=	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	=	V	TG
Estermann	=	V	LU	Hutter Markus	=	RL	ZH	Pfister Theophil	=	V	SG	Wandfluh	=	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	o	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	*	RL	NE	Jans	+	S	BS	Reimann Lukas	=	V	SG	Wehri	+	CEg	SZ
Fehr Hans	=	V	ZH	Joder	=	V	BE	Rennwald	+	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	=	V	GE	Wobmann	=	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	=	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	=	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	o	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	=	RL	BE	Killer	=	V	AG	Rime	=	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	=	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	33	21	22	37		1	118
= Nein / non / no			2		7		56		65
o Enth. / abst. / ast.					2				2
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1	1	3	2	4		12
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Stahl

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 57, al. 1, let. j

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 12:14:36**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	*	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	*	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	*	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	*	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	*	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	*	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	*	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	*	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	*	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	*	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	*	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	*	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	*	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	*	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezol	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	*	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	o	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	*	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	*	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	*	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	*	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	*	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	*	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		3	32	1	30		48		114
= Nein / non / no				19		32		1	52
o Enth. / abst. / ast.				1					1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	4	1	4	7	12		30
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Weber-Gobet

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 66c

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 12:35:57**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	*	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	*	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	=	V	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	o	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	*	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	=	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	=	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	+	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	*	G	VD	Graf Maya	*	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	*	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Griin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	*	RL	BL	Müller Thomas	=	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	o	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	o	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	*	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezol	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	o	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	o	G	ZH
Darbellay	*	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	o	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	o	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	*	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	26	1	31		56		118
= Nein / non / no			4	13		34		1	52
o Enth. / abst. / ast.			1	6					7
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	5	2	3	5	4		20
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 78, al. 2 et 3

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 13:01:46**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	*	S	GE
Allemann	=	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	*	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	=	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Marra	*	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	*	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	*	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	*	RL	TG	Sommaruga Carlo	*	S	GE
Bortoluzzi	*	V	ZH	Goll	=	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	=	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	*	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	*	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	=	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	*	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	=	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	*	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	*	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	*	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	=	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	=	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	*	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	=	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	29		28		54		115
= Nein / non / no			1	21		34		1	57
o Enth. / abst. / ast.									0
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	6	1	6	5	6		25
# Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rechsteiner Paul

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Art. 78 (frein aux dépenses)

**Abstimmung vom / Vote du: 16.12.2010 13:02:33**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	+	S	VS
Aebi	*	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	+	G	BS	Roth-Bernasconi	*	S	GE
Allemann	+	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	+	G	ZG	Ruey	*	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	+	S	VD	Frösch	+	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	+	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Fuglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	+	S	FR	Schenk Silvia	+	S	BS
Baettig	+	V	JU	Galladé	+	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	+	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	+	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	+	CEg	GE	Germanier	+	RL	VS	Lüscher	+	RL	GE	Schluer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	*	V	AG	Marra	*	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	*	CEg	ZH	Gilli	*	G	SG	Maire	+	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	+	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	+	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	*	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	+	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	+	CEg	TI
Borer	*	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	*	RL	TG	Sommaruga Carlo	*	S	GE
Bortoluzzi	*	V	ZH	Goll	+	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Grabier Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	+	G	VD	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	%	S	TG	Mörgeli	*	V	ZH	Steiert	+	S	FR
Bruderer Wyss	+	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	*	S	BE
Brunner	+	V	SG	Gross	%	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Streiff	+	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	*	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	+	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	+	CEg	SG	Teuscher	+	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	+	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	*	RL	LU
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Hämmerle	+	S	GR	Neiryneck	*	CEg	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	*	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	+	S	VD	Tschümperlin	+	S	SZ
Caviezol	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	+	G	VD
Chopard-Acklin	+	S	AG	Heim	+	S	SO	Nussbaumer	+	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daquet	+	S	BE	Hillpold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	*	G	ZH
Darbellay	*	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	+	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	+	G	GE	Pelli	*	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	+	S	VD
Engelberger	*	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	*	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	+	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	+	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	+	S	SG	Weber-Gobet	+	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	*	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrl	+	CEg	SZ
Fehr Hans	+	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	o	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	+	S	SH	John-Calame	+	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	+	G	SO
Fehr Mario	+	S	ZH	Kaufmann	+	V	ZH	Rielle	+	S	GE	Wyss Ursula	+	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	+	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	*	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	*	V	FR	Zisyadis	+	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	+	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+ Ja / oui / si		4	30	20	29	33	54	1	171
= Nein / non / no									0
o Enth. / abst. / ast.						1			1
% Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						2			2
* Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	6	2	6	5	6		26

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:

**Geschäft / Objet**

10.032-1 6. IV-Revision. Erstes Massnahmenpaket: Bundesgesetz über die Invalidentversicherung (IVG) (6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket)  
 6e révision de l'AI. Premier volet: Loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI) (6e révision de l'AI, premier volet)

**Gegenstand / Objet du vote:**

Vote final

**Abstimmung vom / Vote du: 18.03.2011 08:48:37**

Abate	+	RL	TI	Fluri	+	RL	SO	Kunz	+	V	LU	Rossini	=	S	VS
Aebi	+	V	BE	Föhn	+	V	SZ	Lachenmeier	=	G	BS	Roth-Bernasconi	=	S	GE
Allemann	o	S	BE	Français	+	RL	VD	Landolt	+	BD	GL	Roux	+	CEg	VS
Amherd	+	CEg	VS	Frehner	+	V	BS	Lang	=	G	ZG	Ruey	+	RL	VD
Amstutz	+	V	BE	Freysinger	+	V	VS	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rutschmann	+	V	ZH
Aubert	=	S	VD	Frösch	=	G	BE	Leutenegger Filippo	+	RL	ZH	Schelbert	=	G	LU
Baader Caspar	+	V	BL	Füglistaller	+	V	AG	Leutenegger Oberholzer	=	S	BL	Schenk Simon	+	V	BE
Bader Elvira	+	CEg	SO	Gadient	+	BD	GR	Levrat	=	S	FR	Schenker Silvia	=	S	BS
Baetzig	+	V	JU	Galladé	o	S	ZH	Loepfe	+	CEg	AI	Scherer	+	V	ZG
Bänziger	=	G	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Lumengo	=	-	BE	Schibli	+	V	ZH
Barthassat	o	CEg	GE	Germanier	#	RL	VS	Lüscher	*	RL	GE	Schlüer	+	V	ZH
Baumann J. Alexander	+	V	TG	Giezendanner	+	V	AG	Lustenberger	+	CEg	LU	Schmid-Federer	+	CEg	ZH
Bäumle	+	CEg	ZH	Gilli	=	G	SG	Maire	=	S	NE	Schmidt Roberto	+	CEg	VS
Bigger	+	V	SG	Girod	=	G	ZH	Malama	+	RL	BS	Schneider-Schneiter	+	CEg	BL
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CEg	LU	Markwalder	%	RL	BE	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	=	S	LU	Glauser	+	V	VD	Marra	=	S	VD	Segmüller	+	CEg	LU
Bischof	+	CEg	SO	Glur	+	V	AG	Meier-Schatz	+	CEg	SG	Simoneschi-Cortesi	%	CEg	TI
Borer	+	V	SO	Gobbi	+	V	TI	Messmer	%	RL	TG	Sommaruga Carlo	=	S	GE
Bortoluzzi	+	V	ZH	Goll	%	S	ZH	Meyer Thérèse	+	CEg	FR	Spuhler	+	V	TG
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Miesch	+	V	BL	Stahl	+	V	ZH
Brélaz	=	G	VD	Graf Maya	o	G	BL	Moret	+	RL	VD	Stamm	+	V	AG
Brönnimann	+	V	BE	Graf-Litscher	o	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Steiert	=	S	FR
Bruderer Wyss	o	S	AG	Grin	+	V	VD	Moser	+	CEg	ZH	Stöckli	=	S	BE
Brunner	*	V	SG	Gross	=	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Streiff	=	CEg	BE
Brunschwig Graf	+	RL	GE	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Stump	=	S	AG
Büchel Roland	+	V	SG	Gysin	+	RL	BL	Müller Thomas	+	V	SG	Teuscher	=	G	BE
Büchler	+	CEg	SG	Häberli-Koller	+	CEg	TG	Müller Walter	+	RL	SG	Thanei	=	S	ZH
Bugnon	+	V	VD	Haller	+	BD	BE	Müri	+	V	LU	Theiler	+	RL	LU
Carobbio Guscetti	=	S	TI	Hämmerle	=	S	GR	Neiryck	+	CEg	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Cassis	+	RL	TI	Hany	+	CEg	ZH	Nidegger	+	V	GE	Triponez	+	RL	BE
Cathomas	+	CEg	GR	Hassler	+	BD	GR	Nordmann	=	S	VD	Tschümperlin	=	S	SZ
Caviezel	+	RL	GR	Heer	+	V	ZH	Noser	+	RL	ZH	van Singer	=	G	VD
Chopard-Acklin	=	S	AG	Heim	=	S	SO	Nussbaumer	=	S	BL	Veillon	+	V	VD
Daguet	=	S	BE	Hiltbold	+	RL	GE	Parmelin	+	V	VD	Vischer	=	G	ZH
Darbellay	+	CEg	VS	Hochreutener	+	CEg	BE	Pedrina	=	S	TI	von Graffenried	+	G	BE
de Buman	+	CEg	FR	Hodgers	=	G	GE	Pelli	+	RL	TI	von Rotz	+	V	OW
Egger	+	CEg	AG	Huber	+	RL	UR	Perrin	+	V	NE	von Siebenthal	+	V	BE
Eichenberger	+	RL	AG	Humbel	+	CEg	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Voruz	=	S	VD
Engelberger	+	RL	NW	Hurter Thomas	+	V	SH	Pfister Gerhard	+	CEg	ZG	Walter	+	V	TG
Estermann	+	V	LU	Hutter Markus	+	RL	ZH	Pfister Theophil	+	V	SG	Wandfluh	+	V	BE
Fässler	=	S	SG	Ineichen	+	RL	LU	Prelicz-Huber	=	G	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Favre Charles	+	RL	VD	Ingold	=	CEg	ZH	Rechsteiner Paul	=	S	SG	Weber-Gobet	=	G	FR
Favre Laurent	+	RL	NE	Jans	=	S	BS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wehrli	+	CEg	SZ
Fehr Hans	*	V	ZH	Joder	+	V	BE	Rennwald	=	S	JU	Weibel	+	CEg	ZH
Fehr Hans-Jürg	=	S	SH	John-Calame	=	G	NE	Reymond	+	V	GE	Wobmann	+	V	SO
Fehr Jacqueline	=	S	ZH	Jositsch	o	S	ZH	Rickli Natalie	+	V	ZH	Wyss Brigit	=	G	SO
Fehr Mario	=	S	ZH	Kaufmann	%	V	ZH	Rielle	=	S	GE	Wyss Ursula	o	S	BE
Fiala	+	RL	ZH	Kiener Nellen	=	S	BE	Riklin Kathy	+	CEg	ZH	Zemp	+	CEg	AG
Flück Peter	+	RL	BE	Killer	+	V	AG	Rime	+	V	FR	Zisyadis	=	G	VD
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kleiner	+	RL	AR	Robbiani	o	CEg	TI	Zuppiger	+	V	ZH

	Fraktion / Groupe / Gruppo	BD	CEg	G	RL	S	V	-	Tot.
+	Ja / oui / si	5	30	1	31		58		125
=	Nein / non / no		2	20		34		1	57
o	Enth. / abst. / ast.		2	1		6			9
%	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4		1		2	1	1		5
*	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1		2		3
#	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes				1				1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non: